gerechtigkeit

5. Kongress Polenforschung

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

5. bis 8. März 2020

reader

Fünfter Kongress Polenforschung

Gerechtigkeit

Halle (Saale), 5. bis 8. März 2020

Veranstalter

Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Konzept und Organisation

Prof. Dr. Yvonne Kleinmann (Halle), PD Dr. Peter Oliver Loew (Darmstadt),

Dr. Paulina Gulińska-Jurgiel (Halle), Anja Sips, M.A. (Halle)

Beirat

Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen),

Prof. Dr. Dietlind Hüchtker (Leipzig), Prof. Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast (Frankfurt/O.),

Prof. Dr. Mirja Lecke (Bochum), Prof. Dr. Ruprecht von Waldenfels (Jena),

Prof. Dr. Pierre-Frédéric Weber (Stettin), Prof. Dr. Fryderyk Zoll (Osnabrück)

Reader

Redaktion und Gestaltung des Readers: Anja Sips

(Für die Inhalte der Abstracts und Biogramme sind die einreichenden AutorInnen verantwortlich.)

Umschlaggestaltung: Tanja Thieves

Auflage: 350 Exemplare

Donnerstag, 5. März 2020

Podiumsdiskussion 7
Festvortrag 8

Freitag, 6. März 2020

Projektkurzvorstellungen 10
Plenum 17

Sektion I

I.1 Polens Schicksal interpretieren: Von göttlicher Gerechtigkeit und Strafe zu Gleichgewicht und Imperialismus 19
I.2 Um Gerechtigkeit und Versöhnung. Wie verbindet sich der Gerechtigkeitsbegriff mit Aufarbeitung der Vergangenheit und mit Versöhnung? 22
I.3 Polonia europea? Editionen frühneuzeitlicher Quellen als Deutungsangebote einer europäischen Geschichte 25
I.4 Polen im Geschichtsunterricht: Schulbuchanalysen und das deutsch-polnische Schulbuchprojekt „Europa – unsere Geschichte“. Multiperspektivität als Herausforderung des Lehrens und Lernens 29
I.5 Der Gerechtigkeitsdiskurs in der polnischen Literatur 32
I.6 „Gerechtigkeit“ in der internationalen Politik – Polen und seine Nachbarstaaten in der Transformationszeit seit 1989. Zum Zusammenhang von Staatlichkeit, Konstruktionen nationaler Identität und außenpolitischer Positionierung 35
I.7 Searching for Justice in and beyond Courts in Early Modern Poland-Lithuania 39
I.8 Library infrastructures for poland research 42
I.9 Gestalten der Gerechtigkeitsidee im älteren Schrifttum Polens. Teil I: Begriffs- und Motivgeschichte 44

Sektion II

II.1 Von Gerechtigkeit kann keine Rede sein! Bildungskonzepte zum Füllen einer Leerstelle in Warschau ab 1900 48
II.2 Alle Menschen sind gleich, aber manche sind gleicher? Paradoxien der Egalität in der Volksrepublik Polen 51
II.3 Andrzej Sapkowski – Fantasy, Fun – Fake? 54
II.4 Wissenschaftsfreiheit und Freiheit der Universität im Lichte der neuen Reform der Universitäten in Polen 57
II.5 Norm(alis)ierte Geschlechterrollen – Gendergerechtigkeit und feministische Kritik 58

II.6 Neue Forschungen zur deutschen Besatzung in Polen 61
II.7 Deutsch-polnische Beziehungen im frühen 21. Jahrhundert: Normalisierung, Normalität und Rückkehr des Verdrängten? 64
II.8 Democracy, Etatism and Justice in Interwar Poland 67
II.9 Gestalten der Gerechtigkeitsidee im älteren Schrifttum Polens. Teil II: Literarische Gestaltungen. 69
II.10 „Familie“, „Familienplanung“ und Familienbilder: Diskurse zur Entwicklung gesellschaftlicher Norm- und Wertvorstellungen im 19. und 20. Jahrhundert 72

Sektion III

III.1 Imprisoned Femininity: Gender Roles and Incarceration in Modern Polish and Ukrainian History.. 76
III.2 Gerechter Umgang mit religiöser Abweichung. Sekten und geheime Gesellschaften im Polen des ausgehenden 18. Jahrhunderts 79
III.3 Ungerecht unbeachtet – deutsch-polnische Übersetzung(en) im Spannungsfeld interkultureller Kommunikation 81
III.4 „Kapitalisten“ und „Prywaciarze“. Ostdeutsche und polnische Privatunternehmer in Planwirtschaft und Transformation 84
III.5 Deutsch-polnische Wahrnehmungen zwischen den Weltkriegen und danach 86
III.6 Deutsche und polnische Akteure der sowjetischen *Neuen Ökonomischen Politik* 88
III.7 Poland and Ukraine – Language and Society 91
III.8 (Dis)Entangled Histories – Neue Forschungen zur jüdisch-nichtjüdischen Beziehungsgeschichte im Polen des 19. und 20. Jahrhunderts 93

Interne Treffen 96

Samstag, 7. März 2020

Sektion IV

IV.1 Rzeczpospolita Prawa: Law, Literature, and Politics in the Polish-Lithuanian Commonwealth (16th - 18th century) 99

IV.2 Die Rolle des Staates als Gerechtigkeitsgarant 103

IV.3 Grenzen überschreiten im „langen“ 19. Jahrhundert 106

IV.4 Offene Sektion 109

IV.5 Schlesisch als Regionalsprache – gerecht, richtig, zu Recht? 111

IV.6 Recht suchen. Konkurrierende Rechtsordnungen und Berufung auf Recht in Polen-Litauen in derFrühen Neuzeit 115

IV.7 Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Auseinandersetzungen um Geschlechterpolitik im 20. Jahrhundert 118

IV.8 Cultural (Mis)Representations of the Rescue of Jews during the Holocaust in Polish Public Discourse 121

Zwischenzeiten I

Z.I.1 Wissenschaft kommunizieren – Das Onlineportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ im Kontext innovativer wissenschaftsbasierter Öffentlichkeitsarbeit 126

Z.I.2 Das polnisch-deutsche / deutsch-polnische elektronische Subkorpus der Rechtssprache: Struktur, Suchmöglichkeiten und Potential als Forschungsinstrument 127

Z.I.3 Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Fakten, Potenziale, Herausforderungen 128

Z.I.4 Die Plattform „Polen in der Schule“ 129

Z.I.5 Personenzentrierte Exzellenzförderung in Polen: Dioscuri-Programm 130

Z.I.6 Buchpräsentation „Kreisau / Krzyżowa. 1945 – 1989 – 2019“ 131

Zwischenzeiten II

Z.II.1 Deutsch-Polnische Stiftungen. Tätigkeit und Fördermöglichkeiten 133

Z.II.2 Quellen zur Geschichte der deutschen Besatzung Polens (1939–1945) 134

Z.II.3 Baltic Sea History – neue Perspektiven auf die Geschichte des Ostseeraums 135

Z.II.4 Politikberatung und Lobbyismus im parlamentarischen Entscheidungsprozess im deutsch-polnischen Vergleich 136

Z.II.5 Imperiale Verwandtschaften: Die Städte Straßburg und Posen und ihr ungewolltes deutsches Kulturerbe 137

Z.II.6 Emil Krebs – symbolischer Schirmherr für Polnisch in Deutschland 139

Sektion V

V.1 Polen und Deutschland im Kalten Krieg ... 141
V.2 Bolesław Prus' Roman *Faraon* (1895–1896) als Verhandlung von Gesetz und Macht, Moral und Gerechtigkeit ... 143
V.3 Identitäten im Wandel. Polnische Juristen der Kriegs- und Nachkriegszeit und ihre Handlungsräume ... 146
V.4 Transethnische Transformationen ... 149
V.5 Politische Kommunikation ... 151
V.6 Partizipation trotz Exklusion? Staatliche Institutionen, Mehrheitsgesellschaft und nationale Minderheiten in der Zweiten Polnischen Republik ... 154
V.7 Culture, Heritage and Justice ... 157
V.8 Das Versprechen politischer Freiheitsrechte und sozialer Gerechtigkeit. Biografische Zeugnisse der europäischen Idee aus Polen, Deutschland und Ungarn ... 159
V.9 Politik und Gerechtigkeit im 15. Jahrhundert ... 161
V.10 „Is Justice a Legal Category?" Part I ... 163

Sektion VI

VI.1 Buchmigrationsgeschichten im deutsch-polnischen Raum der Nachkriegszeit ... 167
VI.2 What Equality and for Whom? Different Practices of Equality in the Polish Lands Throughout the 19th Century ... 170
VI.3 Ein Rechtsstaat oder Staat der Juristen ... 173
VI.4 Konsumwelten ... 175
VI.5 Ambivalente Moderne(n). Polnische Erfahrungen von Modernisierung im 20. Jahrhundert ... 177
VI.6 Polnisch-belarussische literarische Transgressionen ... 180
VI.7 Plünderungen und physische Gewalt als „Volksgerechtigkeit"? – Gewalt als Ressource zur Legitimation und Repräsentation von Nachkriegsordnungen nach dem Ersten Weltkrieg ... 183
VI.8 Gerechtigkeit und gerechter Herrscher in der Frühen Neuzeit im internationalen Vergleich ... 186
VI.9 „Is Justice a Legal Category?" Part II ... 189

Poster ... 191

Aussteller ... 192

DONNERSTAG, 5. MÄRZ 2020

Podiumsdiskussion

Soziale (Un)Gerechtigkeit im demokratischen Staat?

Ein polnischer Diskurs im europäischen Kontext

Eröffnung des Kongresses

Festvortrag

Über die Praxis der Gerechtigkeit

Ein moderiertes Gespräch

Petra **MORSBACH**

PODIUMSDISKUSSION

Soziale (Un)Gerechtigkeit im demokratischen Staat?

Ein polnischer Diskurs im europäischen Kontext

Moderation: Agnieszka **ŁADA** (Politologin, DPI Darmstadt)

Die „Krise des demokratischen Staates" wird heute in Polen und anderen ostmitteleuropäischen Ländern oft in direktem Zusammenhang mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit diskutiert. Im Zentrum der öffentlichen Kritik steht die als unzulänglich und ungerecht betrachtete sozioökonomische Transformation seit 1989, die stark von neoliberalen Positionen geprägt war. Doch welche sozialen Felder und Problemlagen lassen sich konkret identifizieren? Und wer hat Gestaltungsmöglichkeiten?
Die Podiumsdiskussion richtet den Blick auf politische, rechtliche, zivilgesellschaftliche und kirchliche Positionen und Interventionen: Wie verhalten sich die unterschiedlichen Akteure zum Beispiel angesichts von prekären Arbeitsverhältnissen, Wohnungsnot, Armut unter Kindern und alten Menschen? Welche Vorstellungen von Gemeinschaft kommen darin zum Ausdruck? Und welche Formen politischer und sozialer Kommunikation könnten gesamtgesellschaftliche Lösungen fördern?

DiskutantInnen:

Marta **BUCHOLC** (Soziologin, Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur", Bonn)

Stefan **GARSZTECKI** (Politologe, TU Chemnitz)

Katja **NEBE** (Rechtswissenschaftlerin, MLU Halle-Wittenberg)

Cornelia **PIEPER** (Generalkonsulin der BRD in Gdańsk)

N.N. (kirchlicher Repräsentant)

FESTVORTRAG

Petra **MORSBACH**

Über die Praxis der Gerechtigkeit

Ein moderiertes Gespräch

Petra Morsbach, geb. 1956 in Zürich, aufgewachsen bei München, studierte Slawische Philologie, Theaterwissenschaft und Regie in München und Leningrad. Nach ihrer Promotion 1983 arbeitete sie zehn Jahre als Dramaturgin und Regisseurin am Theater, bevor sie zu schreiben begann. Seit 1993 lebt sie als freie Schriftstellerin in der Nähe von München.

In ihrem Essay *Warum Fräulein Laura freundlich war. Über die Wahrheit des Erzählens* (2006) hat sie unter anderem Marcel Reich-Ranickis Autobiographie *Mein Leben* gegen den Strich gelesen. Für ihren Roman *Justizpalast* (2017), in dem sie das deutsche Gerichtswesen als soziales Biotop unter die Lupe nimmt und grundsätzliche Fragen nach Rechtsstaatlichkeit und richterlicher Unabhängigkeit aufwirft, erhielt sie den Wilhelm Raabe-Literaturpreis.

FREITAG, 6. MÄRZ 2020

Projektkurzvorstellungen

Plenum

Sektion I

Sektion II

Sektion III

Interne Treffen

PROJEKTKURZVORSTELLUNGEN

„Slawische Archäologie“ und ihre politische und ideologische Durchdringung in der PRL und der DDR – am Beispiel von Witold Hensel und Joachim Herrmann

Anne **KLUGER** (Münster)

Anne Kluger ist seit 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte des Historischen Seminars der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätig. Sie promoviert zur „Slawischen Archäologie“ in der DDR und in der Volksrepublik Polen und untersucht im Rahmen ihres biographisch-wissenschaftsgeschichtlich ausgerichteten Forschungsvorhabens vergleichend die Prähistoriker Witold Hensel (PRL) und Joachim Herrmann (DDR) als Fallbeispiele.

Das Forschungsprojekt untersucht, ob und in welcher Form es in der Volksrepublik Polen und in der Deutschen Demokratischen Republik zu einer politischen und/oder ideologischen Durchdringung der „Slawischen Archäologie“ gekommen ist. Mit diesem Begriff wurde in den staatssozialistischen Regimen die archäologisch-historische Erforschung eines vermeintlichen „slawischen Volkes“ bzw. „slawischer Völker“, seiner/ihrer Siedlungsbewegungen und kulturellen Eigenschaften sowie der Anfänge „slawischer“ Staatlichkeit in Prähistorie und Mittelalter bezeichnet. Zwei führende Vertreter dieser Forschungsrichtung aus Polen und Ostdeutschland dienen dazu als Fallbeispiele: Witold Hensel (PRL) und Joachim Herrmann (DDR), die als Direktoren der jeweiligen prähistorischen Akademie-Institute in ihren Ländern zudem einflussreiche wissenschaftsorganisatorische Positionen einnahmen. Anhand von Hensel und Herrmann wird analysiert, welche Handlungsspielräume sich die Wissenschaftler schaffen konnten, inwiefern sie sich selbst bestimmten inhaltlichen und methodischen Vorgaben verpflichteten und welche Unterschiede hier zwischen dem ostdeutschen und polnischen Wissenschaftssystem und der jeweiligen Verknüpfung mit Politik und Gesellschaft (auch in chronologischer Perspektive) bestanden. Dabei werden etwa Hensels und Herrmanns Wege zu den „Slawen“ als Forschungsschwerpunkt, ihre administrativen Tätigkeiten, ihre archäologischen Interpretationen sowie ihre Rolle in den Transformationsprozessen um 1989/90 beleuchtet. Die Quellengrundlage bilden u. a. ihre bisher unbearbeiteten Nachlässe, ihre Publikationen und die Archivunterlagen der Institute. Das Projekt verbindet durch die exemplarische Betrachtung zweier Forscherpersönlichkeiten ein wissenschaftsgeschichtliches Thema mit einem biographisch-komparatistischen Ansatz und zielt auch darauf ab, neue methodische Perspektiven für eine historisch-kritische Betrachtung der Wissenschaft in den staatssozialistischen Systemen aufzuzeigen.

Iterationen im Grenzraum. Akteure und Felder multikonfessioneller Herrschaftsaushandlung in Kronruthenien (1340–1434)

Sven **JAROS** (Leipzig)

Sven Jaros - Okt. 2019: Einreichung der Dissertation „Iterationen im Grenzraum. Akteure und Felder multikonfessioneller Herrschaftsaushandlung in Kronruthenien (1340–1434)“. 2017–2020: Koordinator des DFG-Projekts „Mediation von Herrschaft an den Grenzen Lateineuropas im Spätmittelalter“ an der Universität Leipzig. 2006–2013: Studium der Geschichte & Kulturwissenschaften (B. A.) sowie Mittelalterstudien (M. A.) in Leipzig, Jena & Lublin. 2012: Stipendiat der „GFPS“; anschließend Vorsitzender (2013–2014) sowie Mitgründer & Koordinator des Vereinsbeirats (2016–2019)

Der Raum der heutigen Westukraine und des östlichen Polens war seit jeher Schauplatz der Verflechtungen zwischen Ost und West. Als Ursprungsmythos der damit einhergehenden kulturellen Pluralität wird jedoch häufig auf das habsburgische „Galizien“ rekurriert. Mit meiner Dissertation gehe ich ein deutliches Stück weiter zurück und analysiere den Prozess der Aushandlung und Ausformung von Herrschaftsstrukturen nach der polnischen Eroberung der Region ab 1340 bis zur Schaffung der Wojewodschaft Ruthenien 1430–1434. Dieser Untersuchungszeitraum scheint ein in mehrfacher Hinsicht lohnenswertes Unterfangen: Einerseits ist die Ausgangslage – latein- und schriftbasiertes Königtum erobert orthodox geprägten und weitgehend mündlich organisierten Raum – absolut außergewöhnlich. Andererseits bedingen die vielfältigen Herrschaftswechsel innerhalb des polnischen Königreiches eine besondere Dynamik.

Angesichts dieses Potentials mag es überraschen, dass auch nach dem neuerwachten Forschungsinteresse an der Region seit dem Fall des Eisernen Vorhangs noch keine ausführlichen monographischen Untersuchungen zu diesem Thema vorliegen. Die neuere, zunehmend transnational orientierte Forschung beschränkt sich entweder auf Teilaspekte oder nimmt die quellenreicheren, späteren Jahrhunderte in den Blick. Diese Lücke will ich schließen. Dafür wurde erstmals mit Anspruch auf Vollständigkeit ein Repertorium aller Urkunden der HerrscherInnen sowie ihrer Statthalter für die Region im o. g. Zeitraum erstellt. Dieses Corpus bildet die Grundlage für eine Analyse der genannten Aushandlungsprozesse. Aufgrund des Quellenmaterials bedient sich die Arbeit folgerichtig der diplomatischen Methode, nimmt aber konzeptionelle Anleihen bei der Praxeologie, wenn es um die Beschreibung des relationalen Verhältnisses zwischen dem Feld der Herrschaftsaushandlung und dessen heterogenen Akteurskonstellationen geht. Diese methodische Verschränkung ermöglicht eine Perspektive, in der diese Intergration nicht mehr als herrschaftlich gesteuerter linearer Prozess der „Verwestlichung“ der Region erscheint, sondern als komplexe Iteration und transkulturelle Verflechtung.

Topographie der Shoah in Breslau/Wrocław 1933–1949

Maria **LUFT** (Dresden)

Maria Luft - Studium der Slavistik, Anglistik und Theologie in Würzburg, Wien, Lublin/Polen und Mainz, seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am BKGE Oldenburg, seit 2018 auch wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Topographie der Shoah in Breslau/Wrocław 1933-1949" der BKM-Juniorprofessur Soziale und ökonomische Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden (https://tu-dresden.de/gsw/phil/ige/oeg/forschung/forschungsprojekte/).

Das Projekt „Topographie der Shoah in Breslau/Wrocław 1933–1949“ ist seit 2018 an der BKM-Juniorprofessur Soziale und ökonomische Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden angesiedelt und wird in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Judaistik der Universität Breslau/Katedra Judaistyki im. Tadeusza Taubego (Uniwersytet Wrocławski) durchgeführt (Laufzeit: bis Ende April 2020).
Das Projekt greift Desiderate der Forschung zur jüdischen Kultur und Geschichte Breslaus auf. Als Ergebnis ist eine illustrierte Publikation zur „Topographie der Shoah in Breslau/Wrocław 1933–1949" geplant, die auf neuen Forschungen beruht und mehr als 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Israel, Polen und Schweden zusammenbringt. Das Projekt bindet die Erfahrungen von Verfolgung, Ghettoisierung, Zwangsarbeit, Deportation, Vertreibung, Beraubung oder Vernichtung von (deutschen, polnischen, staatenlosen) Juden aus Breslau, aber auch die Wiedererrichtung jüdischen Lebens an konkrete Orte im Stadtraum und macht die Geschichte jüdischen Lebens und ihr Erbe somit erfahrbar. Neben substantiellen Beiträgen zu Personen und Orten jüdischen Lebens verbindet die Publikation die historischen Orte miteinander und bietet eine neue Lesart der Textur der Stadt und des „Kapitels Shoah“ in Breslau. Das Projekt wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

„No Sex Please, We are Catholic“. Reproduktion und Partnerschaft im Spannungsfeld zwischen katholischer Tradition und Modernisierung in Irland und Polen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Michael **ZOK** (Warszawa)

2004-2008 Studium an der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen, 2008-2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Herder-Institut, 2013 Promotion an der Justus-Liebig-Universität Gießen, 2013-2014 Stipendiat und Forschungsaufenthalte in Warschau und Prag, 2015 Langzeitstipendiat am Deutschen Historischen Institut Warschau, 2016-2017 Tätigkeit in der Privatwirtschaft, 2018-2020 Fachlehrer an der Freien Waldorfschule Magdeburg. Seit Februar 2020 Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau, gefördert durch die DFG.

Das Forschungsvorhaben hat das Ziel, die in aktuellen religionssoziologischen Studien zutage tretenden unterschiedlichen Ergebnisse („(De-)Privatisierung“, „(De-)Säkularisierung“) durch eine vergleichende historische Langzeitanalyse zweier sich aufgrund von kulturellen und historischen Faktoren ähnelnder Gesellschaften (Irland und Polen) – darunter die lange Dominanz der katholischen Kirche in gesellschaftlichen Debatten – zu hinterfragen. Dabei

steht die Analyse spezifischer Pfadabhängigkeiten und Bedingungen, die die Wirkungsmacht von „säkularen“ bzw. „kirchlichen“ Normen steigern bzw. abschwächen, im Mittelpunkt. Ferner werden Faktoren beleuchtet, die einen „Wertewandel“ in den beiden gewählten Gesellschaften ermöglich(t)en bzw. behinder(te)n. Diskurse über Reproduktion und Partnerschaft eignen sich hierfür hervorragend, da gesellschaftliche Auseinandersetzungen gerade in Bezug auf Reproduktion und Geschlechterverhältnisse keineswegs eine „stille Revolution“ (Inglehart) darstellen, sondern deutlich wahrnehmbar sind.
Bei der Analyse liegt gemäß der Methode der historischen Diskursanalyse ein Fokus einerseits auf Zeiten der diskursiven Verdichtungen, etwa bei gesellschaftlichen Debatten um Reproduktion und Partnerschaft (Gesetzgebung zu Ehe, Familie, Scheidung, Abtreibung, Verhütung). Dabei wird ein möglichst großes Sample an Quellen und den darin enthaltenen Aussagen analysiert werden, um Gesetzmäßigkeiten und (Sagbarkeits-)Regeln des Diskurses nachzuzeichnen. Des Weiteren liegt ein Schwerpunkt auf den Grenzen und deren Durchlässigkeit. Die historische Diskursanalyse soll dazu dienen, nachzuweisen, unter welchen Bedingungen und in welchen Machtkonstellationen bestimmte Aussagen aus dem imaginären in den virtuellen Diskurs und vice versa überführt wurden, und welche Faktoren dazu führten, dass die Diskurshoheit von einem Akteur auf einen anderen überging. Von besonderer Bedeutung sind ferner damit verbundene Abwehrstrategien, um die Hoheit aufrechtzuerhalten.

Die Entwicklung der Soziologie in Polen zwischen 1945 und 1990 im Kontext der Modernisierungsherausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Konrad **WALERSKI** (Frankfurt/O.)

Konrad Jacek Walerski ist Germanist und Kulturwissenschaftler. Seit 2019 ist er Doktorand und akademischer Mitarbeiter im Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Zu seinen wissenschaftlichen Interessen gehören: Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Europaforschung, Sozialwissenschaften, Wissenschaftsgeschichte, Geschichtsphilosophie und Zivilisationslehre.

Das Hauptziel des Dissertationsprojektes ist die Erforschung der polnischen Soziologie zwischen 1945 und 1990 und die Darstellung ihrer Bedeutung für den sozialistischen Modernisierungspfad in Wirtschaft und Gesellschaft in der VR Polen. Diese Vorhaben betreffen den polnischen Aspekt im deutsch-polnischen Vergleich zur Entwicklung der Soziologie als Teil des sozio-ökonomischen Denkens. Die Analyse ermöglicht, Systemeigenschaften des Sozialismus von länderspezifischen Eigenschaften des Wissenschaftssystems in der VR Polen, insbesondere in der Entwicklung der Soziologie und der Ökonomie, zu unterscheiden und mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen in Bezug zu setzen, sowie die Unterschiede des Übergangs zur Marktwirtschaft nach 1989 besser zu verstehen.
Der erste Aspekt des Projektes ist die Institutionalisierung der Soziologie in der VR Polen vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und die Frage, inwieweit die soziologische Tradition der Zwischenkriegszeit nach 1945 fortgesetzt und inwieweit abgebrochen wurde. Außerdem werden hier die mit dem sozialistischen System eingeführten Ansätze in der polnischen Soziologie thematisiert. Der Zweite Aspekt betrifft das Konzept der Modernisierung und die Frage, inwieweit der sozialistische Modernisierungspfad zu einer Entwicklung der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft beitrug. Der dritte Aspekt besteht in der Analyse der Zusammenhänge zwischen dem sozio-ökonomischen Denken und der Modernisierungspolitik der Polnischen Vereinigten Arbeitspartei. Hier wird die Forschungsfrage diskutiert, ob und inwieweit eine Modernisierung der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft im sozialistischen System möglich war und welche Blockaden auf den Modernisierungspfad auftraten. Die Vorgehensweise des Projektes besteht vor allem in den qualitativen Text- und Datenanalysen, Literaturrecherchen sowie Archivstudien in Institutionen von Lehre und Forschung zur Soziologie in der VR Polen.

Erkenntnisse aus der Anerkennungsforschung mit jugendlichen Fußballspielerinnen in Deutschland und Polen

Marij **DUHRA** (Wrocław)

Marij Duhra – Doktorandin der Friedrich-Ebert-Stiftung, forscht in Deutschland und Polen zu Anerkennungserfahrungen im Mädchen- und Frauenfußball. Ihr wissenschaftliches Interesse liegt in den Bereichen Jugend- und Sportsoziologie, sozialer Zusammenhalt sowie Sport und Nachhaltigkeit. Sie ist Expertin für den polnischen Frauenfußball und Organisatorin verschiedener Fußballturniere. Seit einigen Jahren ist sie Managerin der Fußballmannschaft Browar Sabotaż.

Äußerungen wie: „wenn wir uns über Fußball unterhalten, brauchen wir dazu keine Frauen“ sind zu finden auf der Twitter-Seite des Vorsitzenden des polnischen Fußballverbandes (vgl. Boniek, 2017). Es ist ein Element von vielen in dem Anerkennungsmosaik der Fußballwelt. Auch jugendliche Fußballspielerinnen in Deutschland und Polen bewegen sich in dieser Fußballwelt, doch ihre gesellschaftlichen Settings, unterscheiden sich stark in den Fragen ihrer Förderung, Unterstützung, Wertschätzung und Aufmerksamkeit, die ihnen als fußballspielende Individuen entgegengebracht werden - das Maß an sozialer Anerkennung für den Frauenfußball ist in Deutschland und Polen unterschiedlich.
Soziale Anerkennung ist ein Schlüsselbegriff in Sozialtheorien, die den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Gesellschaft verhandeln. Die hohe Bedeutung dieses Terminus wird dabei für verschiedene Ebenen sichtbar: Für das Individuum ist Anerkennung elementar, um eine positive Selbstbeziehung aufbauen zu können und für Gruppen ist sie wichtig, um einen Mindestpegel an Friedlichkeit sicherstellen zu können (vgl. Honneth 1994).
In meinem Dissertationsprojekt untersuche ich Anerkennungserfahrungen junger Fußballspielerinnen und ihre individuellen Bedeutungen, um Zusammenhänge zwischen (positiven und negativen) Anerkennungserfahrungen und Anerkennungswünschen aufstellen zu können. Von den theoretischen Herleitungen ausgehend, ist es für das Individuum in jedem Lebensabschnitt von grundlegender Bedeutung, durch sein Tun Anerkennung zu erfahren, sollte dies ausbleiben, wird danach gestrebt Anerkennung zu erhalten. Der „Kampf um Anerkennung“ der Fußballspielerinnen in Deutschland und Polen unterscheidet sich letztendlich stark.

Boniek, Zbigniew (2017, 20. März): “bez przesady, ja gdy z @Piechocinski rozmawiamy o pilce to nam baba niepotrzebna 😂😂😂😂😂👉👉” [Tweet]
Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a.M.

Das Deutsch-Polnische Barometer 2020

Agnieszka **ŁADA** (Darmstadt)

Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Spezialisierung: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen, EU-Institutionen.

Das „Deutsch-polnische Barometer” ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Die Untersuchungen werden seit dem Jahr 2000 vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt. Die diesjährige Studie beschäftigt sich u.a. mit folgenden Fragen: Was assoziieren die Polen mit Deutschland und die Deutschen mit Polen? Aus welchen Quellen stammen die Informationen zum Nachbarland? Wie sympathisch finden sich Deutsche und Polen gegenseitig? Wie beurteilen die Deutschen und Polen den Stand der gegenseitigen Beziehungen? Welche Probleme sehen sie in den Beziehungen?
Die Ergebnisse 2020 werden am 2. Juni in Warschau und am 3. Juni in Berlin präsentiert. Die Studien aus den vorherigen Jahren sind alle online zugänglich unter: https://www.isp.org.pl/en/projects/poland-germany-barometer.
Die letzte Ausgabe - Agnieszka Łada: Gemeinsame Richtung, verschiedene Perspektiven. Deutsche und polnische Ansichten zu den gegenseitigen, europäischen und globalen Beziehungen. Deutsch-Polnisches Barometer 2019
In den Jahren 2013 und 2016 wurde die Untersuchung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung realisiert. Im Jahr 2018 war die Körber-Stiftung Partner der Studie, im Jahr 2019 – die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die die Herausgabe des Projektes bereits in den Jahren 2006, 2008 und 2018 unterstützt hatte. Ab 2020 ist Deutsches Polen-Institut auch Partner der Studie.

Forschungsprojekt zur Poesie der Gerechtigkeit in „Utwór o Matce i Ojczyźnie“ von Bożena Keff

Laura **JÄCKEL** (Köln/Freiburg)

Laura Jäckel studierte in Freiburg, Krakau und Warschau Rechtswissenschaften, Slavistik und Philosophie. Die Erste juristische Prüfung legte sie im Juni 2019 in Freiburg ab. In ihrer polonistischen Bachelorarbeit befasst sie sich mit der Thematik der Poesie der Gerechtigkeit in „Utwór o Matce i Ojczyźnie“ von Bożena Keff. Ab Mitte März: wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung in Köln, Promotionsvorhaben bei Prof. Dr. Angelika Nußberger.

„(W)szędzie trzeba zmiany / i odpowiedzialności, / tak to wszystko widzę.“ Die Forderung nach Wandel und Verantwortung erklingt in „Utwór o Matce i Ojczyźnie“ (2008) von Bożena Keff als vielschichtige poetische Performanz. In meiner Abschlussarbeit untersuche ich, wie das Stück gerade durch die Amalgamierung von Konventionellem mit Unkonventionellem, Aktuellem mit Archetypischem Herrschaftsverhältnisse am Beispiel Polens als komplexes Geflecht aufzeigt und die emanzipatorische Gesellschaftskritik so ihren Appell auch selbst verwirklicht.
Der autobiographisch motivierte Text einer Angehörigen der zweiten Generation der Überlebenden des Holocausts erörtert die Themen Weiblichkeit, Mutterschaft, Nation und Judentum. Zentral ist das konflikthafte Verhältnis der Tochter zu ihrer Mutter, die als Kind den Holocaust überlebt hat und ihr Trauma an ihre Tochter weitergibt. Insofern als die Tochter mit der Anerkennung des Leidens der Mutter alleingelassen ist, werden gesellschaftliche Verantwortung und Schuld individualisiert. Die Tochter wird zu einer Gratwanderung zwischen Empathie und Selbstaufgabe gezwungen. Die Suche nach ihrer eigenen Identität ist der Befreiungsversuch der Tochter: zum einen von der beanspruchten zweifachen moralischen Vormachtstellung ihrer Mutter, zum anderen von den Diskriminierungserfahrungen, die beide in ihrem patriarchalisch und antisemitisch geprägten Vaterland machen.
Dieser Prozess wird durch eine tiefe Verortung in Kontexten der Mythologie, der Geschichte und der Popkultur ästhetisiert und expliziert: Es wird u.a. an griechische, aztekische und urpersische Überlieferungen, den Mythos des babylonischen Exils der Juden, die Sklavenunterdrückung in den USA, aber auch an „Lara Croft“, „Alien“, „Herr der Ringe“ und „Dracula“ appelliert. In Versform verfasst, mit Elementen des antiken Dramas, der Oper und des Oratoriums versteht sich das feministisch-humanistische Stück zudem als Hybrid und stellt so auf einer weiteren Ebene Homogenität in Frage.

Medial-sprachliche Wissenskonstruktionen im deutschen und polnischen Geflüchteten-Diskurs

Sarah **KRAWCZAK** (Gießen)

Sarah Krawczak arbeitet seit Mai 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für slavische Sprachwissenschaft an der JLU Gießen. Mediendiskurse und deutsch-polnische Beziehungen gehören zu ihren Forschungsschwerpunkten. In Kürze erscheint ihr Aufsatz „The polish nationalistic discourse in German media 2015–2018 – a creation of a (psycho)-villain?“ in einem Sammelband zu dem gemeinsam mit der Universität Łódź organisierten Workshop „Kryzys Unii Europejskiej? – Dyskursywne obrazy UE w polskiej i niemieckiej debacie publicznej (2015-2018)“. Sarah Krawczak ist zweisprachig aufgewachsen. Sie studierte Sprach- und Kulturwissenschaften im Bachelor und Interdisziplinäre Studien zum Östlichen Europa im Master.

Ziel meiner Dissertation ist eine Analyse des deutschen und des polnischen massenmedialen Diskurses über die seit 2015 vermehrt nach Europa flüchtenden Menschen, die jeweils zu einer europäischen und nationalen Krise deklariert werden. Diese Krisendeklaration hat wiederum zur Folge, dass massenhaft sterbende Menschen und schlechte Bedingungen in Flüchtlingslagern bewusst in Kauf genommen werden, um die „Krise zu bewältigen“, d.h. die Anzahl der nach Europa und vor allem in das eigene Land kommenden Asylsuchenden zu reduzieren.
Die vorliegende Arbeit basiert auf der Annahme, dass Krisen medial-sprachlich konstruiert werden und möchte daher untersuchen, welche Wissensaspekte in beiden Diskursen vermittelt werden, wie kulturspezifisch und damit zusammenhängend selektiv sie sind, in welche Argumentationsmuster sie eingebettet werden, und inwiefern sie die genannte Krise konstruieren. Kultur wird hier sowohl national als auch diskursiv verstanden, daher wird für die Untersuchung der Kulturspezifik und der damit zusammenhängenden Selektivität zum einen die massenmediale

Berichterstattung in beiden nationalen Kontexten untereinander verglichen, zum anderen aber auch mit der Berichterstattung von Menschenrechtsorganisationen, die einen anderen Kommunikations- und somit kulturellen Bereich darstellen.
Die zentralen Thesen lauten dabei, dass die Wissensvermittlung in den deutschen und polnischen Massenmedien selektiv und stets in die europa-/nationalpolitischen Interessen eingebettet ist und die mit der selektiven Wissensvermittlung zusammenhängende massenmediale Krisenkonstruktion in beiden Ländern – trotz der Unterschiede in der jeweiligen Asylpolitik – ähnlich verläuft. Die Analyse folgt einem triangulatorischen, kritisch-diskursanalytischen Ansatz, nach Wodak (2016), Kuße (2012) und Bendel Larcher (2015). Auf der lexikalischen Ebene erfolgt zunächst eine Keywordanalyse. Die Wissensstrukturen der jeweiligen Keywords werden im Anschluss anhand einer framesemantischen Analyse untersucht und ihre Einbettung in Wissen-/Argumentationsmuster anhand einer Toposanalyse. Anschließend werden die genannten Vergleiche gezogen und die Ergebnisse in Zusammenhang mit politischen Entwicklungen gesetzt, um auf diese Weise den Nutzen der massenmedial vermittelten Wissensaspekte kritisch zu hinterfragen.

Poetische Netzwerke

Anja **JAHN** (Leipzig)

Anja Jahn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig. In ihrem Dissertationsprojekt setzt sie sich mit den jiddischsprachigen Texten von Rachel Auerbach und Debora Vogel und den niedersorbischsprachigen Texten von Marjana Domaškojc und Mina Witkojc im mehrsprachigen Kontext auseinander. Anja Jahn hat ihren M.A. von der Humboldt-Universität zu Berlin im Fach Kulturen Mittel- und Osteuropas. Die Masterarbeit verfasste sie zur topographischen Lyrik Eugeniusz Tkaczyszyn-Dyckis. Ihren B.A. hat sie an der Universität Wien im Fach Slawistik erworben. Längere Studien- und Forschungsaufenthalte verbrachte sie in Turin, Warschau, Wien und New York.

Die Versuchung ist groß, Autor*innen oder Texte in einem monolingualen oder sogar nationalsprachigen Kontext zu verorten, um davon ausgehend Kanon und Antikanon denken zu können, die es dann wiederum (zumindest in der Theorie) zu überwinden wollen gilt. In dieser Perspektive wird Literatursprache zum Anlass für Orientierung, zum Klassifikationsmaßstab oder zur Essenz des Geschriebenen. Im Kurzvortrag sympathisiere ich zwar mit (gar nicht so unschuldigen) Versuchen ästhetischer und historischer Verortbarkeit von Text, setze den Fokus aber auf Relationalität statt Fixierung: Textrelationen als poetisches Netzwerk. Literatursprache soll dabei als das Ergebnis einer bewussten Wahl und eines Prozesses von Formsuche und sozialer Interaktion betrachtet werden. Mit dem Vortrag kündige ich mein Dissertationsprojekt an. Die besprochenen Texte sind von Rachel Auerbach und Debora Vogel, Marjana Domaškojc und Mina Witkojc.

Zwischen ökonomischen, politischen und soziokulturellen Zwängen. Die Situation erwerbstätiger Polinnen in der PRL und im postkommunistischen Polen - zwei Systeme, eine Lebensrealität?

Johannes **KLEINMANN** (Frankfurt/O.)

Johannes Kleinmann ist Doktorand an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) innerhalb des fakultätsübergreifenden Forschungskollegs „Coercion at Work“. Dort erforscht er die Situation von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt während und nach dem Ende der polnischen Volksrepublik. Zwischen 2011 und 2020 studierte Johannes Kleinmann Geschichte und Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br. sowie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Dieses Promotionsprojekt beschäftigt sich mit der Situation erwerbstätiger Polinnen in der PRL und im postkommunistischen Polen. Ziel der Forschungsarbeit ist es, ökonomische, kulturelle und politische Zwänge und ihren Einfluss auf die Erwerbsarbeit von Frauen zu analysieren und historisch einzuordnen. In dieser Arbeit soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob Polinnen faktisch selbstbestimmte Erwerbsbiographien, d.h. die Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung über ihr berufliches Leben, hatten. Insbesondere ist die Frage nach den Auswirkungen des Übergangs von einer plan- zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung, von einer Einparteienherrschaft

zur Demokratie auf die Erwerbsarbeit von Frauen von Bedeutung. Leitend ist dabei das Interesse daran, ob sich mit der sogenannten Transformation die berufliche Situation von Polinnen radikal änderte oder ob sie vielmehr von Kontinuitäten geprägt war.
Um diese Fragen beantworten zu können, wird der Begriff des „Zwanges“ eingeführt. Als Zwang bzw. Zwänge sollen in dieser Arbeit solche Faktoren definiert werden, die Frauen in Polen an selbstbestimmten Erwerbsbiographien hinderten. Dieses können juristische, ökonomische und kulturelle Zwänge sein. Diese werden auf die tatsächliche Situation von Polinnen in der PRL und im demokratisch-marktwirtschaftlichen Polen angewandt. Abschließend werden diese theoretischen Ergebnisse anhand von „Case-Studies“ überprüft. Zwei Berufsgruppen werden dafür analysiert: Zum einen Politikerinnen, die einen prestigeträchtigen und sozial privilegierten Beruf ausübten. Zum anderen der Beruf der Krankenschwester, der von schlechter Bezahlung und den Kürzungen der neunziger Jahre geprägt war.

Zwischen Humboldtschen Idealen und den Zwängen einer Wissensgesellschaft: Polnische Hochschulpolitik von 1989 bis 2019

Mareike **ZUM FELDE** (Bremen)

Mareike zum Felde ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Verbundprojekt „Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR“ in vergleichender Perspektive an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Dort promoviert sie bei Heiko Pleines zu politischen Strategien der polnischen Innovations- und Hochschulpolitik seit der Wirtschaftstransformation. Zuvor absolvierte sie den Masterstudiengang Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Schwerpunkt Vergleich politischer Systeme.

1990 gab der Sejm den staatlichen polnischen Hochschulen ihre Autonomie nach dem Vorbild der Humboldtschen akademischen Selbstverwaltung im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Transformation zurück. Aus dem neoliberalen Washington Consensus abgeleitete Maßnahmen wie in der Wirtschaftspolitik gab es für dieses Politikfeld nicht, sodass Hochschulpolitik im nationalen Rahmen debattiert wurde. 2005, 2010 und 2018 folgten weitere Reformen zur Finanzierung und internen Organisation von Hochschulen. Dennoch sind polnische Hochschulen heute im internationalen Vergleich wenig leistungsfähig und OECD sowie EU empfehlen Maßnahmen zur Stärkung der Hochschulen im Innovationssystem. Bisherige Schwerpunkte der Forschung zur Hochschulpolitik Polens sind der Inhalt der konkreten Hochschulreformen, die begleitende öffentliche Debatte und die Positionierungen der Hochschulinstitutionen. Mit einem Fokus auf Parteiprogramme und Parlamentsdebatten wird eine neue Perspektive auf das Thema eingenommen und ein Beitrag zur Beschreibung von Parteiprogrammatiken im postkommunistischen Polen geleistet.
Vor diesem Hintergrund werde ich in meiner Dissertation die polnische Hochschulpolitik von 1989 bis 2019 analysieren. Unter Hochschulpolitik wird dabei Gesetzgebung bezogen auf öffentliche und private Hochschulen, die Polnische Akademie der Wissenschaften und weitere Forschungsinstitute verstanden. Gegenstand der Untersuchung sind Parteiprogramme und Parlamentsdebatten zu diesem Politikfeld. Mit einer Analyse nach Alexander-Kenneth Nagel (2010) wird zwischen ökonomisch und gesellschaftlich-integrativ orientierter Bildungspolitik unterschieden. Mit diesem Raster können langfristige Entwicklungen, Pfadabhängigkeiten und Legitimitätsstrategien der Hochschulpolitik in Parlamentsdebatten zur Dekommunisierung, dem Staatshaushalt und dem EU-Beitritt sichtbar gemacht werden.

PLENUM

Pol-Int reloaded. Die digitale Wissenschaftsplattform für Polenstudien ab 2021

Seit ihrer Gründung 2013 hat sich die digitale Wissenschaftsplattform Polenstudien.Interdisziplinär Pol-Int (www.pol-int.org) zu einem wichtigen Instrument der Polenforschung entwickelt mit über 1.700 Nutzer*innen. 2018/19 wurde die Plattform evaluiert, u.a. durch eine gemeinsam mit dem Deutschen Polen-Institut durchgeführten Umfrage unter allen Personen, die sich wissenschaftlich mit Polen beschäftigen. Die Umfrage bestätigte eine sehr breite Kenntnis und Nutzung von Pol-Int! Insbesondere Nachwuchswissenschaftler*innen nutzen die Plattform intensiv zur Orientierung, Information und Vernetzung. Weitere genannte Bedarfe von Nachwuchswissenschaftler*innen setzen wir nun bei der Neu-Programmierung von Pol-Int um. 2021 wird das neue Pol-Int online sein und dreisprachig für alle Wissenschaftler*innen zur Verfügung stehen. Bereits jetzt möchten wir Ihnen das neue Pol-Int vorstellen und mit Ihnen diskutieren sowie weitere Entwicklungsmöglichkeiten unserer Wissenschaftsplattform andenken.

Dagmara **JAJEŚNIAK-QUAST**

Sie leitet das Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien (ZIP) der Europa-Universität Viadrina (EUV) und das Graduiertenkolleg Interdisziplinäre Polenstudien. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Wirtschaftshistorikerin habilitierte sich 2013 im Fach Europäische Geschichte mit Schwerpunkt Wirtschaftsgeschichte an der Universität Siegen. Sie forschte und lehrte unter anderem am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam, der Universität Erfurt, dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig und dem Netherlands Institute for Advanced Study (NIAS) in the Humanities and Social Sciences of the Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences (KNAW) in Wassenaar. Derzeitig konzentriert sich ihre Forschung auf das Thema „Soziale Wirtschaft“.

Susanne **ORTH**

Seit 2017 arbeitet sie als Wissenschaftsmanagerin im Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien, u.a. für die Online-Plattform Pol-Int. Sie hat an der Freien Universität Berlin Slawistik, Ost- und Südosteuropäische Geschichte sowie Komparatistik studiert. An der Europa-Universität Viadrina ist sie seit 2006 tätig. Bis 2016 leitete sie das Deutsch-Polnische Career Center in der Stabsstelle „Strategie und Entwicklung" und hat die Alumniarbeit sowie das Fundraising an der Europa-Universität Viadrina mitaufgebaut.

Aleksandra **POLKOWSKA**

Sie ist für die technische Koordination der Pol-Int Plattform verantwortlich. Nach dem Bachelor-Abschluss in Kulturwissenschaften (2013) setzte sie ihr Studium im Masterstudiengang Sprachen, Kommunikation und Kulturen an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) fort. 2019 erwarb sie mit ihrer Masterarbeit zum Thema „Die mediale Wahrnehmung des 'Deutsch-Polnischen Preises' in Polen. Eine qualitative Analyse" den Titel Master of Arts. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990, Konzepte der Digital Humanities sowie Open Access.

SEKTION I

I.1 POLENS SCHICKSAL INTERPRETIEREN: VON GÖTTLICHER GERECHTIGKEIT UND STRAFE ZU GLEICHGEWICHT UND IMPERIALISMUS

Leitung: Maria **RHODE** (Göttingen)

Die Sektion geht der Frage nach, welche Vorstellungen von Gerechtigkeit (und Strafe) in polnischen und ukrainischen Diskursen des 19. und 20. Jahrhunderts zu finden sind und wie sie mit anderen europäischen Entwürfen politischer und sozialer Ordnung verwoben waren. Als exemplarische Felder, auf die das Kriterium von Gerechtigkeit als Sonde angewandt wird, dienen vier Themenkomplexe aus dem Bereich der Literatur, Publizistik und Wissenschaft: Erstens die Messianismusvorstellungen der französischen, deutschen und polnischen Literatur, zweitens die Forderungen des galizisch-ukrainischen Sozialisten und Wissenschaftlers Mychajlo Drahomanov (1841–1895), drittens die Aussagen der polnischen Publizistik und (Populär)Wissenschaft zum Thema Kolonialismus. Schließlich sollen in einer übergreifenden Tour d'horizon die historischen und gegenwärtigen Überlappungen von Opfer-, Helden- und Gerechtigkeitsdiskursen analysiert werden.

Polen als heldenhaftes Opfer? Anmerkungen zur Entwicklung eines wirkmächtigen Narrativs seit dem 19. Jahrhundert

Matthias **BARELKOWSKI** (Berlin)

Matthias Barelkowski, M.A. (Berlin und Siegen) studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Polonistik an der HU Berlin und war anschließend als freiberuflicher Historiker mit Schwerpunkt polnische und deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie polnisch-deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte tätig. 2016-2019 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt: „Manövrierräume im Staatssozialismus" an der Universität Siegen. Derzeit arbeitet er wieder als Übersetzer aus dem Polnischen, Historiker und Rechercheur in unterschiedlichsten mit Osteuropa verbundenen Projekten.

Der Begriff „Opfer" kommt in den berühmten „Geschichtlichen Grundbegriffen" nicht vor, ist aber gerade heute in vielen Diskursen sehr wirkmächtig. Der Philosoph Slavoj Žižek beschreibt den Prozess der „Viktimisierung" gar als ein gesellschaftliches Identitätsbildungsmerkmal der Postmoderne. Das postmoderne Subjekt neige zu einem narzisstischen Selbstverhältnis, bei dem es seine Beschädigtheit betone und sich gern in einer selbstgewählten Opferrolle darstelle. Wie stellt sich dies nun in Polen dar?

In Polen stand der Opferdiskurs in einem engen Zusammenhang mit dem romantisch-katholischen Messianismus nach den Teilungen des Landes, ist aber auch verbunden mit älteren Antemurale-Vorstellungen zur Abwehr der „asiatischen Barbaren". Insbesondere nach dem für Polen so verheerenden Zweiten Weltkrieg wurde die Opfererzählung aber auch als Zerdrücktwerden der eigenen Existenz zwischen dem deutschen „Drang nach Osten" und dem sowjetischen Imperialismus fortgeführt. Mit der Opferzählung in unmittelbarem Zusammenhang steht, quasi als andere Seite der Medaille, die Heldenerzählung, insbesondere in ihrer militärischen Ausprägung. Das Opfer bleibt dabei nicht passiv und unbeachtet, sondern geht – meist in Aufständen heldenhaft kämpfend – moralisch rein unter.

In dem Vortrag soll an einzelnen Fallbeispielen untersucht werden, welche Verbindungen die beiden Narrative eingingen und welche Ausprägungen diese bis heute erfuhren. Vertreten wird die These, dass die Erzählung von den heldenhaften polnischen Opfern ohne Makel, denen endlich Gerechtigkeit widerfahren müsse, gerade in der historiographischen Publizistik nur sehr schwer durch ambivalentere Erzählungen ersetzt werden kann, ist sie doch vielfach politisch gewollt und wird entsprechend instrumentalisiert.

Messianismus interpretieren: Messianismuskonzepte in der polnischen, französischen und deutschen Literatur der Romantik

Jana-Katharina **MENDE** (Liège)

Dr. Jana-Katharina Mende ist Lektorin für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Lüttich. Sie hat an den Universitäten Vechta und Wien in Komparatistik und Sprachwissenschaft promoviert und forscht zur europäischen Romantik, polnisch-französisch-deutschen Literaturbeziehungen, Übersetzungstheorie, Mehrsprachigkeit und Literatur, Diskursforschung und Literatur. Publikationsauswahl: *Das Konzept des Messianismus in der polnischen, französischen und deutschen Literatur der Romantik. Eine mehrsprachige Konzeptanalyse.* Heidelberg: Winter 2019 (im Erscheinen).

2016 schreibt die Romantikforscherin, Professorin und Intellektuelle Maria Janion in einem offenen Brief anlässlich des polnischen Kulturkongresses: „Powiem wprost – mesjanizm, a już zwłaszcza państwowo-klerykalna jego wersja, jest przekleństwem, zgubą dla Polski. Szczerze nienawidzę naszego mesjanizmu." (Maria Janion: List do Kongresu Kultury, 7 października 2016). Der Messianismus, der hier den Hass einer der einflussreichsten Romantikforscherinnen auf sich zieht, ist nicht das historische Konzept des 19. Jahrhunderts, sondern seine aktualisierte Form. Doch beeinflusst die heutige Auffassung auch die historische Forschung und die Interpretation von dem, was unter Messianismus verstanden wird. Ebenso beeinflusst die Geschichte des Messianismus sein heutiges Verständnis. Diese Wechselwirkung zwischen historischem Messianismus, (Re-)Aktualisierung des Konzepts und der Rolle der (philologischen) Forschung motiviert diesen Beitrag.
Der Beitrag zeigt mithilfe einer semantisch-historischen Methode die Geschichte der Wörter und Begriffe, die das keinesfalls nur polnische, sondern europäische Konzept Messianismus in der polnischen, französischen und deutschen Literatur in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts konstituieren. Im europäischen Vergleich wird deutlich, dass eine nationale Lesart von Messianismus unzureichend ist und dass das Konzept im 19. Jahrhundert nur durch die romantische Poetik in einem europäischen Kontext verstehbar und erklärbar wird. Die historischen Interpretationen von Messianismus werfen schließlich auch ein anderes Licht auf die heutigen, begrenzten und missverständlichen Interpretationen.

Gerechtigkeit und „nationale Wissenschaft". Vom ruthenischen zum ukrainischen Projekt in Galizien, 1848–1914

Martin **ROHDE** (Innsbruck)

Martin Rohde studierte Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Slavistik in Salzburg und Göttingen. Seit 2017 ist er Mitarbeiter der LFU Innsbruck und leitet seit 2019 ein TWF-Projekt zur ukrainischen Wissenschaft im deutschsprachigen Raum. Seine Forschungsinteressen beinhalten Wissens- und Wissenschaftsgeschichte in transregionalen und transimperialen Perspektiven mit räumlichem Bezug auf die Ukraine, die Habsburgermonarchie, das Zarenreich und ihre jeweiligen Nachfolgestaaten.

Das habsburgische Galizien wird traditionell als ‚ukrainisches Piemont', als Entfaltungsraum der ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert gedeutet. Das konservativ-klerikale Milieu vor 1848 hatte mit dieser Idee nicht viel gemein, sondern verortete sich im Wesentlichen als Teil polnischer Identitätskonzepte. 1848 formierte sich mit der *Holovna Rus'ka Rada* (Allgemeiner Ruthenischer Rat) erstmals eine ruthenische politische Interessenvertretung, die Gemeinsamkeiten mit der ukrainischen Bewegung des Zarenreiches postulierte. Sie forderte nationale, insbesondere sprachlich definierte Gleichberechtigung im Kronland ein: Gerechtigkeit wurde als relationales Phänomen zur dominanten polnischen Sprachgruppe konstruiert.
Der ukrainische Sozialist Mychajlo Drahomanov (1841–1895) lieferte seit den 1870er Jahren neue Impulse. Er verstand den Ausbau der ruthenisch-ukrainischen Wissens- und Wissenschaftslandschaft als zentrales Vehikel zur Erlangung nationaler Gleichberechtigung. Dahingegen definierte er „das unzureichende Wissen über sein Land" als „eine spezielle Eigenschaft des Galiziers". Dieser Vortrag diskutiert, inwiefern Drahomanovs Positivismus die Artikulation von Forderungen nach Gerechtigkeit in den eng verflochtenen Feldern galizisch-ukrainischer Politik und Wissenschaft beeinflusste. Anhand zweier Fallbeispiele zur Statistik und physischen Anthropologie zeige ich auf, wie „nationale Wissenschaft" – vor dem von Drahomanov anvisierten, europäischen Forum – zur Erlangung nationaler Gleichberechtigung, die Kern dieses Gerechtigkeitsdiskurses war, nutzbar gemacht werden sollte.

Kolonisierte Kolonisatoren: Der europäische Kolonialismus in der polnischen Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts

Maria **RHODE** (Göttingen)

Dr. Maria Rhode, Studium der Geschichte und Slavistik an der Universität Freiburg. Promotion mit einer Studie zu den polnischen Interregna in der Frühen Neuzeit. Akademische Rätin an der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Verfassungs- und Mentalitätengeschichte, Wissenschaftsgeschichte. Neueste Publikation: A Matter of Place, Space and People. Cracow Anthropology 1870–1920, in: National Races, hg. v. Richard McMahon, Lincoln: University of Nebraska Press 2019, S. 105–140.

Auch wenn Polen-Litauen in der Frühen Neuzeit keine Überseekolonien hatte, nahmen seine Eliten die (west-)europäische Expansion nach Übersee durchaus wahr und kommentierten sie verstärkt kritisch in der Publizistik der Aufklärung. Mit dem Aufschwung des Pressewesens im 19. Jahrhunderts erweiterten sich die Kommunikationskanäle und Leserkreise beträchtlich.
Der Vortrag leuchtet deshalb die Beschaffenheit von Kolonialdiskursen in der polnisch-sprachigen Tagespresse, in Missionszeitschriften und (populär-)wissenschaftlichen Zeitschriften im langen 19. Jahrhundert aus und fragt in zwei Kontexten nach den Kategorien von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung: im Zusammenhang mit der europäischen Expansion sowie im Kontext der polnischen Kolonialphantasien und potenziellen Kolonialpläne im 20. Jahrhundert. Ich untersuche, welchen Wandel die im 18. Jahrhundert noch transzendent oder naturrechtlich fundierte Kategorie der Gerechtigkeit in diesen Diskursen durchmachte, in welchem Maße sie ökonomisiert wurde und wie sehr sie noch im 20. Jahrhundert ihre religiös-romantische Prägung beibehielt.

Kommentar: Agnieszka **PUFELSKA** (Lüneburg)

PD Dr. Agnieszka Pufelska, Studium der Germanistik, Kulturwissenschaften und Geschichte. Promotion 2005 mit einer Studie zur Geschichte des antisemitischen Feindbildes „Judäo-Kommune“ in Polen. 2015 Habilitation mit einer Studie über die Wahrnehmung Preußens in der polnischen Aufklärung. Privatdozentin an der Universität Potsdam sowie derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut an der Universität Hamburg in Lüneburg.

I.2 UM GERECHTIGKEIT UND VERSÖHNUNG. WIE VERBINDET SICH DER GERECHTIGKEITSBEGRIFF MIT AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT UND MIT VERSÖHNUNG?

Leitung: Łukasz **JASIŃSKI** (Berlin)

Der Begriff der Gerechtigkeit ist außerordentlich umfassend und enthält in sich viele Definitionen, je nachdem in welchem Kontext er verwendet wird. Es lassen sich viele Definitionen aufzeigen, die sich auf der Grundlage von Ethik, Religion, Soziologie und auch der Wissenschaften vom Staat und des Rechts entwickelt haben. In vielen Ländern tragen die Regierungsstrukturen, die für die Justiz verantwortlich sind, die Bezeichnung von Ministerien für Gerechtigkeit, und in Polen werden die Gerichte und Staatsanwaltschaften auf allen Ebenen umgangssprachlich als „Gerechtigkeitszumessung" bezeichnet. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die gesellschaftlichen Erwartungen im Hinblick auf die Urheber von Verbrechen. Denn Gerechtigkeit wird von der öffentlichen Meinung oft als die Zumessung der härtestmöglichen Strafe, als Vollzug von Vergeltung im Namen des Gesetzes verstanden.
Ziel des Panels ist eine intellektuelle Reflektion zum Einfluss des Begriffs der Gerechtigkeit und der mit diesen verbundenen gesellschaftlichen Erwartungen auf verschiedene Formen des Umgangs mit dem Erbe von Totalitarismen, Kollaboration und Verbrechen. Ein besonders interessanter Fall ist hierbei der Umgang mit Kriegsverbrechern, wie er sich in Polen und in Deutschland seit 1945 bis fast auf den heutigen Tag abgespielt hat. In den einzelnen Referaten in dem Panel wird es aber weniger um die Beschreibung des Ablaufs von ausgewählten Gerichtsprozessen gehen als um eine breit angelegte Reflektion zu den Bedingungen von Aufarbeitung der Vergangenheit.

Kriegsverbrecherprozesse in polnischen Wochenschauen nach 1945

Martin **FABER** (Freiburg i. Br.)

Geboren 1964 in Limburg an der Lahn. Studien von Philosophie, Theologie, Germanistik, Geschichte, Lateinischer Philologie in Frankfurt/Main, Rom und Freiburg i. Br. Magisterexamen 1994. 1995/96 Sprachlektor der Robert-Bosch-Stiftung in Rzeszów/Polen. 1997 Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Rom. 2002 Promotion zum Thema "Scipione Borghese als Kardinalprotektor". Lehrtätigkeit an den Universitäten Freiburg und Posen. 2004-2006 Forschungsaufenthalt an der Universität Posen. 2013 Habilitation zum Thema "Sarmatismus. Die politische Ideologie des polnischen Adels im 16. und 17. Jahrhundert". 2014 Gastprofessur an der Universität Posen.

Am Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin laufen derzeit Bemühungen um die Schaffung einer Internet-Plattform, auf der historische polnische Filme mit deutscher Untertitelung angeboten werden sollen. Eine besonders wichtige Gattung von Filmen stellen in diesem Zusammenhang die Wochenschauen dar, die vor und nach dem 2. Weltkrieg über aktuelle Ereignisse in Polen und im Ausland berichteten. Ein regelmäßiges Thema in den Wochenschauen der Nachkriegszeit waren Prozesse gegen Personen, denen Verbrechen während des voraufgegangenen Kriegs vorgeworfen wurden. Bei den Angeklagten handelte es sich dabei sowohl um Deutsche als auch um Polen, die der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht beschuldigt wurden. Mit diesen Berichten sollte der Bevölkerung das Gefühl gegeben werden, dass die neue kommunistische Staatsmacht das Unrecht sühnte, das den Polen im Krieg angetan worden war. Deshalb lag das Schwergewicht in den Berichten nicht auf der Urteilsfindung, sondern auf der Verurteilung und Bestrafung der Delinquenten, deren Schuld zumeist als erwiesen dargestellt wurde. Als kollektives Opfer der Verbrechen galt die polnische Nation, womit die kommunistisch gelenkten Medien an traditionelle, historisch geprägte Vorstellungen in der Bevölkerung anknüpften. Auf diese Weise hoffte die neue Staatsmacht, ihre Legitimität im Land unter Beweis stellen zu können. Der Vortrag soll zugleich einen Einblick in die Möglichkeiten der Benutzung von Filmen als historische Quellen und in die Chancen geben, die das Untertitelungsprojekt für die deutsche Polenforschung bietet.

Zum Phänomen der „späten Gerechtigkeit". Die Aufarbeitung des Erbes von Totalitarismen im 21. Jahrhundert

Łukasz **JASIŃSKI** (Berlin)

Politologe, Kurator, Publizist. Studium der Internationalen Beziehungen an der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Toruń, Magisterarbeit unter dem Titel „Internationale Fragen in politischen Meinungen der politischen Opposition in Volksrepublik Polen 1976-1980". Promotion am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau mit einer Dissertation über die Hauptkommission für die Erforschung deutscher/nationalsozialistischer Verbrechen in Polen. Sein Doktorvater war Prof. Paweł Machcewicz. 2009-2017 Mitglied des Teams zur Vorbereitung der Dauerausstellung am Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk. Seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Obwohl fast 75 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen sind, ist das Thema der Rechenschaft der Täter für die damals begangenen Verbrechen im öffentlichen Raum in Polen und in Deutschland immer noch lebendig. Ein hervorragendes Beispiel für das gesellschaftliche Interesse an diesen Fragen sind die Diskussionen um den Prozess von John Demjanjuk. Lebhafte Reaktionen sowohl von Wissenschaftlern wie von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern hat auch der Fall von Oskar Gröning, des ehemaligen Buchhalters von Auschwitz-Birkenau, hervorgerufen. Mehr noch, trotz des Abstands von vielen Jahrzehnten werden in Polen bis heute Untersuchungen zu Verbrechen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs durchgeführt, die in manchen Fällen in Prozesse münden. Ziel des vorgeschlagenen Vortrags ist eine Analyse des Phänomens der „späten Gerechtigkeit", also von Bemühungen, die Urheber von Verbrechen unabhängig von der verflossenen Zeit vor Gericht zu stellen, und der Diskussionen in den Medien über diese Fälle.

„Beim Deutschen arbeiten". Die Tätigkeit polnischer Architekten während der deutschen Besatzung und die Aufarbeitung in dieser Berufsgruppe nach dem Krieg

Małgorzata **POPIOŁEK-ROßKAMP** (Berlin)

Kunsthistorikerin; Studium der Kunstgeschichte an der Warschauer Universität und an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau (2005–2010) und Denkmalpflege an der TU Berlin (2010–2012). Dissertation (2017) im Rahmen eines Cotutelle-Vertrags an der TU Berlin und an der Breslauer Universität unter dem Titel: „Warschau. Ein Wiederaufbau, der vor dem Krieg begann", für die sie den zweiten Nachwuchspreis der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung e. V. (GSU) im Feld der Stadtgeschichte und historischen Urbanisierungsforschung zum Zeitraum 18.-20. Jahrhundert und eine Auszeichnung im Wettbewerb Wissenschaftlicher Förderpreis des Botschafters der Republik Polen bekommen hat. Stipendiatin des Cusanuswerks, der Research Academy Leipzig, des DAAD und des Museums für Polnische Geschichte. Auszeichnung von der Masowischen Buchakademie (2011) für die Monografie „Powojenna odbudowa ulicy Nowy Świat w Warszawie" [„Wiederaufbau der Nowy-Świat-Straße in Warschau nach dem Zweiten Weltkrieg"].

In den während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten hatten polnische Architekten, zumeist in begrenztem Maß, die Möglichkeit, ihre Beschäftigung in Stadtverwaltungen sowie in privaten Architektenbüros und Bauunternehmen fortzusetzen. Einige wurden auf weniger verantwortungsvolle Posten herabgestuft, zum Beispiel zu technischen Zeichnern, andere blieben auf ihrem Posten, der ihnen die Durchführung von projektierenden Arbeiten ermöglichte. Wieder andere arbeiteten unmittelbar im Auftrag der deutschen Besatzer, bauten neue Objekte, bauten bestehende Objekte um oder projektierten Inneneinrichtungen. Nach dem Krieg dachten viele Architekten ungern an diese Zeit zurück und ließen sie in ihrem offiziellen Lebenslauf aus. In ihren Berichten aus der Zeit der Besatzung ging es meistens um die Rettung von Denkmälern oder um Tätigkeit im Untergrund. Trotz der Neigung, ihre Erfahrungen in der Besatzungszeit an den Rand zu drängen, standen einige Architekten, u. a. aus Krakau, nach dem Krieg vor Ehren- und Körperschaftsgerichten. Ziel des Vortrags ist ein Einblick in die verschiedenen Möglichkeiten der (Zusammen-)Arbeit und in die Optionen polnischer Architekten in der Besatzungszeit. Ein wichtiges Element der Überlegungen wird auch eine Analyse der verschiedenen Strategien sein, mit denen die Berufsgruppe der Architekten mit ihrer Vergangenheit im

Krieg umging, vom Übergehen dieser Ereignisse über verschiedene Verfahren vor Körperschaftsgerichten bis zu Strafverfahren.

Gerechtigkeit versus Rache: Prozesse der Volksdeutschen in der Region Lodz nach 1945

Michał **TURSKI** (Gießen)

Studium der Geschichtswissenschaft an den Universitäten Bonn und Lodz. M.A.-Abschluss 2014. Seit 2017 Doktorand an der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Universität Lodz. Er arbeitet aktuell im Projekt „Konfliktregionen im östlichen Europa" (KöE). Seine Dissertation handelt von den Effekten der Deutschen Volksliste in der Region Lodz während des Zweiten Weltkrieges und nach 1945.

Seit 1989 untersuchten die Historiker die sogenannte „Rehabilitacja" (Rehabilitierung) und Strafprozesse der Volksdeutschen wegen der Aufnahme in die Deutsche Volksliste während der deutschen Besatzung. Die Region Lodz ist eine von den Regionen, für die diese Prozesse nicht gut erforscht wurden. In Rahmen dieses Vortrags möchte ich untersuchen, wie die Rehabilitierung und Bestrafung der Volksdeutschen nach 1945 in der Region Lodz lief. Eine statistische Bearbeitung einer Probe aus den Akten der Amtsgerichte in Lodz, Pabianice, Zgierz und Tuszyn (Rehabilitierung) sowie der Akten des Bezirksgerichts Lodz (spätere Bestrafung) wird dargestellt. Die vorläufige These lautet, dass es einen großen Unterschied zwischen der volksdeutschen Bevölkerung in Region Lodz 1941 (Datum der Einrichtung der Deutschen Volksliste in allen westlichen okkupierten Territorien) und nach Januar 1945 (Befreiung der Region durch die Rote Armee) gab. Dieser Unterschied bestand auch in Bezug auf andere Regionen Polens nach 1945 wie Oberschlesien, wo es viele männliche Volksdeutsche nach 1945 gab. Beispielgerichtsachen aus der Region, die typisch für die Rehabilitierung und Bestrafung der Volksdeutschen in diesem Raum sind, werden dargestellt und analysiert. Mithilfe der Verwaltungs- sowie der Staatsicherheitsakten wird ein Bild der deutschen Bevölkerung in der Region Lodz gezeigt. Die Frage, ob die Prozesse der Volksdeutschen in Polen nach 1945 mehr mit Gerechtigkeit zu tun hatten oder sie nur bloße Spektakel für die polnische Bevölkerung der Region und eine Werbung für die Kommunisten waren, ist sehr schwer zu beantworten und wird wahrscheinlich nie eindeutig zu beantworten sein.

Kommentar: Armin **HÖLAND** (Halle)

Armin Höland, *1948, Prof. em. der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 1999 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Recht der sozialen Sicherung im Juristischen Bereich dieser Fakultät. Seine Forschungsschwerpunkte: Europäisierung des Privatrechts, Arbeitsrecht, einschließlich der Arbeitsrechtsentwicklungen in Mittel- und Osteuropa.

I.3 POLONIA EUROPEA? EDITIONEN FRÜHNEUZEITLICHER QUELLEN ALS DEUTUNGSANGEBOTE EINER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Leitung: Kolja **LICHY** (Gießen)

Wie europäische Geschichte zu erzählen ist und welchen analytischen Kriterien solch eine Erzählung unterliegen könnte, ist eine in den letzten Jahrzehnten genauso kontinuierlich debattierte wie sich allen Eindeutigkeiten entziehende Frage. Dass im Rahmen jeglicher Versuche, sich einem etwaigen europäischen Geschichtsraum anzunähern, nicht zuletzt auch verschiedene Zeitebenen zu berücksichtigen sind, scheint aber angesichts der vergangenen und aktuellen Diskussionen mittlerweile eine Binsenweisheit. Angesichts der in diesem Zusammenhang auch immer wieder thematisierten Auflösung struktureller Gewissheiten stellt sich schon seit Längerem die Frage, in welcher Form eine polnisch-litauische Geschichte der Frühen Neuzeit als Teil einer gesamteuropäischen Geschichte konzipiert werden kann.

Im Rahmen der Auseinandersetzungen über eine europäische Geschichte sind Netzwerkstrukturen, akteursgebundene Konstitutionen sozialer Räume, Fluidität von Herrschaftsgrenzen oder auch die Materialitäten historischer Prozesse in den Fokus der Forschung gerückt. Die methodischen Diskussionen, zumindest der Frühneuzeitforschung, basieren dabei in der Regel zum überwiegenden Teil immer noch auf Beispielen und Belegen aus dem Bereich eines anachronistisch in den Kategorien des 19. und 20. Jahrhunderts gedachten Westeuropa, ergänzt durch eine globale Perspektive nicht zuletzt auf Kolonialbeziehungen. In diesem Zusammenhang stellen sich Herausforderungen nicht nur an Historikerinnen und Historiker, die sich auf polnisch-litauische Geschichte spezialisieren. Vielmehr drängt sich die Frage nach der Bereitschaft der restlichen Frühneuzeitforschung auf, eine polnisch-litauische Geschichte jenseits groß- oder mesoregionaler Vorannahmen in „allgemeine" Analysen und Narrative einer Geschichte der Frühen Neuzeit zu integrieren.

Auch edierte – ebenso wie archivalische – Quellen sind Teil und Ergebnis eines weitgehenden Selektionsprozesses. Schon das Archiv an sich, dem die Quellen einer Edition entstammen, muss als dynamische Konstellation verstanden werden, als institutionalisiertes, jedoch nicht-statisches „kulturelles Gedächtnis" (Assmann) beziehungsweise in ähnlichem Sinne als veräußerlichten „Ort der Hinterlegung", basierend auf Wiederholungstechniken (Derrida). Die Edition von Quellen wiederum verdoppelt diesen Selektionsprozess in expliziter Weise, greift sie doch spezifische Bestände als Produkte der Archivierung heraus, um ihnen in besonderer Weise Zugang durch einen breiteren Adressatenkreis zu verschaffen und kreiert damit in unterschiedlicher Weise neue Formen von Archivierung. In diesem Zusammenhang stehen Quelleneditionen und deren Medialität derzeit zugleich in einer komplexen Beziehung zur Welle der digitalen Reproduktion erheblicher Archivbestände. Editionen frühneuzeitlicher Quellen situieren sich dabei konkret in einem Umfeld, das etwa mit der Federacja Bibliotek Cyfrowych oder zu eingeschränkten Teilen verschiedenen deutschen Projekten zur digitalen Reproduktion von Archivalien bestimmt ist. Der Umgang mit Archivgut, dessen digitale Reproduktion und die Auswirkungen dieser Entwicklung auch auf das Prinzip des Edierens selbst wie auf die Rahmenbedingungen der Wissenschaftsförderinstrumente für Editionen unterliegen seit etlichen Jahren in Polen wie in Deutschland teils intensiven Diskussionen und heftigen polemischen Debatten.

Vor diesem Hintergrund geht es um die Diskussion zwischen verschiedenen aktuellen Editionsprojekten, die in verschiedener medialer Form und unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten Vernetzungen von Akteuren in den Mittelpunkt stellen, die sich mindestens nur eingeschränkt unter nationalhistoriografischen Kriterien einordnen lassen bzw. die den expliziten Anspruch haben, über einen nationalhistoriografischen Rahmen hinauszuwirken. Dabei geht es darum, auszuloten, unter welchen wissenschaftspolitischen und medialen Bedingungen gegenwärtig Editionsprojekte einen Beitrag zur Rezeption von Themen, Akteuren und Verflechtungen aus polnisch-litauischen Kontexten über ein spezialisiertes Publikum hinaus leisten können und zu reflektieren, welche epistemologischen Bedingungen die aktuelle editorische Arbeit bestimmen. Hierbei ist zugleich danach zu fragen, inwieweit Kategorien wie „Polen-Litauen" und „polnische" beziehungsweise „litauische" Geschichte jeweils eine zentrale Rolle spielen oder inwieweit die thematisierten Quellenbestände zu Überlegungen über eine etwaige „europäische" Geschichte beitragen können.

Die polnischen Hofkorrespondenzen Ursula Meyers. Deutschsprachige Netzwerke und Wissenszirkulation um 1600 zwischen Warschau, Graz und München

Oliver **HEGEDÜS**/ Kolja **LICHY** (Gießen)

Oliver Hegedüs – Bachelorstudium der Geschichte und Fachjournalistik Geschichte an der JLU Gießen und der Belarussischen Staatlichen Universität in Minsk (2010–2014). Masterstudium Geschichte an der JLU Gießen (2014–2016). Seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“, Teilprojekt B03 - Konfessionelle Minderheiten. Seit 2017 Projektmitarbeiter am Projekt „Die polnischen Hofkorrespondenzen Ursula Meyers“.

Kolja Lichy – Studium der Geschichte, Polonistik und Bohemistik in Berlin, Krakau und Brünn. 2015 Promotion zum Adelsaufstand des Rokosz 1606–1609. Seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der JLU Gießen, seit 2017 Leiter des Editions- und Forschungsprojektes zu den «Polnischen Hofkorrespondenzen Ursula Meyers». Habilitationsprojekt zur Finanzgeschichte des Habsburger Reiches im 18. Jahrhundert.

Im Zentrum des Projektes steht die Edition der bislang weitgehend unbekannten Korrespondenzen der polnischen Kammerdienerin Ursula Meyer mit Maria Anna, Erzherzogin von Innerösterreich und Steiermark, sowie mit dem bayerischen Herzog Wilhelm V. und dem bayerischen Herzog beziehungsweise Kurfürsten Maximilian I. Die Briefe Ursula Meyers sind in dreierlei Hinsicht bemerkenswert: Ursula Meyer war dem Rang nach eine einfache Bedienstete am polnischen Hof. Dennoch gewann sie seit ihrer Ankunft am Hof im Jahr 1592 bis zu ihrem Tod 1635 im Laufe der Jahre eine Vertrauensstellung bei den polnischen Königinnen aus dem Habsburger Haus, Anna und Konstanze, sowie bei König Sigismund III. Wasa selbst und seinem Sohn und Nachfolger Władysław IV. Wasa. Die bescheidene offizielle Stellung Ursula Meyers kontrastierte mit der ihr von außen zugeschriebenen höfischen Machtposition und Einflussnahme auf die beiden Königinnen sowie auf Sigismund III. selbst. Sie wurde zeitgenössisch mithin als Favoritin betrachtet, über die ein Zugang zum Monarchen zu erhalten war und die zugleich eine beratende Funktion an der Seite der sukzessiven Königspaare einnahm. Ursula Meyer unterhielt einen regen Briefkontakt mit Herrscherinnen und Herrschern ihrer Zeit, in dem Sie nicht nur Informationen über Kriegsgeschehen und die politische Situation Polen-Litauens weitergab, sondern auch intime Details des polnischen Hoflebens beschrieb. Die Bedeutung der Briefwechsel ergibt sich dabei einerseits aus der spezifischen Stellung Ursula Meyers am polnischen Hof und ihren Verbindungen nach Graz und München. Andererseits sind diese biographischen Spezifika in größere systematische Fragestellungen einzubetten. Die Wichtigkeit Ursula Meyers in einer kommunikativen Scharnierfunktion zwischen den Dynastien der Wasa, Habsburger und Wittelsbacher ergibt sich schließlich aus dem größeren Kontext auch katholischer Allianzbildungen in Europa. Die Korrespondenzen geben in diesem Rahmen Aufschluss über die Zirkulation von Wissen und Praktiken zwischen den Höfen. Schließlich wirft die Korrespondenz auch einen wichtigen Blick auf den weiblichen Hof und die politisch-soziale Rolle von Frauen in der Frühen Neuzeit.

The House of Vasa and the House of Austria. Correspondence from 1587-1668

Ryszard **SKOWRON** / Aleksandra **BARWICKA** /

Tomasz **POZNAŃSKI** (Katowice)

Ryszard Skowron - Professor am Historischen Institut der Schlesischen Universität Katowice. Magisterstudium an der Pädagogischen Hochschule Krakau, dort Promotion mit einer Arbeit zu polnischen Diplomaten in Spanien im 16. und 17. Jahrhundert und Habilitation zu „Olivars, den Wasa und die Ostsee. Polen in der spanischen Außenpolitik 1621-1632“. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Staatlichen Kunstsammlungen auf dem Wawel, derzeit Leiter des Lehrstuhls für die Geschichte der Frühen Neuzeit an der Schlesischen Universität sowie an der Frycz Modrzewski-Akademie in Krakau. Seine Forschungen konzentrieren sich auf die Geschichte Spaniens (16.–17. Jh.) und die polnisch-spanischen Beziehungen der Frühen Neuzeit, das königliche und höfische Zeremoniell und die Geschichte des Wawel.

Aleksandra Barwicka-Makula - Studium der Geschichte an der Schlesischen Universität in Katowice, 2009–2010 Stipendiatin des KAAD an der Universität Passau, 2014 Promotion an der Schlesischen Universität in Katowice zum Thema: „Von der Feindseligkeit zur Freundschaft Österreichische Habsburger gegenüber Polen in den Jahren 1587–1592". Seit 2006 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit am Institut für Geschichte der Schlesischen Universität in Katowice.

mgr Tomasz Poznański (Biogramm lag bei Redaktionsschluss nicht vor.)

The House of Austria and the House of Vasa controlled a vast share of the European continent in the 16th and 17th centuries. Either dynasty was divided into two branches. Habsburgs operated through two courts: in Vienna and Madrid, and the Vasas – through the courts in Stockholm and Cracow/Warsaw. The Vasas found marriages the basic tool in carrying out the policy of cooperation and alliance with the Habsburgs. Matrimonial ties were important not only for political reasons but also for prestige. The marriages made it possible for the Vasas to enter into the network of Habsburg courts scattered around Europe, and made possible participation in processes of assimilation, and reception or rejection of their cultural and political models. The object of the project is the cultural heritage of the Commonwealth of Poland-Lithuania found in the archives and libraries of Europe. Royal letters with signatures, seals, and content are a lasting testimony to the presence and role of Poland in the European system of royal courts in modern times. The entire project is al long-term documentation, research, and editorial effort. The edition of the documents consist of five parts which deal with the correspondences between the rulers and the royal family of Poland with the rulers and family members of the House of Austria: Part I: The Times of Sigismund III (1587–1632); Part II: The Times of Ladislaus (1632–1646); Part III: Polish Queens from the House of Austria; Part IV: The Times of John Casimir (1646–1668); Part V: Dynastic Compacts and Treaties (1587-1668).

Zwischen Theologie, frühmoderner Naturwissenschaft und politischer Korrespondenz: Das Teilkorpus Stanisław Lubieniecki in der digitalen Edition der sozinianischen Briefwechsel

Maike **SACH** (Emden)

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstand die reformatorische Strömung der Sozinianer, die durch einen historisierend-rationalisierenden Zugriff auf christliche Überlieferung und Traditionen charakterisiert war. Dieser spezifische Zugang sowie das Eintreten für religiöse Toleranz machte ihre Anhänger zu Vorläufern der Aufklärung, wobei ihr antitrinitarisches Gottesverständnis oft Anlass für religiös motivierte Verfolgung bot. Gleichwohl waren viele der äußerst gebildeten Sozinianer geschätzte Briefpartner, so dass ihre Vertreter mit vielen namhaften europäischen Gelehrten und Staatsmännern anderer Konfessionen in Austausch standen. Vor diesem Hintergrund stellen die sozinianischen Briefwechsel von ca. 1580 bis ca. 1740 eine einzigartige Quellenbasis dar: Sie ermöglichen aufschlussreiche Einblicke in gelehrte Netzwerke, die weite Teile Europas während dieser Zeit umspannten. Seit Januar 2018 werden sie in einem DFG-finanzierten, rein digital zu realisierenden Editionsprojekt in Kooperation mit Kollegen der Akademie der Wissenschaften und der Literatur | Mainz, Digitale Akademie, erschlossen. Im Zentrum der Arbeit steht derzeit das Teilkorpus des aus Polen-Litauen nach Norddeutschland emigrierten Stanisław Lubieniecki, der sich, gestützt auf sein Netzwerk, als Nachrichtenagent mit guten Verbindungen unter anderem ins östliche Europa und als Wissenschaftskommunikator zu etablieren versuchte. Dieses Korpus, an dessen Beispiel das Editionsprojekt vorgestellt werden soll, stellt eine Fundgrube nicht nur für die Rekonstruktion von personalen Netzwerken dar. Das Material eröffnet ferner die Möglichkeit, die Sammlung und Distribution von Informationen nachzuzeichnen und damit Ausgangspunkt für die Entwicklung digitaler Auswertungsinstrumente zu werden, die traditionellen, gedruckten Editionen in dieser Form nicht zur Verfügung stehen, insbesondere wenn es gilt, große Datenmengen auszuwerten.

Das Onlineportal „Geschichte Polens. Bildungsmaterialien“

Igor **KĄKOLEWSKI** (Berlin)

Igor Kąkolewski - Universitätsprofessor an der Universität Ermland-Masuren. Absolvent und wissenschaftlicher Mitarbeiter (1992–2005) der Universität Warschau; im Jahr 1997/1998 Fellow am King´s College in London; 2001/2002 Gastprofessor an der University of Wisconsin in Madison und 2009 an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz; 2005-2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau; 2008-2014 Mitglied des Expertenteams zur Vorbereitung der Dauerausstellung am Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau; 2010–2013 Leiter des Expertenteams zur Vorbereitung der Dauerausstellung des Museums zur Geschichte Polens in Warschau ; seit 2011 außerordentlicher Professor an der Ermländisch-Masurischen Universität in Olsztyn; seit 2014 stellvertretender Direktor und seit September 2018 Direktor des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Das Onlineportal spezialisiert sich auf Lehrmaterialien in deutscher Sprache, die auf den Geschichtsunterricht an Hochschulen sowie Forschungen zur polnischen Geschichte ausgerichtet sind. Ziel dieses Projekts ist die Fertigstellung einer Online-Materialsammlung, die ein Bildungsinventar verschiedener Art zur Verfügung stellt: schriftliche Quellen, wissenschaftliche Aufsätze renommierter Experten in den entsprechenden Fachgebieten, Ikonografien und auch Filmmaterial. Zielgruppe des Onlineportals sind hauptsächlich Hochschullehrer/-innen und Studierende. Die Plattform schließt somit eine wichtige Lücke, auf die Hochschullehrer/-innnen stoßen, sobald sie Studierenden, die über keine Polnischkenntnisse verfügen, polnische Geschichte näherbringen wollen. Wir hoffen jedoch, dass auch Wissenschaftler/-innen, die sich der Forschung zur polnischen Geschichte widmen, sowie alle an der Geschichte Mittel- und Osteuropas Interessierte diese Materialsammlung für sich nützlich finden werden. Derzeit stellen wir drei erste Module zur Verfügung: „Polnisch-Litauische Unionen“ (1386–1791), „Solidarność 1980-1981“ sowie „Wende 1989/1990“. Das Redaktionsteam arbeitet bereits an der Fertigstellung weiterer Module. Das Projekt wird vom Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften realisiert und widmet sich damit der Aufgabe, deutschen Studierenden wie Hochschullehrer/-innen die Geschichte des Nachbarlandes Polens näher zu bringen und das Interesse an Mittel- und Osteuropa zu fördern. Die wissenschaftliche Plattform zeichnet sich durch eine sorgfältig getroffene Materialsammlung aus, die allen Interessierten eine interdisziplinäre und komparatistische Perspektive auf die Geschichte Polens des letzten Jahrtausends bietet.

Kommentar: Hans-Jürgen **BÖMELBURG** (Gießen)

Hans-Jürgen Bömelburg - Professor für Osteuropäische Geschichte am Historischen Institut der JLU Gießen. Studium der Geschichte, Germanistik, Romanistik und Slavistik an den Universitäten Münster, Besançon und Mainz. 1994-2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellvertreter des Direktors am DHI Warschau, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU Berlin und am Nordost-Institut Lüneburg. Seit 2007 Professur an der JLU Gießen. Vorsitzender der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, Mitherausgeber der ZfO, ZGAE, Mitglied des Redaktionsrats von *Odrodzenie i reformacja w Polsce*, Herausgeber des Teilbandes zur Frühen Neuzeit von *Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch*, Mitherausgeber von *Deutsch-polnischen Geschichte*.

I.4 POLEN IM GESCHICHTSUNTERRICHT: SCHULBUCHANALYSEN UND DAS DEUTSCH-POLNISCHE SCHULBUCHPROJEKT „EUROPA – UNSERE GESCHICHTE“. MULTIPERSPEKTIVITÄT ALS HERAUSFORDERUNG DES LEHRENS UND LERNENS

Leitung: Verena **LAUBINGER** (Göttingen), Manfred **MACK** (Darmstadt)

Verena Laubinger, Gymnasiallehrerin, Fachleitung Geschichte am Abendgymnasium Göttingen, Sprecherin der deutschen Seite des Arbeitskreises für Lehrer/innen an der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Manfred Mack, Historiker und Slavist. Studierte an den Universitäten Tübingen und Krakau. Seit 1980 Dozent in der politischen Bildung, seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut. Unter anderem Redakteur des „Panorama der polnischen Literatur des 20. Jahrhunderts“, zusammen mit Matthias Kneip Projektleiter der Schulprojekte des DPI (Lehrwerke, Internetplattform www.poleninderschule.de, PolenMobil).

Im Geschichtsunterricht in Deutschland nimmt Polen keinen prominenten Platz ein. Lehrerinnen und Lehrer haben in der Regel wenig Erfahrung damit, polnische Geschichte zu unterrichten. Die Sektion möchte zeigen, dass wesentliche Fragen des Geschichtsunterrichts mit Blick auf die polnische Geschichte verhandelt werden können. So kann interkulturelles Lernen im Fokus stehen oder die jahrhundertelange deutsch-polnisch-jüdische Beziehungsgeschichte als Teil einer europäischen Geschichte. Unterricht heißt immer auch die didaktisch-methodische Organisation von Lernprozessen. Uns ist an einem Austausch der unterschiedlichen Initiativen, Projekte und Denkansätze in Bezug auf „Polen in der Schule“ gelegen.

Zwischen staatlichen Vorgaben und individuellen Entscheidungen - Eine Analyse ausgewählter Lehrplan- und Schulbuchkonzeptionen im Hinblick auf die Darstellung Polens im Fach Geschichte

Mareike **ZUM FELDE** (Bremen)

Mareike zum Felde ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Verbundprojekt „Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR“ in vergleichender Perspektive an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Dort promoviert sie bei Heiko Pleines zu politischen Strategien der polnischen Innovations- und Hochschulpolitik seit der Wirtschaftstransformation. Zuvor absolvierte sie den Masterstudiengang Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Schwerpunkt Vergleich politischer Systeme.

Die über 40 Jahre währende Arbeit der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, die mehr als zehnjährige Konzeption des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs und der Skandal um die Bezeichnung „polnische Konzentrationslager“ in einem bayerischen Schulbuch vor nur zwei Jahren zeigen, wie lange bereits und wie intensiv bis heute über die Darstellung des einen Landes in den Lehrwerken des anderen geforscht und debattiert wird. Eine im ersten Schritt der Untersuchung vorgenommene qualitative Inhaltsanalyse von aktuellen Schulbüchern für den Geschichtsunterricht zeigt, dass polnische Geschichte auch mehr als ein Jahrzehnt nach der letzten umfassenden Schulbuchanalyse (Gauger 2008) nicht häufiger als bisher thematisiert wird. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse geht die vorliegende Untersuchung der Frage nach, wie Lehrplankommissionen, Schulbuchverlage und die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission in einer Diskursarena (Höhne 2003) die Darstellung Polens in heutigen Schulbüchern für den Geschichtsunterricht beeinflussen. Mithilfe von Interviews wird die Bedeutung von Individuen und Gruppendynamiken im Gegensatz zu politischen Vorgaben herausgearbeitet. Die Kenntnisse eines Einzelnen sowie dessen Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und der Arbeit der Schulbuchkommission bestimmen maßgeblich die Präsenz Polens in der Lehrplan- und Schulbuchkonzeption.

„Europa – Unsere Geschichte“ – Chancen und Herausforderungen des deutsch-polnischen Schulbuchprojekts

Christiane **BRANDAU** (Braunschweig)

Seit August 2016 ist Christiane Brandau am Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig tätig und koordiniert dort die Öffentlichkeitsarbeit rund um das deutsch-polnische Geschichtsbuchprojekt „Europa – Unsere Geschichte“. Sie studierte Westslavistik, Ost- und Südosteuropäische Geschichte und Deutsch als Fremdsprache in Leipzig und Warschau. Zuletzt leitete sie das Verbindungsbüro der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Berlin.

Der Vortrag möchte mit dem von deutschen und polnischen Expert*innen erarbeiteten Geschichtsbuch ein Projekt diskutieren, das den Anspruch erhebt, stärker als andere Lehrwerke die Dominanz nationaler und damit monoperspektivischer Deutungsmuster aufzubrechen und die Verschiedenheit historischer Narrative abzubilden. Es möchte ein offeneres Verständnis von Europa fördern, das nicht nur anhand nationaler Bezugspunkte vermessen wird. Um eine Perspektiverweiterung zu erzielen, versucht das Lehrwerk die Fokussierung auf EU-Gründerstaaten aufzubrechen und setzt auf eine „Osterweiterung“ des historischen Gedächtnisses. Die Präsentation beleuchtet dabei zunächst den Entstehungsprozess wie auch das didaktische Konzept des Lehrwerks und dessen Umsetzung in der Praxis. In diesem Zusammenhang wird von einem breiten Verständnis von Gerechtigkeit ausgegangen, das die Vielfalt europäischer Erinnerungskulturen gleichermaßen einbezieht.

„... ein Verbrechen, für das es noch keinen Namen gibt“ – Raphael Lemkins Einsatz für die weltweite Ächtung des Genozids als Thema im Geschichtsunterricht

Friedrich **HUNEKE** (Hannover)

Friedrich Huneke, Dozent für Geschichtsdidaktik am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover, Lehrer an der St. Ursula-Schule Hannover. – Mitautor des deutsch-polnischen Geschichtslehrwerkes „Unsere Geschichte“, Mitglied in der Kerncurriculum-Kommission Geschichte/Oberstufe für Niedersachsen 2017, Schulbuchautor, Mitglied im Beirat des „ZeitZentrum Zivilcourage“ – Lernort für Erinnerung und Demokratie, Hannover.

Die UN-Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord vom 9. Dezember 1948 und der Straftatbestand des Genozids in der Entwicklung eines internationalen Strafrechts gehen in erheblichem Maße auf das Engagement eines Einzelnen zurück, des polnisch-jüdischen Juristen, Staatsanwalts und späteren Rechtsanwalts Raphael Lemkin (1900–1959). Wie kann man die Lebensgeschichte dieser beeindruckenden Persönlichkeit erzählen? Als Ausnahmebiographie, als die Geschichte eines Helden und Idealisten? Oder ist er ein Repräsentant einer damals neu entstehenden global denkenden Elite, die Grenzen und Kulturen in ihrem Denken überwanden, die in internationalen Organisationen tätig wurden und so z.B. systematisch zur Schaffung eines supranationalen Völkerrechts beitrugen?
Die Fakten der Biographie von Lemkin sind bekannt, sie sollen aber aus der Sicht der Transcultural History neu befragt und erzählt werden, um eine Erklärung für die Prägungen und Motive solcher Menschen in ihrer Zeit zu finden. Lemkin erlebte als Sohn polnisch-jüdischer Bauern in seiner Kindheit antisemitische Pogrome, und als Student in Lemberg erfuhr er von der strafrechtlichen Folgelosigkeit des Völkermords an den Armeniern in der Türkei. Lemkin begann, sich für internationales Recht zur Bestrafung von Völkermord zu interessieren. 1939 gelang ihm die Flucht aus Polen und er spielte wenige Jahre später eine entscheidende Rolle beim Ausbau des internationalen Völkerrechts.
Raphael Lemkins Lebensgeschichte ist gut geeignet für innovative Thematisierungen im Geschichtsunterricht. Sie reiht sich ein in Biographien der ersten Generation der Forscher über Kriegsverbrechen und Holocaust nach dem Zweiten Weltkrieg. Die moderne, transkulturelle Geschichtswissenschaft untersucht die Entstehung globaler Vernetzungen. Sie sollte Eingang finden in den Kanon der Unterrichtsthemen. Sie bietet die Chance, die Themen Nationalsozialismus und Vereinte Nationen aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Lemkin wird dem deutsch-polnischen Schulbuchprojekt „Europa – Unsere Geschichte“ auf einer Seite vorgestellt (Band 4, Manuskript). Der Vortrag will einen Themenaspekt aus dem deutsch-polnischen Schulbuchprojekt vorstellen, von der fachwissenschaftlichen Erarbeitung bis zur didaktischen Strukturierung.
Statt eines trockenen institutionenkundlichen Zugriffs bietet die Biographie eines internationalen Handlungsträgers einen didaktisch attraktiven Zugriff auf die Themen Vernichtungskrieg – Lehren aus der Geschichte – Gründung der Vereinten

Nationen und ihrer grundlegenden Konventionen – Wirkungsmöglichkeit des Einzelnen in der Geschichte – Bezug von der polnischen Nationalgeschichte zur globalen Geschichte.

Lebenswelten: Wie wird man ihnen gerecht?

„Besatzungsgesellschaft“ in Lodz/ Łódź von 1939–1945

Verena **LAUBINGER** (Göttingen)

Im Mittelpunkt des Vortrags sollen meine didaktisch-methodischen Überlegungen und die Ergebnisse der unterrichtlichen Umsetzung einer Unterrichtsreihe zum Thema „Besatzungsgesellschaft“ in Lodz/ Łódź von 1939-1945 stehen. Junge Menschen interessieren sich für ein Thema, wenn sie einen Bezug zu ihrem eigenen Leben sehen. Eine geschichtliche Erfahrung scheint dann ganz nah an der eigenen Erfahrung zu sein. Andererseits geht es im Geschichtsunterricht darum, fremde Erfahrungen und Zeiten zu verstehen. Dieser Widerspruch stellt eine permanente Herausforderung für die Konzeption von Unterricht dar.
Sprechen, Imaginieren und Erinnern sind grundlegende Tätigkeiten, mit denen Menschen ihre Lebenswelt erleben und gestalten. Ich möchte in meinem Vortrag diskutieren, wie man über diese Zugänge den Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler und der geschichtlichen Akteure gerecht werden kann.
Es sollen verschiedene Gattungen von Selbstzeugnissen vorgestellt werden: Tagebücher, Selbstzeugnisse aus dem Umkreis der Deutschen Volksliste (Protokolle, Beschwerden) und Gedichte. Es soll gezeigt werden, dass Selbstzeugnisse je nach Gattung und individuellem Verfasser/ individueller Verfasserin einen unterschiedlichen Umgang mit den Tätigkeiten des Erinnerns, Sprechens und Imaginierens bieten. Auch soll danach gefragt werden, worin die spezifischen Chancen und Schwierigkeiten dieser Quellen für den Geschichtsunterricht liegen. Zudem kann bei dieser Fragestellung an die neuere Forschung zu Besatzungsgesellschaften und die NS-Volksgemeinschaft angeknüpft werden, für die Selbstzeugnisse, Lebenswelten und Alltagsgeschichte zentrale Begriffe darstellen.

I.5 DER GERECHTIGKEITSDISKURS IN DER POLNISCHEN LITERATUR

Leitung: Andrea **MEYER-FRAATZ** (Jena)

Prof. Dr. Andrea Meyer-Fraatz, Promotion 1989 an der Universität Göttingen, Habilitation ebenda 1998; 1998–2008 Hochschuldozentin, Lehrstuhlvertreterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; seit 2008 Professorin für Slawische Philologie (Literaturwissenschaft) an der FSU Jena; Schwerpunkte im Bereich der polnischen Literatur: die Rezeption Heinrich von Kleists, Adam Mickiewicz, Bolesław Leśmian, Bruno Schulz, Aspekte des Emotionalen in der polnischen Literatur über den Holocaust.

Das Thema der Gerechtigkeit durchzieht die polnische Literatur seit ihren Anfängen. Ist es insbesondere im Zeitalter der Aufklärung bis in die Romantik hinein vor dem Hintergrund der polnischen Teilungen ethisch und politisch motiviert, nimmt es seit dem Positivismus auch einen sozialen Charakter an. Mit dem Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Ereignissen, die sich auf polnischem Boden abspielten, scheint das aufgeklärte Denken gescheitert und Gerechtigkeit nicht mehr möglich zu sein. Gleichwohl gibt es literarische Texte, die selbst vor dem Hintergrund einer Zeit, in der Gerechtigkeit von vornherein ausgeschlossen zu sein scheint, deren Möglichkeit auszuloten versuchen. Das Panel spannt einen weiten Bogen vom Gerechtigkeitsdiskurs der Aufklärung bis hin zur Thematisierung von Krieg, Holocaust und Lager im 20. Jahrhundert, die für das Scheitern der Aufklärung stehen.
Den Anfang des Panels macht daher der Vortrag von Ulrike Jekutsch, der gleichsam den Hintergrund für die sich drei anschließenden Vorträge bilden soll. In chronologischer Reihenfolge der jeweiligen Entstehungszeit der behandelten Texte sollen sich dann die übrigen Vorträge anschließen. Gabriela Lehmann-Carli wird zum Thema „Empathie und Gerechtigkeit in den Lagertexten Tadeusz Borowskis und Gustaw Herlings“ sprechen und dabei das Paradox der Gerechtigkeit in einer per se ungerechten Situation in den Blick nehmen. Thomas Schmidt wird am Beispiel der Novelle Kazimierz Brandys‘ „Jak być kochaną“ und deren Verfilmung das Thema der Gerechtigkeit und verschiedener Gerechtigkeitskonzepte mit der weiblichen Perspektive verknüpfen. Yvonne Drosihns komparatistische Untersuchung von Strategien des Postmemory der zweiten Generation behandelt vor allem die Frage, wie durch späte Aufarbeitung von Familiengeschichten den Opfern von Krieg und Holocaust nachträglich durch die jeweilige narrative Strategie Gerechtigkeit widerfahren kann.

Die Gerechtigkeit des Königs. Adam Naruszewiczs *Oda do sprawiedliwości* im Kontext ethischen und politischen Denkens der Aufklärung

Ulrike **JEKUTSCH** (Greifswald)

Ulrike Jekutsch, Prof. Dr., Professorin i.R. für Slawische Literaturwissenschaft an der Universität Greifswald, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg. Spezialisierung in den Bereichen Ost- und Westslawistik zu Literaturen und Kulturen des 18. bis 20. Jahrhunderts. Forschungsschwerpunkte sind Fragen der historischen Poetik und der Gattungsgeschichte, der Panegyrik im Russischen Reich und der Adelsrepublik Polen, der Grenzbereiche von Kunst und Wissenschaft, der Gender Studies und der literarischen Übersetzung. Publikationen zur russischen, polnischen und bulgarischen Literatur, zu Fragen der innerslawischen Komparatistik und zur Übersetzung zwischen und aus slawischen Literaturen ins Deutsche. E-mail: jekutsch@uni-greifswald.de

Am 3. November 1771 entführte einer Gruppe von Konföderierten den polnischen König Stanisław August Poniatowski aus Warschau heraus, ließ ihn aber noch in derselben Nacht frei. Diese Aktion, die Äußerungen des Königs dazu und das Gerichtsverfahren gegen die Entführer lösten eine Diskussion über „Gerechtigkeit“ aus, in der auch literarische Texte, Gelegenheitsgedichte Konarskis, Naruszewiczs, Twardowskis u.a. eine Rolle spielten. Diese Texte werden im Vortrag im Kontext aufklärerischer Konzepte von der Gerechtigkeit des Herrschers untersucht. Dabei wird Adam Naruszewiczs *Oda do sprawiedliwości* im Zentrum stehen.

Empathie und Gerechtigkeit in den Lagertexten Tadeusz Borowskis und Gustaw Herlings

Gabriela **LEHMANN-CARLI** (Halle)

Prof. Dr. habil. Gabriela Lehmann-Carli, 1984-1991: wiss. Mitarbeiterin am Institut für Literaturgeschichte (Berlin); Promotion 1986, Habilitation 1996; 1992-1998 wiss. Mitarbeiterin und DFG-Projektleiterin, seit 1999 Professur für Slavische Philologie / Literaturwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle; seit 2006: gemeinsam mit Prof. Jekatherina Lebedewa (Heidelberg) Herausgeberin der Reihe „Ost-West-Express. Kultur und Übersetzung"; aktuelle Forschungsgebiete und Projekte: Kulturelle Übersetzung und nationale Identitätskonstruktion; Empathie und Tabu(bruch); Trauma-Erzählungen; biblische Narrative.

Im Vortrag soll vor dem Hintergrund der neuesten Empathie-Forschung das Problem erörtert werden, wie in Tadeusz Borowskis Text „U nas, w Auschwitzu" („Bei uns in Auschwitz") und in Gustaw Herling-Grudzińskis „Inny Świat. Zapiski sowieckie" („Welt ohne Erbarmen") Empathie induziert werden kann. Das Verhalten von Menschen in teils traumatisierenden anthropologischen Grenzsituationen im nationalsozialistischen Vernichtungslager bzw. im stalinistischen Lager wird scheinbar sachlich, emotionslos beschrieben, traditionelle Opfer-Täter-Dualismen werden z.T. in Frage gestellt. Was wird in der Darstellung existenzieller Extremerfahrungen als gerecht empfunden und inwiefern können auch in diesem Kontext ethisch wertvolle Akte Empathie lenken? "Man hat mich für das verurteilt, was mir zugestoßen ist - für das jedoch, was ich getan habe, gebürt mir ein Denkmal". Gerechtigkeit, Anerkennung und der weibliche Blick auf den II. Weltkrieg in Kazimierz Brandys Novelle "Jak być kochaną" und ihrer Verfilmung.

„Man hat mich für das verurteilt, was mir zugestoßen ist – für das jedoch, was ich getan habe, gebührt mir ein Denkmal".

Gerechtigkeit, Anerkennung und der weibliche Blick auf den Zweiten Weltkrieg in Kazimierz Brandys Novelle *Jak być kochaną* und ihrer Verfilmung

Thomas **SCHMIDT** (Jena)

Dr. des. Thomas Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slawistik und Kaukasusstudien der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Lehrstuhl Slawische Philologie (Literaturwissenschaft); Forschungsschwerpunkte: Emotionen und Literatur, Literatur und Gedächtnis, Film und Literatur, Holocaustliteratur, polnische Literatur des 20. Jahrhunderts; Kontakt: Thomas.Schmidt.3@uni-jena.de

Anhand der Novelle „Jak być kochaną" (1960) von Kazimierz Brandys und ihrer gleichnamigen Verfilmung von Wojciech Jerzy Has (1962) soll der Themenkomplex Recht und Gerechtigkeit diskutiert werden. Wie die zeitgenössische Kritik hervorhebt, liegt das Verdienst von Brandys und Has in der „innovativen" weiblichen Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg. In fragmentarisch organisierten Retrospektiven werden die Erinnerungen der Theaterschauspielerin Felicja an die Okkupationszeit und die Zeit unmittelbar nach dem Krieg geschildert. Im Krieg versteckt Felicja ihren Schauspielkollegen Rawicz, der des Mordes an dem Volksdeutschen Peters beschuldigt wird, vier Jahre lang bis zum Kriegsende in ihrer Wohnung. Für den Schutz, den sie ihm gewährt, zahlt sie einen hohen Preis: Sie tritt ins Ensemble des deutschen Stadttheaters ein, wird von zwei deutschen Soldaten vergewaltigt und erhält nach Kriegsende weder von Rawicz noch von der Gesellschaft Dank bzw. Anerkennung für ihr Handeln. Mehr noch: Ein Kameradschaftsgericht der Vereinigung der polnischen Bühnenkünstler [ZASP] spricht sie wegen Kollaboration mit dem Feind für schuldig und belegt sie mit fünf Jahren Berufsverbot. Einerseits akzeptiert Felicja das (ungerechte) Urteil, andererseits sieht sie sich im Recht und „vermisst" eine (gesellschaftliche) Anerkennung für das, was sie getan hat. Damit wird in „Jak być kochaną" die Frage nach der Handlungsmotivation in einer Extremsituation aufgeworfen, die paradoxerweise Normen aufhebt und sie gleichzeitig verschärft. Vor dem Hintergrund des historischen Kontextes (Kameradschaftsgerichte der ZASP und ihre Urteile nach dem Zweiten Weltkrieg) sollen im Vortrag die unterschiedlichen Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen, wie sie in der Novelle (und mit kleineren Verschiebungen in der Verfilmung) zur Darstellung kommen, unter Berücksichtigung der „weiblichen" Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg diskutiert werden.

„Ging ihre Welt doch meiner voraus“. Susanne Fritz‘ *Wie kommt der Krieg ins Kind* und Monika Sznajdermans *Fałszerze pieprzu. Istoria rodzinna*. Eine komparatistische Untersuchung von Strategien der Postmemory der zweiten Generation

Yvonne **DROSIHN** (Halle)

Yvonne Drosihn, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Slavistik der Universität Halle. Promotion zur Literatur der Transformationszeit (2018 publiziert unter dem Titel *Literarische Russlandbilder: Konstruktion von Selbst- und Fremdbildern in der russischen und russlandbezogenen Literatur der Transformationszeit*). Publikationen zur russischen, polnischen und deutschen Gegenwartsliteratur. Schwerpunkte: komparatistische Imagologie und transgenerationale Traumata.

Mütter und Väter und ihre Töchter - nolens volens sind die Generationen aneinander gebunden, wobei die schwierigen Wechselfälle des 20. Jahrhunderts eine besondere Dynamik in diese Beziehung bringen. Im nachvollziehenden Schreiben der Lebenswege der Vorfahren durch die Töchter geht es jeweils darum, Lücken, unerzählt Gebliebenes zu füllen, wobei typische Strategien der Postmemory (Marianne Hirsch) Projektion, Reflexion, Imagination und Rekonstruktion darstellen. Gibt es darüber hinaus Unterschiede in den Verfahrensweisen der hier genannten Autorinnen? Susanne Fritz‘ 2018 für den Deutschen Buchpreis nominierter Roman „Wie kommt der Krieg ins Kind?“ geht der Geschichte ihrer Mutter nach, die 1945 als Vierzehnjährige verhaftet und ins polnische Arbeitslager Potulice gebracht wird, da sie mit neun Jahren ein Dokument unterzeichnet hatte, dass sie in einem von Hitler überfallenen Gebiet als Deutsche auswies. Sznajderman hingegen geht der Geschichte ihrer ausgelöschten jüdischen Verwandtschaft väterlicherseits nach. Und macht gleichermaßen das der Konservativen im Polen des 20. Jahrhunderts anschaulich – des Familienzweigs mütterlicherseits. Formprägend dürfte für beide unter Anderem Daniel Mendelsohns 2006 erschienenes Buch „The Lost. A Search for Six of Six Millions“ (dt. 2010) gewesen sein, das einen Prototyp der (in dem Falle) „Third Generation Holocaust Representation“ (Aarons/ Berger) darstellt.
Ist es der Impuls, der ausgelöschten Familie späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen? Oder ist es vielmehr der Ansatz, für sich selbst Geschichte, Familienrelationen, das Vorgefallene zu klären? Die Frage, die hinter dem Erzählen der zweiten Generation steht, ist auch: Wie kann man der Geschichte, die man häufig zunächst unbewusst in Form einer transgenerationalen Übertragung erfahren hat, narrativ gerecht werden?

Kommentar: Andrea **MEYER-FRAATZ** (Jena)

I.6 „GERECHTIGKEIT“ IN DER INTERNATIONALEN POLITIK – POLEN UND SEINE NACHBARSTAATEN IN DER TRANSFORMATIONSZEIT SEIT 1989. ZUM ZUSAMMENHANG VON STAATLICHKEIT, KONSTRUKTIONEN NATIONALER IDENTITÄT UND AUßENPOLITISCHER POSITIONIERUNG

Leitung: Bianka **PIETROW-ENNKER** (Konstanz)

Prof. em. Dr. habil. Bianka Pietrow-Ennker, seit 1995 Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: internationale Geschichte, Sozial- und Kulturgeschichte mit den Schwerpunkten Russisches Reich / Sowjetunion und Polen; Geschichte von Nationsbildungen im Osten Europas, Geschlechtergeschichte und Frauenbewegungsgeschichte im europäischen Vergleich, Modernisierungs- und Stadtgeschichte, Entwicklungsformen von ziviler Gesellschaft im späten Zarenreich, Filmgeschichte; zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Ehrenämter.

Das Rahmenthema „Gerechtigkeit“ soll in dieser Sektion auf Polen in der internationalen Politik bezogen werden. Hierbei geht es nicht um die Beschreibung von diplomatischen Beziehungen des polnischen Staates zu seinen Nachbarn. Vielmehr soll verfolgt werden, wie Ansprüche auf staatliche Souveränität und außenpolitische Integration diskursiv geformt wurden, um für Polen einen „gerechten Platz“ in der internationalen Ordnung zu sichern. Das gewählte Forschungskonzept, das kultur- und sozialwissenschaftliche Ansätze verbindet, kann verdeutlichen, dass außenpolitische Orientierungen zwar der Verarbeitung von Anforderungen des internationalen Systems mit dem Ziel der Sicherheit durch Integration dienen, dass Außenpolitik zugleich aber stets von inneren Deutungshorizonten geprägt wird, in denen sich maßgeblich Prozesse nationaler Identitätsbildung zum Zweck der Stabilisierung der im Transformationsprozess noch ungefestigten Nation ausdrücken.
Außenpolitik wird daher in enger Verbindung zur polnischen Gesellschaft und Innenpolitik behandelt und in die zeitgenössischen Diskurse um Nation, Identität, Geschichte, Staatlichkeit, Recht und Gerechtigkeit eingebunden. Methodisch wird vorausgesetzt, dass Außenpolitik wie auch die genannten Diskurse stets in einem dynamischen, heterogenen Prozess ausgehandelt werden. Dabei interessieren die dispositiven Kontexte ebenso wie die sozialen Trägergruppen dieser Diskurse und deren inter- und transnationale Verflechtungen. Das polnische Beispiel wird zudem vergleichend zu Litauen, der Ukraine, Tschechien sowie der Slowakei – unter Einbeziehung der außenpolitischen Rolle Deutschlands und Russlands in der gewählten Großregion und vor allem gegenüber Polen – behandelt. So kann ein facettenreicher Zugang zum Problemkomplex der „Gerechtigkeit“ in der internationalen Politik eröffnet werden. In historischer Perspektive ist zu verfolgen, wie stark sich eine gemeinsame Orientierung auf die Europäische Union im Laufe der Zeit differenziert hat und welche politischen Auseinandersetzungen auf nationaler wie internationaler Ebene dieser Differenzierung Vorschub geleistet haben.

Polens Streben nach einem „gerechten“ Platz im internationalen System und einer „gerechten“ Ordnung im eigenen Land

Klaus **ZIEMER** (Warszawa)

Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier; Professor für Politikwissenschaft an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau, von 1998 bis 2008 Direktor des Deutschen Historischen Institutes in Warschau. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Transformationsprozesse in postsozialistischen Gesellschaften, deutsch-polnische Beziehungen seit 1945, Geschichtspolitik.

Im Diskurs der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ spielen die Begriffe „gerecht“ und „Gerechtigkeit“ eine zentrale Rolle. Die verschiedensten Sphären des öffentlichen Lebens einschließlich der internationalen Beziehungen werden in diesen Kategorien gefasst und gewertet. Das 230 Seiten starke Programm zu den Sejm- und Senatswahlen 2019 bietet in diesem Rahmen eine neue Narration der Entwicklung Polens seit 1989, eine Bilanz von vier Jahren PiS-Regierung und ein Programm für die kommende Wahlperiode. Die nach 1989 in Polen regierenden Eliten haben danach eine „postkommunistische“ Ordnung geschaffen, in der nicht gefragt worden sei, wer von der Privatisierung profitiere. Der alte Staatsapparat sei beibehalten worden, so dass Elemente der Kontinuität dominierten, trotz leichter Korrekturen wie einem milden Lustrationsgesetz oder der Schaffung des Instituts für Nationales Gedenken (IPN). Es wird zu untersuchen sein, ob und mit welchen Maßnahmen die PiS-Regierung tatsächlich einen neuen Staatsapparat geschaffen hat.

Ideelle Grundlage des postkommunistischen Systems war laut PiS ein primitiver Liberalismus, der einen Sozialdarwinismus zur Folge gehabt habe. Korrekturversuche der ersten PiS-Regierung seien mit der „Restauration“ nach 2007 zunichte gemacht worden. Entstanden sei ein System des „späten Postkommunismus“, das nun durch den Aufbau eines „polnischen Wohlfahrtsstaates“ überwunden werde. Der Staat sei bis 2015 im Grunde als ein Ensemble unabhängig voneinander funktionierender Institutionen definiert worden. Notwendig sei die Wiedergewinnung der polnischen Staatlichkeit. Dabei gehe es um die Wiederherstellung der historischen Legitimität, um die Wirtschafts- und die Verteidigungs- sowie um die Sozialpolitik. Letztere habe eine Politik der Einkommenserhöhung und eine gerechte Umverteilung zugunsten der Familien mit Kindern vorzunehmen. Eine zentrale Frage wird sein, was die Kennzeichen dieses – auch im Wahlkampf stark betonten – „polnischen Wohlfahrtsstaates“ sind und inwieweit der Grundsatz „sozialer Gerechtigkeit“ tatsächlich verwirklicht wurde.
Auf internationaler Ebene hätten sich die Eliten nach 1989 verhalten wie nach einem postkolonialen Muster. Hier habe die PiS mit der Politik des Klientelismus (vor allem gegenüber Deutschland und Brüssel) gebrochen und für eine eigenständige Position Polens auf internationaler Ebene gesorgt. Trifft dies tatsächlich zu oder hat sich Polen eher isoliert? Lassen sich aus der Geschichte Polens bekannte Muster außenpolitischer Orientierung erkennen? Zu einer selbstständigen Außenpolitik gehöre auch eine Geschichtspolitik, die Polens Rolle in der internationalen Arena stärke (das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig wird als Verwirklichung deutscher Geschichtspolitik in Polen bezeichnet). Mit welchen Mitteln wird eine so verstandene Geschichtspolitik umgesetzt und erreicht sie tatsächlich ihr Ziel?

Der „gerechte“ Umgang mit dem historischen Erbe. Zur Bedeutung des Mythos Vilnius für die litauischen Nations- und Identitätskonstruktionen

Malte **ROLF** (Oldenburg)

Professor für Geschichte Europas der Neuzeit mit Schwerpunkt Osteuropa an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Forschungsschwerpunkte und Publikationen: *Imperiale Herrschaft im Weichselland: Das Königreich Polen und das Russische Imperium*, München 2015; *Das sowjetische Massenfest*, Hamburg 2006; *Imperiale Biographien*, Themenheft Geschichte und Gesellschaft, 40:1 (2014); *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, hg. mit Á. von Klimó, Frankfurt/M. 2006; *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs*, hg. mit G. Rittersporn / J. Behrends, Frankfurt/M. 2003.

Der Vortrag widmet sich der Bedeutung der Stadt Vilnius für die litauischen Nations- und Identitätskonstruktionen seit 1918 und diskutiert, wie stark Vorstellungen von einem „gerechten Umgang“ mit dem historischen Erbe litauische Geschichtsnarrative seit der nationalen Unabhängigkeit geprägt haben. Dabei ist unter anderem zu klären, welchen Platz der polnischen, jüdischen und russischen Bevölkerung bzw. Geschichte dieser Stadt im litauischen Entwurf eines „Mythos Vilnius“ eingeräumt wurde. Zudem ist der Umgang mit dem historischen Erbe sowohl in der Periode nach 1945 wie auch in der Transformationszeit der 80er und 90er Jahre zu betrachten, um so kulturelle Kontinuitäten des Nationsbildungsprozesses und der ihm zugrundliegenden Identitätsangebote herauszuarbeiten. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, inwieweit der litauische Blick auf die Stadt Vilnius und die damit verknüpften Vorstellungen von „historischer Gerechtigkeit“ Einfluss auf die außenpolitischen Orientierungen der jeweiligen litauischen Eliten hatten. Konkret ist zu erörtern, wie die polnisch-litauischen Interessenskonflikte um Wilno/Vilnius die Beziehungen der Nachbarstaaten dauerhaft belasteten.

Außenpolitik, Identitätsagenda und „historische Gerechtigkeiten“: Eine tschechoslowakische/tschechische Konfiguration

Miloš **ŘEZNÍK** (Warszawa)

Seit 2009 Professor für Europäische Regionalgeschichte an der Universität Chemnitz und seit 2014 Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau; Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission und Präses der *Societas Jablonoviana*. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Regionalität, Identitätsbildung, Geschichtskulturen, romantische Epistemologie, Elitenwandel der Moderne, 18.–21. Jahrhundert, Polen/Litauen, Habsburgermonarchie; kaschubische Bewegung und Kultur.

Die politische Wende in der Tschechoslowakei eröffnete im tschechischen politischen und historischen Diskurs ein breites Feld für die Diskussionen über die Kategorie des „Tschechentums“, über tschechische nationale Identität, „Mentalität“, „Seele“ usw. Dabei stand die Frage ihrer historischen Formierung und historischen Geformtheit bzw. Bedingtheit teilweise im Vordergrund der Argumentation. Somit wurde die Identitätsdiskussion auf zentrale Punkte der Geschichte sowie die Nationalgeschichte im Allgemeinen gerichtet. Während der 1990er Jahre begleitete diese Debatte nicht nur die Auseinandersetzung mit den „schwierigen Themen“ (wie z. B. die tschechisch-deutsche „Beziehungsgeschichte“), sondern auch die Legitimation wichtiger politischer Schritte wie die Entscheidung für den NATO-Beitritt und die europäische Integration.
Weitere Impulse gab der Zerfall der Tschechoslowakei, indem nach dem Sinn der neuen tschechischen Staatsexistenz gefragt wurde und die alten Fragen der „Lebensfähigkeit“ eines „kleinen Volkes“ wieder gestellt wurden. Auch dies beeinflusste den Diskurs über die Außenpolitik und die Außendarstellung der neuen Tschechischen Republik, die in diesem Feld eine intensive Agenda entwickelte. Während das Thema des „schwierigen historischen Erbes“ viele Berührungspunkte mit Polen und die historisch untermauerte Debatte über „Mitteleuropa“ Vergleiche zu Polen, Ungarn, Österreich und Slowenien anbieten, kann der letztgenannte Aspekt der Selbstdarstellung, in dem sich die Themen „Identität“ und „Außenpolitik“ verknüpfen, einen guten Ausgangspunkt zur vergleichenden Betrachtung Tschechiens und anderer neuer Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bilden.

„Historische Gerechtigkeit“ als zwischenstaatliches Konfliktpotential: Die Ukraine zwischen Polen und Russland

Wilfried **JILGE** (Berlin)

Wilfried Jilge M.A., Osteuropahistoriker, festes Mitglied in der von der Bertelsmann Stiftung initiierten Strategiegruppe „Schlüsselstaaten“ (Russland – Türkei – Iran – Saudi Arabien) und assoziierter Wissenschaftler am „Center for Governance and Culture in Europe“ der Universität St. Gallen. 2016–2018 Programmmitarbeiter und 2018-2019 Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas“ (GWZO) an der Universität Leipzig mit Forschungen zur Zeitgeschichte, Geschichtspolitik und Nationsbildung der postsowjetischen Ukraine, als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slawistik der Universität Leipzig mit der Erforschung der völkisch-antidemokratischen Bewegung in den böhmischen Ländern

Eine zentrale Aufgabe für Vertreter der ukrainischen Nationalbewegung war u. a. die Emanzipation von russischer Dominanz und später vom sowjetischen Erbe, wobei die „halb reale, halb erfundene Zugehörigkeit der Ukraine zu einer ‚anderen‘ … europäischen Kultur“ (Rjabčuk), die in dieser Optik von Russland unterschieden ist, zu einem zentralen Argument wurde. Die ‚Rückkehr nach Europa‘ erschien damit als gleichsam notwendige Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit. Nach der „Revolution der Würde“ auf dem Kiewer Maidan zielte die offizielle Geschichtspolitik primär auf die endgültige Abgrenzung vom sowjetischen Erbe und die Lösung von der „russischen Welt“ sowie die Legitimation der transatlantisch-europäischen Integration des Landes. So wurde ein Geschichtsbild von einem „nationalen Befreiungskampf“ inszeniert, das neben breit akzeptierten und ‚europafähigen‘ Themen auch die in der Forschung kontrovers diskutierten Vertreter der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) einschloss, die in offiziöser Optik nicht nur gegen die Sowjets, sondern genauso auch gegen die deutschen Besatzer kämpften. Dem Bild einer Nation, die Opfer der kommunistischen Diktatur wurde (etwa im „Holodomor“), wird so die Vorstellung eines bis zur Unabhängigkeit andauernden nationalen, anti-totalitären Widerstandes hinzugefügt und das Selbstbild einer heroischen Märtyrernation gestiftet.
Politisch brauchbar ist dieses Geschichtsbild aber nur, wenn die dunklen Seiten einiger Helden relativiert oder „vergessen“ werden. Deswegen birgt diese Form des Strebens nach historischer Gerechtigkeit ein zwischenstaatliches Konfliktpotential im ukrainisch-polnischen Verhältnis, da z.B. die Bewertung von OUN und UPA zwischen beiden Ländern höchst kontrovers diskutiert wird. Ein Grund ist auch, dass die seit 2015 in Polen regierende PiS-Regierung ihr Verständnis von historischer Gerechtigkeit ebenfalls mit einer Vorstellung von den Polen als Nation von Opfern und Helden verbindet, wobei den ehemaligen polnischen östlichen Gebieten (kresy) besondere Bedeutung zukommt. Daher wird hier gefragt, warum und wie die jeweiligen Verständnisse von historischer Gerechtigkeit die Beziehungen belasten, wobei der Einfluss von politischen Richtungskämpfen und Wertorientierungen auf die Geschichtspolitik zu berücksichtigen ist.

Das oben beschriebene offiziöse Geschichtsbild enthält exklusive Tendenzen, zielt jedoch vor allem auf die Förderung des nation-building und damit die Stärkung der staatlichen Souveränität in einer Zeit äußerer Bedrohung. Denn die russische Geschichtspolitik gegenüber der Ukraine ist revisionistisch und untergräbt das Völkerrecht: Putin rechtfertigte die Annexion der Krim durch Russland als Beseitigung einer „schreienden historischen Ungerechtigkeit". Daher wird hier auch der Kontext des andauernden russisch-ukrainischen Konfliktes einbezogen.

Kommentar: Krzysztof **RUCHNIEWICZ** (Wrocław)

Vorsitzender der Disziplin Geschichte an der Universität Wroclaw/ Polen, Direktor und Leiter des Lehrstuhls für Zeitgeschichte am Willy-Brand-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an selbiger Universität, Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Geschichte der europäischen Integration, Public History und Visual History, internationale Schulbuchforschung; Mitglied von mehreren Gremien, zahlreiche Publikationen.

I.7 SEARCHING FOR JUSTICE IN AND BEYOND COURTS IN EARLY MODERN POLAND-LITHUANIA

Chair: Yvonne **KLEINMANN** (Halle)

Writing social, cultural and economic history of early modern Poland-Lithuania (as well as other European countries) on the basis of court records has a long tradition. This is due to the fact that court records in many cases constitute the main and sometimes only source of inquiry, but also to the observation that legal conflicts often compose a rather small share of court documentation while legal proceedings that nowadays would be dealt with by notaries or municipal administrations – e.g. sales contracts, last wills, tax records, etc. – predominate. So we can state that early modern courts were not necessarily a place of conflict.

However, the question remains: where were social conflicts solved or at least addressed, and how were different understandings of justice articulated? The impression we get from court records is that they often reveal only the „tip of the iceberg", i.e. documentation starts, when a conflict has already escalated. In other cases documentation stops abruptly before recording any resolution, leaving us with open questions.

Starting from these observations, the projected panel will try to find answers to the issue of which kind or which part of a conflict could be resolved in courts. Even more important, it will seek to identify other places, institutions, and personnel that contributed to the complex process of deliberating and negotiating justice, understood as a relative category.

A broad range of questions will be raised: Where and how were arguments or disputes settled beyond courts? Which forms of extrajudicial mediation and settlement can be traced? Who were the mediators, and what was their authority based on? What kinds of conflicts were referred to which courts? At which stage of the confrontation did conflicts reach a court? How can we characterize and perhaps quantify the capacity of courts to solve conflicts? Which differences can be detected between understandings of justice in and beyond courts? How and where did different social groups articulate their understandings of justice?

The Court as a Public Sphere

Jürgen **HEYDE** (Leipzig)

Jürgen Heyde is extracurricular professor at Martin Luther University Halle-Wittenberg, where he teaches East European, Jewish and Medieval History. He studied Eastern European history, Polish/Slavonic studies and Medieval history from 1987 to 1993 in Gießen, Mainz, Warsaw, and Berlin. In 1998 he completed his doctorate at the Free University of Berlin. Among his main publications are: *Transkulturelle Kommunikation und Verflechtung. Die jüdischen Wirtschaftseliten in Polen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert*, Wiesbaden: Harrassowitz 2014, and *„Das neue Ghetto"? Raum, Wissen und jüdische Identität im langen 19. Jahrhundert*, Göttingen: Wallstein 2019 (forthcoming). juergen.heyde@leibniz-gwzo.de

The presentation addresses some extra-judicial functions of late medieval Polish courts. Courts served not only as a forum for litigation, but also as a notary's office, where actors could validate business contracts. In both functions, people who were present at the court sessions: claimants, court officials and witnesses formed a public, which served a means reaching far beyond the court system. The presentation discusses the introduction of new actors into the local business community via court proceedings, and cases, in which courts rejected the application of discriminatory laws in order to preserve the integrity of the legal order.

Only Gossip? or What Court Records and Other Sources Reveal about Understandings of Justice

Yvonne **KLEINMANN** (Halle)

Yvonne Kleinmann is professor of East European History and Director of the Aleksander Brückner Center for Polish Studies at the University of Halle-Wittenberg. Her fields of research are interethnic relations and legal history in early modern Poland-Lithuania and the Russian Empire. She has published the monograph *Neue Orte – Neue Menschen. Jüdische Lebensformen in St. Petersburg und Moskau im 19. Jahrhundert* (2006, Russ. 2018) on Jewish migration to the capitals of the Russian Empire, and, among others, co-edited *Reden und Schweigen über religiöse Differenz* (2013) on discourse and silence about religious difference, and *Religion in the Mirror of Law: Eastern European Perspectives from the Early Modern Period to 1939* (2016). yvonne.kleinmann@geschichte.uni-halle.de

It is ironic that courts in early modern Poland in many cases were not able to solve social conflicts or did not even aim at it. They often documented only a segment of much longer altercations, while solutions had to be found elsewhere. In addition, they administered the mostly unspectacular civil matters of the Commonwealth's inhabitants. However, in both kinds of court procedure there was much talk about justice and efforts of extra-judicial conflict settlement, uttered more or less in passing.

On the example of early modern Rzeszów, a medium-sized town under magnate rule, the paper will focus on such apparently marginal statements. On the basis of court records but also other administrational documentation of the town lords, the magistrate, the Jewish community as well as the local churches and monasteries it will try to identify elements that were meant to contribute to a just order in town and between specific groups. Special attention will be paid to understandings of justice that were not compatible with each other.

Extra-Judicial Justice: Polish Jews Seeking Justice Outside of the Court Systems

Moshe **ROSMAN** (Ramat Gan)

Moshe Rosman is professor emeritus in the Koschitzky Department of Jewish History of Bar Ilan University in Israel and a fellow of the Israel Institute of Advanced Studies. He has conducted extensive research in Polish and Ukrainian archives and specializes in integrating Jewish and non-Jewish sources. His main research subjects are Polish-Jewish history, Hasidism, historiography, and gender history. Rosman's prize-winning books include *The Lords' Jews: Jews and Magnates in the Polish-Lithuanian Commonwealth (1990), Founder of Hasidism: A Quest for the Historical Ba'al Shem Tov (1996), and How Jewish Is Jewish History?* (2008). mrosman49@gmail.com

The adage, "The wheels of justice turn exceedingly slow", applies to virtually every judicial system known. Going to court is expensive, time-consuming and anguishing. Moreover, it is law, not necessarily justice, that determines the outcome. In addition, there are many types of cases that are precluded from judicial review due to legal, political, administrative or practical constraints. The focus of this talk will be on the efforts of individuals and groups, within the early modern Polish Jewish community, to right wrongs by turning to sources of authority other than courts. Magnate landlords, individual rabbis, mediation, communal and municipal councils, public opinion and (sometimes violent) protest might all serve as instruments of justice. By examining government decrees, Jewish communal by-laws, rabbinic responsa, law codes, petitions, polemics and inter-communal agreements, we will attempt to construct a typology of venues and modalities that were available to the aggrieved to address inequities, oppression, corruption, lawlessness and violation.

Conflicts between Peasants and Landlords in and beyond the Royal Referendary Court

Tomasz **WIŚLICZ** (Warszawa)

Tomasz Wiślicz is associate professor at the Tadeusz Manteuffel Institute of History of the Polish Academy of Sciences in Warsaw, member of the Research Group for Old-Polish Culture of the University of Warsaw, and member of the Polish Section of the Commission Internationale d'Histoire et d'Etudes du Christianisme. His fields of interest are cultural and social history of the early modern times, and theory of history. He is author of the books *Liking: Marriage and Informal Relationships in the Polish Countryside in the 17th and 18th Centuries. Social Imagery and Personal Experience* (Polish 2012, English 2017), *Krótkie trwanie. Problemy historiografii francuskiej lat dziewięćdziesiątych XX wieku* (2004), *Zarobić na duszne zbawienie. Religijność chłopów małopolskich od połowy XVI do końca XVIII wieku* (2001) and co-editor of the volumes *Historia – dziś. Teoretyczne problemy wiedzy o przeszłości* (with Ewa Domańska and Rafał Stobiecki, 2014) and *Obserwacja uczestnicząca w naukach historycznych* (with Barbara Wagner, 2008). twislicz@ihpan.edu.pl

The Crown Referendary Court was the only Royal court in the early modern Polish-Lithuanian Commonwealth in which peasants could defend their rights in a conflict with the noble landowners. Only peasants from the royal domains of the Polish Crown, who constituted about one third of the peasant population of the area, could bring their cases to the Referendary Court. The peasants willingly took advantage of this opportunity to engage in long-lasting court disputes with the holders or tenants of a domain. Usually the subject of the dispute was the amount of corvée labour and the delimitation between manor and peasant fields. When engaging in a court dispute, the peasant communities generally showed considerable legal knowledge, used the help of lawyers, and supported their claims with various types of documents, including royal privileges. In most cases, the Referendary Court decided to establish a special commission to settle the dispute on the spot.

However, the trial in the Referendary Court was only one of the means of the peasants' struggle against the exploitation and abuse by the landlords. At the same time, peasants proceeded to direct action, refraining from work or taking over the disputed lands, which often led to the outbreak of violence. Selected examples show, how peasants tried to reconcile their resistance with the legalism of the court procedure before the Referendary Court, how they used the lawsuit to justify their actions, and under what conditions the judicial dispute turned into a peasant rebellion.

Commentary: David **FRICK** (Berkeley)

David Frick holds an A.B. in German Literature and in Slavic Languages and Literatures from Indiana University and a Ph.D. in Slavic Languages and Literatures from Yale University, where he studied with Riccardo Picchio and Alexander Schenker. He has been a member of the faculty of the Department of Slavic Languages and Literatures at the University of California, Berkeley since 1982 and an affiliated professor in the History Department since 1996. His research focuses on the early modern Polish-Lithuanian Commonwealth and includes topics such as sacred philology, religious, cultural, and social history, as well as urban studies. His most recent book is *Kith, Kin, and Neighbors: Communities and Confessions in Seventeenth-Century Wilno* (2013). frick@berkeley.edu

I.8 LIBRARY INFRASTRUCTURES FOR POLAND RESEARCH

Leitung: Karolina **WALCZYK** (Darmstadt), Matthias **BRECKHEIMER** (Leipzig)

Section language: English

Karolina Walczyk M.A. - Studium der Wissenschaftlichen Information und Bibliothekskunde, Informatik sowie Medien-Kommunikation-Gesellschaft an den Universitäten in Krakau und Trier. Seit 2016 Leiterin der Bibliothek des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt.

Wiss. Bib. Matthias Breckheimer M.A. – studierte Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Germanistik (M.A.). Fernstudium der Bibliothekswissenschaften von 1998 bis 2000 an der HU Berlin (Master of Library Sciences). Von 1987 bis 1996 arbeitete er in der NSuUB Göttingen, seit 1996 leitet er die Bibliothek des Leibniz-Instituts Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) e.V., ehemals Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas. Vorstandsmitglied der ABDOS e.V.

Bibliotheken und Sammlungen sind das Rückgrat der geisteswissenschaftlichen Forschung. Sie dienen der Aufbewahrung und Vermittlung von Informationen und erweitern ihre Bestände und ihr Angebot oft in enger Kooperation mit Forschenden. Viele Projekte, die gemeinsam von Bibliotheken und Forschenden oder Forschungseinrichtungen geplant und durchgeführt werden, sind außerhalb der beteiligten Institutionen nicht hinreichend bekannt.
Die aus dieser Zusammenarbeit entstehenden Informationssysteme sind Teil einer umfangreichenden Forschungsinfrastruktur, die auch für das Gebiet der Polenforschung vielseitige Informationsangebote, Services und Möglichkeiten wissenschaftsbegleitender und unterstützender Funktionen bereitstellt.
Anhand von einzelnen Projekten (Digital Library, Open Resources), aber auch von thematischen Schwerpunkten (Bestände & Sammlungen, Recherchemöglichkeiten, Forschungsdaten, Quellen & Karten) wird ein Einblick in die in den vergangenen Jahren stark ausgebauten bibliothekarischen Angebote für die Polenforschung gegeben.

Es informieren und diskutieren mit Ihnen:

Deutschland:
Hans-Jakob Tebarth – Bestände und deren Präsentation
Vladimir Neumann – Rechercheinstrumente
Gudrun Wirtz – Open Access / Forschungsdaten
Jürgen Warmbrunn – Quellen/Karten etc.

Polen:
Zachariasz Mosakowski und Dorota Gazicka-Wójtowicz – Open Resources im Digitalen Repositorium der wissenschaftlichen Institute (OZwRCIN)
Remigiusz Lis – Schlesische Digitalbibliothek (Śląska Biblioteka Cyfrowa)

Dr. Hans-Jakob Tebarth - studierte Geschichte, Osteuropäische Geschichte, Geographie und Erziehungswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, Promotion ebendort. Forschungsprojekte an den Universitäten zu Köln und Düsseldorf. Seit 2002 zunächst stellv. Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, seit 2012 Direktor. Vorstandsmitglied der ABDOS e.V. und des DiFMOE e.V.

Dr. Vladimir Neumann – studierte Slawische Philologie und Osteuropäische Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, absolvierte anschließend das Bibliotheksreferendariat in Berlin und München, seit 2005 als Projektmitarbeiter (mit der Betreuung des Slavistik-Portals) an der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, seit 2009 als Fachreferent für Slawistik, tätig. 2015 erfolgte Promotion zum polnischen-russischen historischen Sprach- und Kulturkontakt.

Dr. Gudrun Wirtz – studierte Slawistik, Romanistik und Indogermanistik in Freiburg, Zagreb und Bonn, Promotion in Bonn. 1991-1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Slawistik an den Universitäten Bonn und Bamberg; 1998-2000 Bibliotheksreferendariat, ab 2000 in der Osteuropaabteilung der Bayerischen Staatsbibliothek, seit Juli 2006 Leiterin der Abteilung; verantwortlich u.a. für den DFG-geförderten Fachinformationsdienst Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa.

Dr. Jürgen Warmbrunn – studierte Slawistik, Osteuropäische Geschichte, Anglistik und Finnisch in Münster, Helsinki und Prag, Ausbildung für den Höheren Bibliotheksdienst (Konstanz und Köln), 1995-1999 Abteilungsleiter und Fachreferent an der UB der EUV Frankfurt/Oder, seit 1999 Bibliotheksleiter am Herder-Institut. Vorsitzender der ABDOS e.V.

mgr Zachariasz Mosakowski – Historiker, Absolvent der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, spezialisiert in Militärgeschichte, historischem Tourismus sowie regionalem und historischem Kulturerbe der Woiwodschaft Kujawsko-Pomorskie. Seit 2018 arbeitet er an der Polnischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Geographie und Raumforschung, Abteilung für Umweltressourcen und Georisikoforschung in Toruń als Spezialist und Mitglied am Projekt für eine Zentraldatenbank der Mühlen in Polen.

mgr Dorota Gazicka-Wójtowicz – Geographin, Bibliographin, Bibliothekarin, spezialisiert auf dem Gebiet der digitalen Bibliotheken, Internetplattformen sowie wissenschaftlichen Netzwerken. Publizistin und Absolventin der Warschauer Universität, besitzt über 35 Jahre Erfahrung bei der Verwaltung von wissenschaftlichen Bibliotheken. Als Mitinitiatorin spielte sie eine bedeutende Rolle bei der Digitalisierung von Bibliotheken an 25 Instituten der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Vizepräsidentin des Vorstands des Digitalen Repositoriums für wissenschaftliche Institute (rcin.org.pl) und Präsidentin des Vorstands von NUKAT sowie Mitautorin der polnischen Version des MARC-21 Formats für kartographische Dokumente. Direktorin der Zentralbibliothek für Geographie und Umweltschutz und Publizistin am Institut für Geographie und Raumforschung an der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

mgr Remigiusz Lis – Direktor des Instituts für Digitale Medien „Digitarium“ an der Schlesischen Landesbibliothek in Kattowitz sowie Vorsitzender des Koordinationsteams der Schlesischen Digitalbibliothek. Seit 20 Jahren digitalisiert er Bibliotheksbestände. Autor und Koordinator von Digitalisierungsprojekten darunter: Schlesische Digitalbibliothek (Śląska Biblioteka Cyfrowa), Schlesische Internetbibliothek von historischen Sammlungen, Schlesisches „Digitarium“, gefördert aus nationalen und europäischen Finanzmitteln. Ausbilder auf dem Gebiet der Digitalisierung, Planung und Koordinierung von digitalen Projekten.

I.9 GESTALTEN DER GERECHTIGKEITSIDEE IM ÄLTEREN SCHRIFTTUM POLENS. TEIL I: BEGRIFFS- UND MOTIVGESCHICHTE

Leitung: Andrzej **DĄBRÓWKA** (Warszawa)

Andrzej Dąbrówka, professor at the Institute of Literary Research of the Polish Academy of Sciences, since 2007 head of the Medieval Literature Section. His writings cover medieval literary theory, early drama and theatre, literary medievalism, theory of historiography and literary history, and Netherlandic studies. Author of, among others: *Teatr i sacrum w średniowieczu. Religia – cywilizacja – estetyka* [Theatre and the Sacred in the Middle Ages. Religion – Civilization – Aesthetics] (Eng. transl. due in 2019), and an academic textbook on medieval literature in Poland: *Średniowiecze. Korzenie* [The Middle Ages. The Roots] (2005). (Co)editor of 10 collective monographs (2009–2018) on medieval chronicles, drama, preaching, medievalism, historiography, and modern digital humanities.

Schon in der ersten von einem polnischen Verfasser geschaffenen Chronik (um 1200) wurde der Gerechtigkeitsidee viel Aufmerksamkeit gewidmet. Gerechtigkeit war nach Vincentius die Grundlage einer richtigen Staatsverfassung (Brygida Kürbis). Die moralphilosophische Grundlage der Definition der Gerechtigkeit bei Vincentius (*Et dicta est iustitia quae plurimum prodest ei qui minimum potest*, I 5) hat eine deutlich soziale Dimension, ersichtlich z.B. aus den Synodbestimmungen von 1180, wo Bischöfe es dem Adel verbieten, Kornraub an armen Bauern zu verüben. Hierzu gehört auch die Verteidigung des Eigentums der Kirche, vor allem der Bischöfe gegen die "ungerechten" Eingriffe von Prinzen (*ius spolii*). Dieser Streit ist ein Teil der alten kirchlichen Bemühung um die Befreiung von der weltlichen Macht (libertas ecclesiae, 9.-11. Jh.). Noch im 12. Jh. ist dieser Streit Gegenstand eines einflussreichen Traktats Johannes de Salisbury's *Policraticus*, der die Kirche als Verteidiger der Freiheit gegen den ungerechten Zwang seitens der weltlichen Herrscher darstellt, und der noch von Joannes de Dąbrówka in seinem Kommentar zu Vincentius (1435) vielmals zitiert wird. In der Chronik des Vincentius gibt es auch Beispiele von Gerichtsausübung, woraus die Darstellung eines gerechten Prinzen-Richters ersichtlich wird (II 28; IV 3).
Damit sich die Diskussion nicht in literaturgeschichtliche Revue verwandelt, sollte sie theoretisch profiliert werden. Das Kongressthema bietet die Gelegenheit, die Kategorie der Gerechtigkeit in ihrer wörtlichen sozialen Dimension über die transzendentale eschatologische hin bis zu der metaphorisch-künstlerischen zu verbinden, und zwar mittels des Konstruktionsgriffs der "poetic justice". Dichter lieben es nun, das Verhalten ihrer Helden zu preisen bzw. zu verurteilen, indem sie ihnen am Ende der Geschichte Glück oder Verderb bereiten. Als Grundlage der literargeschichtlichen Darstellung wird eine linguistische Untersuchung dargeboten. Wenigstens zwei Bereiche sollten gedeckt werden: die semantischen Felder "sprawiedliwość" und „iustitia" entsprechend in der frühen polnischen Lexik (Cybulska-Bohuszewicz) und im polnischen Mittellatein (Rzepiela). Dieser sematischen Einführung wird eine quellenkundliche folgen, wo nicht das Wort „iustitia", sondern die gleichnamige juridisch-politische Kategorie zweierlei befragt wird: erst nach ihrer Herkunft im philosophischen Schrifttum der Zeit (Skibiński) und dann nach ihren intertextuellen und intermedialen Potenzen (Bering).

Das semantische Feld des Wortes „sprawiedliwość" (Gerechtigkeit) im Polnischen des 16. Jahrhunderts / "Justice, Faith, Peace, Truth, Shame, Mercy and Other Virtues Will Perish": The Semantic Scope of the Lexeme "Justice" in Renaissance Polish

Ewa **CYBULSKA-BOHUSZEWICZ** (Toruń)

Ewa Cybulska-Bohuszewicz, PhD., lexicographer, assistant professor at the Dictionary of 16th Century Polish Language Lab (Institute of Literary Research of the Polish Academy of Sciences). She is the author of the book „*On utwierdził na wieki niebo niestanowne*". *Chrześcijańska wzija kosmosu w poezji polskiej* (*od połowy XVI do połowy XVII w.*) [„He confirmed heaven without the estates forever". The Christian Vision of a Cosmos in Old-Polish Poetry (in XVI –XVIII Century)], Warsaw 2010, and various publications concerning early-modern literature and poetry.

The presentation will deal with the meaning of the word "justice" in the Polish language of the 16th century. The meaning of this lexeme will be reconstructed on the basis of lexicographic material from the file of the *Słownik polszczyzny XVI wieku* (Dictionary of 16th Century Polish Language). The file of the Dictionary includes more than 8 million flashcards.

Words from more than 800 Polish Renaissance texts have been extracted. It must be said, however, that concepts such as: justice, law, virtue, etc., appear in many other works that were written at that time. In my presentation I will present all the meanings of the noun, “sprawiedliwość”, and give exemplifications. How was this concept defined in the dictionaries of the 16th century? Was it different from the contemporary one? If so, what were these differences based on? In addition, I will also present the family (in grammar, the term "nest" is used) from which the old Polish term “sprawiedliwość” derives, as well as its synonyms and lexems from the group of so-called co-rooted formations.

Die Evolution des Begriffs „Iustitia“ im polnischen Mittellatein

Michał **RZEPIELA** (Kraków)

Michał Rzepiela ist Professor für Linguistik am Institut für Polnische Sprache an der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) in Krakau. Derzeit ist er Vizedirektor dieses Instituts. Seine Forschungsschwerpunkte bilden Wortbildungslehre und Phraseologie des Mittellateins sowie Herausgabe der lateinischen Texte. Darüber hinaus ist er Herausgeber des Wörterbuches des polnischen Mittellateins (Lexicon mediae et infimae Latinitatis Polonorum). In den Jahren 2000–2001 war er Stipendiat der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München und zugleich Mitarbeiter des Thesaurus linguae Latinae, des dort bearbeitet wissenschaftlichen Wörterbuches des antiken Lateins. Derzeit leitet er das Forschungsprojekt „Das elektronische Korpus der Werke von Jan Długosz“.

Eine theoretische Definition und narrative Verwendungen des Begriffs „Iustitia“ sind schon bei dem ersten polnischen Historiker Vincentius Kadłubek (12./13. Jh.) zu finden. Er stützte sich dabei auf die in der Moralphilosophie des 12. Jahrhunderts überlieferten Ideen. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte tritt iustitia immer öfter in alltäglichen juristischen Verwendungen auf. Wie dieses Wort in der mittelalterlichen Gerichtspraxis funktionierte, ist am besten von verschiedenen Urkundenbüchern und Gerichtsregistern zu beobachten. Diese Texte wurden aber im Teil von den Schriftstellern zusammengestellt, deren Lateinkenntnisse nicht immer exzellent waren. Deshalb soll der Begriff „Gerechtigkeit“ im Mittellatein im Zusammenhang mit dem jeweiligen Sprachregister der Belege behandelt werden. In diesem Vortrag wird die Evolution des Begriffs „Iustitia“ im polnischen Mittellatein dargestellt. Die Forschung basiert auf den Daten, die dem Korpus des polnischen Mittellateins (eFontes) entnommen wurden. Da in diesem Korpus Texte aus verschiedenen Textgattungen und verschiedenen Perioden des polnischen Mittelalters berücksichtigt worden sind – weshalb das Korpus als ausgeglichen betrachtet werden kann – erwarte ich, zuverlässige Ergebnisse für das polnische Mittelalter zu bekommen.

Recht und Gerechtigkeit in der Polnischen Chronik von Bischof Vincentius

Edward **SKIBIŃSKI** (Poznań)

Prof. Dr. hab. Edward Skibiński – außerordentlicher Professor im Historischen Institut der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, klassischer Philologe, Historiker. Forschungsinteressen: Historiographie des Mittelalters, Epigraphik, Quellenkunde. Verfasser von mehreren Publikationen zum Mittelalter, aber auch zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Der Beitrag diskutiert die Frage, wie die *Chronica Polonorum* des Vincentius (Bischof von Krakau 1208–1218) das Recht und die Gerechtigkeit als wirkende Kräfte im Staat darstellt. Nach der Darstellung der lexikalen Semantik des Wortes wird hier die gleichnamige juridisch-politische Kategorie nach ihrer Herkunft im philosophischen Schrifttum der Zeit befragt. Hier wurden mehrere Quellen genannt: Chalcidius mit dessen Übersetzung des Timajos von Plato, Kommentatoren desselben wie Placentinus (*Summa Institutionum*, I 1: Iustitia est secundum Platonem virtus quae plurimum potest in his qui minimum possunt, nempe in personis miserabilibus evidentius clarescit iustitia) oder Johannes von Salisbury’s *Policraticus* (Jerzy Mańkowski; Wiesław Pawlak), bzw. Wilhelm von Conches (*Guillelmi de Conchis glosae super Platonem*. Ders. *Accessus ad Timaeum*; Zenon Kałuża & Dragos Calma). Der Beitrag wird die Schriften des Alanus ab Insulis genauer untersuchen und dort die eigentliche Quelle von Vincentius anweisen.

Gerechtigkeit und deren intertextuelle und intermediale Beziehungen

Piotr **BERING** (Poznań)

Piotr Bering promovierte 1993 zum Doktor der Philosophie im Bereich Geschichte; 2001 habilitierte er sich im Bereich Literaturwissenschaft (Mittel- und Neulatein); 2003 Berufung zum Uniprofessor; 2019 Verleihung der staatlich anerkannten Professur. Das mittelalterliche Theater und Theatralität stehen seit vielen Jahren im Mittelpunkt seiner Forschung.

An mehreren Stellen der *Chronica Polonorum* von Vincentius Kadłubek (um 1200) werden seine Kenntnisse des römischen Rechts und einer darauf aufbauenden Jurisprudenz erkennbar. In zwei Kapiteln (I 5 und II 28) werden längere Gerichtsverfahren dargestellt, deren Teilnehmer die gewöhnlichen Prozessrollen spielen – Ankläger, Angeklagter, Verteidiger, Richter usw. Wegen der literarischen Ausführung benehmen sich diese Personen wie Schauspieler auf der Bühne, die von Zuschauern beobachtet und eingeschätzt werden. Die gegenseitigen Relationen zwischen dem Theater und dem Gericht sind schon aus dem Altertum bekannt. Cicero und andere Verfasser von Rhetorikhandbüchern haben über *pronuntiatio* oder *actio* geschrieben und diese letzte Etappe der Textbearbeitung gehörte zur juristischen Bildung. Auch im Mittelalter sind zahlreiche Gerichtsszenen in Dramen zu finden. Eine gesonderte Strömung bieten künstlerische Gestaltungen religiösen Inhalts wie das Consilium Trinitatis, oder das letzte Gericht, zu finden in lateinischen und polnischen Streitgedichten, Dialogen und Moralitäten.

Kommentar: Thomas **WÜNSCH** (Passau)

Thomas Wünsch (geb. 1962) hat Geschichte und Slavistik an der Universität Regensburg studiert, dort auch promoviert. Die Habilitation erfolgte 1998 an der Universität Konstanz zum Thema „Konziliarismus und Polen“. 2003 erhielt er den Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere und neueste Geschichte Osteuropas und seiner Kulturen an der Universität Passau. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Warschau und des Herder-Instituts Marburg sowie Mitglied in mehreren Herausgebergremien, u.a. „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung“ (Marburg/L.), „Roczniki Historyczne (Poznań)“ und „Miscellanea Historico-Archivistica“ (Warszawa).

SEKTION II

II.1 VON GERECHTIGKEIT KANN KEINE REDE SEIN! BILDUNGSKONZEPTE ZUM FÜLLEN EINER LEERSTELLE IN WARSCHAU AB 1900

Leitung: Friedrich **CAIN** (Erfurt), Michał **MRUGALSKI** (Berlin)

Das Panel untersucht Zugangsweisen zum Begriff Gerechtigkeit im Warschau des Fin de Siècle. Grundannahme ist dabei, dass Gerechtigkeit hier häufig indirekt, nämlich unter dem Verweis auf ihr Ausbleiben, also als unbestimmte Leerstelle aufgerufen wurde. Von Moskau aus wurde das Rechtssystem von einem sog. *Ministerstwo Sprawedliwost'i* gepflegt. Der Begriff „Gerechtigkeit" war im öffentlichen Leben also durchaus präsent, wenn auch der die Metropole plagende rechtliche Nihilismus im sog. Weichselland kaum weniger dramatisch war. Zugleich, und das ist des Panels Arbeitshypothese, ließ sich Gerechtigkeit nicht ohne Weiteres in die Diskurse anderer Öffentlichkeiten transponieren, da diesen häufig kein Anschluss an normativ-institutionelle Strukturen gewährt wurde oder sie diesen gar nicht erst suchten. In solchen Momenten musste Gerechtigkeit übersetzt werden, oft wurde sie dabei zu einem negativen Bezugspunkt, zu einer Leerstelle, die als solche zugleich unter- und überdeterminiert sein konnte.
In der *City of Three Nations* (Th. Weeks) lassen sich multiple Bruchlinien verfolgen, entlang derer bzw. über die hinweg emanzipatorische und konservatorische Gesten eingeübt oder verweigert wurden. Die Beiträge untersuchen die diskursiven Bruchlinien, an denen „Gerechtigkeit" leerlief oder von anderen Begriffen gesperrt wurde. Statt auf die nivellierenden Effekte der offiziellen Verwendung zu vertrauen, setzten die Untersuchungsbeispiele auf Rhetoriken von Befreiung, Unabhängigkeit oder ein anderes Verständnis von Gerechtigkeit, das sich dem (bestehenden) Rechtssystem entsagte. Nach dieser Logik konnte Gerechtigkeit erst mit der Überwindung der systemischen Ordnung der Zarenherrschaft ins Werk gesetzt werden.
Die Vorträge des Panels werden sich mit der Funktion von Gerechtigkeit in verschiedenen Diskursen befassen. Es wird darum gehen, mit-, gegen- und aneinander vorbei existierende Agenden auf Konzepte von Gerechtigkeit bzw. Gleichbehandlung zu untersuchen. Dabei sollen emanzipatorische Momente in Kunst und Erziehung im Mittelpunkt stehen. In Warschau bemühten sich zu jener Zeit verschiedene Initiativen öffentlich (Kasa Mianowskiego, ab 1906 die Towarzystwo Kursów Naukowych) und klandestin (sog. „Uniwersytet Latający" oder „Babski") darum, denjenigen Zugang zu höherer Bildung zu gewähren, denen die sozialpolitische Struktur des Zarenreichs diesen verwehrte. Dies betraf insbesondere Frauen, aber auch Juden und die wachsende Arbeiterschicht. Bereits seit 1881 förderte die Kasa Mianowskiego akademische Karrieren mit Stipendien und Druckkostenzuschüssen. Reißenden Absatz fanden Buchreihen zum Selbststudium, allen voran die *Poradniki dla Samouków*, was pädagogische Diskussionen stimulierte. Zur gleichen Zeit wurden geheime Gymnasial- und Hochschulkurse für Frauen initiiert, um ihnen überhaupt Bildung zu ermöglichen und sie auf etwaige Auslandsstudien vorzubereiten. In sozialistischen wie auch in nationalistisch-konservativen Milieus existierten ebenfalls geheime Klassen. Als ein Zentrum des Ansiedlungsrayons bot die Stadt auch jüdischen Bildungsinitiativen eine Heimat. Die hier skizzierten Milieus waren keineswegs homogen strukturiert, sondern in religiös-konfessionellen, philosophischen oder ästhetischen Entscheidungen fragmentiert, was die Zugänge zur Gerechtigkeit multiplizierte. Diese und ähnliche Programme fanden auch Widerhall in der Literatur, die eine zusätzliche Ebene bot, um Möglichkeitsräume des Gerechten auszumessen, die im Alltagsleben versperrt bleiben mussten.

Warschau um 1900: Dreifache Peripherie und Raum der modernen Sozial- und Geisteswissenschaften

Michał **MRUGALSKI** (Berlin)

Michał Mrugalski ist Slavist und Komparatist, der zurzeit als Gastprofessor am Institut für Slawistik an der HU Berlin tätig ist; zuvor promovierte er an der Universität Warschau und habilitierte an der Universität Tübingen. Der Fokus seiner Forschung liegt auf dem interkulturellen und dem intermedialen Transfer von Werten, Motiven und Figuren. Die betreffenden Kulturen sind vor allem polnisch-, russisch- und deutschsprachige, die mit ständiger Rücksicht auf frankofone und englischsprachige Milieus und mit Blick auf die Beziehungen von Literatur und anderen Künsten betrachtet werden.

Warschau lag um 1900 dreifach peripher und war zugleich Zentrum geistiger Strömungen. Lag es an der westlichen Peripherie des Zarenreichs verstand es sich selbst als östlichen Vorposten des Westens. Mit dem Abklang des Warschauer Positivismus büßte die Stadt den Status als Hauptstadt polnischer Literatur und Kultur ein und Krakau übernahm erneut die Rolle des polnischen Piemont. Bereits zuvor hatte der literarische Konservatismus der Warschauer Klassik peripher zu den exilierten Zentren der polnischen Literatur gelegen. So hatte Adam Mickiewicz zwar St. Petersburg, Moskau, Paris und Weimar besucht, niemals jedoch Warschau. In diesem Wechselspiel und insbesondere

in kritischer Auseinandersetzung mit dem Warschauer Positivismus modernisierten sich um 1900 die Geisteswissenschaften (vor allem Soziologie, Psychologie und Literaturwissenschaft). Damit knüpften sie einerseits an die neusten europäischen Entwicklungen an, vertieften aber den Provinzialismus ihres Ursprungskontextes gegenüber der polnischen Kultur. In diesem Umfeld konnte „Gerechtigkeit" aus unterschiedlichen politischen Richtungen als erst noch durchzusetzende regulative Idee bzw. als Ideal, das zum Kampf motivierte, wirksam werden. Der Vortrag beleuchtet dies an Assoziations- und Organisationsmodi, die sich im bzw. aus dem Untergrund heraus entwickelten (etwa die „Fliegende", bisweilen auch „Weiberuniversität", die Warschauer Wissenschaftsgesellschaft usw.), und analysiert die Auswirkungen auf die polnische Wissenschaft, die sich nicht nur institutionell, sondern auch inhaltlich von ihren deutsch- und russischsprachigen Pendants unterschied.

Verhinderte Gerechtigkeit. Die Ratgeber für Autodidakten zwischen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit

Friedrich **CAIN** (Erfurt)

Friedrich Cain, derzeit Junior Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien in Erfurt, beschäftigt sich mit der Kulturgeschichte der Wissenschaftsforschung in der BRD und der DDR im internationalen Kontext. 2018 Promotion an der Universität Konstanz (*Wissen im Untergrund. Praxis und Politik klandestiner Forschung im besetzten Polen (1939–1945)*, Tübingen: Mohr Siebeck, ersch. 2020).

Zwischen 1898 und 1902 erschienen in Warschau die ersten vier Bände einer Reihe, die bald fortgesetzt wurde und bis weit in die 1930er Jahre reißenden Absatz fand. Diese *Poradniki dla Samouków* (dt. Ratgeber für Autodidakten) folgten einem Ideal, dessen Erfüllung unter zaristischer Herrschaft unerreichbar schien: polnischsprachige höhere Bildung. Diese war im russischen Teilungsgebiet streng untersagt, romantisch-humanistischen bzw. positivistischen Bildungskonzepten wohnte so immer auch ein politisches Moment inne. Wie der vorläufige Abschlussband der *Poradniki* 1902 feststellte, war „das Wissen" zu „einer neuen Macht in der Gesellschaft geworden". Indirekt wurde (Selbst-)Bildung somit zum politischen Akt erklärt, wohingegen die Begründung oberflächlich eher sozio-ökonomische Pragmatik aufrief. Tatsächlich war diese autodidaktische Praxis politisch klar verortet. Im Rahmen klandestiner Unternehmungen wurde versucht, von Bildung ausgeschlossene Gruppen (Frauen, Arbeiter, Polen allgemein) Zugang zu Bildung zu verschaffen, was oft mit Ermächtigungrhetoriken verbunden war. Der Vortrag untersucht die Rhetorik und Praxis dieser *Poradniki* auf die oberflächlich verhinderten Politiken von Gerechtigkeit. Von hier aus lassen sich Leerstellen und stumme Schreie nach egalitären Zugängen zu Bildung und letztendlich politischer Teilhabe in den Blick nehmen, deren öffentliches bzw. juristisches Einklagen unter zaristischer bzw. russischer Herrschaft nicht möglich war und im Sinne der Befreiungsideologie nicht sein durfte.

Zwischen Zar und *Sanacja*: Rechte Bildungsnetzwerke in Warschau 1905–1932

Piotr **FRANZ** (Frankfurt/O.)

Piotr Franz (geb. 1988) studierte Sozialwissenschaften, Geschichte, Kulturwissenschaften sowie Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas in Berlin, Ljubljana, Warschau und Frankfurt/Oder. Er promoviert an der Europa-Universität Viadrina zum Thema „Erziehung der Nation: Rechte Bildungsnetzwerke und ihr national-radikales Erbe in Warschau, 1905–1939", wo er die Radikalisierung der polnischen Nationalisten des Obóz Narodowo Radykalny ONR vor dem Hintergrund ihrer Sozialisation unter dem nationaldemokratischen Erziehungsparadigma *Wychowanie Narodowe* verhandelt.

Der Vortrag beleuchtet die Institutionalisierung eines nationaldemokratischen Bildungs-, Erziehungs- und Schulnetzwerks, das sich um 1900 aus widerständigen Praktiken heraus entwickelte und bis in die frühen 1930er Jahre zu einer zentralen Sozialisierungsinstanz nationalkonservativer politischer Lager wurde. So stammte die Führungsriege des späteren *Obóz Narodowo Radikalny* größtenteils aus einem konservativen Warschauer Netzwerk, das sich nach dem Schulstreik von 1905 legale Formen gab. Der Vortrag analysiert Diskurse, in denen Gerechtigkeit als Leerstelle an- bzw. abwesend war und hinter Forderungen nach Repolonisierung bzw. Entrussifizierung zurücktrat. Zentrale Begriffe waren hier die Unabhängigkeit der Schulen, die von der „Tyrannei des russischen Lehrers" befreit werden sollten.

Insbesondere die *Liga Narodowa* tat sich ab 1905 in der Organisation von Bildungsinitiativen zum Auf- und Ausbau eines polnischen Privatschulwesens hervor. Wenn hier Gerechtigkeit als emanzipatorische Formel der frühen *Endecja* stark gemacht wurde, so nur als inkludierend-exkludierende Kippfigur, denn das zu Grunde liegende Erziehungsparadigma wurde keinesfalls egalitär und demokratisierend entworfen, sondern zielte auf die Freiheit zur selbstbestimmten Erziehung einer polnisch-katholischen Elite ab.

Along the Lines of a Newspaper. Yiddish Daily Press as an Educational Tool (1905–1914)

Joanna **NALEWAJKO-KULIKOV** (Warszawa)

Joanna Nalewajko-Kulikov is an Associate Professor at the Tadeusz Manteuffel Institute of History of the Polish Academy of Sciences. Her research focuses on the history of East European Jewry in the 19th and 20th century, history of Yiddish culture and Polish-Jewish relations. Her books include, among others, Obywatel Jidyszlandu. Rzecz o żydowskich komunistach w Polsce (2009; English translation forthcoming 2019) and Mówić we własnym imieniu. Prasa jidyszowa a tworzenie żydowskiej tożsamości narodowej (2016).

The mass-circulation Yiddish daily press which appeared in Warsaw as a result of the 1905 Revolution was perceived by most of its contemporaries as a lowbrow penny press addressed to the uneducated (and therefore unable to read in Hebrew, Polish or Russian) strata of the Jewish society. While it was in many aspects so, it also fulfilled the role of an unexpected educational tool which instructed the Jewish readers in various spheres of knowledge, especially (but not only) the political one. Easily accessible (thanks to a very low price) and understandable (written in Yiddish and edited by people who were *halb-inteligent* themselves and knew how to talk to their readership), the Yiddish daily press quickly gained literally thousands of followers (by 1911, the dailies *Haynt* and Der Moment had about 100,000 readers). Those people often started their acquaintance with the press by reading jokes and serialized novels, but they slowly got into the hottest political topics, such as equal rights for the Jews in the Russian empire. It was the Yiddish press which taught them they had right to vote in the Duma elections and that they should be interested in the Beilis trial. In my paper I will try to show the evolution which took place in Warsaw's Jewish milieu from 1905 till 1914, focusing on how the self-appointed educational mission of the Yiddish press helped to develop a common awareness of (the lack of) political rights.

Kommentar: Felix **ACKERMANN** (Warszawa)

Kulturwissenschaftler, seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Warschau mit einem Projekt zur Geschichte des Strafvollzugs im geteilten Polen und Litauen, 2011–2016 Visiting DAAD Associate Professor European Humanities University Vilnius, 2008–2011 Leitung des Förderprogramms der Geschichtswerkstatt Europa, einem Programm der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, 2008 Promotion an der Europa-Universität Viadrina zum Zusammenhang von Raum, Ethnizität und Erinnerung in Grodno, 2001 Gründung des Instituts für angewandte Geschichte in Frankfurt (Oder).

II.2 ALLE MENSCHEN SIND GLEICH, ABER MANCHE SIND GLEICHER? PARADOXIEN DER EGALITÄT IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN

Leitung: Ruth **LEISEROWITZ** (Warszawa)

Historikerin, 1990–1996 Studium der Geschichte und Polonistik an der FU Berlin, der HU zu Berlin und der Universität Vilnius/Litauen, 1996–1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thomas-Mann-Kulturzentrum Nida/Litauen, 1995-2009 Lehraufträge an der Universität Klaipėda, 1997 Promotion, 2007 Habilitation („Sabbatleuchter und Kriegerverein: Juden in der ostpreußisch-litauischen Grenzregion 1812–1942"), 2005–2008 Koordinatorin des Forschungsprojektes „Nation, Borders, Identities" an der FU Berlin, seit 2009 Stellvertretende Direktorin am Deutschen Historischen Institut Warschau, seit 2015 apl. Professorin an der HU zu Berlin.

Gerechtigkeit ist sowohl in der politischen Theorie als auch einem Alltagsverständnis eng mit der Idee der Gleichheit verknüpft. Die Gleichheit ist ein Schlagwort der Französischen Revolution, eine zentrale Forderung des Kommunismus und – als Chancengleichheit – ebenso ein Versprechen der kapitalistischen Gesellschaften. Diese äußerst heterogenen Konzepte der Egalität eint ihre positive Bewertung der Gleichheit. Das im Titel umformulierte Zitat aus George Orwells weltberühmter Fabel „Animal Farm" verweist auf die Diskrepanz von offiziöser Gleichheitsrhetorik und erlebter Ungleichheit im Staatssozialismus. Darin wird die behauptete Gleichheit als Täuschung entlarvt, nicht aber notwendigerweise ein egalitärer Anspruch grundsätzlich aufgegeben.
Demgegenüber steht die Abwertung der staatssozialistischen Gleichheitsbestrebungen als ungerechte „Gleichmacherei", die auf Zwang und Kontrolle beruhe. Darüber hinaus ist Gleichheit semantisch verknüpft mit Begriffen wie Monotonie, Ent-Individualisierung, Uniformität, aber auch Konformität, die stereotyperweise als charakteristisch für das Leben im Staatssozialismus gelten und auf soziale, politische, ästhetische und wirtschaftliche Phänomene angewendet werden können.
Das Panel spannt mit Beiträgen aus der Perspektive der politischen Propaganda, der Geruchsgeschichte, der Kunstgeschichte und der Geschichtskultur ein weites Feld auf, um Paradoxien der Egalität in der Geschichte und Nachgeschichte der Volksrepublik Polen anhand von Fallbeispielen zu analysieren. Christina Heiduck untersucht mit dem polnischen Kosmonauten Mirosław Hermaszewski die Konstruktion eines sozialistischen Helden im Spannungsfeld von Volksnähe und Außergewöhnlichkeit. Stephanie Weismann stellt die Frage nach egalitären Geruchslandschaften in der PRL und danach, welche Rolle Kosmetikdüfte für die Selbstverortung Polens spielen. Annika Wienert nimmt mit der Kunst im öffentlichen Raum ästhetische Objekte in den Blick, die im Schnittpunkt von Alltag und Außergewöhnlichen angesiedelt sind. Sabine Stach beschäftigt sich anhand des Narrativs einer „grauen Zeit" mit dem Egalitären in der populären (Geschichts-)kultur.

Der Held und die Menge. Vom Kosmosflug Mirosław Hermaszewskis und dem Paradox des „sozialistischen Helden"

Christina **HEIDUCK** (Jena)

Christina Heiduck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Graduiertenkolleg „Die DDR und die europäischen Diktaturen nach 1945" der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo sie an ihrem Dissertationsprojekt „Kosmos und Kommunismus. Die Kosmonauten als Helden der Moderne in der DDR und der VR Polen" arbeitet. Forschungsaufenthalte führten sie dafür an das DHI Warschau und die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Christina Heiduck studierte Neuere Geschichte und Politikwissenschaft in Krakau, Lublin und Jena. Kontakt: christina.heiduck@uni-jena.de

Maxim Gorki schrieb Anfang der 1920er Jahre in einer Notiz mit dem Titel *Über den Helden und die Menge*, dass in jedem Menschen etwas Heldenhaftes schlummere. Sobald die Mehrheit dies verstanden habe, werde das Leben durch und durch heroisch sein. Er verband damit die Weiterentwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus mit der heldischen Eigenschaft der Masse. Bis eine Gesellschaft allerdings an diesem Punkt angelange, brauche es heroische Vorbilder.
Als die Sowjetunion 1978 erstmals Vertreter der Bruderländer ČSSR, VR Polen und DDR im Rahmen des Interkosmosprogramms in den Weltraum fliegen ließ, resultierten daraus die wohl letzten ernsthaften Versuche, sozialistische Helden zu konstruieren. Beim Interkosmosprogramm ging es darum, (trans)nationale Heldenmythen zu erschaffen; die Kosmonauten sollten möglichst symbolträchtig in den Weltraum fliegen. Im Auswahlprozess wurde nicht

nur nach dem physisch und psychisch Tauglichsten gesucht, sondern auch nach dem Posterboy der nächsten Jahre, der, wie von Gorki beschrieben, im Stande war, das heldische Potenzial der Masse zu entfesseln. Die persönliche Geschichte des Helden wurde daher nicht individuell, sondern passend zum parteilichen Narrativ erzählt.
Der Kosmosheld beschreibt ein Paradox. Nach seiner Rückkehr zur Erde wurde er als standhafter Kommunist, Internationalist, Patriot, Familienvater und Arbeitervorbild inszeniert. Zugleich hob ihn sein Flug in den Weltraum jedoch undiskutabel aus der Masse heraus. Er musste demnach gleichzeitig gesellschaftliches Leitbild und Teil eines als egalitär angelegten Kollektivs sein, da ohne Interdependenzgefüge zwischen Gemeinschaft und heldischem Individuum die herrschende Partei den Kosmonauten nicht als Transmitter eigener Wertvorstellungen instrumentalisieren könnte. Diese Spannung einer Heldenfigur, die zwischen Kollektiv und Außerordentlichkeit ihre Wirkmächtigkeit sucht, soll am Beispiel des ersten (und einzigen) Polen im Kosmos, Mirosław Hermaszewski diskutiert werden.

Russische ‚duchi', Pani Walewska und Soir de Paris. Düfte in der polnischen Volksrepublik zwischen egalitären Geruchswelten und olfaktorischen Versprechen

Stephanie **WEISMANN** (Wien)

Stephanie Weismann ist Hertha-Firnberg-Fellow (FWF) am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien. Hier arbeitet sie im Rahmen von RECET (Research Cluster for the Study of East Central Europe and the History of Transformations) an einer Geruchsgeschichte des 20. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa am Beispiel der polnischen Stadt Lublin. Sie studierte Vergleichende Literaturwissenschaft, Germanistik und Russistik in Wien und St. Petersburg und promovierte zu „Das Potenzial der Peripherie. Leopold von Sacher-Masoch (1836–1895) und Galizien" (Göttingen: V&R 2017). Kontakt: stephanie.weismann@univie.ac.at

Die 1990er Jahre in Ostmitteleuropa waren nicht nur geprägt von politisch-strukturellen Zäsuren und Veränderungen, sondern hatten auch die Transformation altbekannter Geruchslandschaften zur Folge. Gerade Körpergerüche und Körperdüfte spiel(t)en eine wichtige Rolle, um alte Lebenswelten und neue Lifestyles zu markieren. Der Beitrag fokussiert in Bezugnahme auf narrative Interviews, Werbung und Social Media auf die Geruchslandschaften von Hygiene- und Kosmetikartikel der polnischen Volksrepublik sowie der frühen 1990er Jahre zwischen Kiosk Ruch, Pewex und privater Import-Ware.
In diesem Kontext wird danach gefragt, was Geruchswahrnehmungen zwischen polnischer Kosmetikproduktion und westlichen Prestigeobjekten von Alltagspraktiken und Erwartungshaltungen erzählen bzw. inwiefern bestimmte Gerüche ‚egalitäre' Gemeinschaften oder einen Ausblick auf eine ‚bessere' Welt markieren. Der Beitrag kreist dabei um Produkte und Prestige der sozialistischen Kosmetikindustrie, Gepflogenheiten der Körperhygiene, kollektive Geruchserfahrungen sowie olfaktorische Versprechen.

Das Grau der Volksrepublik. Populäre Darstellungen sozialistischer Egalität

Sabine **STACH** (Warszawa)

Sabine Stach ist seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau. Sie studierte Kulturwissenschaften, Bohemistik und Kunstgeschichte in Leipzig und Prag und wurde 2014 an der Universität Leipzig mit einer Arbeit über politische Märtyrerdiskurse im Spät- und Postsozialismus promoviert. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Zeit- und Erinnerungsgeschichte Ostmitteleuropas, Geschichte des Dissens, Tourismusgeschichte, Public History und performative Geschichtsaneignungen. In ihrer aktuellen Forschung setzt sie sich mit Formen des historischen Erzählens in kommerziellen Stadtführungen auseinander. Kontakt: stach@dhi.waw.pl

Die Farbe Grau zeichnet sich durch die Absenz von Farbanteilen aus, durch das Fehlen jeglicher Buntheit. Metaphorisch steht sie daher für das Reizlose, Langweilige, Defizitäre, aber auch für Indifferenz und Uniformität. Dunkler als weiß, heller als schwarz, steht Grau aber auch für einen Bereich des Uneindeutigen, Unregulierten: die sprichwörtliche Grauzone. In populärkulturellen Darstellungen des Staatssozialismus stellt der „graue Alltag" ein wiederkehrendes Motiv dar. Bereits seit den 1950er Jahren betonen westliche Journalist*innen die Monotonie, die das Leben hinter dem Eisernen Vorhang kennzeichne. Nachkriegselend, Sozialistischer Realismus und die Abwertung der „bürgerlichen" Kultur hätten den Stadtraum unleserlich gemacht, die Absenz einer westlichen Konsumwelt und das

politische System die Menschen in eine uniforme und konforme Masse verwandelt. Diese Motive leben bis heute in massenmedial kommunizierten Bildern fort und prägen unsere Vorstellungen vom Leben im Sozialismus.
In meinem Vortrag widme ich mich am Beispiel der Volksrepublik Polen und mit vergleichenden Blicken auf die DDR den unterschiedlichen semantischen Feldern, die in der Metapher einer „grauen" Zeit mitschwingen. Anhand von Beispielen aus den Bereichen Tourismus, Journalismus und Web 2.0 kommen drei Facetten von Egalität in den Blick: (1) der Topos einer „nach unten nivellierten Gesellschaft", die in Mangel und Rückständigkeit vereint ist, (2) das Bild alltäglicher Monotonie, Tristesse und Langeweile sowie (3) die Frage nach Konformität in den „Graubereichen" zwischen Opposition und Opportunismus. Dieses Bild der Gleichheit wird kontrastiert durch die Darstellung einer moralisch verwerflichen Privilegienkultur, die Parteifunktionären vorbehalten war, sowie den Verweis auf „kleine Individualismen" und seltene Extravaganzen, etwa in Jugend- und Subkulturen.
Ziel der Präsentation ist es, die Semantik der Egalität aus der Kultur der Spätmoderne heraus zu deuten. Wie lässt sich die Popularität der Farbmetapher erklären? Welche Bedürfnisse und Sehnsüchte einer (westlichen) Gegenwartsgesellschaft spiegeln sich im stereotypen Bild der Ost-Tristesse? Und in welchem Verhältnis steht der Topos erzwungener Uniformität zur utopischen Idee von Gleichheit und Solidarität im Sozialismus?

Kommentar: Małgorzata **POPIOŁEK-ROßKAMP** (Berlin)

Kunsthistorikerin; Studium der Kunstgeschichte an der Warschauer Universität und an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau (2005–2010) und Denkmalpflege an der TU Berlin (2010–2012). Dissertation (2017) im Rahmen eines Cotutelle-Vertrags an der TU Berlin und an der Breslauer Universität unter dem Titel: „Warschau. Ein Wiederaufbau, der vor dem Krieg begann", für die sie den zweiten Nachwuchspreis der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung e. V. (GSU) im Feld der Stadtgeschichte und historischen Urbanisierungsforschung zum Zeitraum 18.–20. Jahrhundert und eine Auszeichnung im Wettbewerb Wissenschaftlicher Förderpreis des Botschafters der Republik Polen bekommen hat. Stipendiatin des Cusanuswerks, der Research Academy Leipzig, des DAAD und des Museums für Polnische Geschichte. Auszeichnung von der Masowischen Buchakademie (2011) für die Monografie *Powojenna odbudowa ulicy Nowy Świat w Warszawie* (Wiederaufbau der Nowy-Świat-Straße in Warschau nach dem Zweiten Weltkrieg).

II.3 ANDRZEJ SAPKOWSKI – FANTASY, FUN – FAKE?

Leitung: Yvonne **PÖRZGEN** (Bremen)

Andrzej Sapkowski (geb. 1948) ist internationaler Bestsellerautor mit Millionenauflagen. Für sein Lebenswerk wurde er 2016 mit dem World Fantasy Award ausgezeichnet. Die größte Bekanntheit erlangte die Figur des „wiedźmin" Geralt, der einen Siegeszug durch die Medien genommen hat. Die Hexer-Saga wurde als Hörbuch, Graphic Novel und Film adaptiert. Als Computerspielreihe wurde sie zum Exportschlager, der auch von der Politik nicht unbemerkt blieb. Mit Geralt und weiteren Reihen wie der „Narrenturm"-Trilogie knüpft Sapkowski an transnationale Mythen an, schreibt aber auch genuin polnische Traditionen fort und wendet dabei postmoderne Verfahren des Parodierens und der Neukombination an. Dieses „Recykling kulturowy" (Katarzyna Kaczor) nimmt Anleihen beim Artusmythos, bei der Märchenwelt der Hexen und Geister und der Vampirfolklore. Der zentraleuropäische Raum wird zum Schauplatz seiner historischen Mittelalterromane.
Die Sektion widmet sich Sapkowskis Texten und Figuren mit kulturwissenschaftlichen Methoden und Ansätzen. Diskutiert werden Poetik, Mythologie, Rezeption und Adaptionen mit dem Ziel einer Einordnung von Sapkowskis Spiel mit historischen und mythologischen Versatzstücken in der polnischen ebenso wie der internationalen Literatur- und Medienlandschaft.

Mehr „wampir" als „upiór": Blutsauger in Andrzej Sapkowskis Hexer-Saga

Yvonne **PÖRZGEN** (Bremen)

Slavistin, Geschäftsführerin des Instituts für Europastudien an der Universität Bremen, (beurlaubt), aktuell DAAD-Lektorin an der Russischen staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (RGGU) Moskau, Thomas-Mann-Lehrstuhl für deutschsprachige Literatur. Arbeitsschwerpunkte: Kulturtransfer, Erinnerungskultur, utopische Literatur, Psychedelik. Ausgewählte Publikationen: *Transfer – Kultur – Akteur* (2019, Mitherausgeberin), „Nomadisches Schreiben: Lena Gorelik und Ilija Trojanow." In: *Das Wort. Germanistisches Jahrbuch des DAAD Russland* (2019; Autorin, Herausgeberin des Jahrbuchs); *Das kulturelle Gedächtnis Europas im Wandel: Literatur über Shoa und Gulag* (2016, Mitherausgeberin). Mail: poerzgen@uni-bremen.de

„Die Polen und ihre Vampire" (Maria Janion), das ist eine besondere Geschichte. Blutsaugende Wiedergänger sind in vielen, vor allem mittel- und osteuropäischen Regionen in der Folklore vertreten. Schon früh fanden sie Eingang in die Literatur. Mit Bram Stokers „Drakula" wurde der rumänische Karpatenfürst in der internationalen Rezeption zur Folie für die weitere Gestaltung in Literatur, Malerei und Film. Die polnische Romantik dagegen hat mit den Wiedergängern in Mickiewiczs „Dziady", wie etwa von Konrad besungen, ihre eigenen Vor-Bilder.
Auf diese Muster bezieht sich Andrzej Sapkowski. In der von Zauber- und Fabelwesen bewohnten Fantasywelt des Hexers Geralt haben auch Vampire ihren Platz. Im Vortrag werde ich die These ausführen, dass Sapkowskis „wampiry" weniger in der romantischen Tradition der polnischen „upiory" stehen als sich vielmehr an den international gängigen Variationen orientieren, allerdings in Form des Widerspruchs. Als Sapkowskis Hauptgestaltungsmittel bei der Charakterzeichnung der Vampire werde ich die Opposition herausarbeiten, da Sapkowski die üblichen Vorstellungen von Vampiren widerlegt und damit eigenständige Figuren kreiert.

Teleskopische Augen und telepathische Ohren in Sapkowskis *Sezon burz*

Daniel **SCHÜMANN** (Köln)

Nach einer Promotion in Russistik und Germanistik zur Rezeption von I. A. Gončarovs Romanklassiker *Oblomov* im deutschsprachigen Raum sowie einer kultur- und literaturwissenschaftlichen Habilitation zu den Darwin-Diskursen im geteilten Polen war Daniel Schümann Lehrstuhl- und Professurvertreter an den Universitäten Köln, Bochum und Bremen. Anschließend baute er 2014-2016 an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt im Rahmen einer Projektstelle den Arbeitsbereich Deutsch als Fremdsprache auf sowie 2016–2017 im thüringischen Eisenach Willkommensklassen für junge Erwachsene. Seither ist er regulär im Schuldienst des Freistaats Thüringen in der Erwachsenenbildung tätig, wo er sich selbst verschiedentlich von der Popularität der Hexer-Saga und anderer Sapkowski-Romanstoffe überzeugen konnte. Aktuelle Forschungsinteressen betreffen weiterhin den literarischen Topos der Insel sowie das Prosawerk von Fedor Michajlovič Dostoevskij. Mail: dschuem1@uni-koeln.de

Aus literaturwissenschaftlicher Sicht mag man den Erfolg der Bücher der Hexer-Saga als Sekundärrezeption im Gefolge der populären Computerspiele abtun, doch wären letztere wohl kaum ohne eine tragfähige literarische Konzeption der Hauptfigur des Geralt von Rivia entstanden. Was zeichnet also den Hexer aus? Neben dem Technologievorsprung in Form von Spezialschwertern beruht die kühle Überlegenheit des unbeirrbaren Mutanten auf einer magisch potenzierten Wahrnehmung der Welt: Vermittels einer teleskopisch erweiterten Sehkraft seiner katzenähnlichen Augen kann er Feinde und Gefahren lange im Voraus erkennen, während animalisch sensible Ohren im tagtäglichen Überlebenskampf seine Fertigkeit begründen, stets in Sekundenbruchteilen die richtigen Entscheidungen zu treffen.
Im Vortrag sollen die beiden Distanzsinne Sehen und Hören am Beispiel des etwas abseits von der Hexer-Saga situierten Romans *Sezon burz* (Zeit des Sturms) im Zentrum stehen. In einem Mikrokosmos von Intrigen, Geheimwissen und Nepotismus sticht die Figur Geralts zwar durch ihre abnorme Perzeptivität positiv hervor, doch andererseits legt Sapkowski auch negative Begleiterscheinungen dieser Gabe offen: genetisch bedingte Infertilität sowie die ubiquitäre soziale Inkompatibilität, die aus dem Mutanten Geralt einen Typus eines ahasverischen Migranten machen. Hinzu kommt, dass die Fähigkeit, besser zu sehen und zu hören als der Rest der Mensch- und Semimenschheit nur um den Preis einer Abkehr von der Kategorie des Mitleids zu haben ist: Insbesondere das Hören büßt in *Sezon burz* seine soziale Kohärenz stiftende Funktion ein, durch Sympathie anstelle von Egoismus und der vorchristlichen Maxime eines ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn' für eine nachhaltige Form von Vergesellschaftung zu sorgen. Dass die Grenzen zwischen teleskopisch-televisionärem Hexertum und telepathischem Hohepriestertum, zwischen bewaffnetem Friedensstiften und karikaturistischen Rüstungsphantasien bei Sapkowski weitgehend (ironisch?) verschwimmen, ist vielleicht ein entscheidender Grund für die Popularität der Hexer-Saga in einer Epoche auf dem Zenit ständiger kommunikativer und perzeptiver Grenzverschiebungen.

Zeit der Verachtung. Zu Andrzej Sapkowskis Poetik von Recht und Gerechtigkeit

Matthias **SCHWARTZ** (Berlin)

Slawist und Historiker am Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin (ZfL). Forschungen zu sowjetischen und postsowjetischen Populärkulturen, Wechselwirkungen von Wissenschaften und Künsten, Kulturgeschichte der Raumfahrt, osteuropäischen Gegenwartsliteraturen sowie Erinnerungskulturen des Zweiten Weltkriegs; Jüngste Buchpublikationen: Schalamow. Lektüren (2018, Mitherausgeber), Kulturheros. Genealogien – Konstellationen – Praktiken (2017, Mitherausgeber), Eastern European Youth Cultures in a Global Context (2016, Mitherausgeber), Expeditionen in andere Welten. Sowjetische Abenteuerliteratur und Science Fiction von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Stalinzeit (2014), Gagarin als Archivkörper und Erinnerungsfigur (2014, Mitherausgeber). Mail: schwartz@zfl-berlin.org

Mittelalterromane im Allgemeinen und Fantasygeschichten insbesondere sind immer auch Fiktionen von Welten, in denen es eine moderne Staatlichkeit mit einem über den Einzelnen stehenden Gewaltmonopol nicht gibt. In ihnen werden all die ökonomischen und sozialen Widersprüche, die zwischen Staat und Gesellschaft in Hinsicht auf Zugehörigkeit, Freiheit und Sicherheit bestehen, auf eine vormoderne Ordnung projiziert, in der das Individuum in Allianz mit höheren Mächten und übernatürlichen Kräften selber für Recht und Gerechtigkeit in einer ständig aus den Fugen geratenen Welt sorgen muss. Kein anderer hat im postsozialistischen Polen die Ambivalenzen neoliberaler Ökonomie und prekärer Transformationsängste in eine so prägnante Poetik von Selbstjustiz, religiösem Pathos und skrupellosem

Karrierismus gefasst wie Andrzej Sapkowski in seinem Hexer-Zyklus. In meinem Vortrag möchte ich nach der Aktualität dieser Poetik fragen angesichts einer von der Partei ‚Recht und Gerechtigkeit' vorangetriebenen Politik, die gerade den Staat als Vollstrecker einer katholischen Nationalromantik inszeniert.

Baldung, Cranach und Geralt: Altdeutsche Gemälde im polnischen Videospiel *The Witcher 3*

Stavros **VLACHOS** (Bremen)

1994–1998 Studium der Geschichte, Archäologie und Kunstgeschichte an der Universität Ioannina/Griechenland. 1998–2002 Masterstudium der Kunstgeschichte an der Universität Kreta und am Kunstgeschichtlichen Institut der Goethe-Universität Frankfurt am Main. 2008 Promotion an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. 2008-2010 wissenschaftlicher Volontär an den Museen der Stadt Regensburg. Seit 2011 freiberuflicher Kunsthistoriker und Lehrbeauftragter an der Universität Bremen. 2014/15 und 2017 Forschungsstipendiat der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und des Herzog Anton Ulrich-Museums Braunschweig. Mail: stavros.vlachos@posteo.de

Bilder im Bild haben eine lange Tradition in der Kunst. So sieht man zum Beispiel in Kunstwerken Gemälde und druckgraphische Arbeiten, die an der Wand hängen, fingierte Skulpturen oder auch illuminierte Handschriften in den Händen einer bestimmten Person. In jüngere Medien wie Film und Fernsehserien und inzwischen auch in Videospielen werden auch reale oder fiktive Werke der Kunst integriert, die zum Beispiel Bestandteil der Handlung sind, Aspekte der Geschichte erläutern, andeuten oder einfach dekorativen Zwecken dienen.
Betritt der Hexer Geralt in der Erweiterung Blood and Wine des Videospiels Witcher 3 einen bestimmten Raum, so wird die Spielfigur auf überraschende Art und Weise mit Gemälden Hans Baldungs und Lucas Cranachs konfrontiert, die während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstanden sind. Obwohl die ursprünglichen Besitzer und Auftraggeber unbekannt sind, ist davon auszugehen, dass es sich um gebildete Adressaten und Patrizier handelte, welche in der Lage waren, den Inhalt und die Ästhetik dieser Bilder zu erkennen und schätzen. Welche Funktion und welchen Sinn haben aber diese Bilder in Witcher 3? Was vermitteln sie und in welchen Zusammenhängen stehen sie innerhalb des Spiels? Diese Fragen behandelt der Vortrag, der zudem Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Gemälde zwischen ihrem ursprünglichen Kontext und dem des Spiels aufzeigen möchte.

Kommentar: Christoph **GARSTKA** (Bochum)

Studium der Slavistik und Germanistik sowie der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Heidelberg, 2002 Promotion zum Dr. phil. in Heidelberg, ab 2003 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Slavische Literaturwissenschaft der Universität Heidelberg, 2011 Erhalt der venia legendi für Slavische Literaturwissenschaft mit einer Habilitationsschrift zum historischen Essay und Roman in der VR Polen, 2011/12–2013/2014 Vertretungsprofessur für Slavische Kulturwissenschaften (Literaturwissenschaften) an der Universität zu Köln, 2014–2015/16 Akademischer Rat a.Z. am Slavischen Institut der Universität Heidelberg, seit SoSe 2016 Professur für "Russische Kultur" am Seminar für Slavistik / Lotman-Institut der Ruhr-Universität Bochum. Mail: christoph.garstka@rub.de

II.4 WISSENSCHAFTSFREIHEIT UND FREIHEIT DER UNIVERSITÄT IM LICHTE DER NEUEN REFORM DER UNIVERSITÄTEN IN POLEN

(Diskussion)

Leitung: Fryderyk **ZOLL** (Kraków/Osnabrück)

In diesem Panel wird die Frage nach der Zukunft der Idee der Universität zur Diskussion gestellt. Die Reform des polnischen Hochschul- und Wissenschaftsministers Jarosław Gowin hat die Organisation der polnischen Universitäten vollständig verändert. Die Rektoren haben beinahe absolute Macht bekommen. Die Universitäten hatten eine relativ weit gehende Satzungsgestaltungsfreiheit erlangt. Die traditionellen Korporationsrechte der Professoren werden nun stark reduziert. Dazu kommt ein Versuch, die Qualität der Wissenschaft zu erhöhen. Dieses Ziel soll mit einem System der Punkte für Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften erreicht werden. Es fehlt aber weiter an einem kompetitiven Modell der wissenschaftlichen Kariere. Es stellt sich die Frage, welche Rolle in der modernen Gesellschaft eine Universität zu erfüllen hat. Welche Rolle hat eine Universität zur Zeit einer politischen Krise zu spielen? Hat die polnische Reform die Universitäten in Polen wettbewerbsfähiger gemacht? Was sind die westeuropäischen Erfahrungen? Versucht die polnische Reform die westlichen Erfahrungen nachzuahmen oder ist es nur eine Imitation, die eher als ein Teil der allgemeinen Machzentralisierungsprozesse in Polen zu sehen ist? Wie ist der Stand der polnischen Wissenschaft aus einer externen Perspektive auszuwerten? Diese Diskussion betrifft zwar im Fokus die polnischen Universitäten, nimmt aber auch eine externe Perspektive ein und stellt allgemeine Fragen über die Zukunft der Universität in Europa.

Es diskutieren:

Arkadiusz **RADWAN** (Wien/Warszawa/Kaunas)

Arkadiusz Radwan ist Professor an der Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas sowie an der Universität Warschau. Er ist Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien und Co-Direktor am Center for Company Law & Corporate Governance an der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca (Klausenburg). Er unterrichtet auch an der LUISS Guido Carli Universität Rom. Er ist Gründer des Maurycy-Allerhand-Instituts in Krakau, sowie Rechtsanwalt und of counsel der Rechtsanwaltskanzlei Kubas - Kos-Gałkowski in Krakau. Seit Jahren ist Prof. Radwan Rechtsexperte u. a. für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie eine Reihe polnischer Ministerien.

Fryderyk **ZOLL** (Kraków/Osnabrück)

Prof. Dr hab. Dr. h.c. (Ternopil) Fryderyk Zoll, Professor an der Jagiellonen-Universität und der Universität Osnabrück. Mitglied der Kodifikationskommission für Zivilrecht in Polen in den Jahren 2011–2015, Vorstandsmitglied des European Law Institute in Wien.

Hans **SCHULTE-NÖLKE** (Osnabrück)

Dekan des Fachbereiches Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück. Mitglied der Academia Europea, Gründungsmitglied des European Law Institute. Mitglied des American Law Institute. Professor an der Universität Osnabrück und Universität Nijmegen. Mitglied des Hochschulrates der Universität Nijmegen.

II.5 NORM(ALIS)IERTE GESCHLECHTERROLLEN – GENDERGERECHTIGKEIT UND FEMINISTISCHE KRITIK

Leitung: Luisa **KLATTE** (Halle)

Seit der Verfassungsänderung 1997 sind Männer und Frauen in Polen rechtlich gleichgestellt. Doch wie in vielen anderen Ländern liegen auch hier offizielle Rechtsprechung und gelebte Realität weit auseinander. Zu tief scheinen traditionelle Geschlechterrollen in Politik, Kultur und nationalem Gedächtnis verankert zu sein. Dabei markiert das Jahr 1989 und die beginnende Transformation einen doppelten Umbruch: während bei steigender Arbeitslosigkeit und destabilisierten Gesellschaftsmodellen viele Pol*innen feste Geschlechterrollen als einen Fixpunkt im sich zersetzenden System sahen, wuchsen latent bestehende Gleichstellungsbestrebungen zu einer Frauenbewegung an. Die Autorinnen des Sektionsvorschlags wollen in erster Linie verschiedene Formen des feministischen Protestes seit 1989 sichtbar machen, die versuchen, bestehende Strukturen aufzubrechen. Diese sollen aus rechts-, kultur-, sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden. Ziel ist es, den vorhandenen feministischen Diskurs in Polen zu stärken und seine Spezifik zu erläutern. Dies schließt unterschiedliche Fragestellungen ein: Wie werden Geschlechterrollen in Polen mehrheitlich gedacht und (re-)produziert und mit welchen Zuschreibungen sind diese verbunden? Welche Narrative und welcher Sprachgebrauch dominieren den öffentlichen Diskurs und welche anderen Erzählungen werden dadurch bewusst ausgespart oder marginalisiert? Und welche Ungerechtigkeiten werden durch die Rechtsprechung legalisiert?

Mój brzuch, moja decyzja! – Rechtsentwicklungen zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch seit 1989

Rebekka **PFLUG** (Frankfurt/O.)

Rebekka Pflug promoviert seit Februar 2020 im interdisziplinären Forschungsprojekt „Coercion at Work" an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder). In ihrer Doktorarbeit forscht sie zur rechtlichen Ausgestaltung von Arbeitnehmerinnenverhältnissen von Care-Arbeiterinnen aus Polen in Deutschland. Sie hat Osteuropastudien mit Schwerpunkt Rechtswissenschaften im Master am Osteuropa-Institut (OEI) der Freien Universität Berlin und Politikwissenschaften im Bachelor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studiert. Weitere ihrer Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des Antidiskriminierungs- und Migrationsrechts im europäischen sowie internationalen Vergleich. Grundlagen ihrer Arbeit bilden Gendertheorien, Rechtssoziologie sowie politische Theorie und Philosophie.

„Mój brzuch, moja decyzja!“ – „Mein Bauch, meine Entscheidung!“. Mit Plakaten wie diesem gingen am Schwarzen Montag, dem 3. Oktober 2016, hunderttausende Menschen in ganz Polen auf die Straße. Bei dem Schwarzen Protest (Czarny Protest) wurde gegen den Gesetzentwurf „Stop Aborcji“ protestiert, der Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verbieten und unter Strafe stellen wollte. Schon das aktuelle *Ustawa o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży* (Gesetz über die Familienplanung, den Schutz der Leibesfrucht und die Voraussetzungen der Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs) von 1993 (mit den Änderungen von 1996) sowie die Regelungen im polnischen Strafgesetzbuch, *Kodeks karny*, sind mit die restriktivsten in Europa.
Im Mittelpunkt des Vortrags steht zum einen ein historischer Rechtsvergleich, der bestehende und sich verändernde Rechtsunterschiede in Polen seit 1989 aufzeigt. Hierbei ist die zentrale Frage, wie in den verschiedenen Rechtsordnungen Lösungen für Rechtsnormenkonflikte gefunden wurden. Herrscht doch bei Debatten um Schwangerschaftsabbrüche immer auch eine Rechtsnormen-Kollision: auf der einen Seite „das Recht auf Leben“, auf der anderen Seite das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Im zweiten Schritt soll aufgezeigt werden, wie und weshalb es zu den Rechtsveränderungen kam. Dabei wird auch Bezug zu den aktuellen Protesten in Polen genommen. Der Schwerpunkt liegt hier auf Moralvorstellungen, die sich in einer Rechtsordnung ausdrücken.

Piekło kobiet trwa – Abtreibungsdiskurs und feministische Kritik 1993–2016

Luisa **KLATTE** (Halle)

Luisa Klatte studierte Kulturwissenschaften, Deutsche Literatur und Kultur sowie Interdisziplinäre Polenstudien an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg. Innerhalb der Interdisziplinären Polenstudien beschäftigt sie sich mit polnischen Kulturen und Literaturen mit Schwerpunkt auf Gegenwartsliteratur, Erinnerungskultur, postkolonialen Theorien und Feminismus bzw. Gender Studies.

Der *Czarny Protest*, der sich im Herbst 2016 formierte und Unterstützung bis weit über die polnischen Landesgrenzen hinaus erfuhr, markiert einen vorläufigen Höhepunkt des feministischen Protestes im Diskurs um sexuelle Selbstbestimmung in Polen. Eine Verschärfung der ohnehin sehr restriktiven Gesetzeslage in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche konnte verhindert werden. Ein großer Erfolg für die Protestierenden, doch noch immer ist das 1993 eingeführte „Ustawa o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży" in Kraft, das als besonders restriktives Abtreibungsgesetz gilt.
Ausgehend vom *Czarny Protest* wird exemplarisch untersucht, welche Formen feministischen Wissens um Schwangerschaftsabbrüche seit der Gesetzeseinführung 1993 in Polen entstanden und gewachsen sind und wie die feministische Kritik aus Polen versucht, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Da Kritik sich nicht losgelöst von dem Kontext entfalten kann, innerhalb dessen sie formuliert wird, werden zusätzlich jene institutionellen Machtmechanismen analysiert, die feministische Stimmen in Polen beschneiden, um am bestehenden rechtlichen und gesellschaftlichen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen festzuhalten. Durch die Analyse der diskursiven Zwänge, unter denen feministisches Wissen über Schwangerschaftsabbrüche produziert wird, soll außerdem die Spezifik des feministischen Diskurses in Polen und seine Möglichkeiten herausgearbeitet werden.

Von einer jüdischen Muttergottes und anderen Gegengeschichten. Herstory in Sylwia Chutniks *Kieszonkowy Atlas Kobiet* (2008)

Iris **BAUER** (Halle)

Iris Tabea Bauer: DPWS-Stipendiatin am Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle mit dem Forschungsprojekt *"Bombenlegerinnen, Mörderinnen und Rebellinnen" – Transgressionen der (Hetero)normativität in Sylwia Chutniks „Kieszonkowy atlas kobiet" (2008).* Nach dem Studium der Westslawistik in Leipzig wissenschaftliche Mitarbeiterin am GWZO in Leipzig (2015–2016). Forschungsschwerpunkte: westslawische Literatur und Kultur, Literatur über den Holocaust, Gender und Postcolonial Studies, Narratologie, Gegenwartstexte.

Sylwia Chtunik gelingt 2008 mit ihrem Debütroman *Kieszonkowy Atlas Kobiet*, der auf Deutsch 2012 übersetzt von Antje Ritter-Jasińska unter dem Titel *Weibskram* erschien, eine tiefsinnige Reflektion der polnischen Gesellschaft. Chutniks Roman kann dabei nicht nur als feministische Revolte gelesen werden und zu großen Teilen als *herstory*, die den patriarchalen Diskurs korrigiert, gegen ihn rebelliert und negiert, sondern es geht vielmehr um die Erfahrung und das Sprechen Subalternen sowie um das Sichtbar-machen der Intersektionalität von Diskriminierungen.
Ein wichtiges Moment ist dabei im zweiten Kapitel des Romans auch die Rekonstruktion der Erinnerung von bisher Marginalisiertem: „Wenn man sich aufmerksam in der Stadt umsieht, begegnet man auf Schritt und Tritt Gedenktafeln, Blumen, Friedhofskerzen. Erschossen, umgekommen, ermordet, getötet. Nur »vergewaltigt« fehlt, daran denkt keiner." (Chutnik, 2012, 77) *Kieszonkowy Atlas Kobiet* erzählt nicht nur die Geschichte einer polnischen Jüdin, die die Erinnerung an ihre jüdische Biografie ein Leben lang verschweigt, sondern schreibt auch ein literarisches Epitaph für die vergewaltigen und ermordeten Frauen Warschaus. Damit erfüllt der Roman eine große Aufgabe der feministischen bzw. emanzipatorischen Literatur(geschichte), die Geschichte(n) zu rekonstruieren versucht und den (Gegen-)Stimmen von Frauen und anderen Subalternen Raum im öffentlichen Diskurs schafft: als Korrektur, als Emanzipation, als Gleichberechtigung, als *Herstory*. Eine weitere Aufgabe ist es allerdings, mithilfe der Literatur Utopien zu schaffen und über die Grenzen des Bisherigen hinauszuwachsen. Sei es, um in literarischer Transgression Raum für eine (geschlechter-)gerechte Gesellschaft zu erschreiben.

Geschlechtergerechte Sprache in Polen? Eine Diskussion am Beispiel der Stellenausschreibungen

Małgorzata **SZAJBEL-KECK** (Frankfurt/O.)

Małgorzata Szajbel-Keck ist akad. Mitarbeiterin im Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Sie promovierte in 2015 an UC Berkeley in Slavistik. Sie ist Sprachwissenschaftlerin und beschäftigt sich vor allem mit aktuellen und andauernden morphosyntaktischen Veränderungen im Polnischen sowie deren soziolinguistischer Motivation. Ihre neuesten Projekte konzentrieren sich auf die aktuelle Entwicklung der polnischen Umgangssprache und der Anwendung der geschlechtssensiblen Sprache.

Jede Sprache mit geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Grammatik hat sich in den letzten Jahrzehnten mit der Frage der Gleichbehandlung von Männern und Frauen befasst. In der westlichen Welt hat hier die englische Sprache Pionierarbeit geleistet. Die Diskussionen zu diesem Thema reichen bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurück. Die polnische Sprache ist auf der anderen Seite der Zeitleiste. Die Diskussion begann spät und es wurden bisher keine ernsthaften Maßnahmen formell ergriffen, um die sprachliche Gleichbehandlung zu erreichen. Ob wir es jedoch anerkennen oder nicht, fordern die modernen Gesellschaften mittlerweile mehr Inklusion und Gleichbehandlung, auch wenn dies mehr Aufwand bedeutet (siehe hier z.B. das Deutsche und den wachsenden Usus, beide Geschlechterformen nebeneinander zu schreiben). Und obwohl Polen in dieser Hinsicht definitiv kein Vorreiter ist, langsam ändert sich auch hier das sprachliche Verhalten in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter.
Dieser Beitrag konzentriert sich auf diesen Wandel. Es wird diskutiert, wie viel und was sich schon in Richtung der geschlechtergerechten Sprache in Polen ändert. Die Möglichkeiten, welche die polnische Sprache bietet, um das Equilibrium zu erreichen, werden thematisiert, sowie inwiefern sie genutzt werden. Als Beispiel werden hier insbesondere Stellenausschreibungen genommen. Sie sind ein perfektes Studienobjekt, da sie formal dem Grundsatz des gleichen Zugangs von Männern und Frauen zum Arbeitsmarkt folgen sollten. Infolgedessen sollten Positionen, bei denen das Geschlecht kein qualifizierender Faktor ist, geschlechtsneutral beworben werden. Dies erfordert viel Aufwand in einer Sprache wie Polnisch, in der die Markierung und Übereinstimmung des grammatischen Genus ein wichtiges grammatikalisches Merkmal ist. Die Realität ist leider so, dass die Dominanz des sog. „generischen Maskulinum“ in diesen Fällen deutlich spürbar ist.

Kommentar: Magdalena **MARSZAŁEK** (Potsdam)

Professorin für slavische Literatur- und Kulturwissenschaft (Schwerpunkt Polonistik) am Institut für Slavistik der Universität Potsdam. Studium in Krakau und Bochum, Promotion an der HU Berlin. Forschungsschwerpunkte: polnische Literatur und Kultur der Moderne und Gegenwart, polnisch-jüdische Kulturgeschichte, Dokumentarismus in der Literatur und Kunst (autobiographisches Schreiben, Zeugenschaft), memory studies, Geopetiken. Kürzlich erschienen (2019): *Testimoniale Strategien. Vom Dokumentarismus zwischen den Weltkriegen hin zu medialen Assemblagen der Gegenwart* (hg. zus. m. Dominika Herbst).

II.6 NEUE FORSCHUNGEN ZUR DEUTSCHEN BESATZUNG IN POLEN

Leitung: Christhardt **HENSCHEL** (Warszawa)

Auch nach Jahrzehnten historischer Forschung bleiben zur deutschen Besatzung in Polen im Zweiten Weltkrieg zahlreiche Fragen unbeantwortet. Das Panel konzentriert sich auf die „eingegliederten Gebiete“ und stellt die regionalen Strukturen der NS-Gewaltherrschaft in den Mittelpunkt. Hier offenbaren sich erstaunliche Forschungslücken, etwa hinsichtlich des Ausgreifens der NSDAP und ihrer Organisationen, der unterschiedlichen Formationen von Polizei und SS, aber auch im Bereich der lokalen und regionalen Verwaltung. Gleiches gilt für die regionale Herrschaftspraxis in Gebieten wie dem Regierungsbezirk Zichenau, der der Provinz Ostpreußen angegliedert und zum Konfliktfeld unterschiedlicher Machtzentren auf Provinzial- und Reichsebene wurden. Im Fokus der Beiträge steht die Frage, wie die Besatzungsordnung organisatorisch und argumentativ hergestellt wurde, welche Auffassung von Recht und Gerechtigkeit die Besatzer mitbrachten, welche Spielräume die jeweiligen Akteure für ihr eigenes Handeln beanspruchten. Die hier präsentierten Projekte präsentieren unabdingbare Grundlagenforschungen für die weitergehende Untersuchung der Kriegsjahre in den behandelten Regionen, etwa hinsichtlich der Verfasstheit der „Besatzungsgesellschaften“ (Tönsmeyer) oder der Ausgestaltung von Handlungsspielräumen im Besatzungsalltag.

Zweite Chance. Organisation und Aufgaben der Sturmabteilung der NSDAP (SA) in den eingegliederten Ostgebieten während des Zweiten Weltkriegs.

Jan **DANILUK** (Gdańsk)

Dr. Jan Daniluk – Historiker, Absolvent der Danziger Universität, Forscher zur Danziger und Zoppoter Geschichte (19.–20. Jh.). Er befasst sich mit der Geschichte der polnischen Gebiete, die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in das Reich einverleibt wurden sowie mit der Geschichte von Ostpreußen (1933–1945). In einer breiteren Perspektive umfassen seine Forschungen: SS, SA, Polizei des Dritten Reichs und Kriegsgefangene in der deutschen Gefangenschaft. Direktor des Universitätsmuseums in Danzig. Er arbeitete u.a. im Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig und im Institut für Nationales Gedenken (IPN).

Nachdem Polen den Feldzug im Jahre 1939 verloren hatte, wurde das Territorium der Republik Polen unter insgesamt vier Staaten aufgeteilt: der Sowjetunion und dem Deutschen Reich sowie in einem kleinem Maße unter Litauen und der Slowakei. Die Gebiete Nord- und Westpolens wurden in das Reich eingegliedert und an schon bestehende deutsche Provinzen angeschlossen oder auf deren Grundlage neue Verwaltungseinheiten – Reichgaue – gebildet. Noch im Oktober 1939 wurden, zusammen mit der Gründung von neuen, festen Strukturen der Zivilverwaltung, auch neue Gebietseinheiten der Militär-, Partei-, Polizeiverwaltung und der SS ins Leben gerufen. Dagegen begann man erst im Jahre 1940 neue Verwaltungseinheiten der Sturmabteilung der NSDAP (SA), nämlich SA-Gruppen, zu bilden. Dieser Prozess war aber selbst geografisch unterschiedlich. Die frühesten neuen SA-Einheiten in den eingegliederten Ostgebieten hat man in Oberschlesien gegründet. Am spätesten, erst im August 1940, begann man damit im Regierungsbezirk Zichenau.

Außer in dem neuesten Buch von Daniel Siemens (*Sturmabteilung. Die Geschichte der SA*, Siedler Verlag 2019), welches schon einige neue Informationen über die SA in den eingegliederten Ostgebieten enthält, bleibt dieses Forschungsgebiet weiterhin kaum erforscht. Die erwähnte Publikation stellt aber die Entwicklung der SA im besetzen Polen (auch in GG und Bezirk Bialystok) im breiteren Kontext dar und versucht auch deshalb nicht, sich auf die eingegliederten Ostgebiete zu konzentrieren. Im Vortrag dagegen wird versucht, die Geschichte der SA in den neuen Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland, als auch in den neuen Teilen der Provinzen Ostpreußen und Schlesien im Ganzen darzustellen und sie gleichzeitig zu vergleichen. Die Quellenbasis für den geplanten Vortrag bilden vor allem Unterlagen aus dem Berliner Bundesarchiv und den Tageszeitungen aus den Jahren des Zweiten Weltkriegs, weiter auch Archivalien aus dem Institut für Nationales Gedenken in Polen.

Schon der Vortragstitel „Zweite Chance“ deutet darauf hin, dass er sich auf die neuen Perspektiven und Möglichkeiten bezieht, welche sich nicht nur vor der Obersten SA-Führung, aber vor allem vor den SA-Gruppen- und auch den SA-Brigadeführern in den eroberten, polnischen Gebieten unter deutscher Besatzung (und erstmal im Rahmen des Krieges) eröffnet hatten. Welche Rolle wurde den neuen SA-Einheiten zugewiesen? Wie veränderte sich die Vorgehensweise der „Braunen Hemden“ nach deren Erweiterung um ganze Reihen von den sog. „Eingedeutschten“ (III. DVL)?

Außerdem wird hier auch der Frage nachgegangen, die im Kontext des Rahmenthemas „Gerechtigkeit“ beim Fünften Polenforschung-Kongress besonders wichtig erscheint: inwieweit wurden die SA-Mitgliedschaft bei den Prozessen im Nachkriegspolen berücksichtigt?

Specjalna księga gończa dla Polski. Planowanie i realizacja prześladowania inteligencji polskiej

(Sonderfahndungsbuch Polen. Planung und Umsetzung der Verfolgung der polnischen Intelligenz)

Vortrag in polnischer Sprache

Grzegorz **BĘBNIK** (Katowice)

Grzegorz Bębnik begibt sich auf die Suche nach dem Sonderfahndungsbuch Polen, das die Grundlage für die Verfolgung unliebsamer polnischer Zivilisten seit September 1939 wurde. Während für andere Länder dieses Dokument in physischer Form vorliegt, konnte für den polnischen Fall noch kein Exemplar gesichert werden. Anhand zahlreicher Indizien weist Bębnik die Existenz des Sonderfahndungsbuchs nach und ordnet dieses als zentrales Instrumentarium der NS-Polenpolitik ein. Es spiegelt nicht nur die organisatorische Umsetzung der antipolnischen Maßnahmen wieder, sondern erlaubt auch einen tiefen Einblick in ihre ideologischen Hintergründe. Zudem ist es möglich, anhand konkreter Namen einzelne Kriegsschicksale nachzuzeichnen und so das Funktionieren des NS-Repressionsapparats beispielhaft aufzuzeigen.

Przemoc na peryferii. "Volksdeutscher Selbstschutz" i akcja "inteligencja" w Rejencji Ciechanowskiej

(Gewalt an der Peripherie. Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ und die „Intelligenzaktion“ im Regierungsbezirk Zichenau)

Vortrag in polnischer Sprache

Marcin **PRZEGIĘTKA** (Warszawa)

Marcin Przegiętka stellt seine Forschungen zum „Volksdeutschen Selbstschutz“ im Regierungsbezirk Zichenau vor. Bislang war außer ihrer Existenz nichts über diese Formation bekannt, die unter anderem als Exekutionskommando der Gestapo agierte. Der Vergleich zu anderen annektierten polnischen Gebieten zeigt, dass der Selbstschutz in Zichenau eine besondere Entwicklung nahm, die auf die spezifischen Rahmenbedingungen im Regierungsbezirk zurückzuführen sind.

Die besetzte Gesellschaft.

Herrschaft und Gewalt im Regierungsbezirk Zichenau aus alltagsgeschichtlicher Perspektive

Christhardt **HENSCHEL** (Warszawa)

Christhardt Henschel, nach dem Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Ost- und Südosteuropastudien und Musikwissenschaft an der Universität Leipzig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Simon-Dubnow-Institut Leipzig. Promotion mit einer Arbeit zum Verhältnis von Juden und polnischem Militär in der Zwischenkriegszeit. Seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Warschau mit einem Projekt zur deutschen Besatzung im sog. Regierungsbezirk Zichenau im Zweiten Weltkrieg. Er gab das Themenheft *Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939* (hrsg. mit Stephan Stach, = Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, Bd. 62 H. 2 2013) und den Schwerpunkt *Juden im Militär. Erfahrung und Erinnerung im 19. und 20. Jahrhundert* (Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 12 (2013), S. 95–515.) heraus. Kürzlich erschien sein Aufsatz *Phantomgrenzen und das Militär. Polen 1918–1921*, in: Michael G. Müller, Kai Struve (Hg.), Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939 (Göttingen 2017), S. 39–67.

Christhardt Henschel untersucht die Alltagspraxis der Besatzung im Regierungsbezirk Zichenau. Dabei wird gefragt, inwiefern die vom Königsberger Gauleiter installierte Verwaltung tatsächlich ostpreußischen Mustern folgte, oder eine eigene dynamische Entwicklung in Gang setzte, um ihre eigenen Spielräume zu erweitern und immer radikalere Maßnahmen anwenden zu können. Neben den getrennten Rechtsräumen für Deutsche und Nicht-Deutsche spielten auch die mitgebrachten Imaginationen der Region als „polnische Steppe“, die im September 1939 in Gang gesetzte Gewaltspirale sowie die weitreichenden städtebaulichen, landschaftsplanerischen und infrastrukturellen Umbaupläne für die gesamte Region eine wichtige Rolle.

Kommentar: Daniel **BREWING** (Aachen)

(*Biogramme lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.*)

II.7 DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN IM FRÜHEN 21. JAHRHUNDERT: NORMALISIERUNG, NORMALITÄT UND RÜCKKEHR DES VERDRÄNGTEN?

Leitung: Pierre-Frédéric **WEBER** (Szczecin)

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte der deutsch-polnische Normalisierungsprozess je nach Akteuren und Zeitspannen stets hohe Erwartungen an die zu erreichende „Normalität" in den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Auch das, was nach 1989/1990 als neues Normalisierungsziel anvisiert wurde, nämlich ein reichhaltiges und freundschaftliches Nachbarschaftsverhältnis, übertraf eigentlich selbst den europäischen Durchschnitt der im Alltag der internationalen Beziehungen herrschenden Normalität. Tatsächlich wurde aus dem akzeptierten deutsch-polnischen Nebeneinander an Oder und Neiße in vielerlei Hinsicht ein gelungenes und gewolltes Miteinander, so dass sich das vergangene halbe Jahrhundert seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags – damals zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen – weitgehend als Erfolgsgeschichte nachzeichnen lässt.
Dennoch haben die vergangenen Jahre, besonders seit 2015, gezeigt, dass bestimmte wichtige Themen in diesem bilateralen, stark verflochtenen Verhältnis noch nicht bzw. nicht für beide Seiten zufriedenstellend behandelt worden waren. Vor allem polnischerseits wird die bisher erreichte Normalität teilweise in Frage gestellt, wobei nicht nur tagespolitische Interessen im Spiel stehen, sondern grundsätzlichere Postulate formuliert werden, in welchen das Problem der (wirtschaftlichen, sozialen, historischen) Gerechtigkeit einen nicht zu übersehenden Tenor darstellt.
Diese Sektion setzt sich zum Ziel, sowohl den breiteren Kontext der dreißig Jahre nach Ende des Staatssozialismus vorhandenen Kritik am Erbe der Transformation zu beleuchten, als auch zwischenstaatliche und zwischengesellschaftliche Herausforderungen an der deutsch-polnischen Normalität zu behandeln. Dabei werden nicht zuletzt auch gegenseitige Wahrnehmungen und Perzeptionen unter die Lupe genommen, da sich diese – meistens emotionsgesättigt – politisch teilweise stärker durchzusetzen vermögen als die Tatsachen selbst.

Demokratische Entkonsolidierung in Polen: Globaler oder regionaler Trend?

Ireneusz Paweł **KAROLEWSKI** (Leipzig)

Seit 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaften im Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der zeitgenössischen politischen Theorie, der europäischen Integration, der Nationalismusforschung und den Fragen der kollektiven Identität. Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen u.a. in den wissenschaftlichen Zeitschriften *Journal of Common Market Studies, Communist and Post-Communist Studies*, *European Law Journal, Europe-Asia Studies*, sowie mehrerer Monografien, die bei Routledge und Edinburgh University Press erschienen sind.

2017 sprach der amerikanische Politologe und EU-Experte Dan Kelemen von „dem anderen EU-Demokratiedefizit" der EU, nämlich dem wachsenden Demokratiedefizit einiger Mitgliedstaaten, das unausweichlich zum Autoritarismus führt und dem nur durch die demokratisierende Wirkung der EU beizukommen ist. Die politischen Entwicklungen in Ungarn und Polen (aber in einigen anderen EU-Mitgliedstaaten) stellen die Demokratietheorie, aber auch die EU-Studien vor die Frage, inwiefern wir in diesen Ländern tatsächlich mit Entdemokratisierung russischen und türkischen Typus zu tun haben und was die möglichen Ursachen für diese Prozesse sind.
Der Vortrag setzt sich mit der Frage nach dem „Democratic Backsliding" in der EU am Beispiel Polen auseinander. Zunächst werden die kontroversen Reformen seit 2010 sowie die Versuche der EU, diesen entgegenzuwirken, kurz dargestellt. Vor diesem Hintergrund wird die These diskutiert, inwiefern wir mit einer weiteren systemischen Transformation der Demokratie (Robert Dahl) von Polyarchie zur „illiberalen Demokratie" zu tun haben, die einen globalen Trend darstellt. Als Ursache dafür wird der Ansatz von Francis Fukuyama diskutiert, nach dem der Verfall von politischen Ordnungen auf zwei Faktoren zurückgeführt werden kann: (1) die institutionelle Rigidität und (2) die Staatsvereinnahmung durch Partikularinteressen („state capture"). Diese zwei Faktoren werden am Bespiel Polens untersucht.

Deutsch-polnische Wahrnehmungen im 21. Jahrhundert. Was sagen sie über den Stand der Beziehungen und deren Zukunft aus?

Agnieszka **ŁADA** (Darmstadt)

Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Spezialisierung: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen, EU-Institutionen.

Im Jahr 2019 mehrten sich die Jahrestage der wechselvollen Geschichte zwischen Deutschland und Polen. Neben den schwierigsten Momenten der deutsch-polnischen Geschichte kann in diesem Jahr auch auf eine Reihe von Jubiläen aufgrund positiver Ereignisse zurückgeblickt werden. Diese stellen wichtige Meilensteine beim Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern dar: der Beginn des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa vor dreißig Jahren, der zwanzigste Jahrestag des polnischen Beitritts zur NATO und fünfzehn Jahre Ost-Erweiterung der Europäischen Union. All dies beeinflusst die Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen. Die Ansichten von Polen und Deutschen variieren dabei auch aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen beider Länder in den oben genannten Prozessen. Diese verschiedenen Perspektiven sollten berücksichtigt und verstanden werden, um eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen. Angesichts der Jubiläen sowie der laufenden Diskussionen rund um die Zukunft der NATO und der Europäischen Union ist auch das Verständnis der Wahrnehmung globaler Angelegenheiten durch die beiden Gesellschaften von besonderer Bedeutung. Um diese Fragen zu beantworten, sollen im Beitrag die Ergebnisse des „Deutsch-polnischen Barometers" – eines Projekts, das regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert – synthetisch dargestellt und kommentiert werden. Die Untersuchungen werden seit dem Jahr 2000 vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen sowie weiteren Partnern durchgeführt.

Die gerechte Migration? Kommentare zum deutsch-polnischen Wanderungsgeschehen

Peter Oliver **LOEW** (Darmstadt)

geb. 1967, Historiker, Kulturwissenschaftler. Seit Oktober 2019 Direktor des Deutschen Polen-Instituts, wo er seit 2002 arbeitet. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Geschichte Polens, Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit, Geschichte und Gegenwart Danzigs, Pommerns und Pommerellens, Geschichte Schlesiens, Geschichte der Geschichtskultur, Erinnerungskultur, vergleichende Geschichte Ostmitteleuropas. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt (Hg.): *Lebenspfade / Ścieżki życia. Polnische Spuren in RheinMain. Ein historisches Mosaik.* Darmstadt 2019.

Deutschland ist eines der Hauptzielländer polnischer Migration. Seit anderthalb Jahrhunderten hält die Zuwanderung an, von einigen Phasen geringerer Intensität einmal abgesehen. Aber wer profitiert eigentlich von dieser Wanderung? Und ist Zuwanderung überhaupt gerecht? In meinem Vortrag möchte ich generell einige Überlegungen über den Zusammenhang von Migration und gesellschaftlicher Gerechtigkeit anstellen. Ausgehend von meinen bisherigen Forschungen zur deutsch-polnischen Migrationsgeschichte werde ich hierbei auf die demographische Entwicklung beider Länder eingehen und vor diesem Hintergrund Fragen nach der Zukunft des Wanderungsgeschehens sowie nach dessen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Binnenstruktur und Wahrnehmungen diskutieren.

Polens Politik der Gefühle. Deutschland im Mental Mapping der PiS-Regierung seit 2015

Pierre-Frédéric **WEBER** (Szczecin)

geb. 1980, Historiker und Politikwissenschaftler, promovierte an der Pariser Sorbonne mit einer Arbeit zum Normalisierungsprozess im deutsch-polnischen Dreiecksverhältnis zwischen der Bundesrepublik, der DDR und Polen (1961–1975). Seit 2007 lehrte er als Visiting Professor, dann als Associate Professor in Polen an der Universität zu Stettin. Sein Forschungsschwerpunkt gilt den Normalisierungsprozessen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn nach 1945; sein besonderes Interesse betrifft zurzeit die Rolle von Emotionen in den internationalen Beziehungen der europäischen Zeitgeschichte. Mit diesem Thema befasste sich auch seine Habilitationsschrift *Timor Teutonorum: Angst vor Deutschland seit 1945. Eine europäische Emotion im Wandel* (Ferdinand Schöningh Verlag 2015).

Seit ihrem doppelten Wahlsieg 2015 hat die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nicht nur einen neuen sozialpolitischen Kurs eingeschlagen, sondern auch – oder vor allem – nationale Werte wieder auf Platz Nummer eins des politischen Alltags in Polen gestellt. Damit einher ging auch die Frage nach Polens Selbstdefinition als Staat und Nation in Europa, wobei es zu einer zumindest rhetorischen Neugestaltung der Beziehungen zu manchen Nachbar- und Partnerländern kam. Erkennbar war in diesem Zusammenhang eine Zuspitzung der politischen Sprache (gerade in den öffentlichen Medien), die sich insbesondere durch deren hohe Emotionalisierung auszeichnete. Dies betraf in den vergangenen vier Jahren vermehrt den Diskurs in Bezug auf westeuropäische Staaten mit Nachdruck auf den Umgang mit Deutschland. Dieser neue Trend erweckte mitunter den Eindruck eines Rückschlags in den bilateralen Beziehungen – nach rund einem Vierteljahrhundert beiderseits als weitgehend normalisiert wahrgenommener Kontakte.
Anhand der Definition der politischen Ziele der PiS-Regierung im polnischen-deutschen Verhältnis wird im Referat versucht, nachzuvollziehen, inwiefern gefühlspolitische Momente dazu verwendet werden, das gesellschaftliche „mental mapping“ (Alan K. Henrikson) in Polen zu beeinflussen und ein „emotionales Klima“ (Jack Barbalet) zu schaffen, das der Realisierung der politischen Agenda im Verhältnis zu Deutschland (und z.T der EU) zuträglich sein soll. Dabei soll auch die Frage beantwortet werden, ob und wie sich eine solche Politik der Gefühle für die Schaffung eines neuen „emotionalen Regimes“ (William M. Reddy) als längerfristig normstiftend auswirken kann und welche besondere Rolle das Thema Gerechtigkeit darin spielen mag.

Kommentar: Joachim **VON PUTTKAMER** (Jena)

Studium der Neueren und Osteuropäischen Geschichte in Freiburg i. Br. und London. 1994 Promotion in Freiburg i. Br. mit einer Arbeit über die Anfänge von Arbeiterschutz und Sozialpolitik im ausgehenden Zarenreich, 2000 Habilitation in Freiburg i. Br. mit einer Arbeit zum Nationalismus im ungarischen Schulwesen der späten Habsburgermonarchie. Seit 2002 Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte in Jena und seit 2010 Direktor des Imre Kertész Kollegs Jena.

II.8 DEMOCRACY, ETATISM AND JUSTICE IN INTERWAR POLAND

Chair: Natali **STEGMANN** (Regensburg), Maciej **GÓRNY** (Warszawa)

The reestablishment of the Polish state was an essential element of the Versailles order. The idea of providing lasting peace through the establishment of nation-states, the enforcement of democracy and social justice on an international level was also reflected in the policies of the Polish state founders. This concerned Poland's role as a "bulwark" against Bolshevism, especially in the context of the Polish Bolshevik War. The consolidation of the nation state was simultaneous to coping with the devastations of war, an internationally enforced minority policy and considerable economic and social difficulties. Hence, numerous problems of the interwar period culminated in Poland.
The concepts of justice negotiated at national and international levels determined the course of democratization and its significance for state consolidation. Justice is understood as an idea that mediates between the democratic promise of equality and the social inequality of the citizens by redistributing social goods among the citizens. This idea might at the same time undermine the democratic order by propagating alternative principles of redistribution (substituting national or other criteria for equality). Although the implementation of justice is usually regarded as an integral part of democracy (in sociology, for example), it can in fact also legitimize authoritarian regimes, their claim to domination, with reference to a supposedly superior state redistribution policy. This also applies to the Sanacja regime established after the Piłsudski coup of 1926. Thus, Poland is one of the countries that underwent transition from a democratic to an authoritarian regime, herewith redefining concepts of "justice". The Sanacja regime was based on state-enforced modernization policy (etatism), which also amalgamated the previously created concepts of justice with the liberation struggle under Marshal Józef Piłsudski during the First World War and the Polish-Bolshevik War (heroism). The (bilingual) panel is dedicated to these connections on the basis of three different topics:

Fair Share of the Burden: The Impact of Post-1918 Economic Transformation of East Central Europe

Maciej **GÓRNY** (Warszawa)

Dr. hab. Maciej Górny, Prof. IH PAN ist seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Seit 2014 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Forschungsschwerpunkte: Historiographiegeschichte, Erster Weltkrieg in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert. Auf Deutsch erschien von ihm u. a. *„Die Wahrheit ist auf unserer Seite". Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock* (2011) sowie (zusammen mit Włodzimierz Borodziej) *Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923* (2018).

(*abstract was not present at the time of the editorial deadline*)

The Agrarian Question: Interest and Concepts of Justice

Natali **STEGMANN** (Regensburg)

Natali Stegmann owns a PdD in East European History and a habilitation from the University of Tübingen. Her main monographs are on the history of the Polish women's movement from 1863 till 1918 and in Czechoslovak war victims after First and the Second World Wars. Since 2009 she holds the position of an academic researcher and a professorship at the chair for South East and East European History University of Regensburg. Research interests: 19th and 20th century history of East Central Europe, gender history, war experiences, social policy, culture of late socialist societies.

Focusing on justice and etatism, the paper examines one of the fundamental political problems of the rebuilt Polish state, the land reform. The question of expropriation, redistribution and compensation brings together several topics that have so far been treated separately in research, namely social policy, property and statehood. State institutions are considered to be basic entities that combine, negotiate and manage the claims of different actors. At the same time, since the end of the First World War, these state institutions enfolded in direct correspondence with the international organizations established at the League of Nations within the Versailles Order. The questions of the character of the

Polish interwar regime, of the conditions of the establishment of a democratic nation state in 1919 and of an authoritarian regime in 1926, should therefore be examined in the context of nationally and internationally negotiated notions of state-granted justice. Asking for the conflicting interests and claims of the former and the (potential) later owners, the point is first of all to understand where, how, by whom and with what arguments these claims became legitimized and politically enforced. In addition to state and non-governmental (Polish) actors, it focuses on actors such as the members of the national minorities and international actors, in particular the League of Nations and the International Labour Organization (ILO). Property is understood as a means of realizing other values, such as Justice.
The paper is centered on the following questions: Which groups claimed justice for themselves or for others within the given discourses? Which ideas of justice were referred to? And whose interests have been recognized nationally and internationally? Which forms of reconciliation of interests were created? What was the relationship between land reform and concepts of justice under the Sanacja regime? These questions are reflected, in particular, in the work of Adam Roses (1895–1951), the head of the correspondent office of the ILO in Warsaw from 1922 to 1929, who also worked for the Ministry of Agriculture (Ministerstwo Rolnictwa i Reform Rolnych) and who became a key expert behind the land reform of 1929.

Gerechte Academia? Wissenschaft in Polen als Labor neuer Geschlechterverhältnisse

Iwona **DADEJ** (Warszawa/Berlin)

Iwona Dadej, Dr., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der europäischen Frauenbewegung(en) und -organisationen, Wissenschaftsgeschichte in Geschlechterperspektive; Mitbegründerin des Lucja-Charewiczowa-Seminars für Frauen- und Geschlechtergeschichte am IH PAN.

(*abstract was not present at the time of the editorial deadline*)

Commentary: Olga **LINKIEWICZ** (Warszawa)

Olga Linkiewicz is assistant professor at Tadeusz Manteuffel Institute of History, Polish Academy of Sciences. She specializes in modern history of Eastern Europe, history of social sciences, and memory studies which include fieldwork experience in Ukraine, Belarus, and Poland. She received her M.A. in cultural anthropology from Warsaw University (2001) and her Ph.D. in history from Polish Academy of Sciences (2009). In 2010 she was awarded the Polish journal Polityka Prize and in 2012/13 she was the Fulbright Commission Visiting Scholar at Columbia University and New York University. Her book *Localness and Nationalism: Rural Communities in Interwar Eastern Galicia*, Kraków: Universitas, Fundacja Lanckorońskich 2018 (in Polish) uses retrospective ethnography to reconstruct social practices and attitudes of villagers in their own terms. Her recent publications include “Scientific Ideals and Political Engagement: Polish Ethnology and ‘the Ethnic Question’ between the Wars”, *Acta Poloniae Historica* 114 (2016) and “Applied Modern Science and the Self-Politicization of Racial Anthropology in Interwar Poland”, *Ab Imperio* 2 (2016).

II.9 GESTALTEN DER GERECHTIGKEITSIDEE IM ÄLTEREN SCHRIFTTUM POLENS. TEIL II: LITERARISCHE GESTALTUNGEN

Leitung: Witold **WOJTOWICZ** (Warszawa)

Historische Wahrheit und fiktionale Verbildlichung – zwischen historischer und dichterischer Gerechtigkeit

Paul Martin **LANGNER** (Kraków)

Professor an der Pädagogischen Akademie Kraków, Leiter des Lehrstuhls für deutschsprachige Literaturwissenschaft.

Spätmittelalterliche Autoren suchen nach einer angemessenen Darstellung historischer Geschehen. Dichtungen stehen in der Spannung zwischen fiktionaler Verbildlichung und realistisch nachvollziehbaren Vorgängen. Diese Differenz wird umso spürbarer, wenn sich Texte auf historische Vorgänge beziehen. Lassen sich in der deutschsprachigen Literatur des Hochmittelalters inhaltliche Anspielungen auf die Region Polen und ihre Ritter nachweisen, bei denen diese [literarischen] Helden aus Polen als mutige, kampferprobte, treue und hilfsbereite Ritter gezeichnet werden, die als loyale Gefolgsleute ihren Reichtum für den jeweiligen Herrscher bereitstellen und einzusetzen gewillt sind (Langner 2018). Diese Beobachtung steht den ambivalenten Berichten aus Chroniken derselben Zeit gegenüber. Beiden Gattungen (Dichtung und Chronik) gemeinsam ist das Verständnis vom historischen Narrativ, das für das gleiche Auftraggebermilieu und Rezipientengruppe geschrieben wurde. Dennoch wird eine Differenz zwischen ihren Auffassungen polnischer Ritter erkennbar. Die beschriebene positive Zeichnung polnischer Ritter in den hochmittelalterlichen Dichtungen erhält sich auch in Reimreden des 14. Jh. (z.B. Peter Suchenwirt), die vornehmlich für den österreichischen Hochadel verfasst wurden.
Der Beitrag soll dieser Annäherung an die historische Wirklichkeit durch Dichtungen auch im 15. Jh. nachgehen. In ihm werden vor allem Dichtungen von Heinrich von Mügeln (Mitte 14. Jh.) und Michel Beheim (1416/20–~1474/8) zur Diskussion stehen. Zu prüfen ist in dem Beitrag, inwieweit die erzählenden Gedichte dieser Autoren versuchen, polnischen Rittern und ihren Handlungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Jeder Autor der spätmittelalterlichen Zeit war von seinen Auftraggebern abhängig, so dass die Aussagen der Texte Hinweise auf die mentale Situation ihrer Zeit zulassen. Dafür eröffnet sich bei beiden Dichtern zudem die besondere Chance, die in ihren Dichtungen beschriebenen Darstellungen historischer Vorgänge in zeitgenössischen Chroniken zu überprüfen (Heinrich hat übrigens selber eine Ungarnchronik in Prosa verfasst, die einen interessanten Verweis auf Polen enthält). Hiermit eröffnen sich Chancen, anhand der Perspektivierungen des Erzählens von Geschehnissen Einblick auf die intentionale Ausrichtung der jeweiligen Texte zu nehmen. Dies erlaubt, nachzuvollziehen, inwieweit sich die Dichter durch historische Faktoren bestimmen lassen oder versuchen, ihren Darstellungen je eigene, spezifische Wertung zu geben.

Gerechtigkeit als soteriologische Idee

Andrzej **DĄBRÓWKA** (Warszawa)

Andrzej Dąbrówka, professor at the Institute of Literary Research of the Polish Academy of Sciences, since 2007 head of the Medieval Literature Section. His writings cover medieval literary theory, early drama and theatre, literary medievalism, theory of historiography and literary history, and Netherlandic studies. Author of, among others: *Teatr i sacrum w średniowieczu. Religia – cywilizacja – estetyka* [Theatre and the Sacred in the Middle Ages. Religion – Civilization – Aesthetics] (Eng. transl. due in 2019), and an academic textbook on medieval literature in Poland: *Średniowiecze. Korzenie* [The Middle Ages. The Roots] (2005). (Co)editor of 10 collective monographs (2009-2018) on medieval chronicles, drama, preaching, medievalism, historiography, and modern digital humanities.

Aus ungefähr derselben Zeit wie die Chronik von Vincentius um 1200 stammt ein lateinisches kurzes Dialogstück in Prosa, das sich in der Buchsammlung der Gnesener Kathedralschule befindet (Inz. Quidam pater familias quattuor habuit filias). Das Lehrstück entwickelt narrativ-deklamatorisch die soteriologische Idee des Erlösungsratschlusses. In mehreren Predigten, Traktaten und Erzählenden Gedichten streiten personifizierte Tugenden Iustitia und Misericordia

um die Bestimmung des Menschen: Soll er ewig verdammt bleiben oder kann sich Gott über ihn erbarmen? Die Gnesener Abschrift ist die am frühesten bezeugte Redaktion des Themas im polnischen Schrifttum. Das Thema (Streit der Töchter Gottes) kommt danach in zahlreichen polnischen Dramen des 17. Jh. zurück.

Die Idee der Gerechtigkeit in den Schriften von Stanisław Herakliusz Lubomirski

Krystyna **WIERZBICKA-TRWOGA** (Warszawa)

Arbeitet an der Fakultät für Polonistik der Universität Warschau, Polen, wo sie sich in frühneuzeitlicher Literatur spezialisiert. Sie erwarb zwei MAs, am Institut für Germanistik (2001) und an der Fakultät für Polonistik (2004) sowie ein PhD (2011) an der Universität Warschau. Ihre Interessen umfassen religiöse Dichtung; Gattungsforschung (u.a. die Form des poetischen Zyklus; das Epigramm als Laboratorium des barocken Konzepts; frühneuzeitliche Formen der Prosa-Fiktion); Übersetzungswissenschaft.

Zwei Aspekte des Kongressthemas sind im Schaffen Lubomirskis leicht nachzuweisen, ein axiologischer und ein poetologischer. Zum ersten gehört das Fortleben der traditionellen religiösen Spannung zwischen den Tugenden Gerechtigkeit und Mitleid, die dem menschlichen Leben eine eschatologische Perspektive verleihen, die auf eine Bestrafung für Sünden doch die Erlösung durch Erbarmen folgen lässt – vgl. die Sentenz „Jak nas za grzechy potkało karanie, / Tak po skaraniu zbawi zmiłowanie" (*Tobiasz wyzwolony* 12,26; 1683). Philosophische und theologische Aspekte der Idee der Gerechtigkeit diskutiert Lubomirski auch in seinem lateinischen Emblemzyklus *Adverbia moralia* (1688).
Die Gerechtigkeit tritt zudem in dialektische Relationen mit verwandten Tugenden oder Institutionen ein, wie z.B. das Recht. Der neuzeitliche Lubomirski hat keine mittelalterliche Bewunderung für das Recht (die wir bei Vincentius zurückfinden), er kennt die schon bei Dante geäußerte juridische Skepsis, verursacht durch die Professionalisierung und Korruption der Richter, weshalb Menschen den Juristen mistrauen, jedoch in die Gerechtigkeit glauben – „nie ufają w jurystów, ale w słuszność" (*Rozmowy Artaksesa i Ewandra*, I 10; 1683). Den Höhepunkt von Lubomirskis philosophischem und politischem Denken bildet sein Traktat *De vanitate consiliorum* (1700).
Zu dem zweiten Aspekt gehört das Kompositionsprinzip der dichterischen Gerechtigkeit (*poetic justice*), das den Verfasser dazu veranlasst, seine Gestalten symbolisch zu belohnen oder zu bestrafen, je nach der moralischen Bewertung ihres Verhaltens. Dieses Prinzip ist uralt und kann schon in der Bibel nachgewiesen werden, z.B. in dem Buch *Tobias*. Lubomirski endet dessen polnische Gedichtparaphrase *Tobiasz wyzwolony* mit dem märchenhaften Schluss, der das jahrhunderte lange und glückselige Fortleben der Nachkommen von Tobias ankündigt – „Przez długie wieki żyli przyjemnemi / I Bogu w niebie, i ludziom na ziemi" (*Tobiasz* 12,42).

Gerechtigkeit für die Bauern und das *rusticus-imperans*-Motiv

Witold **WOJTOWICZ** (Szczecin)

Professor am Institut für Literarische Forschung (Abteilung Mediävistik); Forschungsinteressen umfassen gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen der älteren Literatur. Verfasser u.a. von Büchern: *Szkice o poezji obscenicznej i satyrycznej Andrzeja Krzyckiego* [Skizze über obszöne und satirische Dichtung von Andreas Cricius] (2002); *Milczenie bogów. Szkice i studia o liryce oświecenia* [Schweigen der Götter. Skizzen und Studien über die Lyrik der Aufklärung] (2006); *Między literaturą a kulturą. Studia o „literaturze mieszczańskiej" przełomu XVI i XVII wieku* (2010, 2012), deutsch: Studien zur „bürgerlichen Literatur" um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, 2015). Das Spektrum der Interessen konzentriert sich heutzutage auf mittelalterliche Themen und bezieht sich unter anderem auf die Rezeption westlicher epischer Erzählungen (erzählender Themen) in dem polnischen (oder mit der polnischen Kultur verbundenen) Schrifttum vom Mittelalter bis ins 17. Jahrhundert. Mitbegründer und Herausgeber der Zeitschrift „Meluzyna. Dawna Literatura i Kultura".

Aus dem 17. Jahrhundert sind mehrere Bauernklagen erhaltengeblieben – literarische Zeugnisse der lamentablen Lage der Bauern in der polnischen Adelsrepublik, die zum „infernus rusticorum" geworden ist. Die Fronbauern beschweren sich über die Lasten ihrer Verpflichtungen die sie als Machtsmissbrauch erfahren. Im Beitrag werden derartige Bauernklagen behandelt, zumeist aus jesuitischen Quellen, besonders aber das satirische Motiv *rusticus imperans*, das

(zusammen mit der gleichnamigen Komödie von Jacob Masen) zu den am häufigsten gespielten jesuitischen Dramen gehörte. Durch die Figur des Schultheißen im Drama *Piotr Barykas Z chłopa król* [Vom Bauern zum König] wird die Notwendigkeit der Loyalität gegenüber den göttlichen und menschlichen Rechten betont, sie dient der Selbstdarstellung einer Kulturgruppe (Klasse?), in deren Namen das Motiv *rusticus imperans* inszeniert wird, um über die Macht und Gerechtigkeit zu reflektieren und zu belehren.

Kommentar: Jürgen **HEYDE** (Leipzig/Halle)

Geb. 1965 in Wolfhagen; Studium der Osteuropäischen Geschichte, Slavistik und Mittleren Geschichte in Gießen, Mainz, Warschau und Berlin; 1991–1997 Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes; Promotion 1998 an der FU Berlin (Betreuer: Prof. Klaus Zernack). 1998 bis 2003 wiss. Mitarbeiter am DHI Warschau; 2003 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der MLU (Lehrstuhl Prof. Michael G. Müller); Dezember 2009 Habilitation. 2010 bis 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der MLU (DFG-Projekt – „Eigene Stelle“: *Der „Ghetto"-Begriff in der polnisch-jüdischen Historiographie und Publizistik 1868-1918. Eine begriffs- und kommunikationsgeschichtliche Untersuchung*); 2014-2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter / Referent des Direktors am GWZO Leipzig; 2015-2019 DFG-Projekt – „Eigene Stelle“: *Ethnische Gruppenbildung in der Vormoderne. Interkulturalität und Transkulturalität am Beispiel der Armenier im östlichen Europa*; Seit 2019 DFG-Projekt – „Eigene Stelle“: *Migrationsgesellschaft und transkulturelle Verflechtung in einem plural verfassten Stadtraum: Kamjaneć-Podilśkyj im 16./17. Jahrhundert*. März 2016 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

II.10 „FAMILIE“, „FAMILIENPLANUNG“ UND FAMILIENBILDER: DISKURSE ZUR ENTWICKLUNG GESELLSCHAFTLICHER NORM- UND WERTVORSTELLUNGEN IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Leitung und Einführung: Heidi **HEIN-KIRCHER** (Marburg)

Seit 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, seit 2009 dort Leiterin der Abteilung Wissenschaftsforum. 1989-1994 Studium der Osteuropäischen Geschichte, Neueren Geschichte und Politikwissenschaft und 1995-2000 Promotionsstudium der Osteuropäischen und Neueren Geschichte sowie der Jiddistik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Habilitation 2018 an der Philipps-Universität Marburg; im WS 2017/18 und im SomS 2019 Vertretungsprofessorin für „Geschichte und ihre Didaktik“ sowie im SomS 2018 für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal. Neben der Stadtgeschichte Ostmitteleuropas, insbesondere Lembergs, und politischen Mythen und Kulten, insbesondere dem Piłsudski-Kult, arbeitet sie gegenwärtig an einer transnational vergleichenden Geschichte der „Familienplanung“.

Die jüngeren Debatten um Abtreibung, über die Zugänglichkeit der „Antibabypille“ und damit um eine Praxis der Familienplanung politisieren und mobilisieren – vor dem Hintergrund einer politisch bedeutsamen Rolle der katholischen Kirche – bis heute in Polen die Gesellschaft. „Familie“ wird dabei häufig weniger als individuelle Angelegenheit wahrgenommen, sondern als Möglichkeit staatlicher Interventionen z.B. durch eine gezielte Familienförderungspolitik. Diese Debatten waren und sind vor der Entwicklung verschiedener Vorstellungen von „Familie“ höchst kontroversiell und betreffen auch in besonderem Maße das Verständnis von „Gerechtigkeit“, z.B. hinsichtlich einer sozialen Absicherung kinderreicher Familien. „Familie“ und das Recht auf (Praktiken von) „Familienplanung“ standen und stehen daher an der Schnittstelle von Individuen/Familien sowie von Staat und Gesellschaft: Dieses (individuelle) Recht ist daher eine hochpolitisierte und zugleich zutiefst säkulare Wertvorstellung, die auf einem selbstbestimmten Familienbild beruht. Grundannahme ist, dass sich diese Wertvorstellung „von unten“ durch individuelle, teils auf neuestem medizinisch-technischem Wissen basierende Praktiken entwickelte, so dass lediglich die sie legitimierenden bzw. auch ablehnenden Diskurse auf diese Praktiken reagierten. „Familienplanung“ ist daher nicht allein eine individuelle freiheitliche Rechtsvorstellung, sondern zugleich auch Objekt gesellschaftspolitischer staatlicher Interventionen. Das Panel sieht daher „Familienplanung“ als gesellschaftliche Wertvorstellung, die einerseits eine transnationale Wirkung entfaltete, andererseits aber auch die jeweiligen gesellschaftspolitischen, ideologischen und letztlich auch staatlichen Bedürfnisse widerspiegelte und gerade in Polen hinsichtlich der tiefen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Brüche im 20. Jahrhundert besondere gesellschaftliche, ideologisierte Debatten provozierte.
Das Panel möchte die Entwicklung des Familienbildes und von „Familienplanung“ in Polen vor diesem Hintergrund in historisierender Perspektive diskutieren. Es geht davon aus, dass bereits vor der Entwicklung der Antibabypille das grundlegende Verständnis von Familie und Familienplanung auch vor dem Hintergrund der Teilungszeit, der Nationalstaatsbildung und Besatzungszeit sowie nicht zuletzt unter dem Einfluss der katholischen Kirche geprägt wurde. Ausgehend von einem vergleichend angelegten Projekt zur Familienplanung in Ostmitteleuropa (je ein Teilvorhaben zu Polen und der Tschechoslowakei) möchte das Panel mit interessierten Forscher/innen in dia- und synchron vergleichender Perspektive ins Gespräch kommen und die Grundlagen für das gesellschaftliche Verständnis von „Familie“ und „Familienplanung“ diskutieren.

„Sekretne sposoby małżeńskie” – Die Lust und ihre Folgen im publizistischen und rechtlichen Diskurs im geteilten Polen

Elisa-Maria **HIEMER** (Marburg)

Seit April 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung im Projekt „Familienplanung in Polen vom 19. Jahrhundert bis zur Erfindung der Pille“. Bachelor-Studium der Romanistik und Westslavistik in Freiburg, Master-Studium der Osteuropäischen Geschichte, Slavistik und Volkswirtschaftslehre in Gießen, 2013–2019 wiss. Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Slavistik der Universität Gießen, 2018 Promotion zum Dr. phil. zum Thema „Autobiographisches Schreiben als ästhetisches Problem. Jüdische Vielfalt in der polnischen und deutschen Gegenwartsliteratur“. Neben ihrer Studie zur Familienplanung in Polen arbeitet sie zudem in einer deutsch-tschechisch-polnischen Kooperation an der Publikation eines Handbuches zur Holocaustliteratur Ostmitteleuropas.

Der Vortrag beleuchtet Vorstellungen von Partnerschaft, Familie und Nachkommenschaft zunächst anhand der unterschiedlichen rechtlichen Kodifizierungen in den drei Teilungsgebieten und stellt diese in Zusammenhang mit der sich um die Jahrhundertwende formierenden Frauenbewegung und dem Demokratisierungsprozess in Polen. Die juristischen Grundlagen stehen dabei im Kontrast zu den publizistischen Diskussionen, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts insbesondere um den neo-malthusianischen Gedanken entwickeln und im Laufe der folgenden Jahrzehnte den Aspekt der Frauenrechte in den Blick nehmen. Auflagenstarke Übersetzungen von Ratgebern zur „Ehehygiene", die einen wichtigen Wissensimport aus westlichen Ländern darstellen, begleiten die innerpolnische publizistische Diskussion über den Wert von Familie und weiblicher Selbstbestimmung. Durch ausgewählte Beiträge religiöser, politischer und populärer Zeitschriften soll dieser Diskurs am Beispiel eines Teilungsgebietes nachgezeichnet werden.

Das Mark der Nation – Diskurse über Familien und Kinder in Polen während des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachkriegszeit

Agnes **LABA** (Wuppertal)

Laba, Agnes Dr. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Bergischen Universität Wuppertal. Sie verfolgt dort ein Habilitationsprojekt zur Geschlechtergeschichte Frankreichs und Polens während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit und ist Koordinatorin des Forschungs- und Editionsprojektes „Societies under German Occupation – Experiences and Everyday Life in World War II". Sie wurde im Jahr 2015 an der Justus-Liebig-Universität Gießen mit einer Arbeit zum Ostgrenzen-Diskurs der Weimarer Republik promoviert. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind deutsch-polnische Geschichte im 20. Jahrhundert, historische Kartographie und visuelle Geschichte, Geschlechtergeschichte des Zweiten Weltkrieges und seiner unmittelbaren Nachkriegszeit in Frankreich und Polen.

In Kriegszeiten sind Kinder und Familien nicht nur oft die ersten und zentralen Leidtragenden, sondern sie geraten dann häufig in besonderem Maße ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Politik, Staat und Gesellschaft. Schließlich werden sie in direktem Zusammenhang mit der Zukunft der Nation gesehen, ihr „Wohlbefinden" wird somit nicht selten zur obersten Priorität stilisiert. Für die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges sowie für dessen unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich in Polen sowie im gesamten kriegsgebeutelten Europa ein verstärktes Interesse an Kindern und Familien ausmachen. Mangel und Hunger, Gewalt und Tod, so die bereits während der Zeit der deutschen Besatzung zirkulierenden Überzeugungen, hätten Familien und somit auch Kinder in besonderem Maße betroffen – was zu physiologischen und psychologischen Folgen geführt hatte, die dringend angegangen werden mussten, galt es doch, rasch die durch die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik erfahrenen Bevölkerungsverluste auszugleichen und unter den neuen politischen Vorzeichen auch einen gesellschaftlichen „Wiederaufbau" voranzubringen.
Den im Ausklang des Zweiten Weltkrieges und seiner unmittelbaren Nachkriegszeit in Polen zirkulierenden Bildern von Familien und die sie konstituierenden politischen und gesellschaftlichen Diskurse und Bedeutungszuschreibungen sollen im Fokus dieses Vortrags stehen. Im Vordergrund stehen Vorstellungen von „normalen" und „devianten Familien", Elternschaft und damit zusammenhängende politische Instrumentalisierungen.

„The sense of justice and the need for eugenics require the fastest possible intervention"-Terminating Pregnancies Resulting from War Rapes in Poland of 1945

Jakub **GAŁĘZIOWSKI** (Augsburg/Warszawa)

Gałęziowski, Jakub, M.A. after graduating from the Jagiellonian University in Cracow with an MA in history worked as a historian with an interest in oral history and biographical research. Jakub is also a founder of the Polish Oral History Association and was its first president. Since 2016 he is a PhD student at University of Augsburg and University of Warsaw and has been writing his dissertation about „Entangled Biographies of Children Born of War in Poland".

In Poland, which in the last months of the war, and also after its end, became a transit area for the Red Army, women were raped on a large scale. The sexual violence affected not only local women who lived in former territories belonging to the Third Reich (so-called autochthons), but also Polish women – former forced laborers and ex-prisoners of

concentration camps returning to their homes after the war and women displaced from the Eastern Borderlands (Kresy Wschodnie) on to the western territories (known in accordance with the propaganda "Ziemie Odzyskane").
One of the consequences of rapes just next to venereal diseases were unwanted pregnancies. Therefore, by virtue of a special order issued by the Polish Minister of Justice, from June to November 1945, it was possible to terminate a pregnancy legally if it was created under the so-called „war circumstances". On the basis of the preserved documents, it is impossible to estimate the numbers, but judging by the secret appeal of the communist authorities from October 1945 it had to be so enormous, since doctors were advised a „considerable restraint" in directing women to treatments, motivating „the demographic needs of a war-devastated country". Ultimately, therefore, the concern for demographics was to be won with the "eugenics need" and "sense of justice". The paper will discuss the issue that has been unexplored in Polish historiography yet.

Genealogische „Zwangsgemeinschaft": Familienbeziehungen im Kontext der polnischen Krise um 1968

Nina **SEILER** (Zürich)

Nina Seiler ist seit 2018 Postdoc-Mitarbeiterin im SNF-Projekt „Krise und Communitas" am Slavischen Seminar der Universität Zürich. Sie hat Slavistik und Populäre Kulturen studiert und 2017 in Gender Studies/Slavistik promoviert. Ihre Dissertation *Privatisierte Weiblichkeit. Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen* wird zurzeit ins Polnische übersetzt. Ihre aktuelle Forschung fokussiert auf die Krise des Gemeinschaftlichen von 1968 in Polen.

Mitte der 1960er Jahre führte das Wiedererstarken des „nationalen Kommunismus" in der Volksrepublik Polen zu einer Verdichtung nationaler und nationalistischer Narrative. Ethnie und familiäre Herkunft gewannen im sozialen und politischen Diskurs an Gewicht – das zeigte sich etwa an Formen der „Sippenhaftung" im Kontext der Jugendproteste um 1968. Die Anschuldigungen der Behörden und der medialen Propaganda an die junge Generation standen in engem Zusammenhang mit der jeweiligen politischen (Un-)Gunst gegenüber deren Eltern. Besonders offenbar wurde die Instrumentalisierung familiärer Zusammenhänge jedoch im Kontext der antisemitischen Kampagne der Jahre 1967–1970. Hier wurden sozio- und biopolitische Ausschlussmechanismen zur Disqualifizierung jüdischer Pol*innen aus der polnischen Gesellschaft eingesetzt.
Vor diesem Hintergrund lässt sich fragen, welche Auswirkungen diese im offiziellen Diskurs zusätzlich mit Bedeutung aufgeladenen genealogischen Verbindungen auf Familienbilder rund um 1968 hatten. Familie konnte nun verstärkt zu einer Belastung werden, die die soziale Freiheit einschränkte. Gleichzeitig konnte diese „Zwangsgemeinschaft" als Rückzugsort in einer zunehmend hostilen Gesellschaft dienen, in der zwischenmenschliche Kontakte stets auch die Gefahr affektiver Übertragung bargen. In gewissen Formen sozialer Immunisierung nahm der Bereich der Familie somit eine Schlüsselrolle an.
Diese Mechanismen rund um soziale und politische Ein- und Ausgrenzungen in den Jahren 1967–1970 werden anhand der literarischen und filmischen Inszenierungen von Familie untersucht. Dabei soll gefragt werden, inwiefern Immunisierungsstrategien der Gesellschaft zu neuen Formen der Verbündung führen können, ob also die „negative", grenzziehende Krise von 1968 in den Künsten in „positive", grenzüberschreitende kulturelle Potentiale transformiert werden kann – und welche Rolle dabei Konzepte von Familie einnehmen.

Kommentar: Denisa **NEŠŤAKOVÁ** (Marburg)

Denisa Nešťaková is a historian. Since May 2019 she has worked as a research associate at the Herder Institute for the project *‚Family Planning' in East Central Europe from the 19th Century until the Authorization of ‚the Pill'*, focusing on Czechoslovakia. She studied History and Slovak language and literature at the Comenius University in Bratislava (Slovakia), and Jewish civilizations at the Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg (Germany). In June 2018, she defended her dissertation thesis titled *„Whoever is not with me is against me." Arab- Jewish relations during British Mandate for Palestine through the perspective of the German Temple Society* at the Comenius University in Bratislava. Her project Women and Men in the Labour Camp Sereď, Slovakia is carried thanks to the Post-doctoral grant of the Foundation for the Memory of the Shoah, Paris, France.

SEKTION III

III.1 IMPRISONED FEMININITY: GENDER ROLES AND INCARCERATION IN MODERN POLISH AND UKRAINIAN HISTORY

Chair: Felix **ACKERMANN** (Warszawa)

Victims and Perpetrators: Women as Convicted Child Murderers in Late 19th Century Eastern Galicia

Ivanna **CHERCHOVYCH** (Lviv)

PhD in History (2014). Dissertation was dedicated to everyday life of women from Ukrainian upper class in the late 19th century Habsburg Galicia. Since 2014 to 2018 had been working as junior research fellow at the Department of Modern History in Ivan Krypiakevych Institute of Ukrainian Studies (Lviv). Visiting scholar at Herder Institute for Historical Research on East Central Europe in Marburg (2017) and German Historical Institute in Warsaw (2019). The area of research interests: gender studies, historical anthropology in regards to 19th-century Austria-Hungary.

Women accused of crimes against children, the cases of whom were considered by Regional Court of the Galician capital in the late 19th century, are in the focus of my research. The territory of these cases encompassed defendants from Lemberg and its suburbs – towns and villages delineated as Eastern Galicia. The stories presented in these cases are examples of autobiography from literally silent part of female population in the past, that make it possible to decentralize the history (by *Natalie Zemon Davis*), to make it more multifaceted, narrated not only by powerful elites or literate middle class, but also by people from the very bottom of that time society. „Vantage points" of one-sided interpretations are broken down into life experiences and daily practices that are different from the ordinary but at the same time similar to them, because they were structurally constructed in one cultural matrix, the same time and in one territory.

I am particularly interested in the language of criminal records regarding women and „women's crimes" – infanticide and child abandonment, and what this language can tell us about fin-de-siècle Galician society, the relations between gender and crime, gender and criminal justice, gender and punishment. My goal is to present the stories of accused women not only as alternative women's experiences in the past, but also to represent their actions as their own choices, which had its ways of narration, motivations and interpretations. These stories are especially interesting in regards to industrialization, urbanization and emancipation as key processes of that time society, which enlarged dramatically percentage of women on the labour market and their mobility. I am intended to show how often women who by default were denied the opportunity to choose, according to widely spread perception about mandatory natural women's crime conditionality and potential deviancy of women, were able to take advantage of that judgement.

In the late 19th century Galicia, the question of *Can the Subaltern Speak?* would have rather positive answer. As the analyzed cases confirmed (generalizations are based on more than 80 criminal proceedings) the quality of accused woman self-defence in a court had played one of the most important roles in her sentence: the scale of the judgment given by court had been directly correlated with the desire or unwillingness of the accused women to speak for herself, to create her own story.

St. Vincent de Paul Goes St. Mary Magdalene. Merciful Sisters as Prison Guards in Lviv 1855–1914

Felix **ACKERMANN** (Warszawa)

Dr. phil. Felix Ackermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Aktuelles Forschungsthema: Geschichte des Strafvollzugs in Polen und Litauen in der Zeit der Teilungen. 2011–2016 DAAD visiting associate Professor for Applied Humanities an der European Humanities University in Wilna. 2001–2011 Aufbau des Instituts für angewandte Geschichte in Frankfurt (Oder), 2002–2003 MSc in Russian and Post-Soviet Studies, London School of Economics and Political Sciences, 1999–2002 Studium der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina. Forschungsschwerpunkte: Historische Stadtanthropologie, Migrationsforschung und Gewaltgeschichte in Mittel- und Osteuropa.

In this paper I analyze the particular role of a female congregation as prison guards at the 19th century *Magdalenki* prison. The former Dominican monastery located at the very heath of Lemberg became a penal prison in the mid 1850s.

Formally under the supervision of the Austrian state attorney responsible for Eastern Galicia, it was run by Merciful Sisters – an Austrian branch of an Catholic female congregation based in Italy. The takeover of a former monastery as a female prison by Merciful Sisters was both – a religious practice on behalf of the state and part of a broader policy to outsource specific welfare services to religious bodies loyal to the state.
Within for decades the historical Dominican compound became a central space of incarceration for woman in this part of the Habsburg Empire. As all other congregations it was seized already in 1783 as part of a strict secularization policy carried out by the imperial Austrian state. The St. Mary Magdalene church was a space of co-existence between urban dwellers inside the prison and outside. While the priest used the main nave of the church for regular services on Sundays and higher holidays, the merciful sisters appropriated the sacristy and the room directly behind the altar for prison services on a regular basis. As a consequence of this usage as *simultaneum* the church became zone of interaction and a gate to the city in a non-metaphorical way. In the documents we find evidence of regular attempts by female prisoners to escape via the church. An investigation of the case of Matrona Niedogoń dating back to April 1906 showed, how easy it was to leave the prison during the Catholic service at St. Magdalena. The drawing also contained hints for the establishment of additional metal doors and indicated spots, which were to be walled up.
Beyond this very physical link between prison and city I will ask about the differences between Magdalenki and Brygidki – the nearby male prison run by guards directly subordinated the state attorney as employees. I am particularly interested to answer the following questions: How the larger network of Merciful Sisters influenced the everyday praxis of the Lemberg female prison? How the materiality of the former Dominican monastery shaped the interaction between sisters and inmates more than hundred years after the seizure of the brotherhood? And which role religion played in the structure of time and space within the female prison? And finally, how the Merciful Sisters interacted with the Habsburg state? This micro historical perspective shall draw a picture of female spaces of incarceration, where woman supervise other woman on behalf of the state.

My Cell and My Body: Is There a Way to Historicize Imprisoned Female Physicality? – Reflections from Research on Post-War Polish Prisons

Anna **MULLER** (Michigan-Dearborn)

Anna Muller is an Associate Professor at the Department of Social Sciences at the University of Michigan-Dearborn. She is the author of *If the Walls Could Speak*. Inside a Women's Prison in Communist Poland. From 2010–2013, she worked for the Museum of the Second World War (in Gdańsk) as a curator responsible for the sections devoted to the Holocaust, the concentration camps, and eugenics. Continuing some curatorial work, she collaborated with the Emigration Museum in Gdyńia on a project titled *The People of Hamtramck* that included a series of interviews with the Hamtramck Polonia. Most recently she coordinated an exhibit on contemporary masculinities and femininities in Eastern Europe, titled *she, he, me*. The exhibit was on display at the Harn Museum in Gainesville, Florida and the Oloman Café in Hamtramck. She is also the president of the Polish American Historical Association.

My paper looks at the way imprisoned female physicality and the female body is being treated in the scholarship on incarceration. One of the underlying questions I am struggling with is whether or not human bodies help individuals gain mobility and how to historicize a discussion on this topic. The way the human body is used by the imprisoned individuals themselves as well by the correctional facilities administration can perhaps suggest some potential of the human body for transnational studies.
There is growing research that engages with the scope and the impact of sexual violence that is prevalent in many prisons regardless of place and time. The significance of building surrogate and homosexual families that are strong especially in female prisons has also being researched. There is research on the social construction of the importance of individual hygiene. Finallly, there is also growing interest in the way the trauma of the imprisoned extends and manifests itself in the body. Regardless of the variety of research, it is a challenging topic to talk about bodily matters in prison - the body is everywhere and yet it is somehow invisible. On the one hand, there are an abundance of bodily matters and topics we study (gender violence, sexuality, problems with hygiene); on the other hand, we do not really have the language to incorporate the results that bodily deprivation can have on an individual (for example, the deprivation of human contact and overexposure of other bodies). History is challenging human bodies in a variety of unexpected ways.
My research shows that in most prisons there is a small group of prisoners that manages to utilize the prison space to mobilize their potential / capabilities to adapt to the circumstances and transform / grow (regardless of how deprived a given institution is of any rehabilitative practices). And while there are multiple factors that play a role, I think one

important stimulus for that mobility beyond the confines of a prison cell is the body. What I believe is that human bodies can be perceived as borders – porous, renewing, transformative – that can reveal another dimension of an individual, but also a group's mobility. And the body as a central point of investigation – particularly in the transnational context of imprisonment - is never national and thus cannot be explained from the perspective of the nation-state paradigm.

Commentary: Claudia **KRAFT** (Wien)

Claudia Kraft ist seit März 2018 Professorin für Zeitgeschichte (Kulturgeschichte, Wissens- und Geschlechtergeschichte) an der Universität Wien. Sie studierte Geschichtswissenschaft, Slawistik und Politikwissenschaft in Gießen, Tübingen, Mainz und Marburg/L. 2001 wurde sie dort mit einer Arbeit über die Vereinheitlichung des polnischen Rechtssystems in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen promoviert. Danach arbeitete sie am Deutschen Historischen Institut in Warschau, an der Ruhr-Universität Bochum, an der Universität Erfurt und an der Universität Siegen. Ihr Forschungsinteresse richtet sich auf die Geschichte des Staatssozialismus nach 1945, auf rechts- und geschlechtergeschichtliche Fragestellungen in der Moderne sowie auf methodische Neuentwürfe für die auf Ost(mittel)europa bezogenen Regionalstudien.

III.2 GERECHTER UMGANG MIT RELIGIÖSER ABWEICHUNG. SEKTEN UND GEHEIME GESELLSCHAFTEN IM POLEN DES AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERTS

Leitung: Agnieszka **ZAGAŃCZYK-NEUFELD** (Bochum)

Im Laufe des 18. Jahrhunderts verschlechterte sich die Lage der Andersgläubigen im seit dem 16. Jahrhundert religionstoleranten Polen-Litauen. Trotz der Einflüsse der Philosophie der Aufklärung und der Reformen des Vierjährigen Sejms (1788–1792) hielt die Verfassung vom 3. Mai 1791 im ersten Artikel fest: „Die Herrschende Nationalreligion ist und bleibt der heilige römisch-katholische Glaube mit allen seinen Rechten, der Übergang von dem herrschenden Glauben zu irgend einer andern Confession wird bei den Strafen der Apostasie untersagt". Im frühen 19. Jahrhundert wurde der Katholizismus endgültig zu der Nationalreligion der Polen. Damit geriet es zunehmend in Vergessenheit, dass es im Polen des ausgehenden 18. Jahrhunderts nicht nur Katholiken, Protestanten oder Orthodoxe, sondern auch andere religiöse Gemeinschaften gab, die die Autorität der etablierten Kirchen und damit oft auch die Autorität des Staates infrage stellen und gleichzeitig einen gerechten Umgang für sich beanspruchten.
Ausgehend von der Annahme, dass sich durch das Prisma des Umgangs einer Herrschaft mit Andersdenkenden und Andersgläubigen ihre politisch-soziale Qualität gut messen lässt, beschäftigt sich die vergleichend angelegte Sektion mit drei Beispielen solcher religiösen Abweichler: den Frankisten, den Rosenkreuzern und den Chassiden. Diese von außen als „Sekten" wahrgenommenen Gemeinschaften verband eine tiefe Verwurzelung in klassischen „Geheimlehren" wie Magie, Astrologie und Kabbala, sowie eine Zusammenführung von christlichen und jüdischen Glaubenselementen. Indem sie die jeweilige religiöse Orthodoxie anzweifelten, brachten sie eine wichtige Debatte über Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft auf die Tagesordnung.
Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich dabei in dreierlei Hinsicht:
(1) Welche Gerechtigkeitsvorstellungen hatten die drei religiösen Gemeinschaften?
(2) Wie wurden sie im Hinblick auf staatliche Gerechtigkeitsvorstellungen behandelt?
(3) Beeinflussten die ausgewählten religiösen Gemeinschaften die Gerechtigkeitsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft?
Überdies geht es um die generelle Frage nach einem gerechten Umgang mit religiöser Devianz.

Die Warschauer Frankisten in den Diskursen und Aushandlungsprozessen um Rechte und Gerechtigkeit während des Vierjährigen Sejms (1788–1792)

Ekaterina **EMELIANTSEVA KOLLER** (Zürich)

Hat seit 2017 die SNF-Förderungsprofessur für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich inne. Nach der Promotion an der Universität Basel war sie an den Universitäten in Zürich, St. Gallen sowie an der Bangor University tätig. Ihre Dissertation *„Religiöse Grenzgänger im östlichen Europa. Glaubensenthusiasten um die Prophetin Ekaterina Tatarinova und den Pseudomessias Jakob Frank im Vergleich (1750–1850)"* erschien 2018.

Während antifrankistische Polemiken die Warschauer Frankisten als fremde „Sektierer" abstempelten, um mehr Rechte für die „wahren Stadtbürger" auszuhandeln, verorteten sich die Frankisten selbst zwar eindeutig innerhalb der katholischen Gemeinschaft Warschaus, allerdings in einem eigensinnigen Modus. Sie beharrten auf einer spezifischen Autonomie, deren grenzüberschreitende, liminale Qualität sie dem Urteil der Öffentlichkeit entzogen.

Hermetismus im Kontext der polnischen Aufklärung

Agnieszka **PUFELSKA** (Lüneburg)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut in Lüneburg und Privatdozentin an der Universität Potsdam. Sie studierte Germanistik, Kulturwissenschaften und Geschichtswissenschaft in Płock, Frankfurt (Oder) und Tel Aviv. Ihre Dissertation *„Die "Judäo-Kommune", ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939–1948"* erschien 2007; die Habilitation *„Der bessere Nachbar? Das polnische Preußenbild zwischen Politik und Kulturtransfer (1765–1795)"* – 2017.

In der Regierungszeit von Stanisław August Poniatowski (1764–1795) erfreute sich der Hermetismus einer großen Popularität in Polen-Litauen. Weder die Tätigkeit der Nationalen Erziehungskommission noch der Widerstand der katholischen Kirche konnten okkulte Strömungen aus Frankreich, Italien und Deutschland verdrängen. Die hermetisch-alchemistische und rosenkreuzerische Ideen fanden zahlreiche Anhänger besonders unter den polnischen Magnaten. Viele, die sich von den Kirchen abwendeten, übernahmen nicht gleich das neue, aufgeklärte Denken. Sie befassten sich lieber mit Geheimlehren, Mysterien und magischen Kulten, oder sie schlossen sich geheimnisumwitterten, häufig ausländischen Gesellschaften an. Gleichzeitig boten sie ein ideales Publikum für Abenteurer, Alchimisten und Hochstapler, die ganz Europa auf der Suche nach Förderern durchstreiften. Im Vortrag wird diese andere Seite der Aufklärung in Polen dargestellt. Gefragt wird nach der innerpolnischen und internationalen Bedeutung der polnischen Hermetismus-Anhänger, die verbotene Religionen ausübten, besondere Rituale vollzogen, spiritistische Sitzungen abhielten oder okkulten Phänomenen nachspürten.

„Sekten“ als Emanzipationsbewegungen. Chassiden im Osten Polen-Litauens an der Wende zum 19. Jahrhundert

Agnieszka **ZAGAŃCZYK-NEUFELD** (Bochum)

seit 2015 Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, mit dem Habilitationsprojekt über Sekten in Russland 1830–1917. Sie hat Politik- und Kulturwissenschaften an der Universität Warschau und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) studiert und danach in Marburg und Bochum promoviert. Ihre Dissertation „*Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976–1997*“ erschien 2014.

Nach den Teilungen Polens gerieten die Chassiden größtenteils unter die russische Herrschaft. In den von Russland im Westen und Südwesten neu inkorporierten Territorien bildeten die Chassiden jedoch nicht die einzige „Sekte“. In ihrer direkten Nachbarschaft befanden sich weitere religiöse Abweichler, die nach der Gemeindeautonomie, nach eigener Verwaltung und eigener Gerichtsbarkeit strebten. Für den russischen Staat stellten sie deswegen eine neue, vergleichbare Herausforderung dar, die gesetzlich geregelt werden musste. Die russischen und die jüdischen Sekten werden in der Forschung trotzdem immer separat behandelt. In dem Beitrag werden die Emanzipationsvorstellungen der Chassiden im breiteren Kontext des religiösen Synkretismus im Südwesten des erweiterten Russischen Imperiums thematisiert und mit weiteren religiösen Abweichlern verglichen. Es wird davon ausgegangen, dass gerade die emanzipatorischen Bestrebungen von religiösen Abweichlern die Fragen nach der gesetzlich garantierten Gerechtigkeit neu gestellt haben.

Kommentar: Tim **BUCHEN** (Dresden)

Junior-Prof. Dr. Tim Buchen ist BKM-Juniorprofessor für Ökonomische und soziale Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden. Zuvor war er DAAD-Fachlektor für Moderne Europäische Geschichte an der University of Edinburgh und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien der Europa-Universität Viadrina. Seine Dissertation *Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900* erschien 2012.

III.3 UNGERECHT UNBEACHTET – DEUTSCH-POLNISCHE ÜBERSETZUNG(EN) IM SPANNUNGSFELD INTERKULTURELLER KOMMUNIKATION

Leitung: Markus **EBERHARTER** (Warszawa)

Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für angewandte Linguistik der Universität Warschau sowie am Institut für Buch- und Leseforschung der polnischen Nationalbibliothek. Promotion zu Tytus Czyżewski und dem polnischen Formismus, Habilitation zu Übersetzerbiographien im Galizien des 19. Jahrhunderts. Wissenschaftliche Interessen: literarische Übersetzung, Translations- und Literatursoziologie, Buch- und Bibliotheksgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Inwiefern spielen Kategorien wie „Gerechtigkeit" oder „Ungerechtigkeit" im Rahmen der interkulturellen literarischen Kommunikation eine Rolle? Ist es „gerecht", dass manche Autor*innen und Texte sowie Übersetzer*innen es nachhaltiger als andere schaffen, eine bestimmte Sichtbarkeit im öffentlichen Diskurs zu erreichen? Ist es „ungerecht", wenn dies auf Kosten anderer geht? Welche kulturellen, politischen, sozialen etc. Faktoren sind dafür verantwortlich? Inwiefern lässt sich von inner- sowie außerliterarischen Mechanismen der Kanonbildung sprechen und wer ist für deren Festlegung und Etablierung verantwortlich? Was bedeutet „Macht der Übersetzung" im Sinne von Gayatari Spivak und welche Rolle spielt die Übersetzung auf dem „Kampffeld der Kultur", von dem Homi Bhabha schreibt?
Diese und andere Fragen, die in Bezug auf die literarische Übersetzungspraxis entscheidende Bedeutung dafür haben, welche Texte in Übersetzungen in einem anderen kulturellen Umfeld präsentiert werden und in welcher Form dies geschieht (u. a. die Entscheidungen, sie zur Übersetzung auszuwählen und zu veröffentlichen, ihre Finanzierung etc.), sollen in den einzelnen Beiträgen dieser Sektion aus verschiedener Perspektive beleuchtet werden. Insbesondere soll dabei der Bezug auf den deutsch-polnischen Kontext hergestellt werden und näher untersucht werden, wie das Bild voneinander in einzelnen Übersetzungen geprägt wurde und warum dies so war.

Jolanta Brach-Czaina und die Übersetzung

Bożena **CHOŁUJ** (Frankfurt/O. - Warszawa)

Literaturwissenschaftlerin am Institut für Germanistik und Leiterin der Gender Studies an der Warschauer Universität, Professur für Deutsch-Polnische Kultur- und Literaturbeziehungen und Gender Studies an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt a. d. Oder). Herausgeberin des Deutsch-Polnischen Translatorischen Jahrbuches „Oderübersetzen". Sie veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur polnischen und deutschen Literatur, zwei Bücher, zahlreiche Artikel zur Gender-Problematik.

Jolanta Brach-Czaina ist eine polnische Philosophin, deren Bücher, *Szczeliny istnienia* (1992) und *Błony umysłu* (2003) in Polen Furore gemacht haben. Sie behandelt in ihnen bescheidene Alltagserfahrungen, wie Essen von Sauerkirschen, Entbindungen im Kreissaal und in der Natur, Aufräumen im Haushalt, Atmen und Denken u.v.m. Sie tut das aber auf eine Weise, dass durch diese auf den ersten Blick banal erscheinenden Erfahrungen immer wieder Fragen der Situiertheit des Menschen in der Gesellschaft sowie der Menschheit im Universum aufgeworfen werden – existentielle Sinnfragen mit philosophischen, gesellschaftspolitischen bis hin zu ökologischen Implikationen. Bis heute sind diese Texte ins Deutsche nicht übersetzt worden. Obwohl man es hätte erwarten können, gab es weder seitens der sich in Deutschland intensiv entwickelnden Ethnomethodologie, die sich der Alltagsforschung zuwendet, noch des Feminismus, der die männliche Hegemonie in den Wissenschaften in Frage stellt, Initiativen für die Übersetzung dieser philosophischen Texte. Liegt es an dem literarischen Stil, in dem sie geschrieben sind, oder daran, dass sie keine Definitionen und keine griffigen Begriffe enthalten? Ich suche nach Gründen für die Schwierigkeit, deutsche Verlage für die Herausgabe der Arbeiten Brach-Czainas zu gewinnen. Was umso verwunderlicher ist, da das Interesse von Übersetzer_Innen an der Übersetzung dieser Texte im Gegensatz zu den Verlagen sehr groß ist.

Ungerecht zugeordnet. Wie die künstliche Intelligenz bei der Forschung zum realen Kanon helfen kann

Inez **OKULSKA** (Warszawa)

Dr. phil., studierte Literatur-, Sprach- und Kulturwissenschaften in Frankfurt (Oder), Poznań, Łódź und Prag. Nach der Promotion in 2014 Visiting Researcher an der Universität Harvard. Seit 2016 Forschungen auf dem Gebiet der Sciences sowie Studium der Robotik und Automatischen Steuerung. Zurzeit Forscherin und Doktorandin für Künstliche Intelligenz (KI) am Nationalen Institut NASK in Warschau, Interessen: Schnittschnellen der KI und Geisteswissenschaften, vor allem bei der Text- und Sprachverarbeitung.

Nach Heydebrand gibt es neben einem idealen, durch die Experten vorgegebenen Kanon auch einen „realen", wilden, durch die Leserschaft regierten. Dabei handelt es sich um keine bloße theoretische Unterkategorie, eine Teilung in zwei unterschiedliche Sets von Werten und Erwartungen existiert in der literarischen Rezeption wirklich und hat realen Einfluss auf die Übersetzungsgeschichte.
Jarniewicz hat von einem „Botschafter-Übersetzer" („tlumacz-ambasador") gesprochen, der seinen Lesern jene Texte präsentieren soll (d.h. sie für die Übersetzung auswählen), die „in der Ausgangskultur als die besten gelten". Er soll also dem Kanon der besten, wichtigsten etc. Werke folgen. Was bedeutet das aber? Wer entscheidet, was als bestes zählt? Zwischen den Kritikern und den Lesern besteht außerdem nicht selten eine Kluft. Es ist auch kaum möglich, die „reale" Position eines Autors oder seines Werks zu messen: Die Verkaufszahlen sind keine guten Indizien, denn beliebte Bücher können ausgeliehen oder illegal heruntergeladen werden. Umgekehrt werden preisgekrönte Bücher gerne gekauft, um sie ungelesen ins Regal zu stellen.
Ein realer Kanon der Leserschaft wurde nie richtig erfasst, da die entsprechenden Tools fehlen, ihn zu identifizieren und zu interpretieren. Millionen von Aussagen und Bewertungen zu jeweiligen Autoren und ihren Werken, die in Blogs, Social Media etc. zu finden sind, benötigen eine Rechenkapazität, über die kein Mensch verfügt. In meinem Referat möchte ich daher über das Potenzial der künstlichen Intelligenz für die Forschung zu Kanonbildung und -struktur sprechen. Ein für Big Data geeignetes Verarbeitungsvermögen ermöglicht es, die wirkliche Rezeption zu verstehen. Dies könnte nicht zuletzt zu einer Neuformulierung des Kanons führen und somit auch die Übersetzungspraxis nachhaltig beeinflussen, etwa in Bezug auf die Auswahl der Werke.

Survival of the Fittest? Zum Schicksal von DDR-Übersetzungen (und -ÜbersetzerInnen) nach der deutschen Wiedervereinigung

Bernhard **HARTMANN** (Duisburg)

geb. 1972 in Gerolstein/Eifel; studierte Polonistik und Germanistik in Mainz und Potsdam; war Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Potsdam, Berlin (HU), Erfurt, Wien und Bochum. Seit 2001 übersetzt er literarische und geisteswissenschaftliche Texte aus dem Polnischen, seit 2011 ist er freiberuflicher Übersetzer. 2013 erhielt er für seine Übersetzungen den Karl-Dedecius-Preis.

Während der Existenz zweier deutscher Staaten erfolgte die Rezeption der polnischen Literatur nicht selten zweigleisig. Zwar wurden häufig auch Lizenzen zwischen Bundesrepublik und DDR ausgetauscht, doch immer wieder erschienen Werke polnischer Autoren in beiden Ländern in verschiedenen Übersetzungen. Ein Beispiel ist Hanna Kralls *Zdążyć przed Panem Bogiem* (1977), das in der DDR 1979 in einer Übersetzung von Hubert Schumann (Dem Herrgott zuvorkommen) und in der Bundesrepublik 1980 in einer Übersetzung von Klaus Staemmler (Schneller als der liebe Gott) erschien. Auch Stanisław Wyspiańskis Nationaldrama *Wesele* (Die Hochzeit, 1901) erschien in zwei deutschen Übersetzungen: 1976 in Henryk Bereskas Fassung in der DDR und 1992 in der Übersetzung von Karl Dedecius im schon wiedervereinigten Deutschland.
Anhand dieser und anderer Beispiele sollen die Mechanismen der Zusammenführung des ost- und westdeutschen Literaturbetriebs nach 1990 in den Blick genommen werden. Von besonderem Interesse sind dabei die Vereinnahmungs- bzw. Ausschlussmechanismen, die sich aus der wiedervereinigungstypischen Asymmetrie der Kräfteverhältnisse ergaben. Welche Chancen hatten DDR-Übersetzungen polnischsprachiger Literatur und DDR-ÜbersetzerInnen im gesamtdeutschen Literaturbetrieb? Welche Faktoren entschieden gegebenenfalls darüber, welche Übersetzung letztlich kanonisiert wurde? Wie fanden sich DDR-ÜbersetzerInnen in den neuen Verhältnissen zurecht?
In der Zusammenführung von Übersetzungsanalyse und literatursoziologischen Betrachtungen soll ein bisher wenig beachteter Aspekt der deutsch-polnischen Übersetzungsgeschichte näher betrachtet werden.

Kommentar: Markus **EBERHARTER** (Warszawa)

III.4 „KAPITALISTEN“ UND „PRYWACIARZE“. OSTDEUTSCHE UND POLNISCHE PRIVATUNTERNEHMER IN PLANWIRTSCHAFT UND TRANSFORMATION

Leitung: Falk **FLADE** (Frankfurt/O.)

Die Behandlung von Privatunternehmern in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und Volksrepublik Polen (VRP) unterlag im Laufe der Jahrzehnte starken Veränderungen. Während viele Privatunternehmen in der VRP bereits in den ersten Nachkriegsjahren verstaatlicht wurden, zwang die ökonomische Situation die polnische Regierung ab Ende der 1970er Jahre, Privatunternehmen vermehrt Spielräume zu eröffnen. In der DDR wiederum wurde die Verstaatlichung nur schrittweise umgesetzt. Grundsätzlich spiegelt der Umgang mit Privatunternehmern die (offiziell propagierten) Normen und Werte des Staatssozialismus wider, die teilweise in starkem Kontrast zu heutigen Wertvorstellungen stehen. Das Panel möchte diese Normen und Werte am Beispiel von Privatunternehmern in einer Planwirtschaft diskutieren. Darüber hinaus beleuchtet das Panel auch das weitere Schicksal von Privatunternehmen und Privatunternehmern in der Transformationsphase nach 1990. Unter anderem wird hier der Frage nachgegangen, inwieweit Privatunternehmer ihre Erfahrungen aus der sozialistischen Zeit unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft nutzen konnten.

Politische und ökonomische Motive der Verstaatlichungskampagnen in DDR und VRP

Falk **FLADE** (Frankfurt/O.)

Falk Flade studierte Slawistik, Osteuropäische Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Greifswald und Lublin. Er promovierte im Bereich Wirtschaftsgeschichte zum Thema „Energy Infrastructures in the Eastern Bloc“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Arbeitsschwerpunkte sind Wirtschafts- und Technikgeschichte, Sozialismusforschung und Oral History. Derzeit arbeitet er im Rahmen eines BMBF-Drittmittelprojektes an seiner Habilitation.

Privatunternehmen erfüllten sowohl in der DDR als auch in der VRP eine Lückenbüßerfunktion, um die Mängel des planwirtschaftlichen Systems insbesondere bei der Bereitstellung von Konsumgütern abzufedern. In der VRP wurde Privatunternehmen ab Ende der 1970er Jahre im Gegensatz zur DDR allerdings wieder mehr Spielraum eingeräumt, als sich zeigte, dass die ökonomischen Mängel entgegen den Erwartungen vorübergehend waren. Während Privatunternehmen in der VRP also geduldet wurden und in den 1980er Jahren wieder an Bedeutung gewannen, wurde die Verstaatlichung von Privatunternehmen in der DDR in den 1970er Jahren vollendet. Die meisten noch verbliebenen Privatunternehmen sowie Betriebe mit staatlicher Beteiligung wurden in bestehende VEB und Kombinate eingegliedert oder geschlossen. Der Vortrag möchte einen Überblick über die politischen und ökonomischen Motive der verschiedenen Verstaatlichungswellen in beiden Ländern geben sowie die volkswirtschaftliche Rolle von Privatunternehmen beleuchten.

Miejsce prywatnych przedsiębiorstw w gospodarce Polski Ludowej i ich losy po 1989 roku

(Privatunternehmen in der Volksrepublik Polen und deren weitere Entwicklung nach 1989)

Vortrag in polnischer Sprache

Sławomir **KAMOSIŃSKI** (Bydgoszcz)

Sławomir Kamosiński promovierte und habilitierte im Bereich Geschichtswissenschaft an der Adam-Mickiewicz-Universität Posen. Seit 2008 arbeitet er an der Kazimierz-Wielki-Universität in Bydgoszcz, wo er zu Transformation, Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sowie Modernisierung forscht.

Sektor prywatnej własności istniał w Polsce Ludowej przez cały okres jej trwania. Warunki do prowadzenia prywatnej działalności gospodarczej zależne były od koniunktury gospodarczej w Polsce. Gdy pogłębiały się niedobory dóbr konsumpcyjnych na rynku wewnętrznym, władze zachęcały właścicieli drobnych prywatnych przedsiębiorstw do zwiększania produkcji. Szczególny rozwój tego sektora gospodarki nastąpił w dekadzie lat siedemdziesiątych oraz kolejnej - w latach osiemdziesiątych. Prywatne zakłady powstawały głównie w branżach kosmetycznej, odzieżowej i

obuwniczej, produkcji artykułów z tworzyw sztucznych, spożywczej. Przełomowe znaczenie dla prywatnej inicjatywy miała przyjęta u schyłku Polski Ludowej ustawa z 23 grudnia 1988 roku o działalności gospodarczej. Niespełna rok później, w sierpniu 1989 roku, powstał w Polsce pierwszy niekomunistyczny rząd Tadeusza Mazowieckiego. Kwestią wymagającą zbadania jest prześledzenie losów prywatnych przedsiębiorstw, które powstały w Polsce Ludowej i po 1989 roku zderzyły się z gospodarką wolnego rynku. Czy ówcześni przedsiębiorcy, którzy w latach gospodarki niedoborów mieli zapewniony praktycznie nieograniczony zbyt na swoje produkty, potrafili sprostać konkurencji wolnorynkowej? Czy prywatny przedsiębiorca z okresu Polski Ludowej musiał przejść „transformację mentalną" i dostosować się do nowych warunków gospodarowania?

Erbe des Sozialismus verankert im Habitus der polnischen und ostdeutschen Unternehmer. Gerechtigkeit im globalen Wettbewerb nach der Transformation?

Anna **STEINKAMP** (Frankfurt/O.)

Anna M. Steinkamp studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Łódź und European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Im Rahmen ihres Promotionsstipendiums forschte sie über Internationalisierungsstrategien deutscher und polnischer Produktionsunternehmen. Aktuell arbeitet sie an der Europa-Universität Viadrina an ihrer Habilitation zu unternehmerischen Habitusdispositionen in der Umbruchgeneration vom Staats- zum Postsozialismus im deutsch-polnischen Vergleich.

Unternehmer aus postsozialistischen Staaten standen nach der Transformation plötzlich vor neuen Herausforderungen: Handeln und Führen des Unternehmens nach neuen Marktbedingungen als auch Konkurrenz im globalen Wettbewerb mit Unternehmern aus kapitalistischen Ländern. Wettbewerber aus dem Westen verfügten nicht nur über mehr Kapital, sondern auch über besseres Know-how, bessere Ausbildung und stärkere Marktorientierung. Ziel des Vortrages ist es zu zeigen, welche spezifischen, sozio-kulturell verankerten Handlungsorientierungen Unternehmer, die im Sozialismus geboren wurden, aufweisen und welche habituellen Prägungen sie an einer erfolgreichen Etablierung des Unternehmens am Markt hindern.

Kommentar: Uwe **MÜLLER** (Leipzig)

Uwe Müller studierte Geschichte in Leipzig und promovierte mit einer Arbeit zum Chausseebau im 19. Jahrhundert an der HU Berlin. Im Anschluss wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Standorten, seit 2011 am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa in Leipzig.

III.5 DEUTSCH-POLNISCHE WAHRNEHMUNGEN ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN UND DANACH

Leitung: Dagmara **JAJEŚNIAK-QUAST** (Frankfurt/O.)

Daseinsrecht und/oder historische Sendung: Der Topos von „Polens angemessenem Platz in der Welt" von der Pariser Friedenskonferenz 1919 bis heute

Jens **BOYSEN** (Warszawa)

1991–1997 Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main und Dublin. 1998 Absolvent des Europakollegs in Warschau-Natolin. 2008 Promotion an der Universität Tübingen. Tätigkeiten als wiss. Mitarbeiter bzw. Projektkoordinator an der Universität Tübingen, am Europakolleg in Brügge, am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig, am Institut für Slavistik der Universität Leipzig sowie am Fraunhofer-Zentrum Mittel- und Osteuropa. 2010–2016 wiss. Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau, 2017 an der TU Chemnitz, seit Okt. 2019 Visiting Professor am Collegium Civitas in Warschau.

Während des Ersten Weltkriegs erfuhr die – besonders für den polnischen Fall – schon aus dem 19. Jahrhundert bekannte ‚moralische' Argumentation der „staatenlosen Völker" gegen die „Teilungsmächte" eine Renaissance, indem sie sich mit dem alliierten Narrativ eines angeblich für Demokratie und nationale Selbstbestimmung gegen die „autoritären" Mittelmächte geführten Krieges verband. Die von den Westmächten in völkerrechtlich revolutionärer Weise zu Quasi-Diplomaten erhobenen Wortführer der „kleinen Völker" rechtfertigten ihre resultierende Illoyalität ebenfalls revolutionär, was unter anderem in der Bezugnahme auf den „Völkerfrühling" von 1848 zum Ausdruck kam. Im polnischen Fall trat hinzu, dass die politische Agenda aller wichtigen Akteure über die bloße staatliche Unabhängigkeit hinausgriff und eine Hegemonialstellung zwischen Deutschland und Russland anstrebte. Diese Ambition konnte aber von der besagten ‚moralischen' Argumentation nicht getragen werden, weshalb die polnische außenpolitische PR zwischen dieser und einem historisch begründeten Führungsanspruch changierte. Anhand einiger zeitgenössischer Texte sollen die Linien dieser ambivalenten Selbstdarstellung ab 1919 und ihre Nachwirkungen skizziert werden.

Batory, Goralen und Luxtorpeda. Die Funktionen von Geschichte und Polenbild in der polnischen Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit

Bartosz **DZIEWANOWSKI-STEFAŃCZYK** (Warszawa)

Historiker und stellvertretender Leiter der Wissenschaftsabteilung des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität. 2013 Promotion am Historischen Institut der Warschauer Universität. Tätigkeiten für die dänische Botschaft in War-schau und für „Radio Free Europe", 2012-2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, 2012-2016 wissenschaftlicher Sekretär der Polnisch-Deutschen Schulbuchkommission.

Das Ziel des Referates ist es die polnische auswärtige Kulturpolitik im Bezug auf Deutschland in den Jahren 1918-1939 zu präsentieren. Von besonderem Interesse sind die Funktionen von Geschichte für das Bild Polens und seiner Diplomatie, also die angewandte soft power (J. Nye). Das wiedergeborene Polen musste nicht nur an den Fronten der folgenden Grenzkrie-ge, sondern auch während der Pariser Friedenskonferenz und über die folgenden Jahre diplomatisch um die Akzeptanz seiner Existenz kämpfen. Von besonderer Wichtigkeit war Deutschland als Bühne dieser Politik. Ein wichtiges Element der Aktivitäten der polnischen Diplomatie war die Schaffung des Bildes eines starken Staates. Dieser Politik dienten aus-gewählte Fakten aus der Geschichte Polens. Gleichzeitig wollte die polnische Diplomatie das Bild eines modernen Staates prägen.
Das Referat wird in drei Teile gegliedert. Es werden Initiativen dargestellt, die in Polen stattfanden – z.B. die Ausstellung in Posen (1929) oder der Historikerkongress in Warschau (1933); Initiativen im Ausland, die nach Deutschland wirken sollten – z.B. die Weltausstel-lungen in Paris (1937) und in New York (1939); und vor allem solche Initiativen, die in Deutschland stattfanden oder geplant wurden. Hervorheben kann man die Bestrebungen des polnischen

Außenministeriums zur Übersetzung der „Geschichte der polnischen Kultur“ von Aleksander Brückner, sowie Schulbuchgespräche und Ausstellungen zur polnischen Kultur in Deutschland (1934).
In dem Referat werde ich versuchen, die Mechanismen der Außendarstellung sowie seine Elemente zu analysieren. Dazu werden die Archivmaterialien des Außenministeriums und des Ministeriums für Kultur und Kunst aus dem Archiv für neue Akten in Warschau sowie die Materialien aus dem Archiv des Kunstinstituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften verwendet. Das Vorhaben ist ein Teil meines Habilitationsprojektes zu der polnischen aus-wärtigen Kulturpolitik im Bezug auf Deutschland im 20. Jahrhundert.

Searching for Justice after War. The Polish-German Mixed Arbitral Tribunal, 1919–1933

Jakob **ZOLLMANN** (Berlin/Abu Dhabi)

Jakob Zollmann read history, philosophy, and law in Berlin, Paris, and San Francisco. He has taught at the University of Namibia, Windhoek, were he also undertook research. He was Visiting Fellow at the German Historical Institute in Paris, and is currently researcher at the Center for Global Constitutionalism of the WZB Berlin Social Science Center. His research focuses on the history of international law and on the (legal and social) history of colonial Africa. He has published *Koloniale Herrschaft und ihre Grenzen. Die Kolonialpolizei in Deutsch-Südwestafrika*, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2016 (400 p.) and *Naulila 1914. World War I in Angola and International Law*, Baden-Baden, Nomos, 2016 (516 p.).

When Poland regained its independence in the aftermath of World War I, it partook in the advantages the Treaty of Versailles offered to Allied nations concerning payments from Germany. Poles as former German subjects who were treated for generations as second class citizens were thus enabled to use international law to their advantage by claiming damages from the former overlord. In Part X of the Treaty of Versailles Allied rights were stipulated concerning private law and affecting private property. On the baseline of these sections stood the principle of restitution of private property affected by the war. As the value of the damages and losses had to be investigated for each individual case, the Allies agreed amongst themselves that any claim raised by an Allied national against the German government on such grounds was to be determined by a Mixed Arbitral Tribunal (MAT), as defined by Article 304. These MATs were international tribunals created under international law (the Treaty of Versailles) and, as contemporary German lawyer Hermann Isay put it, their “most radical characteristic” (compared to other international tribunals) was “that not only States but also private individuals may appear before them as parties.”
My presentation will shed light on the labor of the Polish-German Mixed Arbitral Tribunal instituted in 1920. I will put a particular focus on the role played by the fraught history and contemporary (hostile) politics between the former ruler and the former dominated during the arbitral proceedings. In Poland, not only politicians but thousands of individuals pinned their hope on this international tribunal to render justice against the backdrop of past German wrongdoings. The political pressure on this tribunal was immense. MAT Presidents resigned out of frustration. The cumbersome procedure was best illustrated by the Polish-German MAT, probably the most politically charged MAT: after more than seven years it had decided less than ten per cent of the thousands of cases brought forwards. However, until the early 1930s, the Polish-German MAT considered around 30,000 claims. The arbitral awards were in part published. And it is thus also a question how German, Polish and other legal commentators analyzed and assessed the legal outcomes? How did academic authors consider the politics around this MAT and how did they weigh their own (political) role in the German-Polish relationship shortly after Poland regained its independence?

Kommentar: Dagmara **JAJEŚNIAK-QUAST** (Frankfurt/O.)

Sie leitet das Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien (ZIP) der Europa-Universität Viadrina (EUV) und das Graduiertenkolleg Interdisziplinäre Polenstudien. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Wirtschaftshistorikerin habilitierte sich 2013 im Fach Europäische Geschichte mit Schwerpunkt Wirtschaftsgeschichte an der Universität Siegen. Sie forschte und lehrte unter anderem am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam, der Universität Erfurt, dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig und dem Netherlands Institute for Advanced Study (NIAS) in the Humanities and Social Sciences of the Royal Netherlands Academy of Arts and Sciences (KNAW) in Wassenaar. Derzeitig konzentriert sich ihre Forschung auf das Thema „Soziale Wirtschaft“.

III.6 DEUTSCHE UND POLNISCHE AKTEURE DER SOWJETISCHEN *NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK*

Die Dorfsowjets in der sowjetukrainischen Provinz, 1923–1928

Leitung: Stephan **RINDLISBACHER** (Frankfurt/O.)

Nach dem Zusammenbruch des Russischen Reiches 1917 spielten deutsch- und polnischsprachige Personen in der Ukraine beim staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetrepublik eine wesentliche Rolle. Die Institutionalisierung der polnischen und deutschen Minderheitengemeinschaften in den Dorfsowjets als Verwaltungseinheit war sowohl grundlegend für das Selbstverständnis und die Ausbildung einer Gruppenidentität als auch für die Organisation des neuen Staates und seiner Wirtschaft. In den Jahren von 1923 bis 1929 waren insbesondere Vertreter der deutschen und polnischen Lokalbevölkerung somit aktiv am Aufbau dieses neuen Regimes in der Sowjetukraine beteiligt, obwohl der Anteil der Kommunisten unter den Mitgliedern der Dorfsowjets bis 1929 marginal blieb.
Die Panelteilnehmer sind Teil eines von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten deutsch-polnisch-ukrainischen Kooperationsprojekts, das die Rolle dieser lokalen Minderheitenakteure untersucht. Ziel sind die Publikation eines kommentierten Quellenbandes sowie der Aufbau einer von der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne betreuten digitalen Dokumentendatenbank.

Die Neuordnung der Lokaladministration in der Sowjetukraine am Beispiel des Karl-Liebknecht Rajons, 1922–1929

Stephan **RINDLISBACHER** (Frankfurt/O.)

Stephan Rindlisbacher ist Historiker und seit Juni 2019 am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien tätig, wo er ein Projekt zu deutschen und polnischen Aktivisten in ukrainischen Dorfsowjets in den 1920er Jahren koordiniert. In seiner Dissertation hat er sich mit dem radikalen Milieu im späten Zarenreich auseinandergesetzt. In seinem Habilitationsprojekt untersucht er nun die Frage, unter welchen Voraussetzungen im frühen Sowjetstaat die Grenzen zwischen den einzelnen Unionsrepubliken gezogen worden sind.

Die Ukrainische Sowjetrepublik wurde zwischen 1922 und 1926 zu einem der Versuchslabore der administrativ-territorialen Neuordnung des Sowjetstaates (rajonirovanie). Die von der staatlichen Wirtschaftsplanbehörde Gosplan vorangetriebenen Pläne zielten vor allem darauf ab, durch die Dezentralisierung der Administration (u.a. Budgetautonomie, lokale Wirtschaftsplanung, Schuladministration) die landwirtschaftliche Produktion nach dem Bürgerkrieg wieder in Gang zu bringen. Die Schaffung nationaler Minderheitensowjets sollte die Implementierung der neuen Staatlichkeit auch in nicht-ukrainischsprachigen Gebieten sicherstellen. Dieser Panelbeitrag untersucht am Beispiel des 1924 gegründeten deutschsprachigen Karl-Liebknecht Rajon im Okrug Nikolaev, wie die Akteure vor Ort die von den sowjetischen Behörden eröffneten Möglichkeiten nutzten und diese in ihrem Sinne gestalten konnten. Konfliktpunkte waren unter anderem die religiösen Praktiken der evangelisch-lutherischen Gemeinden, aber auch Fragen der Besteuerung. Mit dem Beginn der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft verschwanden dann auch viele politische und administrative Freiräume, welche der deutsche Rajon nach 1924 besessen hatte.

Mniejszości narodowe na południu Ukrainy w latach 1920–1930. Na przykładzie Niemców i Polaków

(Nationale Minderheiten im Süden der Ukraine am Beispiel der Deutschen und Polen in den 1920er und 1930er Jahren)

Vortrag in polnischer Sprache

Evgen **SINKEVYCH** (Čerkasy/Przemyśl)

Jest absolwentem historii Charkowskiego Uniwersytetu Państwowego, który ukończył w 1985 r. Przebieg pracy zawodowej: 1990 r. obronił pracę doktorską na Charkowskim Uniwersytecie Narodowym. W 1993 r. został docentem Katedry Historii Ukrainy i Narodów Słowiańskich. W latach 1995–2004 dziekan Wydziału Historycznego Chersońskiego Państwowego Uniwersytetu. W latach 2004-2007 pracował jako profesor uczelniany w Czarnomorskim Narodowym Uniwersytecie im. Petra Mohyły w Mykołajowie. W 2011 r. obronił habilitację na Uniwersytecie im. Olesia Honczara w Dniepropietrowsku.

Po rewolucji październikowej w 1917 roku i wojnie domowej oraz interwencji zagranicznej na południu Ukrainy sytuacja gospodarcza była niekorzystna, szczególnie dla ludności wiejskiej. Częste zmiany władzy, rozboje miały szczególnie negatywny wpływ na przedstawicieli mniejszości narodowych. Dlatego ustanowienie władzy radzieckiej w regionie w 1921 r. było postrzegane przez ludność jako szansa na uniknięcie negatywnych przejawów okresu „komunizmu wojennego". Część Niemców i Polaków skorzystała z tej sytuacji, aby wyemigrować do swoich ojczyzn: do Niemiec i Polski; inni próbowali aktywnie uczestniczyć w konsolidacji władzy radzieckiej, tworząc rady wiejskie. Liczne dokumenty archiwalne przechowywane w obwodowych archiwach w Odessie, Chersoniu i Mikołajowie dają podstawy sądzić, że przedstawiciele mniejszości narodowych byli w latach dwudziestych aktywnymi uczestnikami budowania systemu socjalistycznego. Jednakże pod koniec lat dwudziestych dążenie bolszewickiej partii komunistycznej do przejęcia kontroli nad chłopami poprzez przymusowe włączenie ich ziemi do kołchozów i gospodarstw państwowych doprowadziło do konfrontacji władz z ludnością wiejską na południu Ukrainy. Ten opór przybierał wiele form. Np. z niektórych wsi zamieszkałych przez ludność niemiecką wysłano delegacje do ambasady niemieckiej do Charkowa, aby złożyć skargę na nękanie przez władze radzieckie. W tym czasie rozpoczęła się masowa emigracja niemieckich menonitów do Ameryki. Z kolei ludność polska zwróciła się do konsulatu z prośbą o rozwiązanie problemu przesiedlenia do II Rzeczypospolitej. Wraz z ukraińskimi chłopami osady polskie i niemieckie poniosły liczne straty podczas głodu w latach 1933–1934. Trochę zmniejszyła te straty wśród ludności niemieckiej pomoc żywnościowa dostarczana przez państwo niemieckie za pośrednictwem placówek dyplomatycznych. Dotychczasową, historycznie ukształtowaną na Ukrainie, strukturę geograficzną ludności polskiej i niemieckiej zniszczyły rozpoczęte w latach 1934–1935 deportacje ludności polskiej i niemieckiej z Ukrainy do Kazachstanu, a następnie rozpoczęte przez NKWD, na zlecenie partii komunistycznej, tzw. „operacje polska i niemiecka". W trakcie ich realizacji pod fałszywym zarzutem działalności antyradzieckiej i szpiegostwa na rzecz Polski i Niemiec na podstawie wyroków specjalnych skazano na wieloletnie pobyty w łagrach (przeważnie na 10 lat) dziesiątki tysięcy Polaków i Niemców, a wielu przedstawicieli miejscowej inteligencji rozstrzelano. Analiza tego zjawiska prowadzi do wniosku, że losy ludności polskiej i niemieckiej na Ukrainie były bardzo podobne.

Hreczany w okresie NEP. Polska społeczność wiejska wobec przemian ekonomicznych na Ukrainie Radzieckiej

(Polnische Aktivisten in den Dorfräten der westlichen Sowjetukraine)

Vortrag in polnischer Sprache

Stanisław **STĘPIEŃ** (Warszawa)

Stanisław Stępień jest absolwentem Wyższej Szkoly Pedagogicznej w Krakowie. W 1988 r. obronił pracę doktorską pt. Społeczność ukraińska w Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1918–1939. W 1990 r. założył w Przemyślu Południowo-Wschodni Instytut Naukowy. W 2002 r. odbył staż w Max-Planck-Institut w Halle/Saale. Jako profesor wizytujący prowadził wykłady na Wydziale Historycznym Uniwersytetu im. Iwana Franki we Lwowie oraz tamtejszym Ukraińskim Uniwersytecie Katolickim. Stępień jest także wykładowcą w Państwowej Wyższej Szkole Wschodnioeuropejskiej w Przemyślu, w latach 2012–2016 był jej prorektorem.

Wieś Hreczany była jedną z wielu miejscowości Ukrainy Radzieckiej, w zdecydowanej większości zamieszkałą przez ludność narodowości polskiej. Dzieje wsi jak w soczewce obrazują zarówno przeszłość ziem ukraińskich w poprzednich stuleciach, jak i kształtowanie się ich struktury narodowościowej. Były one zdeterminowane wojnami, a także osadnictwem, wynikającym z potrzeb gospodarczych i militarnych, a nie jak się często w historiografii przedstawia, jedynie czynnikami natury politycznej, realizowanymi także w sposób nachalny w czasach radzieckich. Mieszkańcy wsi Hreczany byli potomkami osadników z centrum Polski, z Kujaw, osiedlonymi na ziemiach ukraińskich w XVII w. po ich wyludnieniu w wyniku wojen tureckich. Do XX wieku zachowali oni wyznanie rzymskokatolickie, tradycje i zwyczaje, a także język polski, nawet z naleciałościami gwarowymi z Kujaw. Przez miejscową ludność zwani byli „Mazurami", podobnie jak Polacy na innych terytoriach ukraińskich i białoruskich. W 1927 r. na ogólną liczbę 3656 mieszkańców składało się ponad 93% Polaków, Ukraińców żyło tam zaledwie 187, 53 osoby to Rosjanie, 1 osoba przyznawała się do narodowości żydowskiej, a 7 osób należało do innych narodowości. Gdy po rewolucji październikowej na Ukrainie zaczęto wprowadzać tzw. leninowską politykę narodowościową, wówczas Polacy, podobnie jak Ukraińcy i inne narodowości, utworzyli w Hreczanach Polską Radę Wiejską, jako najniższą instytucją samorządową. Była to wieś duża i bogata, bo podmiejska, leżąca tuż przy mieście Płoskirów (od 1954 r. nosi nazwą Chmielnicki). Miejscowi rolnicy korzystali więc na bieżąco z rynku miejskiego, aby zbywać swe produkty rolne. We wsi było 802 gospodarstw wiejskich, obejmujących łącznie 2071,71 dziesięcin ziemi. Mimo polityki NEPu już w 1924 r. przystąpiono tam do kolektywizacji. Do 1927 r. udało się władzom zachęcić jedynie 7 biedniejszych gospodarzy do wstąpienia do kołchozu, co stanowiło jedynie 0,87% wszystkich tamtejszych gospodarstw, a sam kołchoz liczył jedynie 31 dziesięcin ziemi uprawnej. Mieszkańcy wyraźnie bojkotowali wszelkie działania kolektywizacyjne. W tej sytuacji Polska Rada Wiejska w Hreczanach była ostro krytykowana przez instancje partii komunistycznej i ukraińskie instytucje administracyjne. Wobec opornych stosowano różnego rodzaju represje, jak np. poprzez zwiększanie podatku rolnego i obciążeń obowiązkowymi kontyngentami dostarczania produktów rolnych. Obciążenia te stopniowo rosły, z czasem przekraczając możliwości finansowe i produkcyjne polskich chłopów w Hreczanach. W 1932 r. państwo radzieckie podjęło decyzję o przymusowej kolektywizacji rolnictwa na Ukrainie, w konsekwencji indywidualne gospodarstwa rolne w Hreczanach przestały istnieć. Wieś, podobnie jak na całej Ukrainie, dotknięta została zjawiskiem masowego głodu. Ponadto władze zdecydowały się na wywózki całych rodzin, subiektywnie zakwalifikowanych jako element antyradziecki, do Kazachstanu. Mimo to wieś jednak przetrwała do dnia dzisiejszego, choć ilość ludności polskiej znacząco się zmniejszyła.

Kommentar: Frank **GRELKA** (Frankfurt/O.)

Frank Grelka promovierte mit einer komparativen Studie zur ukrainischen Nationalbewegung unter deutscher Besatzung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Osteuropahistoriker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien, wo er zur Geschichte des Stalinismus und des Nationalsozialismus forscht. Derzeit arbeitet er am Beispiel des Distrikts Lublin an einer Monographie zur Bedeutung nicht-industrieller Zwangsarbeitslager für den Genozid in den Jahren 1939–1941.

III.7 POLAND AND UKRAINE – LANGUAGE AND SOCIETY

Chair: Ruprecht **VON WALDENFELS** (Jena)

Facetten polnischen Einflusses auf das Lemkische

Achim **RABUS**, Zaidan **LAHJOUJI** (Freiburg i. Br.)

Achim Rabus ist seit 2016 Professor für Slavische Sprachwissenschaft an der Universität Freiburg. Zuvor hatte er die Aleksander-Brückner-Professur für Slawistische Sprachwissenschaft an der Universität Jena inne. Er wurde 2008 mit einer Arbeit zu oststlavischen geistlichen Gesängen promoviert, 2014 habilitierte er sich mit einer Studie über slavischen Sprachkontakt. Zu seinen aktuellen Forschungsinteressen zählen slavische Minderheitensprachen in Polen und anderen slavischen Ländern.

Zaidan Lahjouji studierte zwischen 2011 und 2017 Russlandstudien und Slavische Philologie an der Universität Freiburg und der Staatlichen Universität Tver'. Seit 2019 ist er Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Slavistische Sprachwissenschaft an der Universität Freiburg. In seinem Dissertationsprojekt erforscht er, unter Verwendung quantitativer Analysemethoden, kontaktbedingte Sprachwandelerscheinungen im Karpatorussinischen.

Unter den SprecherInnen der in Polen verwendeten lemkischen Varietät des Russinischen herrscht asymmetrischer Bilingualismus: Die Dachsprache, in diesem Fall der polnische Standard, dominiert im lemkisch-polnischen Kontakt. In dem Beitrag soll der vielfältige Einfluss des Polnischen auf das Lemkische beleuchtet werden. Dazu werden, basierend auf Daten aus dem Korpus des gesprochenen Russinischen, ausgewählte lautliche und morphologische Kontaktphänomene analysiert. Mit Hilfe elaborierter statistischer Verfahren wie gemischten Modellen (GLMM) oder Random Forests werden die Bedeutung der unterschiedlichen inner- und außersprachlichen Variablen für die sprachliche Realisation im aktuellen Lemkischen eruiert. Dabei werden auch die Möglichkeiten und Grenzen eines solchen quantitativen Zugangs diskutiert.

Language, Politics, and Nationality: Ukraine between Poland and Russia during the 19th and at the Beginning of the 20th Centuries

Kai **STRUVE** (Halle)

Kai Struve is a Privatdozent at the Institute of History of Martin Luther University Halle-Wittenberg. Currently, he works on a DFG-funded research project analyzing discourses on Ukrainian nationalism in East and West during the Cold War.

The formation of modern nations was a rather contingent process that took place in a complex interplay of politics, social relations and conflicts, religious belonging as well as language use and language politics. The paper will discuss the current state of research on how these different factors interacted in the formation of the Ukrainian nation in the Habsburg and Czarist Empires until World War I. In particular, the role of languages and language policy will be examined.

Polish Influences in Written Ukrainian through Space and Time

Ruprecht **VON WALDENFELS** (Jena)

Ruprecht von Waldenfels, Dr. phil., Professor of Slavic linguistics at Jena University, deputy director of the Aleksander Brückner Center for Polish Studies in Halle/Jena. His research interests include comparative Slavic linguistics, dialectology and sociolinguistics of Polish, Russian and Ukrainian, language contact in the Northern Slavic area.

Standard Ukrainian was formed in the 19th and 20th century in, broadly speaking, two distinct regions with very different language situations. While written Ukrainian was based on the same dialectal basis in both regions, two broad variants of Ukrainian emerged in a complex interplay of centrifugal and centripetal developments, with the Western variant broadly influenced by language contact with Polish.

In our talk, we focus on the rise and fall of lexical and structural loans in Standard Ukrainian during this complex process of the formation of today's standard Ukrainian. We use a large (> 300 mio words) corpus of texts from different periods and regions to trace these changes (see www.uacorpus.org). This approach makes it possible not only to find well-known lexical contrasts such as Ateny vs. Afiny ‚Athens', kljasa vs. klas ‚class', paralelja vs. ‚parallel' ‚parallel'; mapa vs. karta ‚map', naklad vs. tyraž ‚edition' influenced by Polish and Russian, respectively. We also see less obvious differences on the level of lexical semantics and collocations such as Western považna ljudyna ‚respectable person', považna vtrata ‚great loss' (Pol. poważny) vs. Central Ukrainian považna ljudyna but ser'jozna vtrata. Moreover, using this instrument, we can investigate less categorical differences, such as the use of the preposition do vs. v/u or the Polish loan narazi (‚in the time being') which was initially restricted to the West, but never dominant even there, and became a stylistic variant across all of written Ukrainian in the course of the 20th century. Overall, taking a polyvariate view allows us to model how it was only after the second world war that the two variants merged in the new Soviet Ukraine.

Commentary: Klaus **BUCHENAU** (Regensburg)

Prof. Dr. Klaus Buchenau, born in Warleberg (Schleswig-Holstein). 2003 Doctorate Degree at the Freie Universität Berlin on Orthodoxy and Catholicism in socialist Yugoslavia. 2010 Habilitation at the Freie Universität Berlin on transnational anti-Western networks (Russia/Serbia). 2009-2013 Research Associate at the International Research Training Group "Religious cultures in 19th and 20th-century Europe". Since 2013 Acting Professor for Southeast and East European History at the Universität Regensburg (as substitute for Professor Dr. Ulf Brunnbauer).

III.8 (DIS)ENTANGLED HISTORIES – NEUE FORSCHUNGEN ZUR JÜDISCH-NICHTJÜDISCHEN BEZIEHUNGSGESCHICHTE IM POLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

Leitung: Markus **NESSELRODT** (Frankfurt/O.)

Dieses Panel will den Blick auf die Frage richten, wie sich soziale und politische Beziehungen verflechten und entflechten. Das Beispiel Polens in der Epoche zwischen Wiener Kongress und dem Zweiten Weltkrieg erscheint uns für ein solches Unterfangen besonders vielversprechend zu sein. Grundlegend dafür ist die Beobachtung, dass seit Beginn des 19. Jahrhunderts alle drei Teilungsgebiete innerhalb weniger Jahrzehnte eine Reihe umfassender Veränderungen im Bereich sozialer, wirtschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Normen erlebten, die sich wiederum erheblich auf die Konturen sozialer Verflechtungen auswirkten. Beispielhaft lassen sich die eng miteinander verwobenen Prozesse der Industrialisierung, Migration und Urbanisierung nennen, die bestehende soziale Ordnungsvorstellungen veränderten. Dazu gehört auch die Herausbildung neuer Kollektivsubjekte wie die Nation oder die Arbeiter, die im Laufe des 19. Jahrhunderts von zunehmender Bedeutung für den politischen Diskurs über das Zusammenleben von Polen und Juden werden. In allen drei Teilungsgebieten wurde die Frage der Emanzipation der Juden diskutiert. Die seinerzeit formulierten Antworten verweisen auf grundsätzliche Fragen zur Dynamik von Ver- und Entflechtung sozialer Gruppen im geteilten Polen. Das komplexe Erbe oder Teilungszeit zeigte sich nach 1918 auch im Bereich der Wissenschaften, wo sich jüdische Wissenschaftler/innen einer zunehmenden Nationalisierung der Wissenschaften ausgesetzt sahen.

Gesellschaft denken. Politiktheoretische Betrachtungen zur jüdisch-polnischen Verflechtung in der Mitte des 19. Jahrhunderts

François **GUESNET** (London)

François Guesnet lehrt am Department of Hebrew and Jewish Studies des University College London osteuropäisch-jüdische Geschichte. Er ist Mitherausgeber des Jahrbuchs Polin. Studies in Polish Jewry und Vorsitzender des Institute for Polish-Jewish Studies. Zu seinen Publikationen zählen *Polnische Juden im 19. Jahrhundert* (1998), *Der Fremde als Nachbar. Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz in Polen* (2009), Antisemitism in an Era of Transition (2014, mit Gwenyth Jones), und *Warsaw. The Jewish Metropolis* (2015, paperback 2017, mit Glenn Dynner). Derzeit forscht er zur Geschichte der jüdischen politischen Kultur, der jüdischen Autonomie im östlichen Europa und zu verfilztem Haar (*Plica polonica*).

Nach dem Ende des napoleonischen Intermezzo und mit zunehmendem Zugriff der Teilungsmächte auf die politischen und Verwaltungsstrukturen des geteilten Polen stellte die Frage nach der Stellung der Juden in den unterschiedlichen Teilungsbereichen mit neuer Dringlichkeit. In allen Teilungsbereichen hatte in den Jahrzehnten des Teilungsprozesses die Vorstellung überwogen, daß eine aufklärerischen Prinzipien verbundene Reform der jüdischen Rechtsverhältnisse zu einer Eingliederung der jüdischen Minderheit in das Staatsvolk und -wesen führen würde. Nach dem Ende des napoleonischen Intermezzo stellte sich die Frage mit neuer Dringlichkeit erneut. Es herrschte zwar weiterhin die Erwartung und Zielsetzung vor, jüdische kulturelle und soziale Geschiedenheit zurückzudrängen, mit gründlicherer Kenntnisnahme setzte sich allerdings auch die Einsicht durch, daß dies andere Mittel erforderte.
Dieser Vortrag entwickelt anhand von Beispielen aus allen Teilungsgebieten die These, daß die gründlichere historische und administrative Erkundung in die Ursachen der kulturellen und sozialen Geschiedenheit der in den Provinzen des ehemaligen Polen-Litauen ansässigen jüdischen Gemeinden zu einem Spektrum von Haltungen führte, das neben dem Projekt einer gesetzlichen Gleichstellung (Emanzipation), der Hoffnung auf kulturelle Eingliederung (Assimilation und Integration) auch eine Ablehnung einer jüdischen Präsenz aufwies, da diese einer demokratischen Legitimation entbehrte. Diese Haltung, formuliert in den 1850er Jahren etwa durch den Historiker Henryk Schmitt (1817–1883), lehnte gleiche Bürgerrechte als Grundlage eines Gemeinwesens ab. Der Vortrag stellt die Frage, ob sich hieraus eine spezifisch ostmitteleuropäische Ausprägung antijüdischer Haltungen ableiten lässt.

Wissenschaft gemeinsam und getrennt. Jüdisch-polnische Verflechtungen und ihre Bruchstellen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert

Katrin **STEFFEN** (Lüneburg)

Katrin Steffen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und DFG-Projektleiterin am Nordost-Institut Lüneburg und lehrt als Privatdozentin moderne europäische Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 2002 bis 2008 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau und Forschungsstipendiatin der Max-Weber-Stiftung, 2017 war sie als Professeur invité an der L'École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHEES) in Paris. Ihre Forschungsinteressen sind die Geschichte von Juden in Ost- und Ostmitteleuropa, europäische Geschichts- und Gedächtniskulturen, die Geschichte der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert, transnationale Wissenschafts- und Migrationsgeschichte und internationale Netzwerke.

Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen das geteilte Polen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts als einen Raum wahr, in dem die Möglichkeiten von Studium und Wissenschaft begrenzt oder gar verstellt waren – als Folge kam es zu einer hohen Mobilität der beteiligten Akteurinnen und Akteure in ganz Europa. Die Entwicklung zahlreicher Wissenschaftsfelder war daher von einem hohen Grad an internationaler Bewegung und einer Partizipation an europäischen Entwicklungen gekennzeichnet, die auch ohne den Rahmen eines polnischen Nationalstaats auskam. Wissenschaft von Polinnen und Polen fand nicht nur an Institutionen im geteilten Polen wie den wissenschaftlichen Gesellschaften oder den Universitäten in Krakau oder Lemberg oder der russischsprachigen Universität in Warschau statt, sondern auch in Riga, Berlin, Zürich oder Paris. Diese Konstellation beförderte einen Prozess von internationaler Zirkulation und Verflechtung von Wissen, an dem jüdische und nichtjüdische Wissenschaftler*innen in vielen Feldern gleichberechtigt partizipierten. Der Vortrag will diesen Verflechtungen in verschiedenen Wissenschaftsfeldern und Kontaktzonen nachgehen und in einem zweiten Schritt fragen, wie sie mit der zunehmenden Nationalisierung der Wissenschaften unter Druck gerieten. Besonders nach dem Ersten Weltkrieg kam es für die Wissenschaft europaweit zu einer Art „national turn“: Im Zuge dessen wurden die Wissenschaften fast überall noch prominenter in staatlichen Institutionen als sie es bereits zuvor waren, zuweilen auf Kosten wissenschaftlichen Wissen, das jedenfalls potentiell politische Differenzen transzendieren konnte, selbst wenn nicht davon auszugehen ist, dass Wissenschaft jemals unpolitisch war oder sein konnte. In der Folge kam es zu Entflechtungen in der polnischen Wissenschaftslandschaft, die der Vortrag ebenfalls in den Blick nimmt.

Fremde Nachbarn? Jüdisch-nichtjüdische Verflechtungen in den frühindustriellen Zentren des Königreichs Polen (1815–1865)

Markus **NESSELRODT** (Frankfurt/O.)

Markus Nesselrodt, Historiker und Kulturwissenschaftler. Studium in Frankfurt an der Oder, Wrocław und Warschau. Promotion am Selma-Stern-Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg und an der Freien Universität Berlin. Seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Aktuelle Veröffentlichung: *Dem Holocaust entkommen: Polnische Juden in der Sowjetunion, 1939–1946*, De Gruyter Berlin 2019. Sein aktuelles Forschungsprojekt behandelt beziehungsgeschichtliche Aspekte der Multiethnizität im Königreich Polen (1815–1914).

Das 1815 infolge des Wiener Kongresses entstandene Königreich Polen war zwar in Personalunion mit dem Russischen Kaiserreich verbunden, verfügte jedoch im Bereich der Wirtschafts- und Migrationspolitik über eine erhebliche Autonomie. Die Warschauer Regierung kam frühzeitig zu dem Schluss, dass die dringend notwendige Industrialisierung des Landes nur mithilfe staatlicher Förderung gelingen könne. In designierten sogenannten Fabrikstädten wurden unter staatlicher Obhut gezielt Fachkräfte und Investoren aus dem Ausland – etwa aus Böhmen, Sachsen und Preußen – angesiedelt. Innerhalb weniger Jahre wurden so aus Dörfern Städte, deren Einwohnerzahlen sich regelmäßig vervielfachten. Wer sich in den neuen Industriezentren ansiedeln durfte, oblag indes rechtlichen Bestimmungen wie etwa dem Zgierzer Vertrag von 1821. Juden war die Ansiedlung demzufolge vielerorts gänzlich verboten, andernorts beschränkte sie sich auf jüdische Wohnviertel. Die Gelegenheiten für jüdisch- nichtjüdische Interaktionen variierten demnach stark von Ort zu Ort. Der Vortrag möchte an einigen Fallbeispielen untersuchen, an welchen Orten und in

welchen Situationen Juden und Nichtjuden miteinander in Kontakt kamen. Lässt sich hierbei von einer Nachbarschaft im Sinne einer tatsächlichen Interaktion sprechen oder handelt es sich eher um ein Nebeneinander?

Kommentar: Dietlind **HÜCHTKER** (Leipzig)

Dietlind Hüchtker, Historikerin, wiss. Mit. am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) und Professorin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Forschungsschwerpunkte: Geschlechtergeschichte, Sozial- und Kulturgeschichte, Wissensgeschichte, Geschichte ländlicher Gesellschaften; Publikation u.a.: Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900; Mitherausgeberin des Handbuchs *Polen in der europäischen Geschichte,* Bd. IV: Das 20. Jahrhundert.

INTERNE TREFFEN

GFPS (Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa) – Treffen für Alumni und aktive Mitglieder

Im Jahr 2019 feierte die GFPS ihr 35-jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums gab es viele Neuigkeiten, wie das Leitbild oder neue Publikationen. Weitere Neuerungen sind für die nahe Zukunft geplant. Daher laden wir alle in Halle versammelten GFPSler aller Generationen zu einem Austauschabend ein. Dabei wollen wir über aktuelle Herausforderungen sprechen, etwa den Umbau des Förderkreises oder den Ausbau der wissenschaftlichen Betreuung unserer Semesterprojekte. Daneben freuen wir uns natürlich sehr auf die Begegnung von Alumni und Aktiven unserer Gemeinschaft.

Pol-Int – Get-together für Nachwuchswissenschaftler

GO Poland! Exchange and funding opportunities for young scholars

Join us for this evening, if you want to learn about grants to finance your scientific work or a research stay in Poland! Over drinks and snacks we will discuss with our guest from NAWA (Polish National Agency for Academic Exchange) the wide array of funding possibilities for young scholars. Feel free to take part in the discussion, ask questions and connect with other researchers. The discussion will be held in English.
You can find more information, funding opportunities and job offers regarding your scientific career at www.pol-int.org!
Organised by the scientific online platform Polish-Studies.Interdisciplinary (Pol-Int)

SAMSTAG, 7. MÄRZ 2020

Sektion IV

Zwischenzeiten I

Zwischenzeiten II

Sektion V

Sektion VI

SEKTION IV

IV.1 RZECZPOSPOLITA PRAWA: LAW, LITERATURE, AND POLITICS IN THE POLISH-LITHUANIAN COMMONWEALTH (16TH – 18TH CENTURY)

Chair: Marion **RUTZ** (Passau), Stefan **ROHDEWALD** (Gießen)

In Early Modern times, discourses that are separated in our age of specialisation were closely linked. A prominent example is the triangle of law, literature, and politics that constitutes a very important segment of the culture of the Rzeczpospolita Obojga Narodów, at least during Renaissance and Enlightenment. Having studied 'both laws' (Roman and canonical), the authors of many literary masterpieces headed for successful political careers and became secretaries, diplomats, bishops. Politicians expressed their views on contemporary problems in occasional verses, rhetorical treatises, polemical leaflets – or commissioned poets with such tasks. As the main function of literature was considered not 'entertainment' or 'art for art's sake', but the discussion of socio-political topics; in fact, literature was the most efficient means of propaganda available. Finally, profound rhetorical and poetical skills were an integral part of any kind of higher (juridical) education. Andrzej Frycz Modrzewski's treatise against the death penalty ("Lascius, sive de poena homicidii", 1543) or his comprehensive program of reform ("De Republica emendanda", 1554) are prominent examples for the mentioned 'triangulation' – they are major texts in all three disciplines. But there are many other, less known points of interactions.

In accordance with the core subject of the congress, the panel moves law to the centre. The three contributions will approach its entanglements with politics and literature from different sides. Focusing on political discourse as represented in treatises or pamphlets, Anna Grześkowiak-Krwawicz analyses ideas of the nature and role of the law, and how these concepts evolved from the sixteenth to the eigthteenth century. Referring to on more artistic texts (literatura piękna, 'genuine literature'), Andrzej T. Staniszewski examines to which degree the Renaissance, which gave birth to so many 'modern' ideas, developed an understanding of the ecological problems that trouble our societies, and how sixteenth-century legislation reacted to such needs. Marion Rutz, on the other hand, reads professional juridical publications from Poland and Lithuania – sources that hardly ever attract philologists – and explores the astonishing importance of references to literature and the practical application of their poetical education by humanist jurists. Finally, Maria Filipiak shows the impact of humanist ideas in juridical theory and practice on the example of Bartłomiej Groicki, an important translator of codifications of city law and tireless populariser of legal knowledge, addressing a broad audience.

The Vision of Law in Polish-Lithuanian Political Literature from the Late 16th Century to the 18th century

Anna **GRZEŚKOWIAK-KRWAWICZ** (Warszawa)

A historian according to her academic profile, Prof. Dr. habil. Anna Grześkowiak-Krwawicz is the head of the Enlightenment Literature Department at the Institute of Literary Research of the Polish Academy of Sciences, and also the president of the Polish Society for Eighteenth Century Studies. She published several monographs, source editions, and numerous articles dealing with the culture of Enlightenment and political ideas in the discourse of the Polish Lithuanian Commonwealth, e.g.: *Queen Liberty. The concept of freedom in the Polish-Lithuanian Commonwealth* (Leiden, Boston 2012); *Dyskurs polityczny Rzeczypospolitej Obojga Narodów. Pojęcia i idee* (Toruń 2018). krwawicz@wp.pl

The political literature of the Polish-Lithuanian Commonwealth (1569–1795) is an extremely interesting and rich phenomenon that both was deeply rooted in European traditions and contributed to the development of those traditions, yet also remained specific to the Polish-Lithuanian state, arising out of its distinctive political and social realities. The law is one of the most important topics in this literature. My paper will discuss the idea of law and of its role in society as expressed in treatises of varying levels of theoretical sophistication, as well as in small topical pamphlets.

I am interested how Polish-Lithuanian authors perceived the place of the law in the political universe, its role in shaping the lives of individuals and the community. In the Rzeczpospolita authors using the 'jurisprudence language' so popular in West Europe were very rare. They also were very sceptic about Roman law – the foundation of Western juridical theory. However, just like in the whole of Europe, the law was an important element of deliberations on the state and society. Writings from the late sixteenth and the early seventeenth century depict the law as creating, enlivening, permeating, and uniting the whole of the political and social structure. It was likewise given the role of shaping

behaviours, attitudes, and even the character of citizens. This understanding, derived from classical thought, proved exceptionally durable, and in the eighteenth century, it dovetailed with Rousseau's theories.
Law was understood mostly as positive law; apart from the sixteenth century, the doctrine of ius naturale did not have much resonance in Polish statements. The laws of the Commonwealth not only protected but also created freedom; the concept of natural freedom was practically absent from the political discourse until the mid-eighteenth century. The Age of Reason (re)introduced the concept of laws of nature into the discourse, along with the conviction that positive laws should be consistent with laws of nature and be the same for everyone.

"This wheel has to roll, eternally and invariably": Mikołaj Rej, Renaissance Polish Literature and Ecocriticism.

Andrzej Tadeusz **STANISZEWSKI** (Kraków)

Andrzej T. Staniszewski studied comparative literature at the Faculty of Polish Studies at the Jagiellonian University, where he has worked since 2011. He obtained his Ph.D. in 2018 with a thesis on *Funkcjonowanie narracyjnych tekstów popularnych we wczesnonowożytnej aglomeracji krakowskiej* (in print). Since 2016, he is the principal investigator in a research project about popular literature and its users in Early Modern Cracow, financed by the National Science Centre (NCN). His scientific interests include Early Modern Polish culture and literature (especially popular culture and literature), rhetoric, New Historicism, sociology of literature, history and anthropology of reading, Early Modern visual culture. andrzej.t.staniszewski@gmail.com

People in Europe during the sixteenth century still lived in preindustrial societies, subordinated to a societal and economic order that resembled the rules of the public life in the previous centuries. However, that period was also the time of gradual development of the manufacturing and early capitalist economy, continued colonial expansion, and of the dissemination of the modern notion of individuality (at least among the elites). These processes put in place the foundations of what we now recognize as our modern world. They influenced every facet of civilization, including the relationship between human beings and the natural resources of the planet.
The paper will examine how this relationship was negotiated by one of the principal works of the Renaissance literature, *The life of an honest man* (*Żywot człowieka poczciwego*, Cracow 1567/1568) by Mikołaj Rej. Largely inspired by medieval specula, Rej's work offers an overwhelming and richly textured vision of the individual and its relationship with God, the universe, society and nature, with detailed and sensual descriptions a life subordinated to the natural cycle of the seasons. I will explore how Rej's ideas about humanity and its relationship with the environment correspond not only with the conceptual world of Renaissance ideas about nature and natural law, but also with emerging Early Modern Polish environmental legislation. Although Rej himself did not study law, neither in Italy, nor in Cracow, his position as a nobleman made him familiar with the ways in which each societal group was permitted or even encouraged to use the natural resources. By focusing on the Early Modern answers to the question of the 'sustainability' of environmental systems, I will show how Rej and other authors of the Polish Renaissance (like Jan Kochanowski or Jan Seklucjan) tried to reconcile their vision of the complex relationship between man and nature with the increasingly invasive ways in which their contemporaries interfered with the environment.

Literary Examples in Law Books: Two Humanist Case Studies from Sixteenth-Century Poland and Lithuania

Marion **RUTZ** (Gießen)

Marion Rutz studied Slavic Literatures & Languages, and History at the University of Trier and in Voronezh. Also in Trier, she wrote her doctoral thesis about the Russian contemporary poet Timur Kibirov. She was lecturer at the University of Passau at the Chair of Slavic Literatures and Cultures in 2014–2019. Since December 2019, she works at the Justus Liebig University of Gießen. Her current research interests focus on older Slavic literatures; she is writing a book on "Multilingualism as a device in the literature(s) of the Early Modern Grand Duchy of Lithuania". marionrutz@gmail.com

In Early Modern times each professional lawyer acquired during his undergraduate studies of the artes liberales, in addition to a fluency in Latin, also a practical knowledge of versification, the catalogue of tropes and figures, and a rich

thesaurus of Roman and Greek classics. Thus, it is no surprise that codifications of law and other specialist literature contains numerous literary elements, and not only in form of carefully composed dedicatory poems or forewords. As case studies of the juridical use of 'literature', I will analyse two publications of scholars, who studied law in Italy and applied their professional skills in the Kingdom of Poland and the Grand Duchy of Lithuania respectively: Jacobus Prilusius's edition of the "Laws, or Statutes and Privileges of the Kingdom of Poland" (1553) and Petrus Royzius's "Lithuanian Decisions" (1563).

The Spaniard Royzius (Pedro Ruiz de Moros) came to Cracow in c. 1541/42 as professor of Roman Law. In 1551 he moved to Vilnius, where he died twenty years later. In Lithuania, he wrote his book "Decisiones Lithuanicae", which was supposed to demonstrate the usefulness of the Roman law in the court practice. The elaborate argumentations by Royzius refer not only to juridical authorities but contain numerous examples from Roman and Greek literature. The same can be observed in Jacob Prilusius's private collection of the "Leges seu Statuta ac privilegia regni Poloniae…". It arranges paragraphs from decrees and charters, sorted by topic and commented, and also quotes from literary sources. What is the juridical interest in and value of such exempla?

The inclusion of Graeco-Roman literature is an attempt to understand what the juridical sources of Roman law (Corpus Iuris Civilis) meant in their original context, but many examples and quotes have further functions. This is especially true for references to non-classical texts, among which those of local origin are the most intriguing. Royzius's chapter about persons who committed suicide refers, e.g., to the legend of Wanda, who preferred death to the marriage with a German conqueror. Prilusius's book VI about martial law quotes verses from Royzius.

The Evolution and Deconstruction of Legal Experts in the Works of Bartłomiej Groicki

Maria **Filipiak** (Göttingen/Poznań)

Maria Filipiak graduated from Adam Mickiewicz University in 2010 with a master's degree in law. After graduation, she started the doctoral program at the Georg-August-Universität in Göttingen. Her thesis *Legal transfer through practical literature on the example of Bartłomiej Groicki (ok. 1534–1605)* is submitted for defence. She currently collaborates with the Jagiellonian University on a pioneering program to create a digitized, searchable database of historic legal works in Poland, and regularly contributes to the Cracow State and Legal History Studies academic journal. maria.j.filipiak@gmail.com

The intellectual revolutions of the Renaissance period affected every aspect of life, including the legal profession, from academics to practitioners. The emergence of legal humanists, who broke with the traditions of medieval glossators and commentators, resulted in a new approach to Roman law: not as directly applicable law, but as an intellectual and philosophical foundation of contemporary legal orders. While both glossators and commentators enshrined Roman law and focused on adapting it to solve problems 500 years younger, humanists sought to address those problems with a comprehensive solution by combining Roman jurisprudence with modern scholarship. This approach spread thanks to its pioneers. The primary influence in Kraków was Pedro Ruiz de Moros, a lecturer and legal practitioner. His work influenced a number of learned jurists in Poland, who incorporated these new ideals in their works, i.e. primarily handbooks aimed at other legal practitioners.

One of the most prominent examples of this incorporation is Bartłomiej Groicki (c. 1534–1605). In his handbooks, he mainly makes use of legal works that formed the core of law in Polish cities in the sixteenth century: the Saxon Mirror (Sachsenspiegel), Magdeburger Weichbild, and their glosses. Beyond simply translating them, he integrates contemporary legal literature while also making direct references to Iustinian's Corpus Iuris Civilis, Lex Iulia, and other Western sources of Roman law. His primary goal was to meet the needs of legal practitioners, especially in issues with loopholes and conflicting regulations. Groicki also wanted to encourage academics to interpret Polish law more freely. Indirectly, his characterization of an ideal legal expert serves as a scathing indictment of contemporary legal practitioners as unqualified to hold their posts. He identifies three core issues – a lack of training, an excess of greed, and an overabundance of cruelty – and proposes implementing legal humanist principles to professionalize the legal practice.

Commentary: David **FRICK** (Berkeley)

David Frick holds an A.B. in German Literature and in Slavic Languages and Literatures from Indiana University and a Ph.D. in Slavic Languages and Literatures from Yale University, where he studied with Riccardo Picchio and Alexander Schenker. He has been a member of the faculty of the Department of Slavic Languages and Literatures at the University of California, Berkeley since 1982 and an Affiliated Professor in the History Department since 1996. His research focuses on the early modern Polish-Lithuanian Commonwealth and includes topics such as sacred philology, religious, cultural, and social history, as well as urban studies. His most recent book is *Kith, Kin, and Neighbors: Communities and Confessions in Seventeenth-Century Wilno* (2013). frick@berkeley.edu

IV.2 DIE ROLLE DES STAATES ALS GERECHTIGKEITSGARANT

Leitung: Magdalena **BAINCZYK** (Poznań)

Seit 2015 findet in Polen eine Redefinition des gesellschaftlichen Modells statt. In den Vordergrund der Politik rücken Fragen der sozialen Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Solidarität und der Rolle des Staates als Mitgestalter der öffentlichen Sphäre. Diese Schwerpunkte stehen im Kontrast zu der seit 1989 dominierenden Narration, die auf die Rolle des Individuums, Effizienz der Märkte und ökonomische Aufholprozesse fokussiert war. Diese Wende in Polen wurde und wird sehr kritisch und mit wenig Verständnis vor allem in den westlichen Medien, aber auch teilweise in den wissenschaftlichen Analysen kommentiert. Dies resultiert – so die Annahme des Panels – aus der Unkenntnis der Konzepte und der historischen Erfahrungen, die diese Schwerpunktverschiebung legitimieren und die stark in der polnischen Ideengeschichte verwurzelt sind.

Auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft – die ökonomische Wende nach 2015 in Polen

Justyna **SCHULZ** (Poznań)

Dr. Justyna Schulz, Promotion in Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Bremen, Beschäftigung bei der Volkswagen Stiftung in Hannover (2003–2011), wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen, Institut für Europastudien (2011–2017), ab 2017 Direktorin des West-Instituts. Forschungsschwerpunkte: ökonomische Transformationsprozesse, Geld- und Finanzwirtschaft.

Die liberale Marktöffnung nach 1989 sowie der Beitritt zu der Europäischen Union im Mai 2004 wurden als einmalige Chance für Polen gesehen, diesmal einen „echten" Modernisierungsweg einzuschlagen. „Entmachtung des Politischen durch Entökonomisierung des Demokratischen" (W. Streeck) galt als Erfolgsrezept für Wirtschaftsreformen. Dies geschah zu Lasten interner Aushandlungsprozesse in Bezug auf das Wirtschaftsmodell sowie zu Lasten des Sozialen. Nach 2015 fand eine teilweise Redefinition dieses Models zugunsten eines stärkeren ökonomischen Engagements des Staates und der sozialen Redistribution statt. In der Präsentation werden diese Veränderungen in dem sozioökonomischen System in Polen im Sinne von Karl Polanyis Pendelbewegung als Reaktion auf einen starken Marktliberalismus interpretiert. Anhand der für die Soziale Marktwirtschaft entscheidenden Indikatoren zum Wettbewerb und zu Sozialem wird präsentiert, dass sich das Wirtschaftsmodel nach 2015 der in der polnischen Verfassung und in dem EU-Vertrag verankerten Form der Sozialen Marktwirtschaft nähert.

Die Republik Polen als das gemeinsame Gut

Magdalena **BAINCZYK** (Poznań)

Dr. habil. Magdalena Bainczyk – Ph.D., D. Litt. in Law, obtained her Ph.D. from the University of Heidelberg, Chief Analyst of the Institute of Western Affairs in Poznań, Poland as to German and Polish public law and EU law. Professor at the Faculty of Law, Administration and International Relations of Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University. She has published broadly in the areas of European constitutional law and case law of European constitutional courts.

Zur Tradition des polnischen Staates, der res publica (Rzeczpospolita) genannt wurde und wird, gehört das Demokratieprinzip. Der Name des Staates wird nicht unbedingt nur als eine Staatsform verstanden, in der die politische Nation ein Souverän ist, aber auch als eine Staatsstruktur, in der ein gemeinsames Gut erstrebt wird; vgl. Art. 1 der polnischen Verfassung von 1997: „Die Republik Polen ist das gemeinsame Gut aller Staatsbürger." Nach der polnischen Verfassung sollten also individuelle und gemeinsame Interessen ausbalanciert werden. Bürger haben nicht nur Rechte, sondern auch Verpflichtungen gegenüber den Mitbürgern und dem Staat selbst. Beide Aspekte wurden durch die gesellschaftliche Bewegung *Solidarność* betont und angestrebt. Sie spielen auch heutzutage eine bedeutende Rolle für die polnische Gesellschaft, die die Freiheit, die Demokratie, die Selbstverwirklichung einerseits und die Gemeinschaft sowie die Zugehörigkeit zu Europa andererseits hoch schätzt. Die oben erwähnten Werte decken sich auch mit den im Art. 2 des EU-Vertrages festgeschriebenen Prinzipien. In der Präsentation wird analysiert, inwieweit die polnische

Tradition bereichernd für die Diskussion darüber sein kann, wie der Wertekanon der EU besonders bestimmt und legitimiert werden soll.

Rechtsstaatlichkeit in Gefahr? Der Aufbau des republikanischen Rechtsstaats in Polen

Martin **MENDELSKI** (Luxemburg)

Dr. Martin Mendelski was a postdoctoral researcher at the Max Planck Institute for the Study of Societies in Cologne. He graduated from the University of Mannheim and the European University Viadrina Frankfurt/O. and obtained his Ph.D. from the University of Luxembourg. For his doctoral thesis he received the "THESEUS Award for Promising Research on European Integration". Visiting positions: Harvard University, European University Institute, Alexandru Ioan Cuza University, University of Georgia, Bilkent University, University of Warsaw, Max Planck Institute for European Legal History and European Law Academy. Publications: Constitutional Political Economy, Comparative European Politics, East European Politics, Southeastern Europe, Polish Sociological Review, Leviathan and The Routledge Handbook of East European Politics.

Seit 2015 erlebt Polen weitreichende Veränderungen im Justizsektor. Viele kritische Beobachter und externe Aufseher sehen die Justizreformen als Bedrohung für den Rechtsstaat und fordern Polen zum Überdenken der Reformvorhaben und zum Einlenken. Ist die Rechtsstaatlichkeit wirklich in (systemischer) Gefahr? Dieser Beitrag argumentiert, dass keine systemische Gefährdung für den Rechtsstaat vorliegt. Der Autor zeigt, dass es sich eher um einen Aufbau und Wiederbelebung eines republikanischen Rechtsstaats handelt. Dieser Rechtsstaat republikanischen Typus ist nur eine mögliche Spielart von Rechtsstaaten die durchaus mit dem Wertepluralismus der Europäischen Union zu vereinbaren ist. Der wiederbelebte republikanische Rechtsstaat entspringt aus einer nationalen Gegenbewegung und ist eine Antwort auf die zuvor erlebte Liberalisierung, Autonomisierung und Neutralisierung des Staates (inklusive Justizialisierung der Politik). Der polnische republikanische Rechtsstaat betont das Gemeinwohl, die nationale Souveränität und Verfassungsidentität, einen starken Rechtsstaat, der die christlichen Werte und die Familie schützt, bürgernahe dienstleistungsorientierte Justiz, mehr Partizipation und demokratische Rechenschaftspflicht (Laien, Wahlen der Justizratsmitglieder durch Parlamentsabgeordnete, breitere Repräsentation des Justizrats etc.). Der republikanische Rechtsstaat kann somit als Teilprozess einer dialektischen Bewegung gesehen werden, welche die individuellen Einzelrechte und das Gesamtinteresse (das normative Sollen und das realpolitische Sein) ausbalanciert und die Verfassung aus einer republikanischen Perspektive interpretiert. Diese „republikanische Korrektur" scheint notwendig, um der Idee des Rechtsstaats eine breitere gesellschaftliche Legitimität wiederzugeben, welche über die engen korporatistischen Interessen der Justizklasse hinausgeht. Dadurch wird die Rechtsstaatlichkeit nicht gefährdet, sondern demokratisiert, erneuert und wiederbelebt. Der Rechtsstaat erhält somit einen bürgerorientierten Dienstleistungscharakter und wird in die Gesellschaft nach Jahren der Isolation wieder eingebettet. Der Beitrag konzeptualisiert zunächst die unterschiedlichen Dimensionen des republikanisch-demokratischen Rechtsstaats als komplementärer Gegenpol zum liberal-demokratischen Rechtsstaat. Danach wird anhand ausgewählter Beispiele, Statistiken und Interviews mit hochrangigen Richtern gezeigt, wie der republikanische Rechtsstaat funktioniert und wirkt.

Zweierlei Gemeinschaft, zweierlei Gerechtigkeit: Polnischer Kommunitarismus vs. „westlicher“ (Schein-)Individualismus

Jens **BOYSEN** (Warszawa)

Dr. Jens Boysen, 1991–1997 Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft in Frankfurt/M. und Dublin. 1998 Absolvent des Europakollegs in Warschau-Natolin. 2008 Promotion an der Universität Tübingen. Tätigkeiten als wiss. Mitarbeiter bzw. Projektkoordinator an der Universität Tübingen, am Europakolleg in Brügge, am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig, am Institut für Slavistik der Universität Leipzig sowie am Fraunhofer-Zentrum Mittel- und Osteuropa. 2010–2016 wiss. Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau, 2017 an der TU Chemnitz, seit Okt. 2019 Visiting Professor am Collegium Civitas in Warschau.

Der innerhalb der EU bestehende politische und juristische Konflikt zwischen den „illiberalen“ Regierungen Polens (und generell der V4-Gruppe) einerseits und dem sich als „liberal“ verstehenden Establishment der alten westeuropäischen

Kernstaaten um Deutschland und Frankreich andererseits gilt zunächst Fragen des Wesens der Demokratie und des Rechtsstaats im 21. Jahrhundert. Letztlich geht es aber um die finalité politique, also das Entwicklungsziel der laut EU-Vertrag „immer engeren Union"; dieser Streit trägt das Antlitz eines Kulturkampfes zwischen unterschiedlichen Gemeinschaftsideen. Der ‚westliche' Vorwurf richtet sich gegen ein angeblich veraltetes, nicht ausreichend „weltoffenes" Staats- und Gesellschaftskonzept in den postkommunistischen Ländern, das die Staatsbürgerschaft an die ethnonationale Gemeinschaft bindet. Die polnische Ablehnung wiederum gilt – aufgrund der Erfahrungen des Realsozialismus – einem universalistischen postmodernen Politikansatz, der nicht nur die Souveränität der Mitgliedstaaten ignoriert, sondern auch die klassischen innergesellschaftlichen Ordnungskategorien auflösen und die EU zu einem homogenen, supranational regierten Raum umgestalten will. Betrachtet man das Thema unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit im Sinne gesellschaftlicher Integration und Teilhabe, so zeigen beide Konzepte eine aus der Perspektive der liberalen Naturrechtslehre riskante kollektivistische Tendenz, mit dem Unterschied, dass der polnische Kommunitarismus offen verfochten wird, während im „Westen" der offiziell propagierte Individualismus real unter einen zunehmenden Anpassungsdruck neuer Gruppenidentitäten und der politischen Korrektheit gerät.

Kommentar: Jerzy **MAĆKÓW** (Regensburg)

Prof. Dr. phil. habil. Jerzy Maćków, geb. 1961 in Wilamowa (Polen). Studium der Politikwissenschaft, der Philosophie und der Neueren Geschichte in Posen (Poznań) und Hamburg. 1992 Promotion (bei Winfried Steffani). 1993-1999 Stipendiat der Volkswagen-Stiftung; 1993-1999 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Dort 1998 Habilitation im Fach Politikwissenschaft. Drittmittelstelle (Volkswagen-Stiftung) an der Universität Viadrina in Frankfurt (O). Seit April 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Regensburg.

IV.3 GRENZEN ÜBERSCHREITEN IM „LANGEN“ 19. JAHRHUNDERT

Leitung: Christian **PRUNITSCH** (Dresden)

Prof. Dr. Christian Prunitsch, Studium der Slavistik und Amerikanistik an der Universität Regensburg. Dort 2000 Promotion zum Thema „Sorbische Lyrik des 20. Jahrhunderts“ sowie 2005 Habilitation im Fach Slavische Philologie. Seit 2005 Inhaber der Professur für Polnische Landes- und Kulturstudien am Institut für Slavistik an der TU Dresden. 2018 Änderung der Denomination auf Westslavische Literatur- und Kulturwissenschaften.

Polenreisen im 18. Jahrhundert. Eine vergleichende Studie am Beispiel von Daniel Chodowieckis *Journal de voyage, de Berlin à Dantzig* (1773) und Johann (III.) Bernoullis *Reisen durch Brandenburg, Pommern, Preußen, Curland, Russland und Pohlen* (1777–1778)

Paula **WOJCIK** (Wien), Vanessa **DE SENARCLENS** (Berlin)

Dr. Paula Wojcik arbeitet derzeit als Assistenzprofessorin für Weltliteratur in der Abteilung für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Wien. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literatur, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Forschungsinteressen umfassen insbesondere deutsche und polnische Literatur seit dem 18. Jahrhundert, Klassik- und Kanonforschung, Balladenforschung, deutsch-jüdische Literatur und interkulturelle Literatur. Sie wurde 2012 mit der Arbeit *Das Stereotyp als Metapher. Zur Demontage jüdischer Stereotype in der Gegenwartsliteratur* (Transkript 2013) in Jena promoviert. Derzeit habilitiert sie sich mit dem Projekt *Theorie der Klassik. Zur Praxis kultureller Funktionalisierung am Beispiel der Ballade von Goethe bis Grandmaster Flash* (eingereicht im März 2019).

PD Dr. Vanessa de Senarclens, geb. 1968, hat an der Universität ihrer Heimatstadt Genf (Schweiz) französische Literaturwissenschaft und Geschichte studiert. Nach einem Masterprogramm an der London School of Economics promovierte sie 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit zu Montesquieus Geschichtsschreibung. 2016 habilitierte sie an der gleichen Institution mit einer Arbeit über die Rezeption der antiken Tragödien im 18. Jahrhundert (*Le Naufrage et les jeux de gladiateurs. Poétique du plaisir de la tragédie au dix-huitième siècle*). Ihre weiteren Veröffentlichungen betreffen Themen der französischen und europäischen Aufklärung (Rousseau, Voltaire, aber auch die französische Dichtung Friedrichs des Großen und eine bedeutende Bibliothek der Aufklärung in der preußischen Provinz).

Der gebürtige Pole Daniel Chodowiecki und der gebürtige Schweizer Johann III (Jean) Bernoulli unternehmen 1773 und 1777 eine Reise von Berlin, wo beide leben, nach Danzig. Der Illustrator und der Astronom nehmen dazu nahezu die gleiche Route und beide hinterlassen ein Dokument dieser Unternehmen: Chodowiecki ein auf Französisch verfasstes *Journal de voyage de Berlin à Danzig*, und Bernoulli einen ausführlichen Reisebericht auf Deutsch. Nicht nur die Art und Sprache der Dokumente unterscheidet sie, sondern auch die Art des Reisens. Chodowiecki kehrt in seine ehemalige Heimat zurück, während Bernoulli den Grafen von Podewils begleitend, sich neues Terrain erschließt. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen lassen unterschiedliche, fast divergierende Polenbilder entstehen, die der Vortrag herausarbeitet und vergleicht.

East is East? Polish Orientalism in the Nineteenth Century

Simon **LEWIS** (Potsdam)

Simon Lewis is a DFG "Eigene Stelle" Research Fellow at the Department of Slavic Studies at the University of Potsdam. He has held research posts at Freie Universität Berlin, the University of Oxford and the University of Warsaw, and completed a PhD in Slavonic Studies in 2014 at the University of Cambridge. Particular research interests include memory studies, postcolonialism, and comparative literature, with a focus on the written and visual cultures of Belarus, Poland, Russia and Ukraine. He has published articles on diverse aspects of the cultural history of Eastern Europe, and is a co-author of the collective monograph *Remembering Katyn* (2012). His monograph *Belarus – Alternative Visions: Nation, Memory and Cosmopolitanism* is published by Routledge (2019).

As Milica Bakić-Hayden argued in her seminal article on "nesting orientalisms", eastness is "much more of a project than a place": it is at once a projection of desire, a point of reference for the placement of the Self, and, often, a means of exercising power. Polish culture in the nineteenth century had many "Easts". As part of the Slavic world, it was itself eastern, though begrudgingly so. The easternmost provinces of the former Polish-Lithuanian Commonwealth comprised another East – or rather, several; here, the territories' ethnolinguistic and religious diversity provided fertile ground for the exploration of oriental alterity within the traditional bounds of the political Self. And then there was the Orient, the significant Other of the Ottoman world, India, and Asia more broadly, which inspired the German romantics, who in turn supplied the philosophical grounding for Polish romanticism's engagement with ideas of Self and Other. Furthermore, there was the Russian Empire, itself caught between East and West, which ruled as a European empire over much of former Poland-Lithuanian but which was considered barbaric by most of its Polish subjects.
This paper considers the enmeshment of these Easts in the literary orientalisms of Polish writers in the first half of the nineteenth century. It asks: how did concepts of Europeanness and nationhood intertwine with the imaginative exploration of the East? How many Easts were there, between the Ukrainian steppes, the Russian-ruled Caucasus, and the Ottoman Empire? In what ways did "familiar Others" such as Cossacks, Jews and Ruthenian peasants provide a prism for understanding "exotic Others" as reflections of a cosmopolitan Self?

Rüdiger **RITTER** (Bremen)

Zwischen Kultursymbiose und nationalstaatlicher Ausgrenzung – eine Kulturgeschichte des Raums zwischen Minsk, Vilnius und Warschau

geb. 1966 in Mainz. Studium an den Universitäten Mainz und Köln. Studienfächer: Osteuropäische Geschichte, Musikwissenschaft, Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie. 2006 Abschluss der Promotion an der Universität Köln zum Thema: „Musik für die Nation. Der Komponist Stanisław Moniuszko (1819–1872) in der polnischen Nationalbewegung". Derzeit Habilitation über „Waffe oder Mittel zur Völkerverständigung? Die Jazz-Radiosendungen des Voice-of-America-Moderators Willis Conover und ihre Rezeption im Ostblock (Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn)". Seit Januar 2019 guest fellow an der Jacobs University Bremen.

Die politische und kulturelle Geschichte der drei Länder Belarus, Polen und Litauen ist eng miteinander verzahnt, so eng, dass wichtige Schlüsselereignisse der Geschichte von allen drei Nationalhistoriographien als Gründungsmythen aufgefasst werden, allerdings je unterschiedlich interpretiert werden. Im Zeitalter des Nationalismus hatten exklusive Nationalstaatsbildungen jedoch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu immer schärferen Konflikten geführt (Wilnagebiet), wobei die Brutalität sowohl des Ersten als auch des Zweiten Weltkries in dieser Region als Ergebnis der deutsch-sowjetischen Entgegensetzung die Konflikte noch verstärkte. Selbst in der Zeit dieser so unversöhnlichen Auseinandersetzung jedoch blieb im Milieu der Kunst (Literatur, Kunst, Musik, Malerei) immer das Bewusstsein einer übergeordneten Gemeinsamkeit bestehen, wie sie noch in der Vormoderne (Rzeczpospolita, Großfürstentum) bestanden hatte. Seit der Romantik hatten Künstler den Reichtum gerade dieser Gegend an Volkskultur als Ergebnis der kulturellen Überschneidungen vermehrt für ihre Kunst nutzbar gemacht. Künstler wie Adam Mickiewicz, Stanisław Moniuszko oder M. K. Čiurlionis sind ohne die Existenz dieser kulturellen Überschneidungen nicht denkbar. In meinem Vortrag präsentiere ich grundlegende Fragestellungen und erste Ergebnisse eines Projekts mit Beteiligung von Wissenschaftlern aus den drei Ländern, das in Form diverser Künstlerbiographien aus dem Bereich der Literatur, der Musik und der Malerei den Gegensatz zwischen der Entwicklung exklusiver entgegengerichteter Konzepte im politischen

Bereich einerseits und der Bewahrung und (in jüngster Zeit) Wiederentdeckung inklusiver Strukturen im kulturellen Bereich andererseits untersucht.

Das Motiv der Rache in der polnischen Kultur der Teilungszeit

Christof **SCHIMSHEIMER** (Mainz)

Christof Schimsheimer, M.A., studierte Slavistik, Osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) in Mainz. Zurzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der JGU. Er promoviert zum Thema des „kresy"-Begriffs als semantisches Konzept und Erinnerungsraum im 19. und 20. Jahrhundert in Polen und zur Rezeptionsgeschichte des Begriffes bei dessen östlichen Nachbarn.

Rache zu nehmen heißt, eine als Unrecht verstandene Handlung dadurch auszugleichen, dass man dem Verursacher Schaden zufügt. Während Rache in der antiken Literatur zu den wiederkehrenden Motiven zählt, wird sie in der christlichen Lehre abgelehnt und an ihre Stelle tritt die Aufforderung zur Vergebung. Somit stellte sich zwischen dem Wunsch nach Rache einerseits und der Befolgung religiöser Normen andererseits für die traumatisierte polnische Gesellschaft der Teilungszeit die Frage nach Gerechtigkeit vor dem Hintergrund des ihr widerfahrenen Unrechts. Dieses Spannungsfeld trat innerhalb der polnischen Kultur nicht nur deutlich zu Tage, sondern wurde auch kritisch reflektiert: So sehnt sich im dritten Teil von Adam Mickiewiczs *Ahnenfeier* die Figur des polnischen Patrioten Justyn Pol nach Rache an der verhassten zaristischen Regierung, während der russische Polensympathisant Bestużew ihn mit rationalen Argumenten von seinen Plänen abbringen will. Am Ende des Gesprächs fragt Pol dennoch: „Wird denn niemand Rache üben?" Eine Antwort auf diese Frage liefert in der nächsten Szene sogleich Pater Piotr: „Gott!" Mickiewicz erteilte somit dem persönlichen Drang nach Rache eine Absage und verwies auf einen Gott, der als Einziger Gerechtigkeit widerfahren lässt. Henryk Sienkiewicz hingegen wählte in seinem positivistischen Historienroman *Die Kreuzritter* einen anderen Ansatz. Bei ihm wird das Moment der Rache als von außen erzwungener emotionaler Kontrollverlust, als ausweglose Reaktion auf erlittenes Leid und auf die Spitze getriebener Demütigungen inszeniert, um dadurch den Spagat zwischen der Befriedigung archaischer Rachegelüste und dem polnischen Autostereotyp einer christlich gerechten Nation zu schaffen. Im Vortrag werden die unterschiedlichen Zugänge zum Motiv der Rache in der polnischen Kultur der Teilungszeit, die damit in ihrem Vergleich auch gesellschaftliche Transformationen widerspiegeln, beleuchtet.

Kommentar: Christian **PRUNITSCH** (Dresden)

IV.4 OFFENE SEKTION

Leitung: Pierre-Frédéric **WEBER** (Szczecin)

Die ideologische Gleichheit der Szlachta und ihr Verhältnis zur Ämterhierarchie am polnischen Königshof

Patrick **SCHUMANN** (Potsdam)

1989 geboren in Dirschau/Polen. 2010–2016 Studium der Geschichte und Philosophie/Ethik für das gymn. Lehramt an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seit 2017 Doktorand am Historischen Institut der Universität Potsdam unter der Betreuung von Prof. Dr. Matthias Asche. 2017–2018 wissenschaftliche Hilfskraft am Historischen Institut der Universität Potsdam.

Die außergewöhnliche rechtliche Stellung der Szlachta im polnisch-litauischen Commonwealth verleitete die Szlachta dazu, ihren eigenen gesellschaftlichen Stand im europäischen Vergleich stets als herausgehoben wahrzunehmen. Ein wesentliches Merkmal der politischen und kulturellen Adelsideologie war die rechtliche Gleichheit aller Szlachcicen untereinander, weshalb sich die Vorstellung einer Gemeinschaft von „Adelsbrüdern“ (pan brat) im adligen Gedächtnis verankerte.

Die Idee der Gleichheit vebot das Führen von spezifischen, hierarchisierenden Adelstiteln wie Freiherr, Graf, Fürst etc. bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts in den allermeisten Fällen; eine Ausnahme bildete bspw. der Bischof von Krakau, der zugleich Herzog von Sievers war. Zwar wurden auf diese Weise auch kaiserliche Titel auf dem Gebiet der Rzeczpospolita als Auszeichnung de facto „wirkungslos“, doch bestanden für die Szlachta dennoch Möglichkeiten, die eigene Position innerhalb des Adelsverbandes hervorzuheben und die Idee der Gleichheit zu unterminieren: durch Übernahme von Ämtern und Würden.

Gemäß der Lubliner Union von 1569 wurde für die Senatoren eine verbindliche Rangliste erstellt bzw. eingeführt, nach welcher die Geistlichen Präzedenz vor den weltlichen Senatoren genossen. Die Hierarchie der Senatoren konnte von den Zeitgenossen deutlich an den Sitzplätzen im Sejm oder bei Audienzen beobachtet werden.

Ein weiteres Feld, welches ohne Hierarchie und vertikale Kompetenz- und Machtstrukturen im Personal nicht auskommen konnte, war der königliche Hof. Dieser erforderte schon aus der bloßen Notwendigkeit heraus, nämlich die königliche Würde zu repräsentieren, eine geordnete Organisation des Tagesablaufes durch Amtsinhaber und Diener. Dass dabei die hohen und höchsten Chargen von polnischen und litauischen Adligen besetzt wurden, war selbstverständlich. Doch bedeutete eine Anwesenheit bei Hofe meistens Unterordnung gegenüber anderen Adligen aus Gründen Hofstruktur. Folglich arbeitete die Hofhaltung gegen die Ideologie der Szlachta nach Gleichheit aller Adligen. Für Amtsinhaber oder jene, die gewillt waren, Hofämter zu führen, ergab sich durch den Besitz einer Würde eine Auszeichnung der eigenen Person gegenüber all denen, die keine besaßen.

Dass viele Angehörige der Szlachta ihre Senatorenwürde oder das Hofamt als Unterscheidungsmerkmal nutzten, um sich von der „Adelsmasse“ abzuheben, ist nicht ungewöhnlich. Zu fragen wäre nach dem Gerechtigkeitsempfinden all derjenigen Adelsbrüder, deren ein Aufstieg nicht vergönnt war und die Idee der Gleichheit der Szlachta als gefährdet wahrnahmen.

Die Anfänge der Rezeption des geistigen Eigentums im mittel-osteuropäischen Raum am Beispiel der polnischen urheberrechtlichen Polemik im 19. Jahrhundert

Andrzej **BELCZYK-KOHL** (Münster)

geb. in Wrocław. Studium der Slavistik und Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Magister Artium). Postgraduiertenstudien der Rechte des geistigen Eigentums an der Universität Warschau und des Kulturmanagements an der Universität Lodz. Interessensbereiche: Westslavische Philologie, Rechte des geistigen Eigentums (Urheberrecht) sowie Politologie und Translationstheorie. Seit 2017 Promotion mit dem Schwerpunkt Kulturwandel Polens im urheberrechtlichen Kontext bei Prof. Dr. Alfred Sproede am Institut für Slavistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Im Beitrag soll die polnische Rezeption der europäischen Auseinandersetzung um den Status des geistigen Eigentums anhand der urheberrechtlichen Polemik in Kongresspolen bis etwa zum ersten polnischen Urhebergesetz aufgezeigt werden. Gestützt auf Arbeiten von E. Ferenc-Szydełko, L. Górnicki, T. Dolata oder M. Jankowski u. a., vor allem unter Berücksichtigung von Pioniertexten von F. S. Dmochowski, M. Glücksberg, S. Markiewicz, Sz. Rundstein aber auch H. Sienkiewicz, V. Spasovič (W. Spasowicz) oder S. Szymanowski wird die Bedeutung des eigentumsrechtlichen Diskurses skizziert.
Erwägungen zur kulturpolitischen Disposition des neuen polnischen Staatsgebiets Kongresspolen mit eigener Verfassung, einem unabhängigen Parlament und einer Personalunion mit Russland sind insofern relevant, als das russische Recht u. a. auf die polnische Rezeption des Urheberrechts Einfluss hatte. Darüber hinaus gelangten westeuropäische eigentumsrechtliche Regulierungen größtenteils über Russland ins polnische Recht.
Der im 19. Jahrhundert in Westeuropa ausgetragene Streit um das geistige Eigentum spiegelt sich auch in den Kontroversen in Kongresspolen wider. Einerseits kommen Juristen zur Sprache, die sich gegen eine sachrechtliche Interpretation des geistigen Eigentums einsetzen. Andererseits gibt es Befürworter, die den Schutz des geistigen Eigentums als Sachrecht betrachten und dem Künstler das Eigentumsrecht an seinem Werk zusprechen. Letztendlich ist die Bedeutung der eigentumsrechtlichen Auseinandersetzungen ab Mitte des 19. Jahrhunderts für das erste polnische Urheberrecht von 1926 ausschlaggebend. Sie eröffnet eine einschlägige Debatte, die sich teilweise in den künftigen Diskussionen und Entscheidungen während der Warschauer Kodifikationskommission für das Urheberrecht (1920–1926) niederschlägt. Diese hatte unter der Leitung des Rechtwissenschaftlers Fryderyk Zoll (1865–1948) erfolgreich das erste polnische, dualistische Urhebergesetz durchgesetzt.

Deutsche und Polen – Mentalitäten im philosophischen Vergleich

Bolesław **ANDRZEJEWSKI** (Poznań)

Bolesław Andrzejewski, Prof. Dr. habil., Adam-Mickiewicz-Universität, Poznań; Hochschule für Pädagogik und Verwaltungswissenschaft, Poznań.

In dem Referat werden zwei Denkweisen und Lebenshaltungen ausgelegt: die der Deutschen und die der Polen. Unserer These nach besitzen beide Nationen ihre eigentümliche Geistigkeit. Sie wurde in der politischen und kulturellen Geschichte gestaltet, welche unterschiedlich verlief.
Die Polen haben schon seit dem Mittelalter gravierende Probleme mit der Erhaltung ihrer Staatlichkeit – eine große Bedrohung waren zuerst die Kreuzritter, dann, im 19. Jahrhundert, die Teilung des Landes für 123 Jahre unter den Nachbarmächten. Die polnischen Intellektuellen suchten unermüdlich Auswege aus dieser ungünstigen politischen Situation. Sie zeigen wenig Interesse an den theoretischen Themen, verbunden mit der Logik, Methodologie oder Naturphilosophie. Beschäftigt haben sie sich dagegen stark mit praktischen Fragen, das Recht, die Politik, Gesellschaft, Ethik, Erziehung oder Religion betreffend. Mitte des 19. Jahrhunderts ruft Karol Libelt: „Von der Tat, von der grossen Tat muss die Philosophie anfangen!“ Hier werden einige Philosophen erwähnt, mit ihrer praktischen Einstellung.
Anders war es in Deutschland, wo sich mächtig die rationalistische Methodologie entwickelte. Dargestellt werden soll der genetische Rationalismus von Leibniz, dann die Kant'sche „kopernikanische Wende“, bis zur „Vergöttlichung“ der Vernunft bei Hegel. Auch die heutigen Charakterzüge der Deutschen werden erwähnt, einbegriffen ihr Pflichtbewusstsein und Arbeitsfleiß – die letzteren in Verbindung mit der Philosophie von M. Luther.
Die Polen – etwa seit Anfang des 19. Jahrhunderts – wurden durch die deutsche Philosophie inspiriert. Gemeint ist hier, bewirkt durch Kant, eine leichte Milderung ihres Praktizismus und eine Anerkennung der theoretischen Fragen. Mit Hoffnung haben sie die Hegel'sche Dialektik mit ihrer *panta rei* aufgenommen. Nicht akzeptiert haben die Polen jedoch seine Staatsphilosophie, auch seinen radikalen Rationalismus, besonders die Gleichsetzung des Gottes mit dem „reinen Gedanken“. Eine solche Auffassung war für sie die „Gestaltlosigkeit der reinen Vernunft“.
Wenn wir noch die Einflüsse des amerikanischen Pragmatismus berücksichtigen, bekommen wir in Polen den „polnischen Humanismus“, in welchem sich die einheimische Neigung zur Praxis, der deutsche Rationalismus und der amerikanische Pragmatismus mischen.

IV.5 SCHLESISCH ALS REGIONALSPRACHE – GERECHT, RICHTIG, ZU RECHT?

Leitung: Gerd **HENTSCHEL** (Oldenburg)

In Polen gibt es heute eine rechtlich anerkannte Regionalsprache: das Kaschubische. Mit dem Status der Regionalsprache sind Rechte und Ressourcen verbunden. Andererseits muss eine Regionalsprache nach geltendem Recht in Polen auch gewisse Kriterien erfüllen, z.B. eine sog. Kodifizierung in normativen Grammatiken und Wörterbüchern. Auch darf ein „Idiom" nicht Dialekt der Staatssprache sein. Das erste der beiden genannten Kriterien erfüllt das Kaschubische weitgehend, das Schlesische weitgehend nicht. Jedoch könnte man für das Schlesische dieses Defizit sicher beheben. Das zweite, d.h. die Frage, ob das Schlesische als Dialekt des Polnischen zu sehen ist oder als „eigenständige" Sprache, kann nur interpretativ gelöst werden. In der Linguistik besteht heute Einigkeit darüber, dass es allein nach sprachlich-strukturellen Kriterien unmöglich ist zu bestimmen, ob ein „kleineres" Idiom als Dialekt eines „größeren", strukturell ähnlichen und genetisch verwandten anzusehen ist, das schon als Sprache gilt, oder ob das kleinere Idiom als selbständige Sprache anzusehen ist. Es müssen andere, sprachsoziologische und somit auch politische sowie rechtliche Kriterien hinzukommen. Und hier offenbart sich in der polnischen Rechtsbestimmung ein Circulus vitiosus: Die Bestimmung, dass kein Dialekt der Staatssprache als Regionalsprache anzuerkennen ist, suggeriert, dass eine solche Differenzierung außerhalb von bzw. ohne Politik und Recht getroffen werden kann, was aber nicht so ist.
Historisch gesehen gehörte das Schlesische sicher zu dem, was Sprachwissenschaftler heute als polnisches Dialektkontinuum bezeichnen würden, übrigens im Gegensatz zum Kaschubischen. Aber „Teilidiome" aus einem solchen größeren Verbund können sich aus diesem partiell herauslösen, vgl. die Genese der modernen „Einzelsprachen". Für das Schlesische hat in einem solchen Prozess u.a. der Kontakt mit dem Deutschen eine große Rolle gespielt, der vor allem, aber nicht nur im Wortschatz sichtbar wird.

Schlesisch als Regionalsprache – zum aktuellen Stand der Diskussion in Polen

Jolanta **TAMBOR** (Katowice)

Jolanta Tambor ist Professorin an der Schlesischen Universität Kattowitz im Institut für Sprachwissenschaft und Direktorin der Schule für polnische Sprache und Kultur für ausländische Studierende. Im Mittelpunkt ihres Interesses stehen die Glottodidaktik, die Position des Polnischen in der Welt sowie die Situation des Schlesischen aus sozio-, ethno- und systemlinguistischer Perspektive. Sie hat eine Reihe von Studien, auch Monographien, zum Schlesischen vorgelegt.

Über das Schlesische zu sprechen, ist in Polen auf Polnisch schwieriger als in Deutschland auf Deutsch oder in England auf Englisch. In Polen ist diese Diskussion kaum losgelöst von politischen Aspekten zu führen (selbst wenn es nur um Strukturlinguistisches ginge), in Deutschland heutzutage schon und in England sowieso. In Polen ist der Streit um den Status des Schlesischen noch heute stark aufgeheizt. Aufeinander folgende Legislaturperioden des polnischen Sejms sind durch sich wiederholende Versuche gekennzeichnet, das Schlesische in das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten aufzunehmen und gleichzeitig die Anerkennung des Schlesischen als Regionalsprache zu erreichen – bisher ohne Erfolg. Jedes Mal gingen die parlamentarischen Initiativen von unterschiedlichen politischen Parteien aus, wobei die Erfahrungen der vorherigen, ebenso gescheiterten Versuche kaum Berücksichtigung fanden. Die Autoren der unterschiedlichen Initiativen suchen auch kaum den Kontakt mit Sprachwissenschaftlern. So nimmt es nicht wunder, dass die parlamentarische und politische Diskussion keine Entwicklung zeigt, sondern sich im Kreise dreht.
In der Zwischenzeit entwickeln sich dagegen verschiedene Initiativen „von unten". Diese bemühen sich, die verlorene Zeit durch die Schaffung einer schlesischen Literatursprache zu kompensieren, die in einem bestimmten Ausmaß eine Standardisierung widerspiegelt. Zu beobachten ist eine Vielzahl solcher Bemühungen. Die Frage ist, ob die Eliten in Polen – auch in Schlesien selbst – bereit sind, diese Bemühungen anzuerkennen und letztlich auch im Recht zu sanktionieren.
Der Beitrag soll ein aktuelles Bild der Diskussion in Schlesien und in Polen bieten, auf dem Hintergrund der jüngeren Geschichte.

Das Oberschlesische im Rahmen der slavischen Mikroliteratursprachen

Martin **HENZELMANN** (Hamburg)

Martin Henzelmann ist Slavist und Romanist. Er promovierte 2015 zur Herausbildung slavischer Mikroliteratursprachen an der Technischen Universität Dresden mit Forschungsaufenthalt an der Paisii-Hilendarski-Universität Plovdiv/Bulgarien. Seine Forschungsinteressen liegen insbesondere im Bereich der Minderheitensprachen, der West- und Südslavistik. Er ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slavistik an der Universität Hamburg im Projekt zum gesprochenen Schlesischen.

Slavische Mikroliteratursprachen zeichnen sich durch eine ganze Reihe von Eigenschaften aus, durch die sie von Dialekten, aber auch von Standardsprachen unterschieden werden können. Diese Eigenschaften wurden vor allem in den 1980er Jahren vom estnisch-russischen Sprachwissenschaftler Aleksandr D. Duličenko definiert. Er geht bis heute davon aus, dass die Wesensmerkmale einer Mikroliteratursprache darin zu erkennen sind, dass eine bestimmte Varietät verschriftet wird, dass es zu status- und korpusplanerischen Aktivitäten kommt und dass eine Form des organisierten Erarbeitens weiterer Schritte des Sprachausbaus erkennbar eintritt. In diesem Zusammenhang wird erstmalig auch die Überlegung in den Raum gestellt, ob und wie man das Oberschlesische vor diesem Hintergrund klassifizieren soll, denn gerade die intensive Durchmischung der lokalen Idiome mit dem Deutschen macht sich auf sämtlichen sprachwissenschaftlich relevanten Ebenen bemerkbar und könnte daher in Schriftform auch markante Eigentümlichkeiten aufweisen. Gerade nach den Umbrüchen Ende der 1980er Jahre wurde dann in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg daran gearbeitet, das Oberschlesische zu kodifizieren, so dass heute Wörterbücher, Lehrwerke, Zeitschriften und andere Publikationen vorliegen, die von einer Emanzipation des Oberschlesischen zeugen. Weiterhin wurde wiederholt versucht, einen gesonderten juristischen Status für das Oberschlesische zu erreichen, was jedoch bis heute an unterschiedlichen Hürden scheiterte. Dennoch ist die Motivation vor Ort ausgesprochen hoch, die Status- und Korpusplanung intensiv voranzubringen und so das Prestige der Varietäten in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Die Kriterien, die in der Erforschung slavischer Mikroliteratursprachen von Bedeutung sind, können somit auf das Oberschlesische projiziert und kritisch hinterfragt werden.

Schlesisch als Regionalsprache – ein möglicher Weg zu ‚sprachlicher Gerechtigkeit' im Lichte des polnischen und europäischen Rechts?

Mark **BRÜGGEMANN** (Oldenburg)

Mark Brüggemann ist Lehrbeauftragter am Institut für Slavistik der Universität Oldenburg. Thema seiner Dissertation an der Universität Oldenburg war die sprachpolitische Debatte politischer Akteure und Intellektueller in Weißrussland in den Jahren 1994 bis 2010. Die Schwerpunkte seines wissenschaftlichen Interesses liegen im Bereich der Sprachpolitik, Sprachdebatte und Sprachsoziologie, Länderschwerpunkte sind Polen, Weißrussland, die Ukraine und Russland.

Das 2005 in Kraft getretene „Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten sowie über die Regionalsprache" war das Ergebnis eines langen, kontroversen Diskussionsprozesses in Polen, der bereits in der unmittelbaren Nachwendezeit begonnen hatte. Als einziger der drei Gegenstandsbereiche des Gesetzes ist die Regionalsprache im Singular genannt, was die Tatsache widerspiegelt, dass Polen derzeit nur ein einziges Idiom, das Kaschubische, als Regionalsprache anerkennt. Als „gerecht" wird dies insbesondere seitens eines Teils schlesischer Eliten nicht empfunden, die bereits seit der Entstehungsphase des polnischen „Minderheitengesetzes" fordern, ihrem „Ethnolekt" ebenfalls den Status einer Regionalsprache zu gewähren, und sich dabei unter anderem auf Bekenntnisse zum Schlesischen in den Zensusergebnissen berufen. Gegner dieser Forderung warnen – sieht man von der komplexen system- und soziolinguistischen Debatte um den Status des Schlesischen ab – vor dem Versuch einer Politisierung und Instrumentalisierung der „Liebe" der Schlesier zu ihrem Idiom, der das Ziel habe, sich durch die symbolische Indienstnahme von Sprache „gegen Warschau" in Stellung zu bringen.
Der geplante Vortrag soll vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um sprachliche Gerechtigkeit der Frage nachgehen, inwieweit ein Status des Schlesischen als Regionalsprache in Polen den in der „Linguistic Justice Debate" diskutierten Aspekten sprachlicher Gerechtigkeit Rechnung tragen könnte. Dabei soll auch die Diskussion um Regionalsprachen im Rahmen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates einbezogen werden.

Das gegenwärtige Oberschlesische im Kontakt mit dem Standardpolnischen und dem Deutschen

Jan Patrick **ZELLER** (Hamburg)

Jan Patrick Zeller ist Juniorprofessor für Slavistische Linguistik an der Universität Hamburg. Er promovierte an der Universität Oldenburg mit einer Arbeit zur lautlichen Variation im weißrussisch-russischen Sprachkontakt. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Sprachkontakt, Soziolinguistik und Sprachvariation des Polnischen, Russischen, Weißrussischen und Ukrainischen. Er leitet derzeit ein DFG-finanziertes Projekt zum gegenwärtigen gesprochenen Schlesischen.

Die polnischen Dialekte in Oberschlesien sind wie nur wenige andere Varietäten im polnischen Dialektkontinuum lebendig erhalten. Sie zeichnen sich zudem dadurch aus, dass sie aus dem ruralen Raum in die städtische Landschaft Oberschlesiens, das Oberschlesische Industrierevier, getragen wurden und dort neben dem Standardpolnischen aktiv gebraucht werden (zur Gewichtung des aktuellen Nebeneinanders s. Hentschel in diesem Panel). Neben anderen dialektalen Merkmalen des Schlesischen (Archaismen wie Innovationen) hat insbesondere der historische Kontakt mit dem Deutschen zur Eigenart des Schlesischen beigetragen. Hauptsächlich ist der deutsche Einfluss im Wortschatz zu beobachten. Aber auch die Syntax ist betroffen. Im Zuge einer allgemein-europäischen Entwicklung hin zu den Standardsprachen, also der Aufgabe der Dialekte und / oder ihrer Konvergenz mit den Standardsprachen, befindet sich das Schlesische nach dem Zweiten Weltkrieg, in den östlichen Teilen schon ein Vierteljahrhundert früher, unter dem Einfluss des Standardpolnischen. Dies gilt gerade für die Stadtlandschaft des oberschlesischen Industriereviers, für welche die Herausbildung neuer urbaner Subvarietäten, neuer Stadtdialekte zu erwarten ist. Wie in vergleichbaren urbanen Kontexten ist in diesem Prozess mit einer Beeinflussung seitens der in der Gesellschaft dominierenden Standardsprache zu rechnen, und das ist heute das Polnische. Es stellt sich u.a. die Frage, inwieweit Spuren des Deutschen heute „real“ vom Standardpolnischen überlagert werden.
Im Vortrag werden auf der Basis von Korpusanalysen erste Erkenntnisse eines laufenden Forschungsprojekts präsentiert, welches das tatsächlich gesprochene Schlesische in Familiengesprächen in den Blick nimmt.

Sprecher des Schlesischen – Sprachverhalten, Einstellungen und Wünsche zu ihrem Idiom

Gerd **HENTSCHEL** (Oldenburg)

Gerd Hentschel ist ordentlicher Professor für slavistische Sprachwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und gegenwärtig Mitglied des Kollegiums Sprachenwissenschaften der DFG. Ein Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeiten sind deutsch-polnische Sprachkontakte aus soziolinguistischer sowie historischer Perspektive. Zurzeit führt er ein Forschungsprojekt zu Erhalt und Schwund von Germanismen im Schlesischen durch.

Für einen Erfolg der Bemühungen, das Schlesische als Regionalsprache in Polen zu etablieren, sind verschiedene Hürden zu nehmen. Eine davon besteht darin, dass das Schlesische in einem gewissen Umfang eine Kodifizierung erfahren müsste, d.h. eine explizite Festlegung, wie das Schlesische „richtig“ in Schrift und Lautung zu realisieren ist, welche Strukturen in Flexion und Derivation sowie in der Syntax adäquat sind und welcher Wortschatz im Schlesischen als korrekt zu gelten habe. Bisher ist nicht bekannt, wie die heutigen Sprecher des Schlesischen in ihrer Breite zu den Bestrebungen der rechtlichen Aufwertung ihres Idioms stehen.
In einer von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Untersuchung wurde mit ca. 2.000 Respondenten in Oberschlesien – alles „bekennende“ Sprecher des Schlesischen – folgenden Fragen nachgegangen: (i) Wie häufig verwendet man Schlesisch bzw. Polnisch in verschiedenen Kommunikationsbereichen? (ii) Welche Wünsche bestehen zur zukünftigen Etablierung eines (kodifizierten) Schlesisch in verschiedenen Kommunikationsbereichen, in Medien, Ämtern und in der Bildung? (iii) Wie steht es mit Kenntnissen und Verwendung des Deutschen? (iv) Wie ist das Verhältnis zwischen schlesischer und polnischer Identität? Und letztlich (v): Inwieweit sind heute noch Germanismen im Schlesischen gebräuchlich?
Die Germanismen stellen ein besonderes Problem dar. Die Frage lautet: Sind sie in einer zukünftigen Kodifizierung zu berücksichtigen oder soll man sie weitgehend vermeiden und z.B. durch ans Schlesische adaptierte Wörter aus dem Standardpolnischen ersetzen? Im Vortrag sollen jedoch vor allem die sprachsoziologischen Fragen beleuchtet werden. Diese haben erheblichen Einfluss auf die Gebräuchlichkeit der Germanismen.

Kommentar: Achim **RABUS** (Freiburg i. Br.)

Achim Rabus ist seit 2016 Professor für Slavische Sprachwissenschaft an der Universität Freiburg. Zuvor hatte er die Aleksander-Brückner-Professur für Slawistische Sprachwissenschaft an der Universität Jena inne. Er wurde 2008 mit einer Arbeit zu ostslavischen geistlichen Gesängen promoviert, 2014 habilitierte er sich mit einer Studie über slavischen Sprachkontakt. Zu seinen aktuellen Forschungsinteressen zählen slavische Minderheitensprachen in Polen und anderen slavischen Ländern.

IV.6 RECHT SUCHEN. KONKURRIERENDE RECHTSORDNUNGEN UND BERUFUNG AUF RECHT IN POLEN-LITAUEN IN DER FRÜHEN NEUZEIT

Leitung: Michael G. **MÜLLER** (Halle)

Frühneuzeitliche Rechtspraxis beruhte überall in Europa auf dem Bezug auf unterschiedliche, gleichzeitig existierende und konkurrierende Rechtsordnungen und Rechtsvorstellungen – städtische, landesspezifische und gesamt- oder reichsstaatliche, auf einzelne Stände bezogene, sakrale und säkulare. Wer „Recht bekam", hing wesentlich auch davon ab, wer welches Recht als je gültig reklamieren konnte. Das Panel gilt folgenden Fragen: Welche spezifischen Konstellationen von Rechtskonkurrenz gab es im Polen-Litauen des 16. bis 18. Jahrhunderts? Welche Verfassungs- und Machtlagen bilden sich in diesen Rechtskonkurrenzen ab? Dahinter steht die Hypothese, dass die alte Rzeczpospolita keineswegs ein einheitlich „adelsrepublikanisches" Gebilde war – vielmehr eine monarchia mixta, in der die monarchische Gewalt, die Städte, die regionalen Eliten und die verschiedenen kulturell-konfessionellen Kommunitäten eine wesentliche Rolle als Akteure bei der Aushandlung von Recht sowie von sozialer und politischer Macht spielten. Die Fallstudien des Panels dienen der Überprüfung dieser These.

Einleitung

Robert **FROST** (Aberdeen)

Robert Frost, Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Aberdeen. Studium in St. Andrews und Krakau sowie an der School of Slavonic and East European Studies London. Dort Promotion zum Dr. phil. Lehrte 1987–2004 am King's College London. Seit 2004 Professor in Aberdeen, wo er seit 2013 den Burnett Fletcher Chair of History innehat. Seit 2016 Fellow of the British Academy. Unter seinen zahlreichen Publikationen: *The Northern Wars: War, State and Society in Northeastern Europe 1558–1721* (2000) und *The Oxford History of Poland-Lithuania*, Bd. 1: *The Making of the Polish-Lithuanian Union, 1385–1569* (2015)

Ideen der Gerechtigkeit in ökonomischen Instruktionen des polnisch-litauischen Adels der Frühen Neuzeit

Karin **FRIEDRICH** (Aberdeen)

Karin Friedrich, Professorin für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Aberdeen. MA in Geschichte und Politikwissenschaft an der LMU München 1989. PhD an der Georgetown University (Washington, D.C.) 1995 (*The Other Prussia. Royal Prussia, Poland and Liberty, 1569–1772*, ersch. 2000, poln. 2005). Lehrte 1995–2004 an der School of Slavonic and East European Studies, University College London, seit 2005 an der Universität Aberdeen, seit 2013 als Ordentliche Professorin. Mitglied des Council of the Royal Historical Society London. Unter ihren zahlreichen Publikationen: *Citizenship and Identity in a Multi-national Commonwealth: Poland-Lithuania in Context, 1569–1795* (2009).

Eine bisher eher selten ausgeschöpfte Quellengattung für die Geschichte der Patronagekultur des polnisch-litauischen Adels sind die zahlreichen Instruktionen von Magnaten und Latifundienbesitzern an ihre Starosten und örtlichen Verwalter. Oft mit sehr detaillierten Anweisungen verbunden, die von der Anzahl der zu lagernden Fässer Honig über den Nachschub für Munitionslager bis zu den Proviantzuteilungen reichten, werden aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive die normativen Elemente dieser Instruktionen oft übergangen. Am Beispiel bekannter Instruktionen und Handbücher zur Haus- und Landökonomie (u.a. von Anzelm Gostomski und Jakub Kazimierz Haur), aber auch anhand der Korrespondenzen der Radziwiłł-Familie – der detaillierten Instruktionen Bogusław Radziwiłłs an seine Klientennetzwerke von Starosten, Verwaltern, Festungskommandanten und städtischen Vögten – sollen Ideen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls der Politik des Selbstinteresses der Magnaten gegenübergestellt werden.
Ziel dieses Vortrags ist es, einen Einblick in die Auffassung von einer gerechten Weltordnung und das Bewusstsein des Adels gegenüber einer ökonomisch-politischen Hierarchie der frühneuzeitlichen Adelswelt Polen-Litauens zu geben. Der immer wieder im polnisch-litauischen Sejm verteidigten Ideologie der politischen Gleichberechtigung des Adels stand

eine politische und ökonomische Praxis gegenüber, die eine deutliche Ungleichheit zwischen Magnaten, mittlerem und Kleinadel erzeugte. Die Forschung hat dies traditionell in Untersuchungen zum Patronageverhältnis zwischen Magnatentum und einer breiten Schicht des ‚Dienstadels' analysiert. Traditionell wird angenommen, dass sich diese Ungleichheit auch in den Chancen widerspiegelte, Recht zu bekommen. Anhand der hier analysierten Quellen lässt sich das Patron-Klient-Verhältnis unter dieser Frage neu betrachten.

Gemeinsam oder getrennt? Juden und Christen vor dem Burggericht in Słuck im 17. Jahrhundert

Maria **CIEŚLA** (Warszawa)

Maria Cieśla. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Tadeusz Manteuffel-Institut für Geschichte, Polnische Akademie der Wissenschaften. Geschichtsstudium an der Universität Warschau, Promotion zum Dr. phil. 2010 mit einer Arbeit über Juden im Großfürstentum Litauen 1632–1764. 2011–2012 Postdoc-Stipendium der Hebrew University Jerusalem ERC-Projekt „Theologie of Conversion". 2015–2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Warschau. Buchveröffentlichung: *Kupcy, arendarze, rzemieślnicy. Różnorodność zawodowa Żydów w Wielkim Księstwie Litewskim w XVII i XVIII w.* (2018).

Juden bildeten die zahlreichste religiös-ethnische Minderheit in der Polnisch-Litauischen Rzeczpospolita. In der bisherigen Forschung wurde deren gesonderte rechtliche Stellung betont. In der Regel waren Juden Stadtbewohner, aber sie waren nicht dem Stadtrecht unterworfen; als die wichtigste Regel galt, dass sie der Jurisdiktion des (jeweiligen) Stadtherrn unterlagen und auf der Grundlage des Landesrechts (und nicht des Stadtrechts) abgeurteilt werden sollten. Das Referat präsentiert eine Fallstudie zur rechtlichen Praxis in der privaten Stadt Słuck. Słuck war einer der größten und wichtigsten privaten Städte des Großfürstentums Litauen, deren Bevölkerung zu etwa 30 % jüdisch war. Laut den Privilegien existierte in der Stadt eine autonome Bürgergemeinde, die mit Magdeburger Recht ausgestattet war. Die Juden unterlagen der Jurisdiktion des Stadtherrn (oder seiner Bevollmächtigten). Der Vortrag soll der Frage nachgehen, wie sich diese rechtlichen Unterschiede in der Praxis äußerten. Wie funktionierten die Gerichte in der Stadt? Wie verhielten sich Juden und Christen vor Gericht? Wie haben die rechtlichen Unterschiede das tägliche Leben beeinflusst? Grundlage der Untersuchung sind die Privilegien sowie die Akten des Słucker Burggerichts.

Was steht in den Privilegien und wer darf sich darauf berufen? Konflikte um Rechtsauslegung und juristische Zuständigkeiten in der königlich polnischen Stadt Fraustadt (Wschowa)

Karsten **HOLSTE** (Halle)

Karsten Holste, Institut für Geschichte der MLU/Stipendiat der Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung. Studium der Geschichte und Germanistik in Halle und Leipzig. 2003-2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am GWZO Leipzig; bzw. 2007–2013 am Institut für Geschichte der MLU; 2010 Promotion zum Dr. Phil. 2010 (*In der Arena der preußischen Verfassungsdebatte. Adlige Gutsbesitzer der Mark und Provinz Brandenburg 1806–1847*, ersch. 2012). Mitherausgeber und Mitverfasser von *Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch*. Bd. 3 (2018/19).

Einen zentralen Bestandteil der rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Rat und Bürgerschaft in frühneuzeitlichen Städten bildete die Berufung auf die der jeweiligen Stadt verliehenen Privilegien. Deren Inhalt war allerdings häufig ebenso umstritten, wie die Frage, wer über ihre Auslegung zu entscheiden hatte. An den Verfahren zur Beilegung innerstädtischer Konflikte in der dicht an der schlesischen Grenze gelegenen königlich polnischen Stadt Fraustadt lässt sich die Konkurrenz unterschiedlicher juristischer Entscheidungsinstanzen in der Frühen Neuzeit ebenso nachzeichnen, wie das Bemühen unterschiedlicher Akteure um juristische Deutungshoheit. Zugleich kann an diesem Beispiel diskutiert werden, welche Handlungsspielräume sich sowohl für die städtische Obrigkeit und die protestierenden Teile der Bürgerschaft als auch für den König und seinen lokalen Amtsträger, den Starosten, aus der unklaren Rechtslage und juristischen Zuständigkeit ergaben.

„Privilegierte Religion“

Bekenntnisstand und Patronatsrecht in protestantischen Städten Polen-Litauens

Michael G. **MÜLLER** (Halle)

Michael G. Müller, Prof. em. für Osteuropäische Geschichte am Institut für Geschichte der MLU. Studium der Slavistik und Geschichte in Frankfurt/M. Promotion zum Dr. phil. 1978. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Univ. Gießen sowie bei der Historischen Kommission zu Berlin. 1992 Habilitation an der FU Berlin und Professur am Europäischen Hochschulinstitut Florenz. Seit 1996 Professor in Halle. Unter seinen Publikationen: *Die Teilungen Polens* (1984, poln. 2005) und *Zweite Reformation und städtische Autonomie im Königlichen Preußen. Danzig, Elbing und Thorn in der Epoche der Konfessionalisierung* (1997).

Die Königlichen Städte Polen-Litauens gehörten gleichzeitig verschiedenen Rechts- und Herrschaftsordnungen an. Sie bildeten eine je eigene Rechtssphäre, unterstanden zugleich aber dem König als Stadtherrn, der kirchlichen Aufsicht der Bischöfe, dem jeweiligen Landesrecht und dem durch den polnisch-litauischen Sejm gesetzten Reichsrecht. Am Beispiel der politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen um die „privilegierte Religion“ in Danzig und Thorn um 1600 wird untersucht, welche rechtlich-konstitutionellen Berufungsinstanzen die Konfliktparteien je in Anspruch nahmen (Königliche Religionsprivilegien, die Bestimmungen der Warschauer Konföderation, das Kirchenrecht ihrer Diözese, das – um 1600 nur noch fiktive – preußische „Landesrecht“). Es geht darum, zu diskutieren, welche rechtlichen Berufungsinstanzen im Konflikt aufgerufen wurden und welche Argumentationslinien aus welchen Gründen erfolgreich waren.

Kommentar: Robert **FROST** (Aberdeen)

IV.7 GERECHTIGKEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG. AUSEINANDERSETZUNGEN UM GESCHLECHTERPOLITIK IM 20. JAHRHUNDERT

Leitung: Dietlind **HÜCHTKER** (Leipzig)

„Soziale Gerechtigkeit" ist in den verschiedenen Öffentlichkeiten Europas präsent. Der schillernde Begriff reicht von sozialdemokratischen Forderungen bis zu populistischen Implikationen von „sozialer Ungerechtigkeit". Gleichzeitig sind Geschlechterpolitik und Geschlechtergleichheit hoch umstrittene Politikfelder, nicht nur, aber doch auch in Polen unter der jetzigen Regierung. Die Spannung zwischen Gleichheit und Differenz, zwischen Forderungen nach Gleichberechtigung und der Hervorhebung von Unterschieden zwischen den Geschlechtern prägte die Geschlechterpolitik jedoch nicht erst in neuester Zeit. Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war Gleichberechtigung eine umstrittene und politisch wie kulturell umkämpfte Vorstellung. Das Panel macht es sich zur Aufgabe, die Felder Gerechtigkeit, Gleichheit und Gleichberechtigung im Hinblick auf die Geschlechterpolitik im 20. Jahrhundert zu diskutieren. Ziel ist es, die Bedeutung von Geschlechterdifferenz für Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen am Beispiel Polens im 20. Jahrhundert aufzuzeigen.

Struggle for Fair Memory – the Female Participants of Patriotic Deeds and Their Memory Projects in the Second Republic of Poland

Iwona **DADEJ** (Warszawa/Berlin), Anna **NOWAKOWSKA-WIERZCHOŚ** (Warszawa)

Iwona Dadej, Dr., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der europäischen Frauenbewegung(en) und -organisationen, Wissenschaftsgeschichte in Geschlechterperspektive; Mitbegründerin des Lucja-Charewiczowa-Seminars für Frauen- und Geschlechtergeschichte am IH PAN.

Anna Nowakowska-Wierzchoś, Dr., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Frauenorganisationen, Militärgeschichte, Archivwesen; Mitbegründerin des Lucja-Charewiczowa-Seminars für Frauen- und Geschlechtergeschichte am IH PAN.

In Bezug auf die Geschichtspolitik der II. Polnischen Republik fehlt bis heute eine frauen- bzw. geschlechterbezogene Analyse. Unser Vortrag will den von der Frauenbewegung, politischen Aktivistinnen und ehemaligen Soldatinnen initiierten Erinnerungsprojekten zur Teilnahme von Frauen an den Unabhängigkeitskämpfen im 19. und 20. Jahrhundert nachgehen. Am Beispiel von zwei ihrer Initiativen, dem Museum für verdienstvolle Polinnen (Muzeum Zasłużonych Polek) sowie der Reihe *Treuer Dienst* (Wierna służba), die polnische Unabhängigkeitskämpferinnen porträtiert, wollen wir die Kämpfe um eine gerechte Verteilung von Erinnerung reflektieren und dabei die politische Zugehörigkeit der Akteurinnen einbeziehen.

Das Projekt „Patriotki jutra? Działania niepodległościowe, postawy obywatelskie i praca edukacyjna Polek we Lwowie (1863–1939) w świetle materiałów zebranych przez Muzeum Zasłużonych Polek we Lwowie oraz Ossolineum. Edycja i komentarz" wird in Rahmen des NPRH Programmes vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung der Republik Polen durchgeführt.

Gleichberechtigung und Geschlechterpolitik im Polen des 20. Jahrhunderts

Bożena **CHOŁUJ** (Frankfurt/O. – Warszawa)

Bożena Chołuj, Prof. Dr., Literaturwissenschaftlerin, Professorin an der Europa-Universität Viadrina (Lehrstuhl für Deutsch-Polnische Literatur-, Kulturbeziehungen und Gender Studies) und der Universität Warschau (Abteilung für Literaturwissenschaft); Forschungsschwerpunkte: deutsche Literatur, Körper und Macht in der Literatur, Wissenschaftstheorie, Differenzforschung; Mitherausgeberin von *L'Homme*. Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft; Publikation u.a.: Die Gender-Kategorie in der Analyse literarischer Strategien im Umgang mit der Weiblichkeit: Ingeborg Bachmann, Seweryna Szmaglewska, Ruth Klüger. In: World Literature Studies (2017).

Anhand der Entwicklung der zweiten Frauenbewegung in Polen wird der Kampf um Gleichberechtigung und eine gerechte Geschlechterpolitik dargestellt. Während Einmischen und Provozieren der Feministinnen für die 1990er Jahre charakteristisch waren, steht bis zum EU-Beitritt Polens 2004 das Bemühen um die Gestaltung einer neuen Gerechtigkeit im Vordergrund. Die ersten politischen Enttäuschungen nach dem Beitritt führten zu basalen Veränderungen der feministischen Szene: Auflösung der wichtigen Frauen-NGOs, Professionalisierung der Feministinnen im akademischen Raum, individuelle Unterstützung der Proteste von benachteiligten Berufsgruppen. All diese Erscheinungen führen dazu, dass die identitätsbezogenen Bewegungen das Gemeinwohl der Gesellschaft als einer Ganzheit aus den Augen verlieren. Diese These, gebildet in Anlehnung an Agnes Heller, wird in dem Vortrag zur Diskussion gestellt.

Gleichberechtigung als normative Achse künstlerischen Schaffens

Justyna **GÓRNY** (Warszawa)

Justyna Górny, Dr., geb. 1976, Literaturwissenschaftlerin, Übersetzerin von wissenschaftlichen Texten zur polnischen und deutschen Geschichte, zur Sozial- und Kulturgeschichte, zur Geschichte der Architektur und Psychoanalyse; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Germanistik der Universität Warschau; promovierte 2011 zum Thema Literaturkritik als Diskurs der Weiblichkeit – Analyse der literaturkritischen Texte zu Clara Viebig, Franziska zu Reventlow, Zofia Nałkowska, Maria Kuncewiczowa und Elfriede Jelinek; Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Weiblichkeitsdiskurses, Kulturtransfer, Rezeption der Literatur; aktuelles Projekt über literarische Darstellungen intellektueller Frauen.

Der Vortrag beschäftigt sich mit der Frage, wie polnische Autorinnen nach 1989 Ungleichheit thematisieren. Woran entzündet sich Ungleichheit, d.h. was nehmen die Autorinnen konkret als geschlechtliche, soziale oder kulturelle Ungleichheit wahr und wie stellen sie diese verschiedenen Ungleichheiten dar? Dabei wird gefragt, wie die Autorinnen mit Ungleichheit umgehen: Kommt es in den literarischen Texten zu einer Normalisierung und Bestätigung von Ungleichheiten oder werden sie umgekehrt als eine zu überwindende Ungerechtigkeit verstanden? Letztlich wird auf diese Weise analysiert, welche Strategien der Intervention entworfen werden. In welchem Sinne wird das Bedürfnis nach Gerechtigkeit als mobilisierende Kraft konzipiert? Werden Strategien des Aktivismus oder gar des gewaltsamen Einschreitens entworfen oder suchen die Autorinnen nach anderen Vorgehensweisen? Ziel des Vortrags ist es, zu erörtern, inwiefern Gleichberechtigung als anzustrebender Wert imaginiert wird.

Abtreibung als „Völkermord". Verhandlungen von Souveränität und historische Bezüge in Debatten über reproduktive Rechte am Beispiel national-katholischer und feministischer diskursiver Praktiken

Jennifer **RAMME** (Frankfurt/O.)

Jennifer Ramme, wiss. Mitarbeiterin an der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina; Forschungsschwerpunkte: Feministische Bewegung und strittige „polnische" und „europäische" Geschlechterordnungen als Politiken von Raum und Ästhetik; Publikation u.a.: Framing Solidarity. Feminist Patriots Opposing the Far Right in Contemporary Poland, Open Cultural Studies 3 (2019).

Der Beitrag beschäftigt sich mit Argumentationen national-katholischer versus emanzipatorischer feministischer Akteure und Akteurinnen und der Darstellung von Abtreibung (bzw. die Kriminalisierung/Teilverbote von Abtreibung) als Unrecht. Nach dem Versuch 2016, ein noch restriktiveres Abtreibungsverbot einzuführen, kam es zu Massenprotesten und einer breiten Politisierung von Frauen. Diese empfanden den Gesetzentwurf als Unrecht und einen Angriff auf ihre menschliche Würde. Während die neu entstandene Frauenbewegung das Recht auf körperliche Integrität postuliert, sieht das national-katholische Lager durch die Forderung von Autonomie für Frauen die Souveränität der Nation bedroht. Auch in diesem Zusammenhang gewinnen Bezüge zur Geschichte und nationaler Symbolik eine wichtige Bedeutung. Neben der Darstellung von Geschichtsbezügen in zeitgenössischen diskursiven Praktiken werden in dem Beitrag die Hintergründe und Ursprünge national-katholischer Argumentationsmuster diskutiert.

Geschlechtergerechtigkeit – ist sie möglich? Erfahrungen und Herausforderungen

Ute **GERHARD** (Frankfurt/M.)

Ute Gerhard, Prof. Dr. phil., geb. 1939, Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Geschichte; von 1987 bis 2004 Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Frankfurt/M. Direktorin des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse der Universität Frankfurt; Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Theorie des Feminismus, europäische Sozialpolitik, Rechtsgeschichte und Rechtssoziologie. Neueste Veröffentlichungen: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789; Für eine andere Gerechtigkeit. Dimensionen feministischer Rechtskritik.

Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen im Kampf um Frauenrechte in Europa sollen die Widerstände und besonderen Schwierigkeiten, aber auch die Errungenschaften und mühsamen Schritte zu mehr Gleichberechtigung von Frauen erinnert werden. Dabei sind die Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert wichtige Akteure sozialen und politischen Wandels und neuer Standards für Gerechtigkeit gewesen. Und dennoch wissen wir, wie ungerecht, wie gefährdet und permanent von Gewalt bedroht die Stellung von Frauen auch noch weltweit in den Gesellschaften des 21. Jahrhundert ist. Unentbehrliche Maßstäbe für eine andere Gerechtigkeit setzt hierbei die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die inzwischen durch zusätzliche völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen (Konventionen) für die in der UNO versammelten Staaten unmittelbar geltendes Recht sind. Das gilt insbesondere für die Frauenrechtskonvention (CEDAW) von 1979, die inzwischen durch besondere Verfahren und Auslegungsregeln Rechtswege eröffnet hat, in denen die spezifischen Unrechtserfahrungen von Frauen zur Sprache gebracht und als individuelle Rechte verbürgt werden. Näher und praktischer ist uns das Recht der Europäischen Union, die ja nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern inzwischen eine vielseitig ausgestaltete Rechtsgemeinschaft ist, die die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Bekämpfung von Diskriminierungen jeder Art zu ihren demokratischen und sozialen Grundlagen erklärt hat. Sie sind – das ist viel zu wenig bekannt – über staatliche Grenzen hinaus einklagbar. In meiner feministischen Rechtskritik soll daher Recht nicht nur als Zwangs- und Herrschaftsapparat, sondern auch als Befreiungs- und Ermächtigungsinstrument behandelt werden, das Frauen bewusster und informierter in Anspruch nehmen sollten. Denn Rechte sind kein Haben oder Besitz, sie müssen immer wieder verteidigt, erkämpft und im jeweiligen Kontext neu verhandelt und vermessen werden.

Kommentar: Dietlind **HÜCHTKER** (Leipzig/Halle)

Dietlind Hüchtker, Prof. Dr., Historikerin, wiss. Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO); Professorin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Forschungsschwerpunkte: Geschlechtergeschichte, Sozial- und Kulturgeschichte, Wissensgeschichte, Geschichte ländlicher Gesellschaften; Publikation u.a.: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*; Mitherausgeberin von *Polen in der europäischen Geschichte*, Bd. IV: *Das 20. Jahrhundert*.

IV.8 CULTURAL (MIS)REPRESENTATIONS OF THE RESCUE OF JEWS DURING THE HOLOCAUST IN POLISH PUBLIC DISCOURSE

Chair: Zofia **WÓYCICKA** (Warszawa)

In the last decades Poland has witnessed a flux of publications, educational programs, films, monuments and museum projects dedicated to people who saved Jews during World War II. Surely, the theme is not only of historical prominence, but also of high educational value. At the same time however, the "Righteous" have also long been subject to political (mis)use. The topic often emerges as a response to accusations of anti-Semitism. Such was the case after the Kielce pogrom (1946) and also during the so-called anti-Zionist campaign of 1967/68. Also the current trend to commemorate the Righteous can be interpreted as a backlash against the publication of *Neighbours* by Jan Tomasz Gross (2000).
What are the cultural (mis)representations of the rescue stories in Poland? In how far is the current dominant discourse on the Righteous imposed by politics and in how far is it based on deeper-rooted cultural patterns? What is the role of the Catholic Church in propagating these narratives? How does this growing interest for people who assisted Jews during World War II correspond with developments in the field of Holocaust memory in other European countries and beyond? We will address these issues from different disciplinary perspectives. The presentations will look at different sources – movies, literature, monuments, museums, ethnographic evidence, and witness accounts – to describe the recent developments but also the long-term evolution of this topos since the 1940s.

How to Recount the Process of Helping? A Counter-Narrative to the Dominant Discourse about the „Righteous"

Agnieszka **WIERZCHOLSKA** (Berlin)

Agnieszka Wierzcholska, PhD, is a research and teaching associate at the Institute for East European Studies at the Freie Universität Berlin. Her main research interests are the history of East European Jews, Yiddish culture and the Holocaust. She has recently defended a Ph.D. entitled: *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung in Polen. Mikrostudien zu Tarnów, 1918–1945*. She has published numerous articles including: 'Helping, denouncing, and profiteering: a process-oriented approach to Jewish–Gentile relations in occupied Poland from a micro-historical perspective'. In: *Holocaust Studies* 23 (2017) 1–2.

From recent debates in Poland about the „Righteous" the Jews are strikingly missing. The dominant narrative about the helpers focuses not on the process of help itself, but rather on the potential for identifying the self-image of the entire „Polish nation" with the rescuers. This paper will examine some core issues of how the rescue actions were actually realized. This perspective into the every-day experiences of the helpers and the help-receivers, highlights, which features of rescue were obfuscated, forgotten or falsified in the narrative promulgated after the war.
Firstly, rescue cannot be viewed solely as a „reaction" to the Shoah of the non-Jewish Poles. It was a process, in which Jews were actively involved. Jewish agency, neglected in the post-war narratives, was one of the most important components of help. Secondly, help was a dynamic process, that required constant modifications in reaction to threats of denunciation and extortions, and various changing circumstances. Hardly anyone decided to become „a rescuer". Usually people committed themselves to help for a limited period of time: until „Aryan papers" were prepared, a more secure hideout was found, until the „Aussiedlungsaktion" was over, etc. When all else failed, some people proved ready to hide the Jews for a little more time, others sent them. The helpers had to decide over and over again, if and how they are going to continue assisting endangered Jews. Last but not least, the helpers acted against the norms prevailing in their own community and they and the hiding Jews were constantly in fear of being denounced by the surrounding population. When remembering the rescuers it would be appropriate to actively remember that many (if not most) were denounced by their compatriots. Also, when grieving the rescuers, who have died for helping Jews, it should be a collective task to also mourn the Jews that died with them.

Polish Discourse on the Rescue of Jews during the Holocaust and the Practices of Domination

Tomasz **ŻUKOWSKI** (Warszawa)

Tomasz Żukowski, PhD, literary historian, associated professor at the Institute of Literary Research of the Polish Academy of Sciences. He recently published: *Wielki retusz. Jak zapomnieliśmy, że Polacy zabijali Żydów* (The Great Whitewash. How we Forgot that the Poles were Killing Jews, 2018) and *Opowieść o niewinności. Kategoria świadka Zagłady w kulturze polskiej, 1942–2015* (The Account of Innocence. The Category of the Holocaust Bystander in Polish Culture 1942–2015, co-author and co-editor, 2018).

The paper will discuss the memory of the Righteous in Poland as a social practice of domination. Analyzing articles which appeared in the Catholic weekly „Tygodnik Powszechny" after the Kielce pogrom of 1946, I will show how the stories about the rescue of Jews during World War II form a counter-narrative to the accounts on anti-Semitic violence and thus limit the expression of personal experiences of both Holocaust survivors and their helpers.
In order to create a positive self-image of the Polish nation, cases of help – actions taken up against the social norm – are presented as a dominant stance of the Polish-Catholic majority, while the numerous cases of anti-Jewish violence are classified as exceptions. Thus the majority population is being relieved of any guilt and responsibility. Such a narrative defines the position and the moral value of both the majority and the minority group and thus puts pressure on the representatives of the latter. It makes it impossible for them to express any accusations, as it would put them in the position of being „ungrateful".

Religious Framing of the Jewish Rescue in Contemporary Poland.

Case Study of the Baranek Family

Karina **JARZYŃSKA** (Kraków)

Karina Jarzyńska, PhD, is working at the Faculty of Polish Studies of the Jagiellonian University. Currently she is working on the project „Unmemorialized Genocide Sites and Their Impact on Collective Memory, Cultural Identity, Ethical Attitudes and Intercultural Relations in Contemporary Poland" led by prof. Roma Sendyka. She authored i.a.: *Literatura jako „ćwiczenie duchowe". Dzieło Czesława Miłosza w perspektywie postsekularnej* (2018) and *Eposy świata* (2011).

The Catholic Church is one of the main agents influencing the contemporary Polish memoryscape, both on the state level and locally, as an institutional frame of religious ideas and practices shared by a majority of the citizens. Its agency is particularly powerful in relation to the memory of the Holocaust and the Polish-Jewish relations during the war, as it is affected with terror, grief and guilt – feelings religion is traditionally delegated to cater for.
The paper will focus on the local determinants of making use of the religion to cope with the difficult past. My thesis are based on ethnographic research I have conducted in the Miechów County, where several Polish families risked their lives and failed rescuing Jews: both Poles and Jews were denounced and killed. Interviewing the locals and relatives of the victims, visiting killing sites and participating in commemoration ceremonies, I have observed different modes of sanctifying the non-Jewish Poles and excluding the Jewish victims in the discursive, performative and visual spheres. I will present this phenomenon as driven by religiously legitimized logic, yet open for various inconsistencies and counter-narratives.

„Grateful Poles honouring themselves" – Commemorating the Righteous in the Urban Landscape of Warsaw

Paweł **DOBROSIELSKI** (Warszawa)

Paweł Dobrosielski, PhD, assistant professor at the Institute of Polish Culture at the University of Warsaw. His academic interests include discourse analysis, collective memory and critical studies. He authored i.a. *Spory o Grossa. Polskie problemy z pamięcią o Żydach* (Disputes over Gross. Polish problems with the memory of Jews, 2017) and *Ślady Holokaustu w imaginarium kultury polskiej* (Traces of the Holocaust in the Polish Cultural Imaginary, co-editor and co-author, 2017).

Among the mnemonically laden places in Warsaw one square particularly stands out. Located in the Muranów district, within the boundaries of the former Jewish Ghetto, it houses the POLIN Museum of the History of Polish Jews, the Monument to the Ghetto Heroes, the commemorative plaque devoted to Willy Brandt's Kniefall, the Jan Karski Bench and the Irena Sendler Alley. This palimpsestic entanglement between the Polish and the Jewish memory has been additionally complicated by plans to erect yet another monument within the square, devoted to Poles who rescued Jews during World War II.

A fierce debate on this issue took place between the members of the Polish symbolic elites in 2013-2014. It revealed and repeated key tropes and notions utilized within the Polish memory discourse pertaining to the attitudes of Poles as the dominant majority towards the Jews as the minority. The discourse on helping the Jewish victims discloses – sometimes inadvertently – its darker underside, that of blackmailing, denunciating and murdering committed by the neighbours. What is consistently overlooked is that those, who rescued, did so against overall social sentiments.

I would like to address – through theories of discourse analysis and anthropology of memory – the issue of contemporary Polish tendencies to commemorate their Righteous Among the Nations within the Warsaw urban landscape as a matter that does not lead to integration, but rather to appropriation of Jewish memory, and therefore has little potential to advance from competition to multidirectionality. Glocalization in this regards would mean that the globalized „memory epidemics" has been locally instrumentalized, even dialectically so, as it now serves the purposes of neutralization of difficult topics, enclosure within proud tribal identity and promoting nationalism.

The 'Glocalisation' of Memory or the Rescue of Jews during World War II in Nontemporary European Museums

Zofia **WÓYCICKA** (Warszawa)

Zofia Wóycicka, PhD, is a historian and researcher at the German Historical Institute Warsaw. Her main research interest lies in Memory and Museum Studies with a special focus on World War II. She authored i.a. *Arrested Mourning. Memory of the Nazi Camps in Poland, 1944–1950* (2013). One of her latest publications is: 'Global Patterns, Local Interpretations: New Polish Museums Dedicated to the Rescue of Jews during the Holocaust' *Holocaust Studies*. 25 (2019) 3.

Over the last two decades, a remarkable number of museums dedicated to people who saved Jews during World War II was established in various European countries. These museums are an expression of the growing international interest in this aspect of the history of the Holocaust. At both the European and national levels, politicians and opinion leaders are increasingly emphasizing the commemoration of the 'Righteous'. The topic is not only of historical relevance but of significant educational value. However, commemorative initiatives focused on rescuers may also serve to neutralize uncomfortable debates about the participation of members of the bystander societies in the murder of Jews.

The paper will discuss recently opened museums and exhibitions dedicated to people assisting Jews during World War II, including the Žanis Lipke Memorial in Riga (2013), Lieu de Mémoire au Chambon-sur-Lignon/France (2013), the Ulma Museum in Markowa/Poland (2016) and the Silent Heroes Memorial in Berlin (2006/2018). Taking as point of departure Sharon Macdonald's notion of a 'glocalization' of European memory it will investigate the similarities between these museums but also the local specificity and alternations of their narratives. I will do this on the example of the recurring motives and symbols such as house/hideout, list of names, orchard and their different use in the analysed displays.

Commentary: Raphael **UTZ** (Jena)

Raphael Utz, PhD, is Managing Director of the Imre Kertész Kolleg Jena. He studied Medieval and Modern History, Eastern European History and Slavic Studies at Heidelberg University and holds an M.Phil. in Russian and Eastern European Studies from Oxford University. In 2007 Raphael Utz received his PhD at Heidelberg University. He published i.a.: *Rußlands unbrauchbare Vergangenheit: Nationalismus und Außenpolitik im Zarenreich* (2008) and *Orte der Shoah in Polen: Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum* (co-editor 2016).

ZWISCHENZEITEN I

Z.I.1 WISSENSCHAFT KOMMUNIZIEREN – DAS ONLINEPORTAL „COPERNICO. GESCHICHTE UND KULTURELLES ERBE IM ÖSTLICHEN EUROPA“ IM KONTEXT INNOVATIVER WISSENSCHAFTSBASIERTER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Antje **JOHANNING,** Felix **KÖTHER** (Marburg)

Antje Johanning-Radžienė, Studium der Germanistik und Kunstgeschichte an der HHU Düsseldorf, 2000 M.A., 2002 Dr. phil.; seit 1998 Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin, Kulturmanagerin und DAAD-Lektorin, langjährige Aufenthalte in Polen, Litauen und Lettland, seit 2019 Projektkoordinatorin des Online-Portals „Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ am Herder-Institut in Marburg.

Felix Köther, Studium der Germanistik, Kulturwissenschaften und Philosophie an der Philipps-Universität Marburg, 2011 M.A.; Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter, Promotionsstipendiat der Gerda-Henkel-Stiftung, seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Online-Portal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ am Herder-Institut in Marburg.

In Zeiten sogenannter *Fake News* und neuerlicher Deutungskämpfe um Geschichtsverläufe und das historische Erbe ist es entscheidend, wissenschaftliche Informationen und einschlägige Forschungserkenntnisse eingängig und adressatengerecht zu vermitteln und Zugänge zu Expertisen, Institutionen und eigenen Recherchemöglichkeiten aufzuzeigen. Dies gilt erst recht für das östliche Europa und für die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete, zumal die Zahl der noch lebenden Zeitzeugen rapide abnimmt. Wie jedoch lassen sich offene Fragen und Interessen auf Seiten der breiten, nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit aufgreifen und bedienen? Wie lässt sich ein Weg von niedrigschwelligen Einstiegsformaten hin zu wissenschaftlicher Differenzierung und Reflexion ebnen? Welche Strategien der Wissensvermittlung und -aufbereitung sind möglich und geboten? Wie lassen sich Forschungseinrichtungen und Kulturerbeeinrichtungen mit ihren vielfältigen Angeboten, Ressourcen und Beständen adäquat und standardisiert beschreiben? Und wie kann die Anschlussfähigkeit und Interoperabilität zwischen populären Vermittlungsangeboten und wissenschaftlicher Infrastruktur sichergestellt werden?
Das im Aufbau befindliche Verbund- und Transferportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ versucht, Antworten auf diese Fragen am Beispiel der historischen Forschung und Kulturerbeeinrichtungen zum östlichen Europa zu finden.

Z.I.2 DAS POLNISCH-DEUTSCHE / DEUTSCH-POLNISCHE ELEKTRONISCHE SUBKORPUS DER RECHTSSPRACHE: STRUKTUR, SUCHMÖGLICHKEITEN UND POTENTIAL ALS FORSCHUNGSINSTRUMENT

Marek **ŁAZIŃSKI** (Warszawa) / Andreas **MEGER** (Mainz-Germersheim)

Prof. Dr. Marek Łaziński ist seit 1992 am Institut für Polnische Sprache der Universität Warschau tätig (1997 Promotion, 2007 Habilitation, 2011 außerordentlicher Professor der Universität Warschau; Vertretungs-/Gastprofessuren an der Berliner Humboldt-Universität und der Universität Mainz). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. in den Bereichen der Aspektologie, der deskriptiven Grammatik der polnischen Sprache sowie der Korpuslinguistik, hier insbesondere der Parallelkorpora (er ist Autor des polnisch-russischen / russisch-polnischen Parallelkorpus). Seit 2018 leitet er auf polnischer Seite das bilaterale Projekt „Die Entwicklung des polnischen Aspektsystems in den letzten 250 Jahren auf dem Hintergrund der Nachbarsprachen“ (gefördert von der DFG und dem polnischen NCN).

Dr. Andreas Meger arbeitet seit 2003 als akademischer Mitarbeiter am Arbeitsbereich Polnisch des Germersheimer Fachbereiches Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft der Universität Mainz, wo er seine Diplomarbeit zur Fachsprache des Rechts im Polnischen und Deutschen verfasste und 2010 mit einer Arbeit über die Makro- und Mediostruktur von Neologismenwörterbüchern der Slavinen und des Deutschen promoviert wurde. Er ist u.a. Mitautor des 2007 erschienenen Polnisch-deutschen Wörterbuches der Neologismen. Seine didaktischen und wissenschaftlichen Interessen liegen im Bereich der Neologie und Neografie, der Fachsprachen, der Fachübersetzung (insbesondere der Rechtssprache) und der Korpuslinguistik (hier vor allem die Parallelkorpora). Seit 2018 arbeitet er an dem bilateralen Projekt „Die Entwicklung des polnischen Aspektsystems in den letzten 250 Jahren auf dem Hintergrund der Nachbarsprachen“ mit (gefördert von der DFG und dem polnischen NCN).

Parallelkorpora – also Sammlungen von genuinen Texten und deren Übersetzungen in einer anderen Sprache – führen in der Korpuslandschaft als „jüngere und kleine Geschwister“ der großen einsprachigen elektronischen Korpora noch ein Nischendasein. Das für die Zwecke des deutsch-polnischen Projekts „Die Entwicklung des polnischen Aspektsystems in den letzten 250 Jahren auf dem Hintergrund der Nachbarsprachen“ (DFG/NCN) geschaffene „Deutsch-Polnische / Polnisch-Deutsche Parallelkorpus“ verfügt über ein beträchtliches Subkorpus der Rechtssprache, das ausgewählte Rechts-/Gesetzestexte und deren Übersetzungen der letzten 250 Jahre beinhaltet.
Das gesamte Parallelkorpus, einschließlich des Subkorpus der Rechtssprache, soll neben dem projektinternen Zweck auch über die Projektzeit hinaus im Internet frei zugänglich sein und als Forschungs- und Abfrage-Instrument für Wissenschaftler, Übersetzer, Studierende und interessierte Laien fungieren, für die Korpora nicht primär zum Forschungs-, Lehr- und Arbeitsalltag gehören. Eine wesentliche Bedingung dafür ist ein intuitiv bedienbares Abfrageinterface, das ohne besondere Kenntnisse der Abfragesyntax genutzt werden kann. Der Fokus des Vortrags liegt in der Präsentation der Struktur (Aspekte der Textauswahl, zeitliche Gliederung) und der Suchmöglichkeiten dieses für das Sprachenpaar Polnisch/Deutsch ersten diachronen (Sub)Korpus der Rechtssprache.

Z.I.3 DEUTSCH-POLNISCHE STÄDTEPARTNERSCHAFTEN: FAKTEN, POTENZIALE, HERAUSFORDERUNGEN

Agnieszka **ŁADA**, Sandra Gracia **SCHWACH** (Darmstadt)

Agnieszka Łada – Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Spezialisierung: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen, EU-Institutionen.

Sandra Gracia Schwach – studierte Sozialwissenschaften, sowie Sprache und Kommunikation des Englischen an der Universität Siegen und dem Collegium Civitas in Warschau und schloss ihren Masterabschluss im April 2019 ab. Seitdem arbeitet sie im Rahmen eines Forschungsstipendiums des Deutschen Polen-Instituts am Projekt „Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Fakten, Potenziale, Herausforderungen“.

Deutsch-polnische Städtepartnerschaften sind eine wesentliche Ebene der bilateralen Beziehungen, die zur Verfestigung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung und der europäischen Integration beider Länder beitragen. Wertvolle Aspekte sind dabei das gegenseitige Kennenlernen der Einwohnerinnen und Einwohner beider Länder und die Realisierung konkreter Projekte, die einen direkten Einfluss auf Städte, Organisationen und die am Austausch beteiligten Personen haben.

Aus diesem Grund beschäftigt sich dieses Projekt mit deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften im Kontext des europäischen Integrationsprozesses. Dabei wurde darauf abgezielt Formen und Motivationen für die Zusammenarbeit, die damit verbundenen Herausforderungen als auch Erfolgsmodelle (best practice) zu untersuchen. Nebenbei wurden auch Fragen untersucht wie z.B.: Welche Auswirkungen hatte der EU-Beitritts Polens auf kommunaler Ebene? Inwiefern fließt die Zentralpolitik und die aktuelle Politik im jeweiligen Land auf die Kommunalpartnerschaften ein? Worin unterscheiden sich deutsch-polnische Partnerschaften?

In enger Zusammenarbeit des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (ISP) in Warschau konnten in insgesamt 81 Tiefeninterviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren aus 14 polnischen und 15 deutschen Städten diese und viele weitere Fragen beantwortet werden. Die befragten Städte wurden demnach aus einer Stichprobe und vorangegangenen Recherchearbeiten ausgewählt. Zusätzlich wurde eine Internet-Befragung an Stadtverwaltungen in Deutschland und Polen gerichtet, mit einer Rücklaufquote von insgesamt 343 Teilnehmern, davon 202 aus Deutschland und 141 aus Polen. Diese gesammelten Daten werden aktuell ausgewertet und erste Ergebnisse konnten bereits auf diversen Konferenzen vorgestellt werden.

Z.I.4 DIE PLATTFORM „POLEN IN DER SCHULE“

Matthias **KNEIP** (Darmstadt)

Seit 2014 bietet das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt die kostenlose Internetplattform www.poleninderschule.de an. Diese Plattform, die von der Sanddorf-Stiftung in Regensburg gefördert wird, ermöglicht Lehrerinnen und Lehrer aller Jahrgangstufen (einschließlich Grundschule) den Zugriff auf Unterrichtsmaterialien zu deutsch-polnischen Themen. Die einzelnen Module sind didaktisch aufbereitet und zum großen Teil an den Lehrplänen der Bundesländer ausgerichtet. Ein Schwerpunkt der Plattform liegt auf den Fächern Geschichte, Deutsch und Gesellschaftskunde, allerdings wurde das Angebot in den letzten Jahren erheblich erweitert und auf andere Fachbereiche ausgedehnt. So finden sich hier auch zahlreiche Materialien für die Vorbereitung und Durchführung von Klassenfahrten nach Polen sowie Schüleraustauschprogrammen, beispielsweise zur polnischen Sprache und Landeskunde. Neben klassischen Arbeitsblättern bietet die Internetplattform auch nach Fächern abrufbare unterrichtsrelevante Filmmaterialien an sowie ständig aktualisierte Hinweise auf Neuerscheinungen und schulbezogene Veranstaltungen und Fortbildungen. Außerdem können über die Plattform auch verschiedene Ausstellungen für Schulen ausgeliehen werden sowie Informationen über das PolenMobil eingesehen werden.
In der „Zwischenzeit“ soll die Konzeption der Plattform kurz vorgestellt sowie einige Einsatzmöglichkeiten konkret vorgeführt werden.

Z.I.5 PERSONENZENTRIERTE EXZELLENZFÖRDERUNG IN POLEN: DIOSCURI-PROGRAMM

(Max-Planck-Gesellschaft)

Steffi **HEINECKE** (München)

Steffi Heinecke, geb. 1985, absolvierte ihr Studium der Soziologie transnationaler und globaler Prozesse an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Über ihre Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zu Mechanismen der Erneuerungsfähigkeit von Forschungsorganisationen gelangte Heinecke an die Bergische Universität Wuppertal. Hier schloss sie 2017 ihre Promotion zum institutionellen Wandel des polnischen Wissenschaftssystems nach 1989 ab. Seit 2018 koordiniert Steffi Heinecke das Dioscuri-Programm der Max-Planck-Gesellschaft.

Mit dem Dioscuri-Programm hat die Max-Planck-Gesellschaft 2017 ein neuartiges Programm zur Förderung wissenschaftlicher Exzellenz in Mittel- und Osteuropa ins Leben gerufen. Das personenzentrierte Programm wird zunächst in Polen umgesetzt, wo bereits zwei Ausschreibungsrunden stattfanden. Die Förderung im Rahmen des Dioscuri-Programms geht deutlich über herkömmliche Projektförderung hinaus. Die Finanzierung eines Dioscuri-Zentrums dient der Ausstattung herausragender Forscherpersönlichkeiten, die eine innovative und international sichtbare Forschungsgruppe in der Region etablieren möchten. Hierzu wird die Gruppe für zunächst fünf Jahre mit bis zu 300.000 Euro jährlich ausgestattet und von erfahrenen Partnern aus Deutschland wissenschaftlich unterstützt. Die gastgebende Einrichtung stellt die zur Forschung benötigte Ausstattung sowie zusätzliche finanzielle Mittel bereit und bietet der Zentrumsleiterin oder dem Zentrumsleiter eine langfristige Perspektive. Die Finanzierung übernehmen zu gleichen Teilen das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das polnische Wissenschaftsministerium.
Die aktuelle dritte Ausschreibung für Dioscuri-Zentren in Polen steht herausragenden Forscherinnen und Forscher aller wissenschaftlichen Disziplinen offen, deren Promotion nicht länger als 15 Jahre zurückliegt. Diese richtet sich explizit auch an Vertreterinnen und Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften – in den ‚Zwischenzeiten' und an unserem Stand haben sie die Möglichkeit, mehr über das Programm und dessen Fördermöglichkeiten zu erfahren.

Z.I.6 BUCHPRÄSENTATION „KREISAU / KRZYŻOWA. 1945 – 1989 – 2019“

Gregor **FEINDT** (Mainz), Waldemar **CZACHUR** (Warszawa)

Gregor Feindt ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz. In seiner aktuellen Forschung befasst er sich mit der Planung, Erfahrung und Bewältigung der Industriemoderne am Beispiel der tschechoslowakischen Fabrikstadt Zlín.

Waldemar Czachur ist Germanist und Professor an der Universität Warschau. Er forscht im Bereich der Diskursanalyse, insbesondere zu Erinnerungskulturen in Polen und Deutschland.

Das Dorf Kreisau in Niederschlesien ist heute einer der symbolischen Orte der deutsch-polnischen Beziehungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus Kreisau Krzyżowa und ganz unterschiedliche Menschen interessierten sich für die deutsche Geschichte, polnische Gegenwart und den europäischen Horizont des Ortes. Damit begann eine parallele und verflochtene Geschichte der Aneignung des Ortes. Die polnischen Bewohner entdeckten die deutsche Geschichte ihrer neuen Heimat. Als Schauplatz des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus befassten sich aber auch Intellektuelle aus Polen und den beiden deutschen Staaten mit Kreisau / Krzyżowa und setzten sich, zunächst unabhängig voneinander und später gemeinsam, mit den Ideen des Kreisauer Kreises auseinander. Im Umbruch des Jahres 1989 kamen diese Kreisau-Interessierten aus Polen, der DDR, der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern zusammen und planten die Zukunft des Ortes als europäische Begegnungsstätte. Wenige Monate später war Kreisau | Krzyżowa deshalb ein geeigneter Schauplatz für die deutsch-polnische Versöhnungsmesse und ein richtungsweisendes Symbol für die politischen Beziehungen.
In ihrem Zeitbild, erschienen 2019 zum 30. Jubiläum der Versöhnungsmesse bei der Bundeszentrale für politische Bildung, schildern Waldemar Czachur und Gregor Feindt die Geschichte Kreisaus / Krzyżowas als wechselvolle Aneignung zwischen Deutschland und Polen. Mit zahlreichen Bildern und Quellen ordnen sie das Dorf in die deutsch-polnischen Beziehungen ein, sowohl auf politischer Ebene wie in der Zivilgesellschaft.
Die Buchpräsentation bietet einen Einblick in die Publikation und gibt Raum für Fragen und Gespräch. „Kreisau / Krzyżowa. 1945 – 1989 – 2019“ kann für 7 € bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt werden (hier: https://www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/300017/kreisau-krzyowa).

ZWISCHENZEITEN II

Z.II.1 DEUTSCH-POLNISCHE STIFTUNGEN. TÄTIGKEIT UND FÖRDERMÖGLICHKEITEN

Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung

Witold **GNAUCK**, Ewa **TRUTKOWSKI** (Frankfurt/O.)

Witold Gnauck, Geschäftsführer, hat Germanistik und Geschichte in Heidelberg, London und Berlin studiert und arbeitete für die Robert Bosch Stiftung und das European Foundation Centre, seit 2008 für die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung.

Dr. Ewa Trutkowski, Projektleiterin, hat Sport, Germanistik, Literaturwissenschaft, Philosophie und Linguistik in Krakau, Stuttgart, Wien, Berlin und Potsdam studiert. Promotion in Allgemeiner Sprachwissenschaft an der Universität Potsdam. Seit 2019 arbeitet sie für die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung.

Die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung (DPWS) wurde 2006 gegründet und hat ihren Sitz in Frankfurt/O. Das Stiftungskapital haben die Regierungen Deutschlands und Polens zur Verfügung gestellt. Ziel und Aufgabe der Stiftung ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Studierenden, Wissenschaftlern und Forschern beider Länder und damit die Stärkung der Wissenschaft und der Völkerverständigung. Die DPWS unterstützt Vorhaben in den Geistes-, Kultur-, Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, in erster Linie Forschungsprojekte sowie wissenschaftliche Veranstaltungen. Projekte müssen in deutsch-polnischer Partnerschaft von mindestens zwei Institutionen durchgeführt werden; die Beteiligung weiterer Partner aus anderen Ländern ist möglich.

Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit: Tätigkeit und Fördermöglichkeiten

Karolina **FUHRMANN** (Berlin)

Karolina Fuhrmann, Projektmanagerin, hat Kulturwissenschaften und Übersetzen in Frankfurt/O. und Poznań studiert und arbeitete für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) bei der Deutschen Minderheit in Oppeln und Markus Meckel während dessen Amtszeit als Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge. Seit 2016 leitet sie das Berliner Büro der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit.

Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ) mit Hauptsitz in Warschau fördert seit ihrer Gründung 1991 das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. In fast 30 Jahren hat sie ca. 16.000 gemeinsame Projekte finanziert und damit die Fundamente der gegenseitigen Verständigung gestärkt.
Handlungsvorgabe für die SdpZ ist die Überzeugung, dass Deutsche und Polen als Partner bestrebt sind, durch gemeinsames Handeln zur Ausgestaltung eines modernen, friedlichen und sozial gerechten Zusammenlebens in der Europäischen Union beizutragen. In diesem Sinne bilden beide Länder eine Gestaltungsgemeinschaft. Somit erhalten die bilateralen Beziehungen eine neue Dimension und eine neue Qualität, die auch den europäischen Kontext miteinbezieht.
Die Stiftung unterstützt deutsch-polnische Initiativen, dabei insbesondere: Bildungsprojekte, die das Wissen über Deutschland und Polen erweitern oder die deutsche und polnische Sprache fördern, wissenschaftlichen Dialog sowie kulturelle Vorhaben und Projekte in den Bereichen Medien, Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt.
Mit ihren Eigenprojekten – Studienreisen, Stipendienprogrammen, Publikationen und Debatten, aber auch durch die Projektförderung – möchte die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit Impulse für die deutsch-polnischen Beziehungen geben.

Z.II.2 QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN BESATZUNG POLENS (1939–1945)

(Pilecki-Institut Berlin und Freie Universität Berlin)

Mateusz **FAŁKOWSKI** (Berlin), Arnd **BAUERKÄMPER** (Berlin), N.N.

Im Rahmen der Kooperation zwischen dem Pilecki-Institut in Warszawa (die Berliner Dependence miteinbezogen) und dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität in Berlin soll eine mehrbändige Quellenedition zur deutschen Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg vorbereitet werden. Sie wird sowohl die in das „Dritte Reich" eingegliederten Gebiete als auch das Generalgouvernement umfassen. Wir werden zunächst das aktuelle Programm des Pilecki-Instituts Berlin in Form einer allgemeinen Einführung skizzieren, dann das gemeinsame Projekt des Instituts und der Freien Universität „Kritische Quellenedition" kurz präsentieren sowie seine Annahmen, Begründungen, die damit verbundenen Herausforderungen und Ziele diskutieren.

Z.II.3 BALTIC SEA HISTORY – NEUE PERSPEKTIVEN AUF DIE GESCHICHTE DES OSTSEERAUMS

Christian **PLETZING** (Sankelmark)

Christian Pletzing, Dr. phil., geboren 1969. Studium der Neueren und Mittelalterlichen Geschichte und der Politikwissenschaft in Münster und an der Humboldt-Universität Berlin. 2002 Promotion mit einer Arbeit zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte Ost- und Westpreußens im 19. Jahrhundert. 2000-2001 Studienleiter der Ostsee-Akademie Travemünde. 2002-2003 Mitarbeiter und seit 2004 Leiter der Academia Baltica in Lübeck. Seit 2011 außerdem Direktor der Akademie Sankelmark und der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein.

Gibt es eine Geschichte oder viele Geschichten des Ostseeraums? Einen neuen Blick auf die Geschichte der Region wirft ein Projekt der Academia Baltica im Akademiezentrum Sankelmark bei Flensburg. Ob man an die deutsch-polnischen Debatten um den Zweiten Weltkrieg oder die Gründung eines Europäischen Hansemuseums in Lübeck denkt – die Geschichte verbindet die Ostseeanrainer und sie trennt sie zugleich. Ein gemeinsamer Blick auf die Geschichte der Region existiert bisher nicht.

Hier setzt das Projekt der Academia Baltica und ihrer Partner an. Es betrachtet die europäische Geschichte multiperspektivisch und macht die unterschiedlichen Perspektiven für die Erwachsenenbildung sichtbar. Auf dieser Grundlage können dominante nationale Sichtweisen, die vielfach noch den Geschichtsunterricht und die Wahrnehmung von Geschichte bestimmen, für transnationale Bezüge geöffnet werden.

Von 2017 bis 2019 haben neben der Academia Baltica die polnische NGO „Stiftung Borussia“, das Stadtarchiv Reval/Tallinn sowie die Universitäten Stettin/Szczecin, Aarhus, Kaunas, Riga (Universität Lettlands), Tartu und Växjö-Kalmar ein Lernkonzept für die Erwachsenenbildung entwickelt. Für die technische Umsetzung zeichnet die TU Lübeck verantwortlich. Es umfasst den Leitfaden „Geschichte multiperspektivisch schreiben“, ein Online-Tutorium in zehn Sprachen des Ostseeraums (einschl. Englisch) sowie zusätzliche Lehrmaterialien, die auf Polnisch und Englisch auch als Buch publiziert wurden. Gefördert wurde das Projekt aus dem Programm ERASMUS+ der Europäischen Union. Alle Projektergebnisse sind kostenfrei über die Seite www.balticseahistory.info abrufbar.

Z.II.4 POLITIKBERATUNG UND LOBBYISMUS IM PARLAMENTARISCHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESS IM DEUTSCH-POLNISCHEN VERGLEICH

Artur **KOPKA** (Frankfurt/O.)

Dr. Artur Kopka studierte Germanistik in Wrocław und Zielona Góra, Europastudien in Frankfurt/O. sowie Mediation an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań. Er promovierte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft sowie am Studiengang „European Studies“ der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O. und Leiter des Forschungsprojekts: „‘Wissen ist Macht‘: Grenzen der Politikberatung und des Lobbyismus im politischen Entscheidungsprozess“.

Der Vortrag bietet einen Einblick in die Ergebnisse des Forschungsprojekts, das zwischen Oktober 2016 und Dezember 2018 mit Förderung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS) in Zusammenarbeit zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań durchgeführt wurde. Dabei werden die beiden Sammelbänder präsentiert, welche die Ergebnisse der Studie in deutscher und polnischer Sprache zusammenfassen.

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen bei diesem Projekt die Fragen nach den Grenzen zwischen der wissenschaftsbasierten Politikberatung und dem interessengeleiteten Lobbyismus sowie ihrer Rolle in der politischen Praxis. Das zentrale Forschungsanliegen bestand darin, mit Hilfe qualitativer Erhebungen die Wahrnehmung von Politikberatung und Lobbyismus durch Parlamentarier/innen in Deutschland und Polen zu ermitteln sowie die in den beiden Ländern vorhandenen Maßstäbe der Legitimität und Legalität unterschiedlicher Beratungsvorgänge miteinander zu vergleichen. Eine der Hauptaufgaben bestand dabei darin, die Faktoren zu bestimmen, welche die Ausgestaltung von Normen, Verfahren und Instrumenten beeinflussen, durch die Beziehungen zwischen den Expert/innen und den politischen Akteuren in den einzelnen Ländern geregelt werden, um darauf aufbauend ein analytisches Konzept zu erstellen, das einen Vergleich zwischen verschiedenen politischen Systemen ermöglicht. Eine theoriebasiere Betrachtung unterschiedlicher Rahmenbedingungen hat zur Ausdifferenzierung von vier Typen „politischer Expertenkultur“ (PEK) geführt, welche die Grundlage der Untersuchung darstellten. Die in der deutsch-polnischen Vergleichsperspektive durchgeführte Analyse konzentrierte sich insbesondere auf die gesetzlichen Regelungen im Bereich der Politikberatung und des Lobbyismus, die Strukturen der politischen Beratung und ihre Funktionsweisen, den Gegenstand, die Formen und die Aufgaben der Beratung, die Methoden der Rekrutierung sowie die Arbeits- und Kommunikationsweisen von Politikberatern.

Z.II.5 IMPERIALE VERWANDTSCHAFTEN: DIE STÄDTE STRAßBURG UND POSEN UND IHR UNGEWOLLTES DEUTSCHES KULTURERBE

Ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt

Hanna **BRENDEL** (Poznań), Christiane **WEBER** (Innsbruck),

Alexandre **KOSTKA** (Strasbourg)

Ph.D. Hanna Grzeszczuk-Brendel – Kunsthistorikerin an der Fakultät für Architektur an der Technischen Universität Poznań. Die Forschungsschwerpunkte umfassen die Geschichte der Kunst und Kultur von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum 20. Jahrhundert, architektonische Reformbewegungen und Probleme der zeitgenössischen Stadt. Derzeit Forschungen zur Architektur des Dritten Reichs sowie Beteiligung an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Universität Posen und der Universität Straßburg.

Christiane Weber hat Architektur an der Universität in Karlsruhe und der École Nationale Supérieure d'Architecture de Paris-Belleville studiert und parallel ein geisteswissenschaftliches Magister-Studium Kunstgeschichte in Karlsruhe und an der Université de Strasbourg absolviert. 2010 wurde sie von der Universität Braunschweig mit promoviert. Seit 2013 lehrt sie an der Universität Innsbruck, wo sie 2019 habilitiert wurde und seitdem als Professorin am Arbeitsbereich Baugeschichte und Denkmalpflege tätig ist.

Alexandre Kostka ist seit 2008 Professor für deutsche und europäische Kulturgeschichte an der Universität Straßburg und „Director of Studies" des Erasmus Mundus Master Programms „Euroculture". Forschungsinteressen sind Formen des künstlerischen Austausches in Europa sowie Ausstellungen als Inszenierungen nationaler Identität oder Ausdruck von expliziter bzw. impliziter Staatspropaganda um 1900.

Nur wenige Städte des zweiten deutschen Kaiserreichs erhielten neben der Reichshauptstadt Berlin das Privileg, durch den repräsentativen Neubau eines kaiserlichen Quartiers zur Residenzstadt erhoben zu werden. Bezeichnenderweise liegen alle diese Städte in Grenzregionen – so auch Straßburg und Posen. Unter der Perspektive einer „entangled history" sucht dieses Projekt nach unbearbeiteten Dimensionen einer Beziehungsgeschichte und dem Umgang mit einem schwierigen Erbe.

Ziel der deutschen Verwaltung in Straßburg war nicht nur militärische Ertüchtigung, sondern Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt um die Bevölkerung zu versöhnen. Durch einen repräsentativen Boulevard wurde der Kaiserpalast (1886) mit der neu gegründeten Kaiser-Wilhelm-Universität in Sichtbeziehung gesetzt und damit die „Regermanisierung" von Elsass-Lothringen architektonisch dargestellt.

Im westpreußischen Posen verlief der Ausbau zeitlich versetzt: seit der ersten Teilung zu Preußen gehörend, wurde es ab 1838 zur Festung ausgebaut. Erst 1904 begann eine Joseph Stübben anvertraute Stadterweiterung, in deren Kontext auch das Kaiserforum entstand, dem eine ähnliche Scharnierfunktion zwischen historischer Altstadt und Neubauviertel wie in Straßburg zukommt. In Posen wie in Straßburg wurden diese Entwicklungen durch eine starke Stadtverwaltung gelenkt, deren Ziele nicht mit denen der kaiserlichen Politik gleichzusetzen ist.

Das Ende des Ersten Weltkriegs führte nicht zu einem unmittelbaren Bruch mit den architektonischen Entwicklungen der Vorkriegszeit, auch wenn in Posen die Mitglieder der städtischen Baubehörden fast völlig ausgetauscht wurden.

Nach 1945 wurde in beiden Städten der Abriss der kaiserlichen Residenzen erwogen, zumal beide Bauten von der NS Verwaltung genutzt wurden. Letztendlich wurden die Bauten aus praktischen Gründen weitergenutzt. Mit der Anerkennung der Erweiterung der UNESCO-Welterbestätte Straßburg um den zentralen Teil der deutschen Stadterweiterung ist der Prozess der Aneignung im Elsass weitgehend abgeschlossen, während er in Posen noch in vollem Gange ist.

Projektteam

Prof. Dr. Joaquín Medina Warmburg, Karlsruher Institut für Technologie, FB Kunst- u. Baugeschichte
Assoc. Prof. Dr. Habil. Piotr Marciniak, Poznań University of Technology (PUT)
Prof. Dr. Alexandre Kostka, Université de Strasbourg, Kulturgeschichte, Forschungsteam SAGE
Assoc. Prof.-Ing. Volker Ziegler, Ecole nationale supérieure d'architecture (ENSA) de Strasbourg, Forschungsteam AMUP
Ass.-Prof. Dr.-ing. Christiane Weber, Universität Innsbruck, FG Baugeschichte
Prof. Dr. Christian Freigang, Freie Universität Berlin, FG Architekturgeschichte
Assoc. Prof. Dr Hanna Brendel, Poznań University of Technology (PUT), Architekturgeschichte
Assoc. Prof. Malgorzata Praczyk, Adam Mickewicz University, History Department, Poznań

Z.II.6 EMIL KREBS – SYMBOLISCHER SCHIRMHERR FÜR POLNISCH IN DEUTSCHLAND

Gunnar **HILLE** (Berlin, Arbeitsgruppe Emil-Krebs-Stiftung für Polnisch und Mehrsprachigkeit)

Magdalena **TELUS** (Berlin, Bundesvereinigung der Polnischlehrkräfte)

Gunnar Hille, Jahrgang 1953, studierte Slavistik und Germanistik in Göttingen und Sofia. Von 1982 bis 1991 Dolmetscher für Bulgarisch im Auswärtigen Amt, von 1991 bis 2019 Aufbau und Leitung des Sprachlernzentrums im Sprachendienst des Auswärtigen Amts. Seit 2009 Forschungen und Vorträge über das Sprachgenie Emil Krebs. Dabei enge Kooperation mit Schulen und Hochschulen in Polen. Aktiv beim Aufbau von Strukturen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Sprachbereich.

Magdalena Telus, Dr. phil., studierte Polonistik an der Universität Wrocław und Slavistik und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum. 1995–2000 am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung; 2005-2008 Autorin im Studiengang East European Studies Online an der FU Berlin; 2008-2012 Lektorin für Polnisch und Studiengang-Koordinatorin an der OvGU Magdeburg. Seit 2012 Lektorin für Polnisch (aktuell Lehrbeauftragte) an der Universität des Saarlandes. Forschung zur Sprachenpolitik und Identitätskonstruktion. 1. Vorsitzende der Bundesvereinigung der Polnischlehrkräfte.

Emil Krebs (1867–1930) war deutscher Diplomat, Dolmetscher und Übersetzer. Er kam in Niederschlesien zur Welt, ging zur Schule in Schweidnitz (heute Świdnica), studierte u.a. in Breslau (heute Wrocław). Emil Krebs kannte über 60 Sprachen, darunter neben Polnisch auch andere slavische Sprachen. Mit seiner Leidenschaft für Sprachen und einem Geburtsort, der heute in Polen liegt, kann Emil Krebs für das Thema Polnisch in Deutschland stehen, zumal wenn Polnisch in einem breiteren Rahmen der europäischen Mehrsprachigkeit gesehen wird.

Mehrsprachigkeit ist in der Europäischen Union Tatsache und deklarierter Wert zugleich. Dennoch ist die Asymmetrie im Status zwischen den osteuropäischen und westeuropäischen Sprachen deutlich: Mehr als zwei Millionen Personen in Polen lernen Deutsch, aber schätzungsweise nur 50.000 Personen in Deutschland lernen Polnisch.

Gleichzeitig brachten die letzten Jahre eine Reihe von Ideen hervor, wie diese Asymmetrie „umgangen“ werden könnte. Die Politik schlägt das Modell „1 + 2“ vor also das sog. *Barcelona objective*, dem zufolge die EU-Bürger/innen neben der Muttersprache zwei Fremdsprachen beherrschen sollten. In der Didaktik werden Teilkompetenzen aufgewertet ebenso wie die „passive“ Sprachenkenntnis, es wird auf die Verbindung von Sprach- und Fachunterricht hingewiesen, Mehrsprachenkurse werden angeboten.

Um für das Vermächtnis Emil Krebs‘ in Polen und Deutschland zu werben, wird beabsichtigt die *Emil-Krebs-Stiftung für Polnisch und Mehrsprachigkeit* zu gründen, die ihren Sitz im grenznahen Görlitz nehmen soll. Hiermit sowie mit einem *Kompetenz- und Koordinationszentrum Polnisch* sollen die von der Person Emil Krebs ausgehenden Aktivitäten weiter gestärkt und ausgebaut werden.

SEKTION V

V.1 POLEN UND DEUTSCHLAND IM KALTEN KRIEG

Leitung: Andreas **LAWATY** (Lüneburg)

Dr. Andreas Lawaty, geb. 1953 in Bytom, Polen, Historiker und Slawist. Studium in Portland, Oregon, USA, und in Frankfurt/M., Promotion 1982 an der Universität Gießen. In verschiedenen Funktionen tätig an der Historischen Kommission zu Berlin (1979–1981), dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (1982–2002) und am Nordost-Institut in Lüneburg (2002–2016), seit 2018 im Ruhestand. Publikationen insbesondere zu deutsch-polnischen Beziehungen und zur Geschichte der polnischen Literatur und Kultur.

„Politisches mit Moralischem untrennbar verknüpft". Zur Polenpolitik des *Merkur* (1947–1978)

Paweł **ZAJAS** (Poznań)

Paweł Zajas ist Professor für Literaturwissenschaft an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań und Research fellow an der University of Pretoria.

Der *Merkur. Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken* – 1947 von Hans Paeschke und Joachim Moras in der französischen Besatzungszone, in Baden-Baden gegründet – entwickelte sich bald zu einer der wichtigsten Kulturzeitschriften der Bundesrepublik. Als dynamisches, sich sukzessive aufbauendes Medium bietet die Zeitschrift die Möglichkeit, den literarischen Transfer aus Polen im Hinblick auf die Entwicklung ästhetischer und kulturpolitischer Paradigmen, im Zusammenspiel von Kontinuitäts- und Wandlungsprozessen, über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Der Zeitraum der Untersuchung umfasst die ersten drei Jahrzehnte des *Merkur*. Ab 1979 übergab Hans Paeschke nämlich die Leitung an seinen Nachfolger Hans Schwab-Felisch, das umfangreiche Redaktionsarchiv des Herausgebers wurde durch das Deutsche Literaturarchiv Marbach übernommen. Es enthält vor allem Briefe der Beiträger und Beitragskandidaten. Die Archivalien liefern wichtige Aufschlüsse über Konzeption und Komposition der Hefte, die redaktionellen Stellungnahmen enthalten Hinweise auf eine implizite Programmatik der Zeitschrift, zumal sich die Herausgeber mit expliziten Stellungnahmen zurückhielten. So lässt sich die Kontextualisierung der Übersetzungsliteratur aus Polen, über die veröffentlichten Texte hinaus, auf das Redaktionsarchiv ausdehnen.
Da eine Zeitschrift nicht nur ein physischer Objekt, sondern (und vielleicht vor allem) ein durch Hierarchie von In- und Exklusionen gekennzeichneter mentaler Raum bleibt, werden in dem Beitrag subjektive Raumvorstellungen analysiert, die sich aus der Darstellung und dem Stellenwert der im *Merkur* publizierten (oder für eine Publikation in Erwägung gezogenen) polnischen Literatur ableiten lassen. Wert und Bedeutung, die bestimmten Texten aus dem Polen-Repertoire aus der Sicht des Herausgebers/Übersetzers/Kulturvermittlers zukamen, liefern nämlich wichtige Informationen über *mental maps* als Bestandteil der Weltorientierung von Individuen und Gruppen.
Die Sicht auf „West" und „Ost" stand zur Disposition, dieser Zustand zeichnete sich auch in der programmatischen Wahl der im *Merkur* publizierten Übersetzungsliteratur. Interessant sind daher folgende Fragen: Welche Autoren, Texte, Genres und intellektuelle Konzepte aus Polen zogen auf sich die Aufmerksamkeit von Hans Paeschke und seiner Mitarbeiter? In welchem quantitativen Verhältnis standen Texte polnischer Autoren zu anderen in der Zeitschrift veröffentlichten literarischen Übertragungen aus Ost- und Westeuropa? Wie wurden sie redaktionsintern kommentiert? Wie lässt sich das „aufnehmende Bedürfnis" der deutschen Zielkultur, und des *Merkur* im Besonderen, im Hinblick auf bestimmte Autoren, Themen und Motive beschreiben? Wie gestaltete sich in diesem Kontext die Transformation übersetzter Texte hinsichtlich des Zeitschriftprofils und der Komposition einzelner Hefte?

Solidarität mit Hindernissen. Die Unterstützung der Solidarność in Westdeutschland in den 1980er Jahren

Rüdiger **RITTER** (Bremen)

geb. 1966 in Mainz. Studium an den Universitäten Mainz und Köln. Studienfächer: Osteuropäische Geschichte, Musikwissenschaft, Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie. 2006 Abschluss der Promotion an der Universität Köln zum Thema: „Musik für die Nation. Der Komponist Stanisław Moniuszko (1819 – 1872) in der polnischen Nationalbewegung". Derzeit Habilitation über „Waffe oder Mittel zur Völkerverständigung? Die Jazz-Radiosendungen des Voice-of-America-Moderators Willis Conover und ihre Rezeption im Ostblock (Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn)". Seit Januar 2019 guest fellow an der Jacobs University Bremen.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13.12.1981 emigrierten eine ganze Reihe von Solidarność-Aktivisten in den Westen. In der Bundesrepublik Deutschland ließen sie sich in fast allen größeren Städten nieder. Mit Hilfe deutscher Gewerkschaftsorganisationen, aber auch zahlreicher anderer Organisationen und Individuen begannen sie für die Wiederzulassung der Solidarność zu arbeiten. Die ganz unterschiedlichen politischen Kulturen Westdeutschlands und der Volksrepublik Polen aber führten zu vielfältigen Missverständnissen zwischen Emigranten und ihren westdeutschen Unterstützern: In Themenkomplexen wie die Haltung zur katholischen Kirche, das Verhältnis zur Sowjetunion und den USA (um nur die wichtigsten zu nennen) vertraten beide Seiten diametral entgegengesetzte Ansichten, was umso verstörender wirkt, wenn diese Gegensätze zwischen Gewerkschaftern des linken Spektrums auftraten. Dennoch setzten die Begegnungen einen Verständigungsprozess in Gang, ohne den der friedliche Systemwechsel in der VR Polen im Jahr 1989 nicht denkbar ist. Diese wichtige Bedeutung dieser Kontakte ist heute in beiden Ländern jedoch fast vergessen – in der Bundesrepublik gilt diese Vergangenheit bei vielen Zeitzeugen als „Jugendsünde" , im heutigen Polen führt eine selektive Geschichtsbetrachtung auf die Solidarnosc zur Ausblendung ihres Wirkens. Der Vortrag will den Blick auf die gemeinsame Arbeit der Solidarność-Emigration und ihrer westdeutschen UnterstützerInnen richten und ihnen historische Gerechtigkeit widerfahren lassen. Im Vortrag präsentiere ich Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur westdeutschen Solidarnosc-Unterstützung, aus dem zwei Monographien (über die Situation in den Städten München, West-Berlin, Rhein-Main- Raum, Rheinland und eine exemplarische Lokalstudie für Bremen) hervorgegangen sind.

Edward Gierek in der bundesdeutschen Presse 1970–1980

Jakub **SZUMSKI** (Jena)

Jakub Szumski ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Graduiertenkolleg „Die DDR und die europäischen Diktaturen nach 1945" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jakub Szumski studierte Geschichte und Philosophie in Warschau, Konstanz und Berlin. 2018 veröffentliche er das Buch *Rozliczenia z ekipą Gierka 1980-1984* und derzeit arbeitet er an einer vergleichenden Geschichte der Korruption in der DDR und Polen.

Die 1970er Jahre waren eine Zeit der verstärkten diplomatischen Beziehungen zwischen Volkspolen und der BRD. Edward Gierek war ein flexibler Partner - interessiert an westdeutschem Kapital und Technologien sowie bereit für weitgehende Kompromisse. Die Präsentation, basierend auf Materialien aus der Pressesammlung des Herder-Instituts in Marburg, stellt die Berichterstattung der bundesdeutschen Presse über Edward Gierek vor.
Giereks Position und positives Ansehen in der Öffentlichkeit war abhängig von der internationalen Situation und der inneren Stabilität in Polen. Während der Hochphase der Entspannungspolitik wurde Gierek als erfolgreicher Manager und Diplomat dargestellt. Mit der Verschärfung der Lage sowohl international als auch innerhalb Polens wurden negative Eigenschaften und Themen Gierek betreffend betont.

Kommentar: Dieter **BINGEN** (Köln)

V.2 BOLESŁAW PRUS' ROMAN *FARAON* (1895–1896) ALS VERHANDLUNG VON GESETZ UND MACHT, MORAL UND GERECHTIGKEIT

Leitung: Anja **BURGHARDT** (München)

Prus' historischer Roman, so wurde immer wieder betont, ist bemerkenswert, weil er sich – im Gegensatz zu Henryk Sienkiewicz' oder auch der langen Reihe von Kraszewskis historischen Romanen – im Grunde der Staatsphilosophie zuzuwenden scheint. Stärker als in anderen Beispielen der Gattung werden Machtfragen verhandelt. Die Vermutung liegt nahe, dass das Polen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert insofern einen ausgezeichneten Hintergrund für eine solche Herangehensweise darstellte, als man drei verschiedene Staatsgefüge bzw. Imperien vor Augen hatte mit ihren jeweiligen Herrschaftssystemen und bürokratischen und Verwaltungsstrukturen. Ziel des Panels ist es, über eine intensive Auseinandersetzung mit Prus' *Faraon* die in dem Roman entwickelten Perspektiven auf Fragen der Gerechtigkeit zu erhellen.
Gernot Howanitz wird sich mit der Hinwendung zu Wechselbeziehungen zwischen der *powieść tendencyjna* und der *powieść sensacyjna* neben dem Gattungssystem Fragen der didaktischen Vermittlung von Werten widmen. Prus' Darstellung mag im Kontext des Positivismus auf den ersten Blick erstaunen, da gerade übernatürliche und wunderbare Passagen des Romans hierfür eine entscheidende Rolle spielen. Eine ganz andere Spielart des Unheimlichen, namentlich des Fremden, wird in dem Vortrag von Anja Burghardt im Vordergrund stehen. Rücken mit den Begegnungen dabei auch Aspekte des Verhältnisses zwischen dem zentralen Protagonisten Ramses und der Bevölkerung in den Blick, wird Birgit Krehl – unter Einbettung in den historischen Kontext – das komplexe Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, das Prus als Folie für die Verhandlung gesellschaftlicher Werte dient, auf das hier entworfene Spektrum von Gerechtigkeit befragen.

Begegnung mit dem Fremden als Erkenntnis der eigenen Ideale und Spielräume in Bolesław Prus' *Faraon* (1895/1896)

Anja **BURGHARDT** (München)

Akademische Rätin am Institut für Slavische Philologie der LMU München (Lehrstuhl Prof. Dr. Riccardo Nicolosi). Nach einem Studium der Philosophie und Slavistik in Hamburg und London war Anja Burghardt als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Hamburg und Salzburg angestellt; 2009 Promotion an der Universität Salzburg (*Raum-Kompositionen. Verortung, Raum und lyrische Welt in den Gedichten Marina Cvetaevas*, Frankfurt/M. et al. 2013). Habilitationsprojekt zum Zusammenspiel von Stimme und Gattung in der polnischen Literatur des 19. Jh. Forschungsschwerpunkte: Polnische Literatur (insbesondere des 19. Jh. und der Zwischenkriegszeit), russische Literatur (insbesondere des frühen 20. Jh.), Lyrik, Narratologie, Reiseliteratur, Alterität, Fotoreportage/Fotografie.

Das „Fundament des Staates ist die Gerechtigkeit" („fundamentem państwa jest sprawedliwość") entgegnet Ramses dem Hohepriester Herhor, seinem Vertrauten und Berater, als dieser ihm nahelegt, dass er nicht alle Dinge selbst tun kann. Ramses hatte während seiner ersten Tagen in einem staatlichen Amt so viele Menschen empfangen, sich Beschwerden und Gesuchte angehört, dass er völlig erschöpft und des Kontaktes mit anderen überdrüssig ist, aber auch der Perspektive auf eine künftige Regierung mutlos gegenüber steht. Mit dem Bild einer Pyramide erklärt Herhor daraufhin dem Prinzen die staatliche Struktur Ägyptens, auf der zudem dessen Überlegenheit gegenüber den Nachbarstaaten gründe.
Die Szene ist insofern charakteristisch, als Ramses in Prus' Roman nicht nur das Gespräch mit Priestern und staatlichen Verwaltern sucht, sondern auch die Nähe zur arbeitenden Bevölkerung, gewissermaßen den „unteren sozialen Schichten" des Staates. Leid und Unrecht, die er hier beobachtet, empören ihn genauso wie die Haltung mancher Untertanen – was allerdings der Tatsache keinen Abbruch tut, dass er ihr Leben und oft auch ihren Charakter unerträglich findet. Prus nutzt in seinem Roman die Begegnungen zwischen Ramses und der Bevölkerung für eine Darstellung der engen Verzahnung von individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und staatlichen Zwängen.
Der Vortrag untersucht die Schilderungen der Begegnungen mit dem Fremden, hier in erster Linie dem sozialen Fremden. Denn in dem Vielvölkerstaat, als der Ägypten geschildert wird, ist die ethnische Differenz eine Selbstverständlichkeit, bei der man um Traditionen und Mentalitäten zu wissen scheint und sie sich zu Nutze macht bzw. ihnen gemäß handelt. Als das wirklich Fremde erscheint in *Faraon* die (großteils arme) arbeitende Landbevölkerung. Unter Rückgriff auf Konzepte des „eigenen Fremden" wird der Frage nachgegangen, wie Verständnis und Haltung

gegenüber der breiten Bevölkerung mit der Selbsterkenntnis von Ramses verschränkt werden. Der Fokus liegt dabei auf der eingangs zitierten Suche nach Gerechtigkeit. Der Vortrag geht der Frage nach, welche Vorstellungen von Macht, Gerechtigkeit und Moral dabei zum Tragen kommen.

Reale oder wunderbare Gerechtigkeit? *Faraon* im Kampf der (Realitäts-)Systeme

Gernot **HOWANTIZ** (Passau)

Gernot Howanitz hat russische Literaturwissenschaft und angewandte Informatik in Salzburg, Moskau und Prag studiert. 2017 promovierte er an der Universität Passau über (Selbst-)Inszenierungen russischer Autorinnen und Autoren im Internet. Forschungsschwerpunkte sind russische, tschechische und polnische Literatur von 1850 bis heute, (Auto-) Biographietheorie, Rezeptionstheorien, Neue Medien und Digital Humanities. Seit 2014 fungiert er als Mitherausgeber der Zeitschrift *Digital Icons: Studies in Russian, Eurasian and Central European New Media.*

Auf den ersten Blick hat Bolesław Prus mit *Faraon* einen historischen Roman geschrieben; es sollte sein einziger bleiben. Aus der Perspektive historischer Genauigkeit ist zu bemerken, dass immer wieder Anachronismen und fehlerhafte Darstellungen altägyptischer Realia den Text durchziehen (Łukaszewicz 2017). Hinzu kommen wiederkehrende unheimliche Topoi, die aus dem realistischen Korsett positivistischer Texte ausbrechen. Zu nennen sind hier etwa Saras Wahnsinn, Beroes' Zauberei, Ramses' Doppelgänger oder das Labyrinth (Pieścikowski 1985, 127). Hier bricht, mit Uwe Durst (2008) gesprochen, das „begrenzte Wunderbare" in einem realistischen Text durch, einem realistischen Realitätssystem wird ein wunderbares gegenübergestellt. Der geplante Beitrag nimmt diese Überlegungen zum Ausgang, und versucht zu zeigen, dass die didaktische – die Kritik sprach gar von ‚exzessivem Didaktizismus' (vgl. Łukaszewicz 2017) – Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit eben über jene übernatürlichen, sensationellen, wunderbaren, im wahrsten Sinne des Wortes ‚unrealistischen' Abschnitte geschieht; es soll deshalb versucht werden, Wechselbeziehungen zwischen der *powieść tendencyjna* und der *powieść sensacyjna* herauszuarbeiten. Zudem ist zu klären, wie diese ‚platten' Gattungen zu Prus passen, der ja im Vergleich zu anderen Vertreterinnen und Vertretern des Positivismus (insbesondere Eliza Orzeszkowa und Henryk Sienkiewicz) von der Literaturgeschichtsschreibung gerne in eine herausgehobene Position gesetzt wird, so bezeichnet ihn Czesław Miłosz etwa als „[u]ndoubtedly[] the most important novelist of the period" (Miłosz 1983, 291).

Literatur

Durst, Uwe. 2008. Das begrenzte Wunderbare: Zur Theorie wunderbarer Episoden in realistischen Texten und in Texten des ‚Magischen Realismus', Berlin.
Łukaszewicz, Adam. 2017. „O ‚Faraonie' Bolesława Prusa – starożytny Egipt i kontekst polski". *Pamiętnik Literacki* 2 (2017), 27-53.
Miłosz, Czesław. 1983. *The History of Polish Literature*. Berkeley (CA).
Pieścikowski, Edward. 1985. *Bolesław Prus*. Warszawa.
Prus, Bolesław. 1895–1896. *Faraon*.

Zur Relation von Individuum und Gemeinschaft in Prus' *Faraon*.

Birgit **KREHL** (Potsdam)

Birgit Krehl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Slavische Literatur- und Kulturwissenschaft (Schwerpunkt Polonistik) an der Universität Potsdam (seit 2000). Nach einem Translationsstudium (Tschechisch/Russisch) und einem Forschungsstudium (Tschechische Literatur/Allgemeine Literaturwissenschaft) an der Universität Leipzig wurde sie dort 1988 mit einer Arbeit zu dem tschechischen Prosaautor Jan Otčenášek und dessen Bezugnahme auf das Werk Shakespeares promoviert. Forschungsschwerpunkte: Polnische und tschechische Literatur, insbesondere Lyrik des 20. Jahrhunderts und Verstheorie.

„[…] das Volk arbeitete, der Pharao regierte und die Priester entwickelten Pläne", erläutert Prus in der Einleitung zu seinem Roman *Faraon* „die gesellschaftlich organisierte Form" Ägyptens. Solange sie „zum Wohle des Ganzen zusammenarbeiteten" und „die von der Natur auferlegten Ziele gemeinsam verfolgten", waren sie eine prosperierende Gemeinschaft – der Roman indes zeigt deren Verfall. Gleichwohl sich Parallelen zum Schicksal Polens aufdrängen –

entgegengesetzte Interessen sowie Abhängigkeiten von ausländischen Kräften führen zum Niedergang –, geht Prus in seinem Spätwerk, entstanden in einer von zunehmender Resignation geprägten Haltung der polnischen Gesellschaft, über die nationale Perspektive hinaus und nimmt zivilisatorische Fragen von universeller Bedeutung in den Blick. Die Idee, den Roman im alten Ägypten anzusiedeln, scheint somit nicht nur der scharfen, von den Besatzungsmächten ausgeübten Zensur geschuldet zu sein.

Der in Prus' Einleitung simpel beschriebene „ideale" Staat – auf der Gemeinschaft als Bezugspunkt individuellen Handels basierend – wird im Roman durch innen- und außenpolitische Entwicklungen in einer äußerst komplexen Darstellung unterminiert. Das Scheitern des Hauptprotagonisten Ramses XIII. ist mithin nicht als eindimensionale Verschiebung des „idealen" Beziehungsgefüges von Individuum und Gemeinschaft gezeichnet. Vielmehr formt Prus dieses zur „idealen" Folie, um gesellschaftliche Werte ethisch und sozial zu verhandeln. Der geplante Vortrag diskutiert die „Dimension von Gerechtigkeit" („wymiar sprawiedliwości") im Roman und umreißt deren basale Relevanz für die Relation von Individuum und Gemeinschaft in Prus' spätem literarischen und publizistischen Schaffen.

Kommentar: Stefan **SCHMIDT** (Fribourg)

Stefan Schmidt: seit 2016 Doktorand an der Université de Fribourg (CH), seit 2017 Promotionsstipendiat des Evangelischen Studienwerks Villigst e.V., Promotion zu Interferenzen zwischen Literatur und Ethnographie in den Schriften polnischer Sibirienverbannter um 1900; 2016: Magistr Kulturologija (RGGU Moskau); 2016: M.A. Slavische Philologie/Romanische Philologie (Ruhr-Universität Bochum); 2015: M.A. Russische Kultur (Ruhr-Universität Bochum).

V.3 IDENTITÄTEN IM WANDEL. POLNISCHE JURISTEN DER KRIEGS- UND NACHKRIEGSZEIT UND IHRE HANDLUNGSRÄUME

Leitung: Paulina **GULIŃSKA-JURGIEL** (Halle)

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Recht und den Juristen als Akteuren einer bestimmten politisch-historischen Konstellation muss mehrere Dimensionen berücksichtigen. Dabei wird sowohl die Objektivität des Rechts in Frage gestellt als auch Subjektivität der Richter (Bernhard Schlink) reflektiert. Denn zur Interpretation und Anwendung des Rechts tragen sowohl politische Rahmenbedingungen, individuelle Erfahrungen und nicht zuletzt deren Ausleger bei. Das vorliegende Panel versucht diese Komplexität aus mehreren Perspektiven zu beleuchten, indem es sich um ein Kernthema, nämlich die Bestrafung der NS-Verbrechen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, konzentriert. Mit Hilfe von drei Fallbeispielen wird das Recht als ein dynamisches Konzept erfasst und die Juristen in ihren variierenden Handlungsräumen untersucht. Deswegen wird eine besondere Aufmerksamkeit den Aushandlungen und wechselnden Priorisierungen in der Festlegung relevanter Rechtsinhalte geschenkt. Der Fokus auf Gerechtigkeit als eine Kategorie, die über das normative Recht hinausgeht, verspricht dabei neue Einblicke zu gewinnen. Als besonders fruchtbarer Ansatz wird die Gegenüberstellung von nationalen Konzepten und Rahmenbedingungen mit den internationalen Aushandlungsprozessen und -begegnungen angenommen. Fokussiert auf ein Thema, realisiert das Panel praktisch einen interdisziplinären Zugang, in dem es eine juristische, kulturwissenschaftliche, historische und kunsthistorische Expertise der jeweiligen Referentinnen bündelt.

Bestrafung von NS-Verbrechen als „ein Gebot der elementaren historischen Gerechtigkeit“

Dominika **UCZKIEWICZ** (Wrocław)

Dominika Uczkiewicz, Mag. Jur. Seit 2014 promoviert am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau zum Thema: „Die polnische Exilregierung in London und die Frage der Bestrafung von NS-Kriegsverbrechern“. Publikationen (u.a.): „Verfolgung außerhalb der Heimat. Die Politik der polnischen Exilregierung bei der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Kriegsverbrechen“, in: E. Heitzer, G. Morsch, R. Traba, K. Woniak (Hrsg.) *Im Schatten von Nürnberg Transnationale Ahndung von NS-Verbrechen,* Berlin, Metropol 2019, S. 223-242; „Dekret Prezydenta RP o odpowiedzialności karnej za zbrodnie wojenne z 30. Marca 1943 r.”, *Studia nad Autorytaryzmem i Totalitaryzmem* t. 41, nr. 2 (2019).

Das Postulat zur Verfolgung und Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen und Massengrausamkeiten während und nach dem deutschen Angriff auf Polen schuldig gemacht haben, war eines der Kernelemente der Politik der polnischen Exilregierung, das bereits im Herbst 1939 formuliert wurde. Die Verkündung des „Dekrets des Präsidenten der Polnischen Republik über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen“ am 30. März 1943 war ein äußerst wichtiger Moment in der Entwicklung der polnischen Kriegsverbrecherpolitik. Nach der Bekanntgabe des von Wacław Komarnicki und Stefan Glaser im Frühjahr 1942 entwickelten Verordnungsentwurfs brach in der polnischen Regierung eine heftige, bis zum Ende November dauernde Diskussion über das Konzept des Rechtsakts aus. Obwohl sich alle polnischen Politiker über die Notwendigkeit einig waren, die Grundsätze der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen zu definieren, löste der Vorschlag zur Verkündung einer rückwirkenden Strafgesetzgebung große Kontroversen aus. Wie der Verlauf dieser Debatten zeigt, war der kritische Punkt jedoch nicht allein der Verstoß gegen das *Lex retro Non Agit*-Prinzip. Die Skepsis einiger polnischer Politiker gegenüber dieser Idee war auf rein pragmatische Gründe zurückzuführen. In meinem Beitrag möchte ich kurz das „Dekret des Präsidenten der Polnischen Republik zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen vom 30. März 1943“ im Kontext von den internationalen Debatten über das Völkerstrafrecht und die individuelle Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen darstellen. Besonderer Fokus wird auf rechtliche, politische und gesellschaftsbezogene Konzepte von Gerechtigkeit gelegt, die von den polnischen Juristen während des Zweiten Weltkriegs in der internationalen Diskussion zur Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen vorgebracht worden sind.

Das Auge eines Fotografen, das Ohr eines Reporters – Instrumente gesellschaftlicher Diagnose des polnischen Nürnberg-Anklägers – Tadeusz Cyprian

Monika **PIOTROWSKA** (Poznań)

Monika Piotrowska ist Kunsthistorikerin, tätig bei der Stiftung „Pro Fotografia" in Poznań in interdisziplinär angelegten Bildungsprojekten im Bereich der Gesellschaftsgeschichte und der Fotografie. Derzeit bereitet sie die Tagebücher von Tadeusz Cyprian aus dem Gefangenenlager in Italien für den Druck vor: *Tadeusz Cyprian. Notizen eines Kriegsgefangenen 1917–1918* sowie seine Skizzen: *Z historii fotografii dokumentalnej w Poznaniu* (Aus der Geschichte einer Dokumentarfotografie). Beide erscheinen 2019. 2016 gab sie das Buch *Fotograf poeta. Katastrofa humanistów* heraus, das den Wandel der gesellschaftlichen Fotografie in den Jahren 2006–2016 thematisiert.

Der Vortrag wendet sich der Person eines Juristen und Fotografen, Tadeusz Cyprian (1898–1979), zu. Dieser spielte eine bedeutende Rolle bei den meisten Nachkriegsprozessen gegen die NS-Verbrecher, sowohl auf der nationalen als auch internationalen Arena. Gleichzeitig setzte er mit seiner fotografischen Arbeit, und dies schon zu Zeiten des Ersten Weltkriegs, Maßstäbe für die polnische Fotografie des 20. Jahrhunderts. Die Überschneidung von zwei Identitäten, als dem Gesetz verbundener Jurist einerseits und auf künstlerische Freiheit ausgerichteter Fotograf andererseits, bildet den Ausgangspunkt folgender Ausführungen. Durch den Fokus auf die von Tadeusz Cyprian verfassten Reportagen versucht der Vortrag eine neue Dimension in seine bisherige Wahrnehmung einzubringen. Den Vortrag bilden drei Teilbereiche. Erstens analysiert er die subjektiven Erfahrungen eines Richters und eines Fotografen als Grundlagen für seine gesellschaftlichen und juristischen Stellungnahmen in der Zeit nach 1945. Zweitens setzt er sich kritisch mit der Ideologisierung als einziger Interpretationsmöglichkeit des Rechts und der Rechtsproblematik in der Volksrepublik Polen auseinander. Drittens greift er das individuelle Gerichtsempfinden bei Cyprian als seine Methode zur Aufbewahrung von Anständigkeitsgefühl auf. Alle drei Ebenen brechen die vertraute Interpretation von Tadeusz Cyprian durch das Prisma einer Instrumentalisierung des Rechts und der Juristen durch den Staatsozialismus auf.

Die Gerechtigkeit nehme ihren (Wett-)Lauf: Emotionen, Identitäten, Semantiken im Kontext der westdeutsch-polnischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen in den 1960er Jahren

Paulina **GULIŃSKA-JURGIEL** (Halle)

Paulina Gulińska-Jurgiel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle. Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Kultur Polens im 20./21. Jahrhundert, juristische Vergangenheitsaufarbeitung in Polen und Europa seit 1945, Transitional Justice. Aktuelle Publikationen: (hrsg. mit Yvonne Kleinmann, Miloš Řezník und Dorothea Warneck) *Ends of War. Interdisciplinary Perspectives on Past and New Polish Regions after 1944*, Göttingen, 2019; „Gemeinsame oder getrennte Wege? Kontakte zwischen Polen und Westdeutschland zur justiziellen Aufarbeitung von NS-Verbrechen bis zum Beginn der 1970er Jahre", in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, 16 (2019), H. 2, S. 300–320.

Der sowjetische Ankläger im Nürnberger Hauptprozesse, Roman A. Rudenko beendete seine Rede am 8. Februar 1946 mit den Worten „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!". Dabei stellte er vor allem die Opfer des Zweiten Weltkriegs als Adressaten der von dem Nürnberger Prozess erwarteten Genugtuung. Gleichzeitig jedoch schlug er den Bogen zwischen den Ergebnissen des Prozesses und perspektivischer Sicherung des Friedens, der Sicherheit im Kontext politischen Nachkriegsordnung. Es handelte sich dabei um keinen Einzelfall – die Kategorie der Gerechtigkeit zog sich sowohl in Nürnberg als auch bei den späteren Initiativen und Praktiken zur Bestrafung der NS-Verbrecher wie ein roter Faden in der nationalen wie internationalen Argumentation durch. Dabei ist man gewöhnt, jene überwiegend durch das Prisma des Kalten Krieges, mit besonderer Berücksichtigung der propagandistischen Aspekte zu interpretieren. Auch wenn jenes zutrifft, schöpft es bei weitem nicht die Gesamtkonstellation aus.
Der vorliegende Vortrag analysiert die Anwendung von Gerechtigkeit als juristisches Argument im Kontext der westdeutsch-polnischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen am Beispiel der Kontakte zwischen der Hauptkommission zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Warschau und der Zentralen Stelle in Ludwigsburg. Dabei wird untersucht, in welchen Zusammenhängen diese als argumentative Kategorie verwendet wurde, welche moralischen, emotionalen und sprachlichen Elemente ihr Wesen ausmachen und schließlich in welchem Verhältnis sie zu dem normativen Recht standen. Galt Gerechtigkeit als exkludierendes oder inkludierendes Konzept? Welche Partizipations- und

Verhandlungsmöglichkeiten wurden bei deren Definierung gewährt? Was sagen uns ihre semantischen Komponenten über die Identität der Hauptprotagonisten und deren eventuellen Wandel im Laufe des hier untersuchten Jahrzehnts?

Kommentar: Kerstin **VON LINGEN** (Wien)

Kerstin von Lingen, Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Wien, (Vergleichende Diktatur-, Gewalt- und Genozidforschung), Forschungsschwerpunkte: Genozid- und Gewaltgeschichte, insbesondere der Holocaust, Dekolonisierungsprozesse (mit Schwerpunkt Asien), zeithistorische Rechtsgeschichte, Studien zu Memory, Identity and Apology, sowie der Migrations- und Zwangsarbeiterforschung. Publikationen (u.a.): *Crimes against Humanity. Eine Ideengeschichte der Zivilisierung von Kriegsgewalt 1864-1945*, Paderborn 2018 (Habilitation), *Transcultural Justice at the Tokyo Tribunal: The Allied Struggle for Justice 1946–1948* (Brill 2018).

V.4 TRANSETHNISCHE TRANSFORMATIONEN

Leitung: Prof. Dr. Dirk **UFFELMANN** (Gießen)

Lingua imperii: Transformationen der Sprache und des Raumes im mitteleuropäischen Roman (Johanna Bator, Eugen Ruge, Serhij Zhadan)

Natalia **BORISOVA** (Tübingen)

Natalia Borisova ist wissenschaftliche Assistentin am Slavischen Seminar der Universität Tübingen. Sie unterrichtet russische und polnische Literatur (19.–20. Jh.). Sie promovierte in Konstanz über Film und Literatur der sowjetischen 1960-1970er Jahre („Mit Herz und Auge..." 2013, Transkript Frankfurt/M.). Seit 2015 arbeitet sie an einem Projekt zu Lev Tolstojs praktischer Ethik und ihren amerikanischen und deutschen Quellen. Das Projekt wird durch das Margarethe-von-Wrangell-Programm Baden-Württemberg finanziert.

2009 schrieb Johanna Bator den Roman *Piaskowa Góra*/*Sandberg*, in dem sie die bewegte Geschichte einer Ortschaft in Niederschlesien schilderte. Anhand einer Familiengeschichte zeigt Bator, wie nach dem Wechsel der Macht- und somit auch der Sprachzugehörigkeiten die sprachliche und räumliche Aneignung des fremden Raumes vollzogen wird. Es ist aber keinesfalls allein der Konflikt und Kontakt der deutschen und der polnischen Sprachen, der deutschen und der polnischen Raumstrukturen (symbolisiert z.B. durch die neuen Toponyme: Waldenburg/Wałbrzych, Sandberg/Piaskowa Góra). Auch das Russische, in Form der lingua sovetica (Stoßarbeiterrhetorik) und der aus der UdSSR importierten Projekte des neuen Wohnens, prägt das Narrativ der Aneignung, gibt dem Raum und der Sprache des neu dazu gewonnen Ortes die Form. Mit der politischen Wende ist es aber genau die Sprache des sowjetischen Imperiums, die als universales Idiom korrodiert und keinen Sinn mehr produzieren kann. Verheißungsvoller klingt stattdessen eine andere Sprache und ein anderer Raum: Die gealterte Hauptheldin des Romans Jadwiga Chmura träumt von „Dojczland". Der Roman von Johanna Bator steht in einer Reihe von Texten, die den Zerfall des sowjetisch-imperialen Machtanspruches in Mitteleuropa anhand der Sprache und des Sprachwechsels thematisieren. Ich möchte neben *Piaskowa Góra* auch die Romane *In Zeiten des abnehmenden Lichts* (2011) von Eugen Ruge und *Internat*/*Інтернат* (2017) von Serhij Zhadan zur Analyse hinzuziehen. Alle drei Romane zeigen Räume im Übergang, konzentrieren sich auf Sprachwechsel und beschreiben auf subtile und einfühlende Weise die schwierige Problematik der wechselnden Machtverhältnisse, den Untergang der alten Ordnungen und die Entstehung der neuen Strukturen.

Von polnischen „Anti-Freunden" zu „globaler Nation": Transethnische Rechtfertigung in Migrantenliteratur von den britischen Inseln

Dirk **UFFELMANN** (Gießen)

Dirk Uffelmann ist Professor für Slavische Literaturwissenschaft (Ost- und Westslavistik) an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er ist Autor von 4 Monografien (2 im Druck), Mitherausgeber der *Zeitschrift für Slavische Philologie*, der Buchreihen *Postcolonial Perspectives on Eastern Europe* und *Polonistik im Kontext* sowie von 14 Themenbänden, darunter *Contemporary Polish Migrant Culture and Literature in Germany, Ireland, and the UK*, *Polnisch-osmanische Verflechtungen* und *Umsiedlung, Vertreibung, Wiedergewinnung?*

Die Darstellung des Lebens von Migrantinnen und Migranten in ihren Aufnahmeländern tendiert zu bikulturellen Engführungen, was der multiethnischen Realität von Industriemetropolen nicht gerecht wird, insbesondere im Niedriglohnsektor in London. Die vorliegende Beitragsmeldung zum Fünften Kongress Polenforschung schlägt vor, nach 2004 entstandene Migrantenliteratur als Antidotum zu solchen bikulturellen Restriktionen zu sichten. Unternommen werden soll dabei eine vergleichende Lektüre von literarischen Imaginationen der Interaktionen mit anderen Migrantengruppen in Großbritannien und Irland. Auf der einen Seite stehen polnische Texte über Begegnungen von polnischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten mit Vertreterinnen und Vertretern anderer osteuropäischer oder außereuropäischer Ethnien, auf der anderen osteuropäische Verarbeitungen der Präsenz von Polen auf den britischen Inseln. Das Corpus besteht aus Texten, die nach dem EU-Beitritt Polens entstanden sind. Unter den betrachteten

polnischen Verfasserinnen und Verfassern sind A. M. Bakalar, Gosia Brzezińska, Grzegorz Kopaczewski, Daniel Koziarski, Adam Miklasz, Jarek Sępek und Daniel Zuchowski, unter den osteuropäischen Marina Lewycka und Aleksandrs Ruģēns (alias Vilis Lācītis alias William B. Foreignerski), unter den einschlägigen Black Britons Mike Phillips und Kwame Kwei-Armah.
Die in Bezug auf das Rahmenthema „Gerechtigkeit“ an diesem Corpus zu machende Beobachtung lautet: Anders als beim bikulturellen Blick auf polnisch-britische oder polnisch-irische Begegnungen dominieren bei ‚Drittinteraktionen‘ zwischen Migrantinnen und Migranten aus Polen, der Ukraine, Lettland, Afrika, Mittelamerika und Asien ein ethno- und etho-politischer Diskurs der Rechtfertigung von Migration, Globalisierung, Transnationalisierung und Solidarität. Aus der Reflexion über die Berechtigung der Anwesenheit der Anderen entstehen Alltagsphilosopheme transethnischer Gerechtigkeit.

Kommentar: N.N.

V.5 POLITISCHE KOMMUNIKATION

Leitung: Stefan **GARSZTECKI** (Chemnitz)

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, geb. 1962, Studium der Politischen Wissenschaften, der Neueren und Neuesten Geschichte und der Wirtschafts- und Sozialgeographie. Magister Artium 1989 an der Universität Bonn, Promotion 1995 an der Universität Trier. Dozent an der Adam-Mickiewicz-Universität 1993/1994, Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und zuletzt Akademischer Rat an der Universität Bremen (1996–2009), 2009/2010 Vertretung der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz, seit 2010 Inhaber der genannten Professur. Publ.: *Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970–1989. Feindbild kontra Annäherung*, Marburg 1997; *Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen*, Hamburg 1999 (hrsg. mit Klaus Städtke und Zdzisław Krasnodębski); *Sachsen und Tschechien. Regionale Identitäten und transregionale Verflechtungen in Ostmitteleuropa*, mit Milan Jeřábek und Ilona Scherm, Dresden 2015; Polen unter der Regierung von PiS – autoritärer Staat oder republikanisches Demokratiemodell?, in: *Zeitschrift für Politik* Nr. 1/2020, S. 87-102 (im Druck). Forschungsschwerpunkte: Demokratie und politische Kultur in Ostmitteleuropa, Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, deutsch-polnische Beziehungen, grenzüberschreitende Kooperationen in Ostmitteleuropa.

Polarisierungsprozesse und ihre Wahrnehmung durch gesellschaftliche Eliten in Polen

Klaudia **HANISCH** (Göttingen)

Klaudia Hanisch, geb. 1984, ist Promotionsstudentin der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen. Von 2016 bis 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt ist die politische Kulturforschung Ostmitteleuropas. Sie promoviert zu der Wahrnehmung von Polarisierungsprozessen durch polnische Eliten. Sie ist Lehrbeauftragte und aktiv im Bereich der politischen Erwachsenenbildung.

Seit den Parlamentswahlen 2015 erleben wir eine neue Intensität der politischen Mobilisierung in Polen. Während phasenweise Hunderttausende von Menschen zusammenkommen, um ihre Unzufriedenheit mit der Regierung von Prawo i Sprawiedliwość (PiS) zum Ausdruck zu bringen, fanden nur wenige Tage später Demonstrationen von ähnlichem Ausmaß statt, um die Regierung zu unterstützen. Auch die Analyse quantitativer Daten aus den vergangenen Jahren weist auf einen Prozess der Vertiefung der Spaltung der Wählerschaft der PiS und der Platforma Obywatelska (PO) entlang sozialstruktureller Merkmale hin. Die Wählerwanderungen zwischen den beiden Parteien haben stark abgenommen. Das mediale Framing als der „polnisch-polnische Krieg zwischen den beiden verfeindeten Stämmen“ vereinfacht und entflammt den Konflikt gleichzeitig, während seine Qualität kaum von wissenschaftlicher Seite untersucht wurde.

Das qualitative Studiendesign des Dissertationsprojektes basiert auf der Theorie der Imaginative des Sozialphilosophen Charles Taylor und auf 49 von der Autorin in Kreisen politischer und kultureller Eliten – der influence elites nach Wedel – in Warschau durchgeführten narrativen Interviews. Die Interviews werden hermeneutisch ausgewertet und einzelne Passagen und Schwerpunkte mithilfe der Codiermöglichkeiten des Computerprogrammes MaxQDA einer Feinanalyse unterzogen. Ziel ist es, spezifische Argumentations- und Deutungsmuster der demokratischen Repräsentation herauszuarbeiten und somit wirkmächtige Imaginative innerhalb der in zwei Lager geteilten polnischen politischen und kulturellen Eliten zu rekonstruieren. Der Untersuchungsfokus liegt dabei auf Erzählungen, Symbolen und Bildern von Polarisationsprozessen, legitimen Formen des Parteienwettbewerbs, der Rolle des Populismus als dünne Ideologie und nicht zuletzt den daraus sich ergebenden Elitenkonfigurationen.

Die Relevanz der Fragestellung beruht nicht nur auf der aktiven Rolle der gesellschaftlichen Eliten bei der Gestaltung und Tradierung der Imaginative. Das „neue Elitenparadigma“ von John Higley und Kollegen betonte die sozialen und politischen Voraussetzungen für die Stabilität liberaler Demokratien. Sie argumentierten, dass die Grundlage der Stabilität von demokratischen Regimen die Bildung eines zugrunde liegenden Konsensus zwischen den Eliten, und nicht unbedingt zwischen den Wählern, sei. Für den demokratischen Übergang sahen Higley und Burton vor allem den polnischen Runden Tisch als Beispiel zeitgenössischer Bildung von Konsensus-Eliten. Derzeit stellt die Intensität der politischen Konflikte den Konsensus gravierend in Frage. Die bereits vorgenommene Teilanalyse des empirischen Materials legt die These von der Entfaltung eines neuen Typus von Parteien nahe. Der amerikanische Parteienforscher

Bernstein beschreibt die ausgeweitete Partei bzw. expanded party als Netzwerke formal unabhängiger Akteure aus, die jedoch in einem polarisierten Umfeld eng miteinander kooperieren und eine parteipolitische Identität teilen. Somit verfestigen sich in Polen zwei große Netzwerke ideologischer Teamplayer aus NGOs, Medien und Kulturschaffenden mit immer weniger institutionalisierten Brücken zur anderen Seite. Die Parteien nehmen keine Anstrengungen auf sich, die in Polen geringen Zahlen regulärer Parteienmitgliedschaften zu fördern. Die Anhängerschaft wird stattdessen durch die assoziierten Eliten in entsprechenden Vorfeldorganisationen gesammelt.

Gleiches Rederecht für alle? Diskriminierung im *turn-taking*-Regime im Sejm

Bartholomäus **NOWAK** (Görlitz/Tübingen)

Bartholomäus Nowak hat Slavistik, Politologie und VWL in Tübingen studiert und war danach wissenschaftlicher Mitarbeiter am Slavischen Seminar der Universität Zürich. Er promoviert zur pragmatischen Funktion von Fragen im parlamentarischen Diskurs. Ein weiteres Forschungsinteresse ist verbale (Un-)Höflichkeit. Im Sejm absolvierte er ein Forschungspraktikum. Er ist Kurator der deutsch-polnischen Ausstellung „entKOMMEN. Das Dreiländereck zwischen Vertreibung, Flucht und Ankunft" in Zittau.

Im parlamentarischen Diskurs kommt dem Sejm-Marschall eine Sonderrolle zu. Er ist überparteilicher Richter, der keines der politischen Lager zu bevorzugen hat. Ihm obliegt die Aufsicht über die ordnungsgemäße Durchführung einer Parlamentsdebatte, wozu auch die Erteilung und der Entzug des Rederechts gehören. Eigentlich ist der Gestaltungsspielraum durch die Parlamentsordnung (*Regulamin Sejmu*) klein. Überzieht ein Redner die Redezeit, kann der Marschall intervenieren, indem er den Redner auf den Verstoß hinweist, eine Ermahnung ausspricht oder gar das Mikrofon deaktiviert. Doch räumt der Sejm-Vorsitzenden dem Regierungs- und Oppositionslager die gleichen Rechte ein?
Nach dem Regierungswechsel 2015 deuten diverse Ereignisse auf eine Politisierung der Rolle des Vorsitzenden hin. Im Dezember 2016 forderte ein Abgeordneter außerplanmäßiges Rederecht ein, das in bestimmten Fällen (z. B. bei Richtigstellungen) gewährt werden muss. Als dem Abgeordneten das Rederecht nicht erteilt wurde und er des Saales verwiesen werden sollte, besetzten Oppositions-Abgeordnete über mehrere Wochen das Rednerpult. Konträr hierzu steht ein anderes Ereignis: In einer nächtlichen Sitzung im Juli 2017 wird Jarosław Kaczyński außerplanmäßiges Rederecht gewährt, was dieser am Rednerpult explizit markierte: „Ja bez żadnego trybu."
Es soll überprüft werden, ob sich die Gleichbehandlung der Abgeordneten nach 2015 verändert hat. Zunächst werden die Sprechakte der Vorsitzenden mit *turn-taking*-Bezug, wie Hinweise und Ermahnungen, aus den Sejm-Stenogrammen extrahiert und quantifiziert. In einem zweiten Schritt werden die Begründungsstrategien der Sejm-Maschalls analysiert.
Das Rederecht im Parlament gilt als demokratieimmanent. Wird die Macht zur Allokation des Rederechts interessengeleitet genutzt, dann tangieren Verschiebungen im parlamentarischen *turn-taking*-Regime grundsätzliche Gerechtigkeitsaspekte.

Konzeptualisierungen von Gerechtigkeit in christlich-orthodoxen Medien in Polen

Łukasz **FAJFER** (Bremen)

Łukasz Fajfer ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Religionswissenschaft und Religionspädagogik der Universität Bremen tätig. Er arbeitet dort an dem DFG-geförderten Projekt mit dem Titel: *Minorities and the media: The communicative construction of religious identity in times of deep mediatisation*. Er hat 2012 im Fach Religionswissenschaft an der Universität Erfurt promoviert. Seine Forschung betreffen vor allem Orthodoxes Christentum in der Gegenwart und Medien und Religionen.

Gerechtigkeit ist in der Tat eine subjektive Kategorie ohne klare begriffliche Grenzen. In diesem Referat wird ein Versuch unternommen, die Konzeptualisierungen von Gerechtigkeit in den digitalen und gedruckten Medien der Christlich-Orthodoxen Kirche in Polen vorzustellen. Mit Hilfe der Webseitenanalyse und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring wird diese Kategorie ausgearbeitet (Mayring 2015). Dabei werden die Fragen gestellt: Wie wird Gerechtigkeit definiert und konstruiert? In welchen Kontexten kommt das Thema der Gerechtigkeit vor? Mit Hilfe von welchen Topoi wird diese Kategorie in den Medien behandelt?

Von Bedeutung für diese Untersuchung ist der gesellschaftliche Kontext in dem sich die Kirche befindet. Die Autokephale Orthodoxe Kirche von Polen ist eine Minderheitskirche, zu der 0,9% der polnischen Bevölkerung gehört (GUS 2018). Trotzdem ist damit diese Kirche die zweitgrößte religiöse Gemeinschaft in Polen nach der Katholischen Kirche. Dieser Kontext wirft neue Fragen auf: Wird Gerechtigkeit im Sinne des Kampfes um die Rechte der religiösen Minderheiten verstanden? Welche Rolle spielen die Beziehungen zu der Katholischen Kirche bei der Konstruktion des Gerechtigkeitskonzeptes? Genau mit diesen Fragen beschäftigt sich dieses Referat.

Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse* (12. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
Główny Urząd Statystyczny (2018) *Życie religijne w Polsce. Wyniki badania spójności społecznej*, www.stat.gov.pl [Zugriff: 23.05.2019]

Kommentar: Stefan **GARSZTECKI** (Chemnitz)

V.6 PARTIZIPATION TROTZ EXKLUSION? STAATLICHE INSTITUTIONEN, MEHRHEITSGESELLSCHAFT UND NATIONALE MINDERHEITEN IN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK

Leitung: Stephan **STACH** (Warszawa)

Die Geschichte der Nationalitätenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik wird in der Regel aus einer Perspektive betrachtet, die Exklusion und Diskriminierung der nationalen Minderheiten sowie die Nationalisierung des Staates durch die polnische Mehrheit fokussiert. Es werden also in erster Linie die Ungerechtigkeiten des Staates und der ihn vertretenden Personen und Institutionen im Umgang mit jenen, an sich gleichberechtigten, Bürgern betrachtet, die sich einer anderen als der polnischen Nationalität zugehörig erklären oder zugeordnet werden. Aus dem Blick geraten dabei die Fragen, wie eine gerechte Ordnung für ein ethnisch und religiös diverses, multinationales Staatswesen hätte aussehen können und was Gerechtigkeit in diesem Kontext für verschiedene Akteure bedeutete. Die Gründung der Zweiten Polnischen Republik und der zugehörigen staatlichen Institutionen, wie Lokalverwaltungen oder der Armee, schuf einerseits den Rahmen, in dem gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu dieser Frage stattfinden konnten. Zum anderen führten Verfassung und politische Praxis offensichtliche Widersprüche zwischen staatsbürgerlicher Gleichheit und Vorrechten für die ethnisch definierten Polen deutlich vor Augen. Die dadurch angestoßenen Aushandlungsprozesse zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren waren ebenso vielfältig wie vielschichtig und schlossen die nationalen Minderheiten ein. Aus diesem Blickwinkel zeigt sich, dass die gesellschaftlichen Interessenskonflikte in Polen vor 1939 keineswegs nur entlang nationaler oder ethnischer Verwerfungen verliefen.
Das Agieren der im Panel diskutierten Institutionen macht deutlich, dass die Nationalisierung des Staates und die zahlreichen ethnischen und nationalen Konfliktfelder zwar einen wichtigen Teil der Wirklichkeit in der polnischen Zwischenkriegszeit ausmachten. Die Institutionen folgten indes mitnichten allein einem unreflektierten Ideal der nationalen Homogenisierung. Die Verflechtung der Nationalitätenpolitik mit anderen sozialen und politischen Konflikten führte dazu, dass Gerechtigkeitsfragen in vielen unterschiedlichen Kontexten diskutiert wurden.
Alle drei Beiträge verorten die Nationalitätenpolitik und die sich daraus ergebenden Gerechtigkeitsfragen im Kontext einer scharfen Diskurskultur, sich formierender und legitimierender Institutionen und unterschiedlicher Teilinteressen von Einzelakteuren, um so ein komplexeres Bild der Problematik zu zeichnen.

Was ist gerechte Nationalitätenpolitik? Debatten über nationale Gruppeninteressen und ein gesamtgesellschaftliches Staatsinteresse in der Zweiten Polnischen Republik

Stephan **STACH** (Warszawa)

Stephan Stach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am POLIN Museum für die Geschichte der Polnischen Juden in Warschau. Er forscht zur Geschichte Polens und Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert. Schwerpunkte sind dabei die Nationalitätenpolitik der Zweiten polnischen Republik, die Geschichte der Juden nach dem Zweiten Weltkrieg, die Entstehung der Holocausterinnerung nach im Kalten Krieg sowie die Geschichte des ostmitteleuropäischen Dissens. Im Jahr 2015 wurde er an der Universität Halle mit einer Arbeit über die polnische Nationalitätenpolitik unter Józef Pilsudski promoviert. Von 2016 bis 2018 arbeitete er am Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaft. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehört das Themenheft *Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939* (hrsg. mit Christhardt Henschel, = Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, Bd. 62 H. 2 2013) und die Bände: *Gegengeschichte. Zweiter Weltkrieg und Holocaust im ostmitteleuropäischen Dissens* (hrsg. mit Peter Hallama, Leipzig 2015) und *Religion in the Mirror of Law. Eastern European Perspectives from the Early Modern Period to 1939* (hrsg. mit Yvonne Kleinmann und Tracie Wilson, Frankfurt/M. 2016).

Stephan Stach analysiert in seinem Beitrag die zeitgenössische Debatte darüber, wie die Interessen nationaler Minderheiten und der nationalen Mehrheit sich zu den Interessen des Staates verhielten und wie die Definition der Staatsinteressen sich auf einen „gerechten“ Interessenausgleich zwischen den nationalen Gruppen auswirkte. Insbesondere zieht er dabei Konzepte aus dem Umfeld des Instituts für Nationalitätenforschung heran, eines Think Tanks, der die polnische Politik in diesen Fragen beriet.

Local Institutions, Participation, and the Sense of Justice in Interwar Poland

Olga **LINKIEWICZ** (Warszawa)

Olga Linkiewicz is assistant professor at Tadeusz Manteuffel Institute of History, Polish Academy of Sciences. She specializes in modern history of Eastern Europe, history of social sciences, and memory studies which include fieldwork experience in Ukraine, Belarus, and Poland. She received her M.A. in cultural anthropology from Warsaw University (2001) and her Ph.D. in history from Polish Academy of Sciences (2009). In 2010 she was awarded the Polish journal Polityka Prize and in 2012/13 she was the Fulbright Commission Visiting Scholar at Columbia University and New York University. Her book *Localness and Nationalism: Rural Communities in Interwar Eastern Galicia*, Kraków: Universitas, Fundacja Lanckorońskich 2018 (in Polish) uses retrospective ethnography to reconstruct social practices and attitudes of villagers in their own terms. Her recent publications include "Scientific Ideals and Political Engagement: Polish Ethnology and 'the Ethnic Question' between the Wars", *Acta Poloniae Historica* 114 (2016) and "Applied Modern Science and the Self-Politicization of Racial Anthropology in Interwar Poland", *Ab Imperio* 2 (2016).

Olga Linkiewicz betrachtet die in diesem Panel in den Fokus gerückten Diskurse aus einer entgegengesetzten Perspektive. Sie untersucht die Kontaktzone zwischen dem Staat, seinen Institutionen und der Bevölkerung in den östlichen Grenzgebieten auf lokaler Ebene, indem sie die Interaktion von Beamten und Bürgern in den Blick nimmt. Linkiewicz analysiert, wie die lokale und zu großen Teilen nichtpolnische Bevölkerung auf die Etablierung staatlicher Institutionen und die Politik des neuen Nationalstaats reagierte, zu der auch Elemente direkter Demokratie gehörten. Sie zeigt, dass dies gesellschaftliche Prozesse anstieß, die zur Herausbildung neuer Vorstellungen von gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Fairness führten.

Wehrgerechtigkeit als Teilhabeversprechen? Die polnischen Streitkräfte als Laboratorium der Minderheitenpolitik

Christhardt **HENSCHEL** (Warszawa)

Christhardt Henschel, nach dem Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Ost- und Südosteuropastudien und Musikwissenschaft an der Universität Leipzig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Simon-Dubnow-Institut Leipzig. Promotion mit einer Arbeit zum Verhältnis von Juden und polnischem Militär in der Zwischenkriegszeit. Seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Warschau mit einem Projekt zur deutschen Besatzung im sog. Regierungsbezirk Zichenau im Zweiten Weltkrieg. Er gab das Themenheft *Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939* (hrsg. mit Stephan Stach, = Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, Bd. 62 H. 2 2013) und den Schwerpunkt *Juden im Militär. Erfahrung und Erinnerung im 19. und 20. Jahrhundert* (Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 12 (2013), S. 95–515.) heraus. Kürzlich erschien sein Aufsatz *Phantomgrenzen und das Militär. Polen 1918–1921*, in: Michael G. Müller, Kai Struve (Hg.), Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939 (Göttingen 2017), S. 39–67.

Christhardt Henschel fokussiert mit dem Militär eine klassische Institution des modernen europäischen Nationalstaats, die nach einem sinnvollen Umgang mit der äußerst heterogenen nationalen Herkunft seines Personals suchte. Während die in der Verfassung verankerte Wehrpflicht alle männlichen Staatsbürger unterschiedslos erfasste, schuf die Armeeführung ein Instrumentarium national kodierter Inklusions- und Exklusionsmechanismen, derer sie sich nach Gutdünken bedienen konnte. Henschels Beitrag geht darauf ein, inwieweit die mit Militärdienst verknüpften Fragen von Dienstzwang, Wehrgerechtigkeit, staatsbürgerlicher Anerkennung und der Gleichbehandlung innerhalb der Armee unter dem Aspekt der Gerechtigkeit diskutiert wurden.

Kommentar: François **GUESNET** (London)

François Guesnet lehrt am Department of Hebrew and Jewish Studies des University College London osteuropäisch-jüdische Geschichte. Er ist Mitherausgeber des Jahrbuchs Polin. Studies in Polish Jewry und Vorsitzender des Institute for Polish-Jewish Studies. Zu seinen Publikationen zählen *Polnische Juden im 19. Jahrhundert* (1998), *Der Fremde als Nachbar. Polnische Positionen zur jüdischen Präsenz in Polen* (2009), *Antisemitism in an Era of Transition* (2014, mit Gwenyth Jones), und *Warsaw. The Jewish Metropolis* (2015, paperback 2017, mit Glenn Dynner). Derzeit forscht er zur Geschichte der jüdischen politischen Kultur, der jüdischen Autonomie im östlichen Europa und zu verfilztem Haar (*Plica polonica*).

V.7 CULTURE, HERITAGE AND JUSTICE

Chair: Ewa **MANIKOWSKA** (Warszawa)

Cultural Heritage Protection in Poland: Recent Legislative Developments

Alicja **JAGIELSKA-BURDUK** (Opole)

Alicja Jagielska-Burduk, PhD, MBA, UNESCO Chair in Cultural Property Law at the Faculty of Law and Administration, University of Opole. She is the co-founder and editor-in-chief of the Santander Art and Culture Law Review and co-chair of the TIAMSA Legal Group, within The International Art Market Studies Association. In 2014, the government of Poland nominated her as a mediator at the UNESCO Intergovernmental Committee for Promoting the Return of Cultural Property to Its Countries of Origin or Its Restitution in Case of Illicit Appropriation.

Cultural heritage is a non-renewable resource and plays a significant role in the development of societies. Cultural heritage can be perceived as fragile assets, witnesses of our history, and timeless pieces. On the other hand, cultural property is used to finance terrorist activities through the illicit trafficking of antiquities. In times of conflict, cultural heritage is at risk or specifically targeted, and therefore there security measures are introduced to address this trend. It is important to emphasize that cultural heritage has undisputed strength. It serves as a pivotal tool for peacebuilding. Existing approaches demonstrate the role of cultural heritage in achieving the SDGs 2030 through cultural heritage education, stimulating intercultural dialogue and building awareness, as well as the promotion of cultural pluralism.
Due to the extent of the country's WWII cultural heritage losses, which resulted in thousands of cultural objects going missing and the destruction of historic buildings I took the recent draft of an amendment to the Polish Civil Code under consideration. It deals with the cultural objects lost during WWII, excludes them from bona fide purchase and also provides changes to the Polish international private law. The purchase from a not owner is impossible when an object cultural good or artwork was looted during WWII. Therefore, all bona fide purchasers will not have the ownership title transferred. Many concerns raise the fact that the description of the good or the circumstances of acquisition are vaguely described. Moreover, the discussed version states that the provision is retroactive, so it immensely undermines the certainty of trade. The fate of the draft is dubious, but the fact that such drafts exist provides a strong message regarding cultural heritage legal protection, therefore worth to be presented.

Participatory Governance of Cultural Heritage in Poland: A Procedural Dimension

Andrzej **JAKUBOWSKI** (Warszawa)

(PhD, EUI), Assistant Professor at the Institute of Legal Studies of the University of Opole, Chair of the Committee on Participation in Global Cultural Heritage Governance of the International Law Association, and mediator at the UNESCO Intergovernmental Committee for Promoting the Return of Cultural Property to its Country of Origin or its *Restitution* in Case of Illicit Appropriation (ICPRCP). He authored inter alia *State Succession in Cultural Property* (Oxford University Press, 2015), and edited *Cultural Rights as Collective Rights – An International Law Perspective* (Brill-Nijhoff, 2016).

This paper critically discusses legal and policy boundaries of participatory governance of cultural heritage in Poland. First, it scrutinises how the goals of participation and inclusiveness have been envisaged, promoted, and implemented in legal and policy frameworks of the European Union (EU) and that of the Council of Europe (CoE) *vis-à-vis* present-day challenges and demands of effective governance of cultural heritage. In this regard, it explains that participatory management (or governance) of cultural heritage is referred to as: 'a shortcut for openness to the needs and expectations of stakeholders, readiness of the holders of public authority to listen to them and provide responses to their expectations or queries, delivering public policies in a spirit of openness, accountability and shared ownership'. In other words, it bridges good governance and the realization of cultural rights relating to heritage. Second, this paper analyses to what extent Poland's system of governance of cultural heritage reflects participatory principles promoted by EU and CoE. To this end, it outlines constitutional, institutional and regulatory machinery for management of cultural heritage in Poland. Third, it looks at the practical operationalisation of this machinery in relation to multilevel cooperation, and enhanced participation of various stakeholders. It focuses on state museums and discusses transparency of their

functioning, interaction with the public, and participatory elements of their governance models. Next, it debates procedural avenues of dialogue and engagement of the public, particularly, non-governmental organisations in state policy towards cultural heritage. Finally, it offers a set of critical insights on how cultural heritage is currently used and managed in decision- and policy-making of Poland's public administration.

Museums as Social Agents? The Case of Poland

Ewa **MANIKOWSKA** (Warszawa)

Ewa Manikowska (Dr. phil.) serves as associate professor at the Institute of Art of the Polish Academy of Sciences and Provenance Research expert at the National Museum in Warsaw. Her research interests focus on the history of collecting, history of photography and history of museums. Currently she is one of the PI of the Era-Net research project "Digital Heritage in Cultural Conflicts". Her recent book is entitled *Photography and Cultural Heritage in the Age of Nationalisms (1867–1945). Europe's Eastern Borderlands* (Bloomsbury 2019).

In this paper I will consider the Polish "museum boom" in the larger context of recent transformations in the understanding of the museum institution itself. At the 2019 general assembly of ICOM, the main international museum association, a new definition of the museum, that "would speak the language of the 21st century", was discussed. Describing the museum as "a democratising, inclusive and polyphonic space for critical dialogue about the past and the future which address the conflicts and challenges of the present (…), guarantees equal rights and equal access to heritage for all people (…), contributes to human dignity and social justice, global equality and planetary wellbeing" it reflects the core of the activity of a large share of new museums established worldwide in the last two decades. Concerned with contemporary societal and political issues (history, human rights, feminism, migration etc.) such institutions are often marginalising the preservation of tangible and intangible heritage as their main task in favour of education, access and participation.

I will consider in particular several museums established after the Polish accession to the EU, or profoundly transformed after 1989, whose idea, mission and activity fully reflect the transformations taking place worldwide: the Auschwitz Memorial Museum, the Polin, the Museum of Second World War and the European Solidarity Centre (a cultural institution accorded in 2016 the Museum Prize of the Council of Europe). I will argue that a large degree of managerial autonomy obtained with adoption of novel solutions – various sources of financing, international advisory boards, the financial and scientific role of the foundations, public-private partnerships, board of trustees, civic engagement – is at base of their open and inclusive character. Not only do they attract the largest number of visitors all year round and educate the younger generation of Polish society about cultural heritage, but they trigger debates about Polish national identity, Poland's past and present, Polish civic society and contemporary education values.

Finally, I will consider my case study in the context of the recent the democratic crisis in Poland. Autonomous and open cultural institutions are one of key factors of a democratic society, thus when like in Poland, the rule of law is being violated, you can be sure that it will strongly and negatively affect culture and the cultural sector.

Commentary: Julia **RÖTTJER** (Darmstadt)

Julia Röttjer M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Polen-Institut. Studium der Osteuropäische Geschichte, Politikwissenschaft und Kunstgeschichte in Kiel, mit Aufenthalten in Irkutsk und Chicago. Seit 2005 wiss. Projektleiterin in Netzwerkvorhaben aus den Bereichen Bildung, Soziales, Geisteswissenschaften. Aktuelle Forschung: Geschichtspolitiken, materielle Kultur, Urbanistik, Kulturerbe, internationale Geschichte. Ihr Promotionsvorhaben zu Auschwitz-Birkenau als UNESCO-Welterbe an der Universität Mainz steht vor dem Abschluss.

V.8 DAS VERSPRECHEN POLITISCHER FREIHEITSRECHTE UND SOZIALER GERECHTIGKEIT. BIOGRAFISCHE ZEUGNISSE DER EUROPÄISCHEN IDEE AUS POLEN, DEUTSCHLAND UND UNGARN

Leitung: Burkhard **OLSCHOWSKY** (Oldenburg)

Moderation: Maria **LUFT** (Oldenburg)

Maria Luft, Studium der Slavistik, Anglistik und Theologie an den Universitäten Würzburg, Wien, Lublin/Polen und Mainz, seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der deutschen im östlichen Europa. Seit 2018 auch wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Topographie der Shoah in Breslau/Wrocław 1933-1949“ der BKM-Juniorprofessur Soziale und ökonomische Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden.

Einführung in das Thema am Beispiel des *spiritus rector* der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission Enno Meyer

Burkhard **OLSCHOWSKY** (Oldenburg)

Dr. Burkhard Olschowsky: Historiker, 2002 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), Lehrbeauftragter an der HU, seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2010–2013 Aufbau des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität in Warschau.

Nach einführenden Überlegungen zu politischen Freiheitsrechten und sozialer Gerechtigkeit beleuchtet der Beitrag die Gründe und Umstände, die den Oldenburger Gymnasiallehrer Enno Meyer motivierten, sich für die Verständigung mit Polen und Juden zu engagieren. Vor dem Hintergrund der politischen Prämissen und Wertvorstellungen, welche in der Frühphase der Bundesrepublik dominierten, soll zum einen der Lebensweg Enno Meyers nachgezeichnet werden und zum anderen dessen Umgang mit von ihm empfundenen Ungerechtigkeiten verdeutlichen.
Geboren 1913, wurde er durch das kleinstädtische Milieu Oldenburgs und die deutschnationalen Jugend- und Studentenbünde der 1920er und 1930er Jahre geprägt. Mit der Folge, dass er sich gegenüber dem Nationalsozialismus affin zeigte. Einschneidende Erlebnisse als Soldat im Zweiten Weltkrieg brachten Enno Meyer dazu, damalige Gewissheiten partiell infrage zu stellen.
Nach 1945 war er bereit und willens, sich mit der NS-Vergangenheit in Deutschland wie auch seiner eigenen Beteiligung am Vernichtungskrieg im östlichen Europa auseinanderzusetzen und somit dem Anliegen, an die zahlreichen Opfer der NS-Herrschaft zu erinnern, gerecht zu werden. Bereits Anfang der 1950er Jahre knüpfte er Kontakte zu polnischen Historikern in dem Bestreben, westdeutschen Schülern glaubwürdige Inhalte zur Geschichte des Landes an der Weichsel zu vermitteln. Seine Bemühungen mündeten 1956 in den „47 Thesen über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht“, welche zur Grundlage der 1972 gegründeten deutsch-polnischen Schulbuchkommission wurden.
Sein zweites großes Betätigungsfeld war die jüdische Geschichte. Leitmotiv und Anspruch bei seinen vielfältigen Aktivitäten war die Beschäftigung mit den Schwächeren der Geschichte: Polen, Juden wie auch anderen Gruppen. Näher zu untersuchen ist eine Persönlichkeit, die seinen Schülern wie Lesern u.a. die Verbrechen der NS-Zeit vor Augen führte, ohne seine wertkonservativen Prinzipien aufzugeben.

Ewa Unger – Überwindung von Hass und Feindschaft als gesellschaftlicher Auftrag der Nachkriegsjahrzehnte im deutsch-polnischen Verhältnis

Annemarie **FRANKE** (Warszawa)

Dr. Annemarie Franke: Historikerin, 2001–2012 Leiterin der Gedenkstätte Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, 2013–2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin (Kulturreferat) am Schlesischen Museum zu Görlitz, 2015 Promotion an der Universität Wrocław, seit 2019 Projektmitarbeiterin des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa beim Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität in Warschau.

Der Vortrag geht den Motiven nach, die Ewa Unger, langjährige Vorsitzende des Klubs der Katholischen Intelligenz in Wroclaw, dazu bewogen haben, sich seit den 1970er Jahren für die deutsch-polnische Verständigung einzusetzen. Ewa Elżbieta Unger wurde 1926 in Królewska Huta geboren als das zweite Kind von Walter Unger (1889–1940) und Fanny (1895–1981), geb. Neumann. Beide Eltern waren jüdischer Herkunft. Der Vater stammte aus den Beskiden (Lipnik, Kreis Biała) und die Mutter aus Wien. Ihr Vater arbeitete als Ingenieur für die AZOT-Werke in der seit 1922 polnischen Stadt Königshütte. Die Familie erfreute sich gesellschaftlichen Ansehens und wirtschaftlicher Prosperität. Die Ungers waren nicht religiös, jedoch übernahm der Vater auf Bitte anderer Gemeindemitglieder für einige Jahre den Vorsitz der polnischen jüdischen Gemeinde.
Nach dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 und dem Vormarsch der deutschen Truppen ins Innere des Landes entschied die Familie, wie viele andere Polen, nach Ostpolen zu flüchten. Die Verbrechen der deutschen Besatzung in Polen und den Holocaust erlebten Ewa und ihre Familie nicht, aber sie wurden Opfer der Deportationen Stalins nach Sibirien. Den Krieg überdauerten Mutter und Tochter in einer Kolchose in Kasachstan. Der Vater starb 1940 in Folge von Krankheit. Bruder Stefan kam als Soldat 1944 an der Front kurz vor Warschau durch eine deutsche Kugel ums Leben.
Nach der sog. „Repatriierung“ begann für Ewa ein neues Leben im kriegszerstörten Breslau, dem neuen Wrocław. Mutter und Tochter konvertierten 1946/7 zum Katholizismus. Sie gehörten 1958 zu den Gründungsmitgliedern des Breslauer Klubs der Katholischen Intelligenz. Bereits 1974 entschied sich Ewa Unger, ihre wissenschaftliche Arbeit als Chemikerin aufzugeben, und arbeitete seitdem und bis zu ihrer Rente hauptamtlich für den Klub. 1989 gehörte sie zu den Wegbereitern der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung und war bis 2003 die Vorstandsvorsitzende.

Biography of a forgotten Hungarian dissident – György Krassó

Gábor **DANYI** (Budapest/Warszawa)

Gábor Danyi earned his PhD in Comparative Literature at Eötvös Loránd University, Budapest. His research focuses on cultural resistance in Hungary during the Cold War, with a special emphasis on unofficial publications. He publishes papers in Hungarian, Polish and English. Since December 2015, he has worked for the European Network Remembrance and Solidarity in Warsaw.

A revolutionist in 1956, a political prisoner of the Kádár régime, a dissident, a samizdat publisher and an émigré figure in the 1980s, then a political activist in the times of the Hungarian democratic transformations György Krassó (1932–1991) had an exciting life story, full of crucial turns. My aim is to shed light on different historical, social and cultural contexts which may help to understand the trajectory of Krassó's biography from a broader, East-European perspective. These include the suppressed Hungarian revolution in 1956, the character of the Hungarian opposition movement after 1976, and the emergence of transnational information channels and increasing cultural exchange in the 1980s. Mapping the reasons why Krassó became a forgotten figure nowadays, I will review his oeuvre and his political activism in the context of post-1989 memory patterns in Hungary.

Kommentar: Gregor **FEINDT** (Mainz)

Gregor Feindt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz. 2015/2016 vertrat er die Juniorprofessur für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas mit Schwerpunkt Polen an der Universität Bremen. In seiner Forschung befasst er sich mit der Planung, Erfahrung und Bewältigung der Industriemoderne am Beispiel der tschechoslowakischen Fabrikstadt Zlín.

V.9 POLITIK UND GERECHTIGKEIT IM 15. JAHRHUNDERT

Leitung: Jürgen **HEYDE** (Leipzig/Halle)

Verflochtene Dis/Integration – Ordnung, Hegemonie, soziale Segmentierung. Lemberg im 15. Jahrhundert

Jürgen **HEYDE** (Leipzig/Halle)

geb. 1965 in Wolfhagen; Studium der Osteuropäischen Geschichte, Slavistik und Mittleren Geschichte in Gießen, Mainz, Warschau und Berlin; 1991-1997 Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes; Promotion 1998 an der FU Berlin (Betreuer: Prof. Klaus Zernack). 1998 bis 2003 wiss. Mitarbeiter am DHI Warschau; 2003 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der MLU (Lehrstuhl Prof. Michael G. Müller); Dezember 2009 Habilitation. 2010 bis 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der MLU (DFG-Projekt – „Eigene Stelle": Der „Ghetto"-Begriff in der polnisch-jüdischen Historiographie und Publizistik 1868-1918. Eine begriffs- und kommunikationsgeschichtliche Untersuchung); 2014–2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter/Referent des Direktors am GWZO Leipzig; 2015–2019 DFG-Projekt – „Eigene Stelle": Ethnische Gruppenbildung in der Vormoderne. Interkulturalität und Transkulturalität am Beispiel der Armenier im östlichen Europa; seit 2019 DFG-Projekt – „Eigene Stelle": Migrationsgesellschaft und transkulturelle Verflechtung in einem plural verfassten Stadtraum: Kamjaneć-Podilśkyj im 16./17. Jahrhundert. März 2016 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Es geht um den Anspruch des Lemberger Rates im 15. Jahrhundert, eine soziale Hegemonie über die nichtbürgerlichen Gruppen (hier v.a. die Armenier) durchzusetzen („Integration"), und die Versuche dieser Akteure, sich durch Ethnisierung diesem Druck zu entziehen („Dis/Integration"). Dazu müssen politische Ansprechpartner gesucht werden, und es ergeben sich Fragen der Zugehörigkeit: Wer gehört wann zur Gruppe dazu, wer kann nicht und wer möchte nicht dazugehören?
Die Debatten wurden mittels rechtlicher Zuschreibungen geführt. Analysiert wird die Bedeutung des Magdeburger Rechts für die Integrations- und Hegemonialpolitik des Rates sowie das Narrativ der Gleichheit als Untertanen des Königreichs wie auch die Berufung auf das „eigene Recht" durch Juden und Armenier.

Sicherheit als Gerechtigkeit. Der herrschaftliche Schutz von Kaufleuten in den Auseinandersetzungen zwischen Polen-Litauen und dem Deutschen Orden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts

Renata **SKOWROŃSKA** (Toruń/Würzburg)

Studium der Geschichte an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (Magister 1998). Promotion zum Dr. phil. an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (2004), Doktorvater: Prof. Dr. Janusz Tandecki, Thema der Dissertation: „Politische Eliten der preußischen Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts". 2005-2012 – Bibliothekarin in der *Wojewódzka Biblioteka Publiczna – Książnica Kopernikańska w Toruniu* (Öffentliche Woiwodschaft Bibliothek – Kopernikus Büchereien in Toruń). Seit 2009 Leiterin der Polnischen Historischen Mission, einer wissenschaftlichen Einrichtung der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, die dank einem Kooperationsvertrag an der Julius-Maximilians-Universität ansässig ist. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Hansestädte unter der Herrschaft des Deutschen Ordens in Preußen, Geschichte des Schulwesens im Königreich Preußen im 19. Jahrhundert.

Die Zeit militärischer Auseinandersetzungen im Mittelalter war in der Regel für alle Untertanen eine Phase der Unsicherheit, auch wenn sie nicht direkt in kriegerische Vorhaben involviert waren. Ihr Vermögen könnte beschlagnahmt oder geraubt werden. Oft waren sie in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten eingeschränkt, auch wenn sie außerhalb des Kriegsgebiets geführt wurden. Diese Probleme versuchten die Herrscher einigermaßen in den Griff zu bekommen, unter anderem durch direkte Absprachen mit der Führung der Konfliktpartei. Entsprechende Vereinbarungen wurden von den Untertanen erwartet oder sogar erzwungen, da der wirkungsvolle Schutz der Untertanen zu den Hauptpflichten des Herrschers gehörte. Der Herrscher sollte sich um die Gerechtigkeit seiner Untertanen kümmern, auch während eines

Krieges. Dass der Herrscher die Pflicht hatte, Gerechtigkeit zu garantieren, lässt sich z. B. aus den Aussagen des Bürgermeisters Herman Rusop aus Thorn entehmen, der 1435, nach jahrelangem Konflikt mit Polen-Litauen, dem Hochmeister des Deutschen Ordens zum Frieden mit dem polnischem König riet: „[…] wurd ewer gnade […] uns frid und ruhe [nicht] schaffen, so soll ewer gnade wyssen, das wir selber darfur gedencken wollen, und wollen eyn herrn suchen, der uns fryde und ruhe wirt schycken. Das must der hoemeyster zu herzen nehmen und darnach stehn, das er eynen ewigen fryd machet".
In meinem Vortrag werde ich die diplomatischen Maßnahmen Polen-Litauens und des Deutschen Ordens darstellen, die auf eine gerechte Behandlung von Kaufleuten beider Seiten während der Kriegszeit in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zielten. An ausgewählten Beispielen werde ich die Umstände der Vereinbarungen aufzeigen, ihre Umsetzung und Folgen sowie den Umgang mit den Ansprüchen auf Entschädigungen.

Gerechtigkeit des Königs und Fürstenrechte. Die Politik der polnischen Könige gegen die masowischen Fürsten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts

Adam **SZWEDA** (Toruń)

Studium der Geschichte an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (Magister 1992). Promotion zum Dr. phil. an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (1998). Habilitation an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (2010). Forschungsschwerpunkte: Gesandtschaftswesen im Mittelalter, die Beziehungen zwischen Polen-Litauen und dem Deutschen Orden im Spätmittelalter, Beziehungen zwischen den Königen von Polen und abhängigen Herrschern im Spätmittealter und in der frühen Neuzeit. Veröffentlichungen: *Organizacja i technika dyplomacji polskiej w stosunkach z zakonem krzyżackim w Prusach w latach 1386–1454* (Die Organisation und Technik der polnischen Diplomatie in den Beziehungen mit dem Deutschen Orden in Preussen in den Jahren 1386–1454), Toruń 2009; Die Rolle der Könige von Polen und ihrer Räte in der Gestaltung der Beziehungen mit dem Deutschen Orden von 1333 bis 1453, in: *Akteure mittelalterlicher Außenpolitik. Das Beispiel Ostmitteleuropas*, hg. v. Norbert Kersken u. Stephan Flemmig, Marburg 2017.

Seit dem 14. Jahrhundert waren die Piasten von Masowien Vasallen der polnischen Könige. Kazimierz IV. Jagiellończyk/Kasimir IV. der Jagiellone (1447–1492) und sein Sohn Jan Olbracht/Johannes Albertus (1492–1501) wollten, dass nach dem Tod der regierenden Fürsten die einzelnen Teile Masowiens ins Königreich Polen eingegliedert werden. Dies führte zu Rechtspolemiken und offenen Konflikten. Dies war beispielsweise 1495 der Fall, als nach dem Tod des Herzogs Janusz II. von Masowien sein Bruder Konrad der Rote das Fürstentum Płock eingenommen hatte, auf das auch die Krone Ansprüche geltend machte.
In meinem Vortrag werde ich mich mit den rechtlichen Argumenten beider Parteien befassen, aber auch mit der Rolle der militärischen und politischen Überlegenheit bei der Ausbreitung von Streitigkeiten.

Kommentar: Sven **JAROS** (Leipzig)

2006–2013: Studium der Geschichte und Kulturwissenschaften (B. A.) sowie Mittelalterstudien (M. A.) an den Universitäten Leipzig, Jena & Lublin. 2006–2013: Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. 2012: Stipendiat der „Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel und Osteuropa" e.V.; anschließend Vorsitzender (2013–2014) sowie Mitgründer & Koordinator des Vereinsbeirats (2017–2019). Seit Juni 2017: wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator im DFG-Projekt „Mediation von Herrschaft an den Grenzen Lateineuropas im Spätmittelalter" am Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte, Historisches Seminar, Universität Leipzig (Projektleiter: Wolfgang Huschner). Okt. 2019: Einreichung der Dissertation zum Thema: *Iterationen im Grenzraum. Akteure und Felder multikonfessioneller Herrschaftsaushandlung in Kronruthenien (1340–1434)*.

V.10 „IS JUSTICE A LEGAL CATEGORY?" PART I

Chair: Anna **TARNOWSKA** (Toruń)

PhD (2007), is assistant professor of Law and Administration Faculty at the Nicolaus Copernicus University in Toruń, was also *wissenschaftliche Mitarbeiterin* at Passau University (2014–2018). Her research focuses on the history of Polish and European constitutionalism since late 18th century till interwar times as well as the history of administration / administrative law in Prussia and Poland in 19th and 20th centuries. Her last monograph (2019) was devoted to the Prussian-German rule of law and legal situation of the Polish minority in the eastern Prussian provinces (1850–1914).

The participants present the joint panel as the result of searching for an answer: is justice a normative legal category? Seen as one of the material elements composing the rule of law, 'justice' as legal term and its dimensions offer a broad space for interpretation and discussion. Thus, law disciplines present in the panel are legal history, theory of law, constitutional law, tax law and administrative law.
The panel begins with the analysis of historical regulations devoted to family *fideicommissa* as a specific institution between private and public law in the 17th–18th century. Another proposal deals with the concept of "just" jurisdiction and its embodiment – elected judges in the times of Polish Kingdom 1815–1830. The lecture on justice as a constitutional principle refers to the rarely *explicite* expressed 'justice' in a concrete provision: art. 2 of the Polish Constitution of 1997. It also serves as an introduction into contemporary Polish law.
Another proposed lecture opening the second part of the panel is situated between constitutional law and tax law. It focuses on the question of tax legislation. Again, it is a bridge to the forthcoming paper presenting one of the issues of dogmatic law – tax law. It will concern the awareness of the taxable person and its influence for tax obligation.
The panel will be framed by the last proposal, which is an attempt to connect legal history and contemporary administrative law. The authors analyse the evolution of the limiting regulations concerning freedom of assembly.

Between Severe Laws and Natural Justice. The Problem of a Succession of Family Fideicommissa (*fee-tails*) in Polish-Lithuanian Commonwealth in the 17th and 18th Centuries

Tomasz **KUCHARSKI** (Toruń)

Assistant professor in Law and Administration Faculty at the Nicolaus Copernicus University in Toruń. He is an author of over a dozen papers on polish legal history (published in Polish and foreign scientific journals), and two scientific books – first on so-called "exorbitances" in Polish Lithuanian Commonwealth (2014), second devoted to old-Polish election Diets (during a printing process). He is a participant of a scientific project on family *fideicommissa* in interwar Poland financed by the Polish National Science Centre. His research is focused on a few main topics, which are as follows: a history of the political system in Polish-Lithuanian Commonwealth between 1569 and 1793 (especially General Diets and elections of kings), the organization and functioning of Polish courts in the 1st half of the 20th century on Pomeranian territories, and present-day law on archives and archival documentation.

Nearly a whole of Europe, since the 16th century did know the legal institution of *fideicommissa* (known also as tails, or fee-tails). The founding idea of creating such an entity was to protect the position and prestige of a family as a whole, by excluding a part of the family's properties from rules of civil law. These goods were not allowed to be sold, as well as divide according to rules of hereditary law. In a consequence, the property organized like this was used by only one person from the family, under control of the rest of its members.
The collapse of the very idea of European *fideicommissa* was just a small element of larger liberal movement during the 19th century endeavoring to erase feudal order as a whole (economically, politically and socially). In Polish-Lithuanian Commonwealth, however, the idea of *fideicommissa* was critically unpopular from the start, without rejecting the feudal system itself. In a consequence, only a few great families decided to establish them. Furthermore, every single dispute or trial on *fideicommissa* property was always controversial to the public opinion and also caused a purely political conflict in the parliament. What is interesting, most of the time the society supported claims of those family members, who could not inherit family goods according to the rules of common hereditary law, because of restraints resulting from *fideicommissa* mechanism of succession. Despite obvious legality of *fideicommissa*, public opinion tried to justify breaking the written laws by a recall to 'natural laws' or 'natural justice'. The author of the lecture thinks that those

arguments are crucial to understanding the relationship between the very idea of law itself and justice in the pre-positivist concept of what should be considered 'legal'.

The Concept of Elected Judges in the Constitutional Kingdom of Poland (1815–1830)

Michał **GAŁĘDEK** (Gdańsk)

Michał Gałędek, PhD (2010), is Professor of University of Gdańsk and the Head of the Chair of Legal History at Faculty of Law and Administration. His recent monograph/habilitation (published in Polish) will be published in English under the title *National Tradition or Western Pattern? Concepts of the New Administrative System for the Congress Poland*. His current research focuses on the Polish constitutionalism in 19th century and the development of Polish legal culture in 19th and 20th centuries.

In 1807, Napoleon Bonaparte established the Duchy of Warsaw and granted a constitution to it. This represented the main stimulus for the introduction of French codes to the Polish territories along with the Napoleonic model of the judiciary. The hostility toward the new judiciary solutions was mutually correlated with the reluctance to adopt French solutions, as foreign and imposed. What ignited the most fervent opposition was the basic tenet of modern judiciary, according to which it was to be "composed of people, whose livelihood is the office and the income brought by it", and not by citizens who were "truly worthy of this office". The collapse of the Duchy of Warsaw and the establishment by the victorious Russian tsar Alexander I of the so-called Civil Reform Committee was to initiate in 1814–1815 a process of far-reaching transformation of the existing legal order.
The objective of this paper is to document the thesis that for most part of Polish political elite not appointed but only elected judges guarantee proper functioning of judiciary and realization of the idea of justice. It should be emphasized that it is the part of native republican political traditions of the Polish-Lithuanian Commonwealth which was so deeply rooted even in the circles of the strict political and intellectual elite. Even though the restoration of the judiciary organization from a past era seemed an anachronistic concept in the early 19th century, ill-suited to the challenges of the new times, it was met with almost full support of those tasked with the preparation of a complex judiciary reform in the Kingdom of Poland. Within the context of the assumption that the desire to abolish the French court organization was a reaction to forms foreign to the national tradition, it must be noted that the reforming camp sought inspirations for the establishment of popular judiciary not only in the old Polish legislation, but also in Western European organizational models, and namely those that it considered most approximate to the Polish republican tradition.

Justice as a Principle and as a Virtue in the Constitution of the Third Polish Republic 1997

Wojciech **WŁOCH** (Toruń)

PhD (2012 – philosophy, 2017 – law), is assistant professor of Law and Administration Faculty at the Nicolaus Copernicus University in Toruń. His research interests focus on constitution theory, democracy and philosophical aspects of constitutional law. Scientific editor of the fifth volume of the Polish edition of collected works by I. Kant and author of the monograph on Kant's philosophy of law. His last book (2018) is devoted to the concept of constitution in the doctrines of H. Kelsen and J. Rawls and their importance for understanding the essence of the democratic system.

Justice can be seen in two ways: according to the modern paradigm as a principle referring to the basic social structure, and in accordance with the classical paradigm as a virtue defining people and their practices. The Constitution of the Republic of Poland contains in its provisions an appeal to the first way of understanding justice. Of course, it does not define what justice is, but it is possible to deduce from it a specific concept of justice. However, would the implementation of this concept not require the implementation of virtues connected with it in socio-political practice? An even more general question can be asked: can democratic constitutionalism be possible without compatible constitutional virtues? An analysis of the rulings of the Polish Constitutional Tribunal would indicate that the Constitution of the Republic of Poland presupposes – not directly – a specific catalogue of virtues, including the virtue of justice. Not infrequently ethical assumptions are hidden behind the legal structure of the text. And although a strictly legal element seems at first glance more important, the systemic dysfunctions are often not a consequence of the shortcomings of the text of the constitution itself, but of the inadequate practice of virtues, especially the virtues of justice. Justice as a virtue

directly refers to the manner in which certain social roles are fulfilled: the exercise of public functions that would realize their "inner good" as much as possible.

Commentary: Yvonne **KLEINMANN** (Halle)

Yvonne Kleinmann is professor of East European History and Director of the Aleksander Brückner Center for Polish Studies at the University of Halle-Wittenberg. Her fields of research are interethnic relations and legal history in early modern Poland-Lithuania and the Russian Empire. She has published the monograph *Neue Orte – Neue Menschen. Jüdische Lebensformen in St. Petersburg und Moskau im 19. Jahrhundert* (2006, Russ. 2018) on Jewish migration to the capitals of the Russian Empire, and, among others, co-edited *Reden und Schweigen über religiöse Differenz* (2013) on discourse and silence about religious difference, and *Religion in the Mirror of Law: Eastern European Perspectives from the Early Modern Period to 1939* (2016). yvonne.kleinmann@geschichte.uni-halle.de

SEKTION VI

VI.1 BUCHMIGRATIONSGESCHICHTEN IM DEUTSCH-POLNISCHEN RAUM DER NACHKRIEGSZEIT

Leitung: Vanessa **DE SENARCLENS** (Berlin)

In der Einleitung des 2017 erschienenen Bandes *Objekte als Quellen der historischen Kulturwissenschaften* (2017) listet Annette Caroline Cremer auf, auf welche Weise materielle Forschungsgegenstände über Kulturen Auskunft geben können: Neben „Illustration", „Quelle" und „Argument" spricht sie von „Prisma", wenn der Forscher / die Forscherin eine mehrdimensionale Interpretation des Gegenstandes zulässt. In einem solchen Fall beschränkt er / sie sich nicht auf ein einzelnes Forschungsinteresse, sondern erlaubt, die Fragen vom Gegenstand selbst ausgehen zu lassen und „nutzt diese […], um Aussagen über die ihnen zugrundeliegenden Gesellschaften, Personen, Zustände oder Prozesse zu treffen." (ebd., S. 16). Bücher sind solche vielseitigen Gegenstände der Kulturgeschichte. Von ihrem Inhalt abgesehen (Autor, Titel, Erscheinungsort und -jahr), kann man die verschiedenen Schichten betrachten, die sich materiell (z. B. durch neue Akzessionsnummern, Annotationen und andere Marginalien) und immateriell über die Zeiten und historischen Kontexte hinweg in und auf ihnen abgelagert haben. Thema der vorgeschlagenen Sektion sind vor allem die Wege, auf denen Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheken nach 1945 in polnische Institutionen gelangten und die Spuren, die ihre „Migrationsrouten" in ihnen hinterlassen haben.

Die Wanderungen eines Voltaire-Bandes von Amsterdam im 18. Jahrhundert in die UB-Łódź nach 1945

Vanessa **DE SENARCLENS** (Berlin)

PD Dr. Vanessa de Senarclens, geb. 1968, hat an der Universität ihrer Heimatstadt Genf (Schweiz) französische Literaturwissenschaft und Geschichte studiert. Nach einem Masterprogramm an der London School of Economics promovierte sie 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit zu Montesquieus Geschichtsschreibung. 2016 habilitierte sie an der gleichen Institution mit einer Arbeit über die Rezeption der antiken Tragödien im 18. Jahrhundert (*Le Naufrage et les jeux de gladiateurs. Poétique du plaisir de la tragédie au dix-huitième siècle*). Ihre weiteren Veröffentlichungen betreffen Themen der französischen und europäischen Aufklärung (Rousseau, Voltaire, aber auch die französische Dichtung Friedrichs des Großen und eine bedeutende Bibliothek der Aufklärung in der preußischen Provinz).

La Philosophie de l'Histoire par feu Mr. L'abbé Bazin (1765) aus der ehemaligen „Bibliothek Schloss Plathe" in Pommern formte, wie der größte Teil der Bücher dieser privaten Bibliothek, nach 1945 den Grundbestand der Universitätsbibliothek Łódź, die kurz vor Kriegsende gegründet wurde. Von diesem im 18. Jahrhundert in der Klandestinität erschienenen Band ausgehend, werde ich in meinem Vortrag den materiellen Spuren seiner verschiedenen institutionellen Kontexte seit dem 18. Jahrhundert nachgehen und versuchen, diese in zwei Richtungen hin ausleuchten: Was machen diese wandelnde Kontexte mit dem Buch des 18. Jahrhunderts? und: Was bewirkt ein solches Buch in und mit seinen verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Geschichte der alten Drucke aus der Universitätsbibliothek in Łódź

Tomasz **OSOSIŃSKI** (Warszawa)

Dr. Tomasz Ososiński, geb. 1975, Studium der Germanistik und der klassischen Philologie. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Alte Drucke der Nationalbibliothek sowie an der Linguistischen Hochschule in Warschau und an der Universität Łódź mit den Schwerpunkten Literaturgeschichte der deutschen Romantik und Inkunabeln. Übersetzungen aus dem Lateinischen und Deutschen, unter anderem Friedrich Schlegel, Johann Georg Hamann, Rainer Maria Rilke, Gottfried Benn, Paul Celan, Judith Hermann, Elfriede Jelinek und Jan Wagner. Kürzlich erschienene Übersetzungen: *Schmargendorfer Tagebuch* von Rainer Maria Rilke und *Atlas der abgelegenen Inseln von Judith Schalansky.*

In der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Universitätsbibliothek in Łódź befinden sich viele alte Drucke aus ehemaligen deutschen Bibliotheken, u.a. aus der Berliner Staatsbibliothek, aus der Bibliothek in Plathe oder aus den Bibliotheken in Stettin. Manche Bücher haben aber auch vorher schon sehr interessante Wege durchgemacht und das

nicht nur innerhalb von Deutschland. In meinem Vortrag versuche ich, ein paar solcher Buchgeschichten zu rekonstruieren, wobei ich u. a. von den zu der Familie von Martin Luther gehörenden Bänden und von der Büchersammlung des in Stettin tätigen pommerschen Aristokraten Peter v. Kameke einiges erzählen möchte.

Bücher aus dem Besitz Ludwig Tiecks in polnischen Bibliotheken. Die Geschichte einer doppelten Zerstreuung

Achim **HÖLTER**, Paul **FERSTL**, Theresa **SCHMIDT** (Wien)

Prof. Dr. Achim Hölter, geb. 1960, Studium der Germanistik, Mediävistik, Philosophie, Romanistik und Allgemeinen Literaturwissenschaft in Wuppertal und Düsseldorf. Prom. 1988. Habil. 1993. Nach Stationen in Bochum und Bonn Prof. für Komparatistik in Münster (1997–2009), seitdem in Wien. Publ.: *Ludwig Tieck: Literaturgeschichte als Poesie* (1989); *Die Invaliden* (1995); *Comparative Arts* (2011); (Hg. mit Rüdiger Zymner): *Handbuch Komparatistik.* (2013) u.v.a.; Forschungsschwerpunkte: Romantik, Themen und Diskurse, Kunst- und Literaturhistoriographie, Ritualisierungen der Literatur, Ästhetische Selbstreferenz, Comparative Arts, Internationale Rezeptionsgeschichte, Kanon, Bibliotheken und Literatur.

Dr. Paul Ferstl, geb. 1981, Autor und Literaturwissenschaftler, studierte Vergleichende Literaturwissenschaft und Germanistik an der Universität Wien und der Université libre de Bruxelles. Von 2005 bis 2018 in verschiedenen wissenschaftlichen Funktionen an der Universität Wien, von 2018 bis 2019 Leiter des Wiener Büros des Peter Lang Verlags, ab 2020 Postdoc im FWF-Projekt „Ludwig Tiecks Bibliothek" an der Universität Wien.

Theresa Schmidt, M.A., geb. 1988, Studium der Vergleichenden Literaturwissenschaft an der Universität Wien. Abschluss des Masterstudiums 2018 mit einer Arbeit zum Thema *Ludwig Tieck und Karl Kraus als Vorleser im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Vergleich anhand ihrer Lesungen von Shakespeares Dramen.* Seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 2019 Praedoc im FWF-Projekt *Ludwig Tiecks Bibliothek* an der Abteilung für Vergleichende Literaturwissenschaft der Universität Wien.

Der deutsche Romantiker Ludwig Tieck (1773–1853) gilt als einer der berühmtesten Bibliophilen des 19. Jahrhunderts. Sein Sammlungsinteresse galt v.a. der deutschen Literatur der frühen Neuzeit, der englischen Dichtung des Elisabethanischen Zeitalters und den Originaldrucken spanischer Dramen des 17. Jahrhunderts. Die rund 17.000 Bände umfassende ‚Bibliotheca Tieckiana' wurde 1849/50 in einer Auktion in Berlin verkauft, die seltenen und wertvollen Drucke von Käufern aus ganz Europa erworben. Seit 2014 wird Tiecks verstreute Bibliothek virtuell rekonstruiert und die Geschichte ihres Verkaufs erforscht. Bislang konnten rund 3.700 Bände an Bibliotheken in Europa und Nordamerika lokalisiert werden, darunter einige an den Universitätsbibliotheken in Kraków, Łódź und Wrocław. Der Weg der Bücher in den Bestand dieser Bibliotheken ist vielfach mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts verwoben. Zahlreiche Bücher Tiecks wurden Teil der Adelsbibliothek des schlesischen Grafen Yorck von Wartenburg in Klein Oels, dem heutigen Oleśnica Mała und gelangten nach 1945 teilweise in die Abteilung für Alte Drucke der Universitätsbibliothek Wrocław. In den Beständen der Bibliotheken in Kraków und Łódź finden sich einige der sog. „Berlinka" aus Tieck'scher Provenienz: Bücher, die im Zuge der kriegsbedingten Verlagerung von Bibliotheksbeständen der Berliner Staatsbibliothek in den Ostgebiete Deutschland nach 1945 nach Polen kamen. Die Geschichte der Überführung von Büchern Tiecks über Zwischenstationen in Klein Oels und Berlin in polnische Bibliotheken verweist auf beispielhafte Weise auf die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945. Gegenwärtig werden im Zuge der Digitalisierung historische Buchbestände über deutsch-polnische Grenzen hinaus global zugänglich gemacht. Dennoch gleicht die Suche nach einzelnen Rara der nach der „Nadel im Heuhaufen". Neben der Geschichte Tieck'scher Buchbestände in Polen soll im Rahmen des Sektionsbeitrags vermittelt werden, wie man bei einer solchen Suche fündig wird.

Membra disiecta – Anmerkungen zur Provenienz des schriftlichen Nachlasses Alexander von Humboldts in Krakau, Berlin und der restlichen Welt

Dominik **ERDMANN** (Berlin)

Dominik Erdmann ist freier Wissenschaftler und Archivar und hat an der Universität Konstanz, der HU Berlin und der FU Berlin Neuere deutsche Literatur, Geschichte, Kunst und Medienwissenschaft sowie Wissenschafts- und Technikgeschichte studiert. Zwischen 2015 und 2017 katalogisierte er den in der Bibliothek der Jagiellonen-Universität liegenden Nachlass Alexander von Humboldt. Von 2018 bis Anfang 2019 sichtete und sortiere er den schriftlichen Nachlass von Leni Riefenstahl. Er ist Mitherausgeber von Alexander von Humboldts zeichnerischem Werk (zusammen mit Oliver Lubrich, WBG, Darmstadt 2019) sowie der digitalen Edition von Humboldts englischem Reisetagebuch (zusammen mit Christian Thomas, Edition Humboldt digital BBAW Berlin 2018). Daneben hat er verschiedene Artikel zu Humboldts Manuskripten seiner Kosmos-Vorlesungen, seinen Nachgelassenen Papieren und über seinen Sekretär Eduard Buschmann verfasst.

Alexander von Humboldts handschriftliche Hinterlassenschaft ist heute weltweit in zahllosen Archiven verstreut. Dieser Umstand ist durch Humboldts ausufernde Korrespondenz bedingt. Desgleichen ist er das Ergebnis eines bewussten Umgangs mit den von ihm hinterlassenen handschriftlichen Dokumenten wie auch das Ergebnis historischer Zufälle. Heute existieren noch zwei größere Nachlassteile von Humboldt: die sogenannten *Kollektaneen zum Kosmos*, Humboldts ‚Zettelkasten', mit denen er seine späten Schriften herstellte, in der Staatsbibliothek zu Berlin und der sogenannte *Nachlass Alexander von Humboldt* in der Bibliothek der Jagiellonen-Universität in Krakau. Der Beitrag schildert die Geschichte des Krakauer Humboldt-Nachlassteils. Dieser ist ebenso das Ergebnis seines eigenen Nachlassbewusstseins wie der Sorge seines Sekretärs Eduard Buschmann um Humboldts Hinterlassenschaft und sein Image, der Überlieferungsstrategien und Erschließungsmethoden von Gedächtnisinstitutionen und der politischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Diese vielschichtige Provenienz, an der unterschiedliche Akteure mit ihren Interessen beteiligt sind, schlägt sich in den Dokumenten sichtbar und unsichtbar nieder und bedingt ihren Quellenwert für die historische Forschung nachhaltig.

Kommentar: Paula **WOJCIK** (Wien)

Dr. Paula Wojcik arbeitet derzeit als Assistenzprofessorin für Weltliteratur in der Abteilung für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Wien. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literatur, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Forschungsinteressen umfassen insbesondere deutsche und polnische Literatur seit dem 18. Jahrhundert, Klassik- und Kanonforschung, Balladenforschung, deutsch-jüdische Literatur und interkulturelle Literatur. Sie wurde 2012 mit der Arbeit *Das Stereotyp als Metapher. Zur Demontage jüdischer Stereotype in der Gegenwartsliteratur* (Transkript 2013) in Jena promoviert. Derzeit habilitiert sie sich mit dem Projekt *Theorie der Klassik. Zur Praxis kultureller Funktionalisierung am Beispiel der Ballade von Goethe bis Grandmaster Flash* (eingereicht im März 2019).

VI.2 WHAT EQUALITY AND FOR WHOM? DIFFERENT PRACTICES OF EQUALITY IN THE POLISH LANDS THROUGHOUT THE 19TH CENTURY

Chair: Felix **ACKERMANN** (Warszawa)

Felix Ackermann – since 2016 he has been working as a research fellow at the German Historical Institute in Warsaw, where he currently focuses on the history of penal systems in partitioned Poland in the 19th century. He studied cultural studies, history, and political science at the Viadrina European University in Frankfurt/O. and at the London School of Economics. He received his Ph.D. from Viadrina European University in 2010 with a dissertation on the construction of ethnicity, exemplified in the Belarusian city of Hrodno. In 2010, together with other German and Polish students, he was one of the founders of the Institute for Applied History in Frankfurt/O. From 2011 to 2016 he worked as DAAD vis. assoc. professor at the European Humanities University (EHU) in Vilna, where he was the head of the Centre of German studies. In addition, he worked at EHU in the Laboratory of Critical Urbanism, running the research field of historical urban anthropology. Beyond his interest in urban anthropology, his research areas include ethnicity, violence/power, migration, and applied cultural studies.

At the end of the 18th century, the French Revolution raised an idea that fundamentally challenged and changed legal systems and societies all over Europe – that men are equal in their rights. This idea found its expression in legislation on Polish territory with the establishing of the Duchy of Warsaw. Although Napoleon's satellite state was dismantled after merely few years, it was hardly possible for the partitioning powers to simply turn back the wheel of time. But what did it mean to be equal at that time? For whom was equality guaranteed? How did the equality, as declared in statutory law, interplay with social processes and political needs?

The powers governing Polish lands throughout the 19th century showed a particular interest in organising the state and social order according to the new rules, doing away with traditional privileges and old Polish customary law. Administration was to be built upon the 'Weberian' principles of competence, professionalisation, effectiveness, and impartiality. How were these new rules, however, implemented in practice? What was the impact of the new, egalitarian principles on the groups that had for long been affected by a particular inequality (e.g. peasants and Jews)? Did the new procedures work to allow for equality and justice?

The panel will concentrate on various state-sponsored processes for which the idea of equality was essential. Conflict resolution and the question of purchasing real estate are promising subjects for such an analysis. One of the main aims of the panel will be not to limit the question of equality to positive law. Rather, the panel will search to analyse and conceptualise the contrast (and tension) between positive law and practice. An important point of reference will be the question of legal plurality, multinormativity and normative conflicts, evident in the 19th-century transition from feudal to modern regimes. Moreover, the interplay between political and social factors shaping the legal order will be taken into consideration.

The panel will focus on states and imperial provinces existing in Polish lands in the 19th century: the Duchy of Warsaw, Galicia, and the Prussian provinces of West Prussia and Posen. The presentations will be based upon statistical sources and unpublished documents, mainly manuscripts, from state archives in Poland and Germany.

Courts of the Duchy of Warsaw (1807–1815) and the Jews: The Challenge of Equality

Aleksandra **ONISZCZUK** (Warszawa)

Aleksandra Oniszczuk – graduated with a Master's degree in History from the University of Warsaw (*prima cum laude* diploma) and with a Master's degree in Law from the University of Wrocław. She also completed the course of Jewish Studies at the Centre for the Culture and Languages of the Jews (University of Wrocław). In 2016 she received her Ph.D. in History from the University of Wrocław, having written her dissertation on the policy of the Duchy of Warsaw towards the Jewish population. Her research focuses on legal aspects of the history of Polish Jewry and the tension between statutory law and 'law in action'. She is interested in 19th-century normative plurality, conflicts of normativities, and modernisation projects. From 2010 to 2015 she worked as an historian in the Educational Research Institute in Warsaw, and currently is affiliated with the Institute of History of the University of Warsaw, where she teaches 19th-century Polish, Jewish, and general history.

The Duchy of Warsaw was the first Polish state to promise egalitarian procedures and uniform law to all its inhabitants, regardless of social class or religion. Previous historiography consequently concentrated on the areas where the new

rules were not observed, particularly with regard to the Jewish population. Many studies, concentrating on legal acts, dealt with the suspension of all political and many civil rights of Jews. However, an analysis of a wider scope of surviving source material (decisions of local administration, correspondence with the Jewish communities, the press) proves that some legal equality, in the case of the Jewish population, was indeed implemented, even if only as a result of pragmatic reasons or as a 'side effect'.

The presence of Jews in public courts of the Duchy – unnoticed by the previous historiography – seems to be emblematic of the new legal reality. The court rulings may serve as a precious source basis, enabling us to address the following questions: How common were cases involving Jewish litigants? How often were both litigants Jewish? What were the main conflict areas? Were there any particularities in comparison with cases involving only Christians? What was the outcome of these legal disputes? Can we observe legal plurality in the claims of litigants or in judgements? What were the litigants' ideas about justice and law? What was the position of women in legal disputes? To what extent did the new court procedures and legal norms have an impact on the spread of legal – and social – equality?

Road to the New Reality? Austrian Economic Legislation Regarding Galician Common Rights in the Second Half of the 19th Century

Joachim **POPEK** (Warszawa)

Joachim Popek – a graduate in History from the University of Rzeszów (2012), where he defended his Master's thesis titled "Public and Landowning Activities of Count Władysław Rey (1817–1887)". After completing doctoral studies in History at the University of Rzeszów (2012–2017), he defended his thesis on "The Aristocratic Family of Tyszkiewicz from Werynia in the 19th Century (1802–1894)". He is an author of two books, based on both dissertations. Popek completed a professional internship in the State Archives in Rzeszów. He currently works at the Institute of History at the University of Warsaw, as part of a research project financed by the National Science Centre (*Narodowe Centrum Nauki*). The project is titled "The Conflicts of Easements in Galicia in the Second Half of the 19th Century. The Process of Redemption and Regulation of Easements in the Area of Middle Galicia".

The enfranchisement of peasants and the abolition of serfdom in 1848 undoubtedly were turning points in the history of Austrian Galicia. These events signalled the beginning of changes towards economic equality in Galician villages. The issue of common rights (also called *Servituten* or *służebność*), causing huge tensions and social conflicts between villages and the gentry, was among many unresolved matters. The Austrian legislation adopted in the 1850s addressed the difficult common rights issue with a clear delay and, at the same time, revealed an intention to resolve the matter quickly.

Imperial patents concerning feudal peasants' common rights were undoubtedly a novelty on many levels. Ground-breaking was the very idea to introduce equality and social justice through law, placing peasants and landowners on equal footage in trials regarding rights. Over 30,000 trials took place in Galicia. However, the practice turned out to be remote from the intended goals. The peasants lost the majority of trials and the process of repurchasing and regulating rights lasted several dozen years.

Literature on the subject is scarce, while the abundance of manuscript sources in Ukrainian archives, emphasising the mass scale of the problem, enables us to conduct thorough research. The following pertinent questions may be raised: Did the Austrian legislation regarding the common rights correspond to the social realities of Galicia? What were the reasons for social antagonisms? What was the main issue of the conflict? Why, despite equal rights, did the peasants lose most trials with landowners? Did the Austrian administration strive to achieve benefits by deepening the conflict between peasants and landowners?

Inequal Landownership: The Land Market in West Prussia and Posen between Nationalisation and De-Liberalisation (1886–1914)

Daniel Benedikt **STIENEN** (Berlin)

Daniel Benedikt Stienen studied history and economics in Hamburg and Berlin. From 2016 to 2019 he was a Research and Teaching Assistant for Prussian History at the Humboldt-Universität zu Berlin. He is currently completing his doctoral thesis titled "Disappointment, Treason, and the Moral Economy of the Land Market. Sale and Purchase of Land Property in the Eastern Provinces of Prussia between National Allegiance, Individual Profit, and the State Settlement Policy, 1886–1914".

In 1886, when the Royal Settlement Commission for West Prussia and Posen was established, Germany was – within its European borders – a multi-ethnic empire that rather wanted to be an ethnic homogeneous nation state. After decades, since Prussia had annexed considerable parts of the old Polish state in East Central Europe in the late 18th century, neither a more laissez-faire style of minority policy nor the more and more oppressive policy (concerning e.g. church, school, and language) brought the desired success to completely assimilate the Polish population. Thus, the Prussian government expanded its efforts to impose an anti-Polish demographic policy in West Prussia and Posen, the provinces with the largest Polish population in the mid-1880s. Soon, the settlement policy was accompanied by measures of the Prussian government to increase the amount of German-owned rural properties and to hinder Polish land purchases.
Despite old and new interest in the Prussian settlement policy in the period before 1914, there is still a lack of comparative studies contrasting the outcome of those measures and their implications for German and Polish landownership. Replicating and extending previous work, a quantitative and qualitative approach permits us to show the far-reaching institutional changes evident from a liberal to an ethno-national concept of property ownership (which was interrupted abruptly in the moment when the European Empires went to war). The *settlement* policy did not achieve the success that had been intended by the Prussian government in 1886, though the broader *land* policy, which was pursued from the turn of the century, had a huge impact on the transformation from a liberal-individualistic to an ethno-national concept of property. Thus, not the settlement policy but the anti-Polish land policy was far more successful than contemporaries and historians have noticed.

Commentary: Felix **ACKERMANN** (Warszawa)

VI.3 EIN RECHTSSTAAT ODER STAAT DER JURISTEN

(Diskussion)

Leitung: Fryderyk **ZOLL** (Kraków/Osnabrück)

Polen ist durch eine tiefe Krise der Justiz erschüttert. Das Verfassungsgericht wurde nach Meinung der Opposition zu einer politisch geleiteten Attrappe. Es tobt ein Kampf um die Unabhängigkeit der Justiz, in die auch die Organe der EU involviert sind. Das Problem mit der Rolle der Justiz in der Rechtsordnung ist nicht ausschließlich ein polnisches Phänomen. Es geht um die Frage, ob sich eine Steigerung der Macht der Gerichte mit den Grundsätzen der Demokratie vereinbaren lässt. Nach der Wende des Jahres 1989 haben die Gerichte in Polen eine außerordentlich starke Stellung erlangt. Waren sie tatsächlich eine Bedrohung für die Rechte der demokratisch legitimierten Politik? Die Bürger waren häufig mit der Qualität der polnischen Justiz nicht zufrieden. Waren das alles legitime Gründe für den so weit gehenden Eingriff in die Struktur der Justiz? Ist diese Neusortierung der Macht ein genuines polnisches Phänomen oder geht es um eine Dimension eines globalen Prozesses? Gibt es einen Ausweg, der die angegriffene Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen lässt? Sind die Juristen selber schuld, weil sie eine „Clique" gebildet haben, welche, ohne demokratisch legitimiert zu sein, eine enorme Macht erlangt haben, oder geht es einfach um einen Prozess der autoritären Zentralisierung der Macht, in welchem die Juristen ein natürlicher Störfaktor sind? In diesem Panel wird über die wahren Wurzeln der polnischen Krise debattiert.

Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union

Magdalena **JAŚ-NOWOPOLSKA** (Gießen)

Magdalena Jaś-Nowopolska ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen, Lehrstuhl: Öffentliches Recht und Völkerrecht.

Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Rechtsprechung betont, dass die Rechtsstaatlichkeit für das Funktionieren der Europäischen Union eine wesentliche Bedeutung hat. Ziel des Vortrages ist es, die Rolle und die Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofs unter der Frage zu beleuchten, inwieweit sie die Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten beeinflussen und gewährleisten können. Dazu werden Beispiele einzelner Mitgliedsstaaten herangezogen, zu denen der Gerichtshof der Europäischen Union Stellung genommen hat.
Unter anderem wird das Urteil vom 25. Juli 2018 in der Rechtssache C-216/18 analysiert. Der Fall betrifft die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls. Der Mann widersprach seiner Übergabe an die polnischen Behörden, da wegen der Reformen des polnischen Justizsystems die Gefahr bestehe, dass er in Polen kein faires Verfahren erhalte. Die Unabhängigkeit der Behörde bei der Ausübung der Aufgaben wurde auch im Fall vom 27. Mai 2019 (C 508/18) betont. Gemäß dieser Entscheidung bieten die deutschen Staatsanwaltschaften keine hinreichende Gewähr für die Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive, um zur Ausstellung eines europäischen Haftbefehls befugt zu sein.
Ebenfalls analysiert wird das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 24. Juni 2019 in der Rechtssache C 619/18, betreffend der Senkung des Rentenalters von Richtern des Obersten Gerichtshofs angesichts der Verletzung von Artikel 19 des EU-Vertrags in Verbindung mit Artikel 2. In diesem Zusammenhang wird auch die Rechtsprechung des EUGH im Fall der ungarischen Richter (C-286/12) und der portugiesischen Richter (C-64/16) besprochen.
In diesen Urteilen hat sich der Gerichtshof unter anderem mit der Frage beschäftigt, ob sich der Inhalt von Grundsätzen und Normen, die die Rechtsstaatlichkeit sicherstellen sollen, je nach Verfassungsordnung der Mitgliedstaaten unterscheidet. Diese Frage soll im Hinblick darauf erörtert werden, ob und inwieweit die justizielle Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten von der Rechtsstaatlichkeit dieser abhängig ist.

Es diskutieren:

Piotr **KARDAS** (Kraków)

Professor an der Jagiellonen-Universität und Vizepräsident des Hauptanwaltsrates der polnischen Anwälte (*Naczelna Rada Adwokacka*). Mitglied der „gesellschaftlichen" Kodifikationskommission (die durch die Richterverbände und Anwaltsverbände organisiert wurde). Bis 2015 Mitglied der Kodifikationskommission für Strafrecht. Ein führender polnischer Strafrechtler.

Paweł **KUGLARZ** (Warszawa/Kraków)

Rechtsberater (*Radca prawny*) Paweł Kuglarz. Kuglarz war Partner in großen internationalen Anwaltskanzleien. Zugleich ist er Rechtshistoriker und katholischer Aktivist sowie Mitglied der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

Arkadiusz **RADWAN** (Wien)

Arkadiusz Radwan ist Professor an der Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas sowie an der Universität Warschau. Er ist Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien und Co-Direktor am Center for Company Law & Corporate Governance an der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca (Klausenburg). Er unterrichtet auch an der LUISS Guido Carli Universität Rom. Er ist Gründer des Maurycy-Allerhand-Instituts in Krakau, sowie Rechtsanwalt und of counsel der Rechtsanwaltskanzlei Kubas - Kos-Gałkowski in Krakau. Seit Jahren ist Prof. Radwan Rechtsexperte u. a. für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie eine Reihe polnischer Ministerien.

Fryderyk **ZOLL** (Kraków/Osnabrück)

Professor an der Jagiellonen-Universität und der Universität Osnabrück. Mitglied der Kodifikationskommission für Zivilrecht in Polen in den Jahren 2011–2015, Vorstandsmitglied des European Law Institute in Wien.

VI.4 KONSUMWELTEN

Leitung: Markus **KRZOSKA** (Darmstadt)

PD Dr. Markus Krzoska (*1967), wissenschaftlicher Mitarbeiter (Elternzeitvertretung) am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und Privatdozent an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Studium und Promotion an den Universitäten Mainz und Berlin (FU), Habilitation in Gießen. Forschungstätigkeit u.a. in Darmstadt, Trier, Mainz, Lüneburg, Gießen und Siegen.

Nicht erst im postsozialistischen Polen gehört der (nachholende) Konsum für weite Teile der Bevölkerung zu den entscheidenden Inhalten, die eine Existenz lebenswert machen. Über die Verteilung des materiellen Wohlstands ist auch unter dem Slogan der sozialen Gerechtigkeit heftig diskutiert worden. Diese Sektion fragt nach den Kontinuitäten und Veränderungen des Konsumverhaltens und des Strebens nach „Wahrheit“ und wählt dafür die Segmente Esskultur, Konsumalltag und digitale Medien aus.

Der Wunsch nach Gerechtigkeit in der Esskultur der Volksrepublik Polen

Jakub **SAWICKI** (München)

2004–2011 Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Osteuropäischen Geschichte und Wissenschaft von der Politik in Freiburg i.Br. und Poznań. Magisterarbeit zum Thema: „Der Warschauer Kultur- und Wissenschaftspalast in der volkspolnischen Öffentlichkeit“. 2011–2013 als Projektkoordinator und Übersetzer tätig. Seit 2014 Promotion in München zum Thema „Esskulturen im modernen Nachkriegseuropa. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik und Volksrepublik Polen 1965–1975 im Vergleich“, Betreuer: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel. Lebt und arbeitet in Berlin.

Obwohl Menschen bei der Essenswahl handelnde und nicht sich-verhaltende Wesen sind, ist die Wirkungsmächtigkeit der physiologischen, psychologischen und sozialen Determinanten groß (Barlösius). So gehören Normierungen der Essweise zu Grundformen unseres Zusammenlebens. Unterschiedliche Essstile geben demnach Hinweise auf soziale Ungleichheiten, obwohl sich die Essenden meistens bei der Wahl der Nahrung auf ihren Geschmack berufen. Ausgehend von diesen soziologischen Thesen soll anhand des Fleischkonsums, der zeitgenössischen wissenschaftlichen Expertise und der Medien die Esskultur der VRP beleuchtet werden.
Der nie gestillte Hunger nach Fleisch in der VRP, der sogar in der besten Versorgungslage der frühen 1970er Jahre höher war als das Angebot, verweist auf eine permanente politische Legitimationskrise. Zudem kann auch in Polen das Phänomen beobachtet werden, dass in Zeiten steigender Löhne die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs zu und der Konsum an Stärke (in Polen vor allem Getreide und Kartoffeln) abnehmen. Obwohl diese Entwicklung ein Indiz für die Industrialisierung und Wohlstand darstellt, können mithilfe der Fleischversorgung soziale wie regionale Ungleichheiten aufgezeigt werden.
Mithilfe der Expertise der Ernährungswissenschaftler/innen wurde anhand von physiologischen und gesundheitlichen Parametern Empfehlungen für den Energiebedarf ausgearbeitet. Diese flossen in die Planung der Wirtschaft ein, die in der VRP vor allem auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zu zahlreichen Konflikten und Staatskrisen führte. Weniger bekannt sind die Projekte der Gemeinschaftsverpflegung und Gesundheitskampagnen gegen die Fettleibigkeit, die den gesellschaftlichen Diskurs über Normen und Werte mitprägten. Schließlich entdeckt man im medialen Feld der kulinarischen Diskurse in Frauen- und Familienzeitschriften der Volksrepublik ein traditionelles Bild der Drei-Klassen-Gesellschaft. Entgegen den sozialistischen Gleichheitsidealen waren für die Bäuerinnen und andere Frauen aus der Provinz, Damen aus der Großstadt und die künstlerische und intellektuelle Avantgarde verschiedene Zeitschriften mit angepassten Rezeptvorschlägen vorgesehen. Neben diesen gesellschaftlichen Stratifikationen werden mithilfe dieser Quellen auch Genderdiskurse vorgestellt.

„Food Justice" in East Central Europe: The Growth of Supermarkets after 1989

Mark **KECK-SZAJBEL** (Frankfurt/O.)

Mark Keck-Szajbel is a historian and philologist specializing in twentieth century East Central European cultural history. He received his Ph.D. in history from the University of California, Berkeley in 2013 with his dissertation on East bloc travel and tourism in late state socialism. His current research focuses on the cultural afterlife of state socialism: more precisely, he is studying the economic, social and cultural remnants of totalitarian systems a generation after its demise.

Of the most radical changes after the transitions in 1989, the transformation in both the physical reach and the societal debate about supermarkets was one of the most ubiquitous and yet undiscussed by historians. In cities across the former East bloc, huge supermarket chains moved into new landscapes of retailing. In numerous cases, these supermarkets were introduced to city centers and were welcomed by local populations. Indeed, the introduction of large shopping venues in hitherto desolate city spaces was the most palpable and consequential transition after the political changes of the late 1980s, and the infusion of investment capital brought not only new consumer goods, but also much-needed jobs for area communities. But for small shop owners (like so many others), this transition was a negative one and amplified societal angsts in the age of so-called shock therapy. It did not help that small shop owners were themselves venturing for the first time in the realm of market capitalism. In this paper, I discuss issues of "food justice" in East Central Europe from the transition in 1989 to incorporation into the European Union. I focus not only on local debates about the creation of new retail spaces for large supermarket chains, but also the industry's approach to spreading their brand in "new Europe". While the changes after the transition in East Central Europe mirror both other industries after 1989, as well as the growth of self-service stores in Western Europe after World War II, I show how the calculus changed in this particular instance. East Central Europe was a *terra incognita*, which was ripe for development after the transition.

Institution und Subversion. Die Rollen der Wahrheit in Joshua Longs „1983"

Stefan **Krumbeck** (Kiel)

Stefan Krumbeck hat nach einem FSJ in Łódź polnische und russische Philologie in Bamberg und Regensburg studiert, seine Bachelorarbeit über Andrzej Szczypiorski und Czesław Miłosz in Cherson geschrieben, ist für den Master Kultur – Interkulturalität – Literatur nach Greifswald gezogen, wo er sich mit polnischer, russischer und ukrainischer Literatur und Kultur befasste und seine Masterarbeit über Serhij Žadan schrieb. Inzwischen promoviert er am Institut für Slavistik an der Universität Kiel.

In *Uchronie 1983*, der ersten polnischen Netflixserie aus dem Jahre 2018, ergibt sich die Gerechtigkeit in der polnischen Gesellschaft im Jahre 2003 aus dem Recht, das seinerseits auf den Beschlüssen der Partei und damit auf dem Kollektiv beruht. Das Verhältnis von Wahrheit und Gerechtigkeit wird dabei unterschiedlich ausgelegt: So steht die Wahrheit je nach Definition im Dienste der Gerechtigkeit bzw. der gruppenspezifischen Vorstellung von dieser oder als höchstes Gut und Kontrollmechanismus über der Rechtsprechung und damit einem subjektiven Bild von Gerechtigkeit. Gleichzeitig erscheinen Wahrheit und Gerechtigkeit als Werte, für die es sich zu kämpfen und zu sterben lohnt einerseits, und als Luxus, den man sich nicht leisten kann bzw. für den man ein ruhiges Leben in Frieden nicht aufgeben möchte, andererseits. Im Beitrag soll untersucht werden, wie die unterschiedlichen Narrative mit ihren Erinnerungsfiguren und intertextuellen Bezügen aufgebaut werden und wie sie miteinander in Verhandlung treten.

Kommentar: Markus **KRZOSKA** (Darmstadt)

VI.5 AMBIVALENTE MODERNE(N). POLNISCHE ERFAHRUNGEN VON MODERNISIERUNG IM 20. JAHRHUNDERT

Leitung: Gregor **FEINDT** (Mainz), Florian **PETERS** (Berlin)

Polens Erfahrungen mit der Moderne sind ambivalent, sogar widersprüchlich. Im Vergleich zu den Vorreitern der Modernisierung im Westen erlebte das Land Industrialisierung und sozialen Wandel nachholend und krisenhaft, die postindustrielle Transformation dagegen vorauseilend und beschleunigt. Gleichwohl stand hier wie dort der Anspruch, subalternen sozialen Gruppen, nationalen Kollektiven sowie Individuen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, im Zentrum des Projekts der Moderne. Gerade diese Ambivalenz von Modernisierungsprozessen und Moderneerfahrungen eröffnet eine produktive Perspektive auf die Geschichte Polens und Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert. Das vorgeschlagene Panel bündelt aktuelle Forschungen zu polnischen und ostmitteleuropäischen Projekten, Diskursen und Erfahrungen der industriellen Moderne und fokussiert dabei insbesondere auf deren vermeintliche Widersprüche, Asymmetrien und Ungleichzeitigkeiten. Auf diese Weise möchte es den Ort der polnischen Geschichte in der globalen Geschichte der Hochmoderne neu vermessen und zu einem globalen und dezentrierten Verständnis der polnischen Zeitgeschichte beitragen.

Werden und Vergehen einer sozialistischen Moderne in Polen

Gregor **FEINDT** (Mainz)

Gregor Feindt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz. 2015/2016 vertrat er die Juniorprofessur für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas mit Schwerpunkt Polen an der Universität Bremen. In seiner Forschung befasst er sich mit der Planung, Erfahrung und Bewältigung der Industriemoderne am Beispiel der tschechoslowakischen Fabrikstadt Zlín.

Die polnische Erfahrung von Moderne und Modernisierung ist eine Erfahrung der Nachkriegszeit und des Sozialismus – und reicht dennoch über den Zweiten Weltkrieg hinaus. Die neuere Forschung hat immer wieder den radikalen sozialen Wandel Polens nach 1945 betont und die Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft durch das sozialistische Projekt herausgestellt. Zugleich haben Beiträge zu den Prestigeprojekten des sozialistischen (Wieder-)Aufbaus aufgezeigt, dass solche Vorhaben auf Pläne aus der Zwischenkriegszeit rekurrierten und sich konstruktiv mit postimperialen Strukturen auseinandersetzten.

Dieser Beitrag leitet das Panel mit einer Diskussion der Grundlagen einer polnischen Moderne ein und versteht die Ambivalenzen von Moderneerfahrung als Schlüssel zu deren kritischer Analyse. Es werden drei Grundannahmen für die Diskussion vorgeschlagen: Erstens soll die Modernisierung – als Erfahrung und Projekt – als konkrete Bewältigung des Zweiten Weltkriegs konzipiert werden, und der soziale, infrastrukturelle und kulturelle Wandel nach 1948 auf diese Weise jenseits sozialistischer Ideologie kontextualisiert werden. Zweitens soll eben diese Ideologie als prozessuale Wissensformation verstanden werden, die weniger Axiome und Postulate vorgab als Möglichkeiten einer Sinnstiftung und Legitimierung von Planung bot. Drittens soll dieser polnische Weg einer sozialistischen Moderne in einer vergleichenden und transnationalen Perspektive betrachtet werden, die Polen mit anderen sozialistischen Staaten, aber auch westlichen Fällen vergleicht und so die Spezifik der polnischen Nachkriegserfahrung herausarbeitet. Damit argumentiert der Beitrag, Polen und den Staatssozialismus nicht als Sonderfall zu begreifen, sondern als eine Spielart ambivalenter Moderne(n).

Ungleichzeitige Moderne als Kategorie der Praxis. Urbane Modernitätsdiskurse im postimperialen Raum am Beispiel Łódź

Wiktor **MARZEC** (Warszawa)

Wiktor Marzec, Ph.D., studierte Soziologie und Philosophie an der Universität Łódź und wurde an der Central European University in Budapest in Soziologie und Sozialanthropologie promoviert. Zu seinen Forschungsinteressen gehören Historische Soziologie, Geschichte der Arbeit und Ideengeschichte. Er ist Autor von *Rising Subjects. The 1905 Revolution and the Origins of Modern Polish Politics* (Pittsburgh University Press, 2020) und arbeitet derzeit an einem vergleichenden Projekt zu spätzarischen Grenzregionen am Robert-Zajonc-Institut für Sozialwissenschaften der Universität Warschau.

Die Geschichte des multiethnischen Textilindustriezentrums Łódź ist eine der Konfrontation mit dem modernen sozialen Wandel in Osteuropa. Der Beitrag präsentiert die konzeptionellen Überlegungen unseres Buches *From Cotton and Smoke*, das die lokalen Pressedebatten in vier prägenden Perioden sozialen und politischen Wandels untersucht: (I) Rasches industrielles Wachstum im Grenzgebiet des ausgehenden Zarenreichs; (II) Geburt des Nationalstaats in einem höchst gegensätzlichen ideologischen Umfeld nach dem Ersten Weltkrieg; (III) Sozialistische Rekonstruktion der Stadt nach 1945; und (IV) Hoffnungen und Enttäuschungen des Strukturwandels nach 1989. Diese Medienanalyse eröffnet ein Prisma von Rationalitäten, Selbstreflexionen und Sinnstiftungsversuchen, mit denen lokale Akteure auf die urbanen Transformationen reagierten und sich selbst aktiv an die „moderne Zeit" anzupassen suchten.
In diesen lokalen Diskursen zeigt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen – anders als bei Bloch oder Koselleck – als Kategorie der Praxis. In den Wahrnehmungen der lokalen Akteure ist der wiederkehrende „moderne" Wille zur Verbesserung ein Leitmotiv. Dieses Streben war maßgeblich von einer idealisierten Vorstellung von Modernität angetrieben, die ihre urbanen Vorbilder in den industrialisierten Metropolen Europas ebenso fand wie in den Zentren des (zarischen) Imperiums und den imaginären Stadtbildern des entstehenden Nationalstaats.
Anstatt gesellschaftliche Dynamiken auf lineare Fortschrittsprozesse zu reduzieren, bedarf es einer multiperspektivischen Retrospektive, um die subjektive Ungleichzeitigkeit und den sinnhaften Aufbau der sozialen Welt „vor Ort" zu erklären. Nur vor diesem Hintergrund können übergreifende Zusammenhänge und Widersprüche der (ost-)europäischen Moderne wie Nationalismen, Kapitalismus, Säkularisierung, Wellen politischer und sozialer Emanzipation, Massenmigration und Urbanisierung erfasst werden. Obwohl Łódź all diese Prozesse durchlaufen hat, sind diese lokalen Konfrontationen nur in begrenztem Maße Teil der polnischen modernen Selbstwahrnehmung geworden. Die erlebte Asynchronität und Dissonanz kann aber auch intellektuelle Ansätze zur Bewältigung weiterer Herausforderungen der andauernden Moderne fördern.

A Modern Polish Countryside – an Unfinished Communist Project or Social Reality?

Ewelina **SZPAK** (Kraków)

Ewelina Szpak received her Ph.D. in humanities from Jagiellonian University in 2010. She joined the Tadeusz Manteuffel Institute of History of the Polish Academy of Sciences in 2012 and specializes in the social and cultural history of the Polish People's Republic, history of mentality, social history of medicine and environmental history.

The deep civilizational changes that occurred in post-war Poland influenced rural societies to a large extent. The catalysts of these changes were both top-down and bottom-up factors.
From a top-down perspective, the most substantial element of modernization was the agricultural reform which thoroughly transformed rural social structure. This was complemented with new state institutions such as state farms or public health centers which destabilized the nature of existing social bonds and social order in the traditional Polish countryside. Among the bottom-up factors, the new cultural exchange between city and country dwellers played a crucial role, most significantly through the influx of the young rural generation into cities and an increasing access to media and popular culture in the 1960s and 1970s.
My presentation points to the trajectories of social change in the Polish countryside between 1945 and 1989. I will enquire into the three following questions: First, how and to which extent did the state's social and economic policy trigger the changes and transformations mentioned above? Second, to what degree can these phenomena be explained independently of political programs and objectives, and third, to what extent did they result from actions and efforts taken from inside the rural societies, i.e. at the grass-root level.

Polens spät- und postsozialistische Transformation als Abschied von der industriellen Moderne

Florian **PETERS** (Berlin)

Florian Peters, Dr. phil., ist Historiker und arbeitet an der Berliner Forschungsabteilung des Instituts für Zeitgeschichte. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Kiel und Poznań und wurde 2014 an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Arbeit zur umstrittenen Erinnerung an Zweiten Weltkrieg und Holocaust im spätsozialistischen Polen promoviert. Derzeit arbeitet er an einer Studie zum Wandel ökonomischer Leitbilder in der spät- und postsozialistischen Transformation in Polen.

Mein Beitrag wirft die Frage auf, inwieweit die spät- und postsozialistische Transformation in Polen als Abschied von industriemodernen Ordnungsmustern zu verstehen ist, und lotet das historiographische Potenzial eines solchen Zugangs aus. Da der eigentliche Durchbruch zur industriellen Moderne in Polen, von wenigen industriellen Kernen abgesehen, unter staatssozialistischer Ägide erfolgte, war auch die damit verbundene Sinnwelt hier maßgeblich von den politischen und sozialen Bedingungen dieses Systems geprägt. Es liegt deshalb auf der Hand, dass mit dem schleichenden Niedergang des Staatssozialismus auch die Sinnwelt der Industriemoderne massiv unter Druck geriet.
Während die von der Industriearbeiterschaft dominierte Massenbewegung der Solidarność 1980/81 noch die weitreichende gesellschaftliche Akzeptanz und Aneignung industriemoderner Ordnungsmuster demonstriert hatte, wurden diese in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zunehmend durch neue sozioökonomische und kulturelle Leitbilder abgelöst. Dieser Wandel lässt sich auf diskursiver Ebene an der Ablösung egalitaristischer und kollektivistischer Orientierungen durch Marktradikalismus und Individualismus festmachen. Aber auch das Aufblühen informellen Handels auf Basaren und „Polenmärkten“ lässt sich als Symptom dieses Wandels betrachten. Denn als neuer Leitsektor der Transformationszeit nahm der Handel jenen symbolischen Ort ein, der während des „Aufbaus des Sozialismus“ von der Groß- und Schwerindustrie besetzt gewesen war.
Was können wir also über die polnische Transformationszeit lernen, wenn wir sie als diskursiven und praxeologischen Abschied von der industriellen Moderne begreifen?

Kommentar: Claudia **KRAFT** (Wien)

Claudia Kraft ist seit März 2018 Professorin für Zeitgeschichte (Kulturgeschichte, Wissens- und Geschlechtergeschichte) an der Universität Wien. Sie studierte Geschichtswissenschaft, Slawistik und Politikwissenschaft in Gießen, Tübingen, Mainz und Marburg/L. 2001 wurde sie dort mit einer Arbeit über die Vereinheitlichung des polnischen Rechtssystems in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen promoviert. Danach arbeitete sie am Deutschen Historischen Institut in Warschau, an der Ruhr-Universität Bochum, an der Universität Erfurt und an der Universität Siegen. Ihr Forschungsinteresse richtet sich auf die Geschichte des Staatssozialismus nach 1945, auf rechts- und geschlechtergeschichtliche Fragestellungen in der Moderne sowie auf methodische Neuentwürfe für die auf Ost(mittel)europa bezogenen Regionalstudien.

VI.6 POLNISCH-BELARUSSISCHE LITERARISCHE TRANSGRESSIONEN

Leitung: Heinrich **KIRSCHBAUM** (Freiburg i. Br.)

Captatio benevolentiae. Das Projekt der belarussischen Literatur und seine polnische Meta- und Paratextualität (1840–1850er Jahre)

Yaraslava **ANANKA** (Potsdam/Innsbruck)

Yaraslava Ananka ist Slavistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im VW-Forschungsprojekt „Das Dorf als Imaginationsraum und Experimentierfeld im östlichen Europa“ an der Universität Potsdam. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Exilschreiben, Postromantik und Dilettantismus, Ikonoklasmus in der postsowjetischen Kunst und Literatur, Ruralitätsdiskurse in Osteuropa. Ausgewählte Publikationen: (gem. mit Magdalena Marszałek, Hg.): *Potemkinsche Dörfer der Idylle. Imaginationen und Imitationen des Ruralen in den europäischen Literaturen*. Bielefeld: transcript, 2018.

Zwischen den antirussischen Erhebungen von 1830/1831 und 1863/1864 tritt auf dem Gebiet des heutigen Belarus und Litauen die Periode einer relativen politisch-ökonomischen Stabilität ein. In dieser ‚Zwischenaufstandszeit‘ versucht sich der dortige Adel – nach der ersten Phase der Verarbeitung der Niederlage und der darauffolgenden Repressionen – mit seiner Lage abzufinden und in den Alltag zurückzukehren. In dieser diskursiven Situation zwischen nostalgischer Resignation, Normalisierungszwang und vorsichtigen Zukunftsvisionen kündigen sich neue Formen regionaler Identitätsstiftung an, zu deren wichtigem Medium und Generator die Literatur sowie der metaliterarische Diskurs werden. Der wohl wichtigste Autor dieser neugeborenen regionalen Literatur ist Wincenty Dunin-Marcinkiewicz (1808-1884). Er schreibt einige Lustspiele und andere launig-scherzhafte – hauptsächlich dramatische – Texte, deren Komik nicht nur auf Vaudeville- und Operettensujets, sondern auch auf ihrer burlesken polnisch-belarussischen Translingualität aufbaut. Zu performativ wirksamen Verfahren dieser Texte gehören nicht zuletzt auch Dunin-Marcinkiewiczs strategische Widmungen (in einzelnen Büchern, Zyklen, Kapiteln u.a.) gegenüber den regionalen Mäzenen und Machthabern, Kulturträgern und literarischen Autoritäten. Durch gezielte, in den Text implantierte Dedikationen werden dabei die für sein Projekt wichtigen Personen direkt oder delikat aufgefordert, Veröffentlichung und Verbreitung seiner Bücher finanziell oder ideell zu protegieren. In meinem Vortrag werde ich Dunin-Marcinkiewiczs Dedikationsstrategien besprechen sowie analysieren, wie sich Paratextualität als ein metapoetisches Medium gestaltet, in dem die dilettantische Reklamation und Reklame der belarussischen Literatur performiert wird.

„...Jak torh nad nami vjaduc’ maskoŭskija raby z velikapol’skimi panami.“ Die ‚Guten’ und die ‚Bösen’ in der belarussischen Literatur der 1920er Jahre

Gun-Britt **KOHLER** (Oldenburg)

Gun-Britt Kohler ist Professorin für slawistische Literaturwissenschaft an der Universität Oldenburg. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Typologie, Entwicklung und Modernismus ‚kleiner‘ slawischer Literaturen aus vergleichender feldtheoretischer Perspektive und Fragen ihrer historiographischen Reflexion und Kanonisierung. Sie ist Leiterin des DFG-Projekts „Autonomie, Markt und Ideologie im belarussischen Literaturfeld des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts und der Jahrtausendwende“.

Mit dem Frieden von Riga wird 1921 nahezu die Hälfte des nach Karski (1903) als ethnisch belarussisches Gebiet geltenden Territoriums der Zweiten Polnischen Republik zugeschlagen. Die jenseits der westlichen Staatsgrenze der BSSR in der nordöstlichen Peripherie der Rzeczpospolita entstehende belarussische Literatur der 1920er und 1930er Jahre erhält damit in Polen faktisch den Status einer Minderheitenliteratur, für die sich in der belarussistischen Literaturhistoriographie der Begriff der „westbelarussischen Literatur“ (zachodnebelaruskaja litaratura) eingebürgert hat. Die westbelarussische Literaturproduktion wird bis weit in die 1930er Jahre durch verschiedene Faktoren gehemmt; sie hält in weiten Teilen an der vorrevolutionären Poetik fest und zieht sich, anders als die stark politisierte Publizistik, weitgehend auf intime Lyrik zurück.

In der Literatur und in der Publizistik der BSSR wiederum ist die „Zachodnjaja Belarus'" über die 1920er und 1930er Jahre hinweg ständiges Thema, klarerweise unter ausgesprochen antipolnischen Vorzeichen (vgl. u.a. Ales' Harodnjas Kurzroman *Na krėsach* von 1927). Gleichzeitig wird – in Übereinstimmung mit der durch Moskau vorgegebenen Nationalitätenpolitik und mit dem Modell der multinationalen Sowjetliteratur – in der BSSR selbst die Entwicklung u.a. auch einer polnischsprachigen Minderheitenliteratur gefördert, natürlich im Rahmen der ‚proletarischen Literatur'.
Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage verfolgt der Vortrag zum einen das Ziel, die Rahmenbedingungen der genannten literarischen Systeme und Subsysteme in der Zweiten Rzeczpospolita und in der BSSR einander vergleichend gegenüberzustellen, und zwar insbesondere hinsichtlich der Entfaltungsmöglichkeiten und Einschränkungen, die sie implizieren.
Zum anderen möchte der Vortrag den komplexen Selbst- und Fremdkonzeptualisierungen auf den Grund gehen, die im Spannungsfeld zwischen nationalen und kommunistisch-proletarischen Interessen im Medium der Literatur artikuliert werden. Ausgangspunkt hierfür ist der Skandal um das Ales' Dudar zugeschriebene Gedicht „Pasekli kraj naš papalam…" (1928, vgl. Titel).
Nach Möglichkeit soll im Rahmen eines Ausblicks die Frage thematisiert werden, wie sich diese Konzeptualisierungen nach 1944 verändern.

Eine epiphanische Begegnung. Belarussisch-polnische Identitäts(re)konstruktionen in Ignacy Karpowiczs *Sońka*

Manuel **GHILARDUCCI** (Berlin)

Dr. Manuel Ghilarducci ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slawistik und Hungarologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsinteressen sind: polnische, russische, serbische und belarussische Gegenwartsliteratur, Verflechtungen von (Sprach-)Philosophie und Literatur und antagonistische Identitätsdiskurse in der belarussischen populären Musik. Neben der Monographie *Subjekte, Sprachgewalt, Hegemonie. Sprachreflexion in der deutschen und russischen Gegenwartsprosa* (Harrassowitz 2019) hat Manuel Ghilarducci Aufsätze zu Andrzej Stasiuk, Ignacy Karpowicz, Vladimir Sorokin und Aleksandr Prochanov publiziert.

Ignacy Karpowiczs Prosa wird in der Forschung der Tradition des geopoetischen Provinzialismus zugeordnet. Podlachien ist nicht bloß der Ort, in dem sich die Handlung seiner Texte abspielt; die besondere Literarisierung der ostpolnischen Woiwodschaft bildet den Kern einer Strategie, die weit über die Grenzen einer gesellschaftskritischen Geopoetik hinausgeht und eine philosophische Kontur annimmt. Diese ist insbesondere in den letzten zwei Romanen des Autors *Sońka* (2014) und *Miłość* (2017) zu sehen. In beiden Texten wird zwar die ‚magisch-realistische' Darstellung der ostpolnischen Provinz fortgesetzt, die bereits in den früheren Romanen wie *Niehalo* (2006) und *Cud* (2007) zu beobachten war. Jedoch markieren *Sońka* und *Miłość* eine poetologische Wende, die in der bisherigen Forschung keine Beachtung gefunden hat: Der Begegnung mit dem/der *belarussischen* Anderen kommt eine zentrale Stelle zu.
In *Sońka* lernt der Warschauer Theaterregisseur Igor im Dorf Królowe Stojło die alte Sonia kennen. Igor kommt ursprünglich aus Podlachien, aber er hat seine Herkunft bereits als Kind verdrängt, um sich dem monokulturellen Paradigma anzupassen: Er hat sowohl seine Sprache (die *trasjanka podlaska*) als auch seine Religion (die Orthodoxie) aufgegeben. Sonia ist die erste Person, die Igor wieder in der *trasjanka* anspricht. Dieser Sprechakt, der sakrale Züge annimmt, weil Sonias Gesicht die Kraft einer *Ikone* ausstrahlt, markiert die Rückkehr von Igors verdrängter Identität. Zurück in Warschau führt Igor ein Drama über die belarussische Minderheit auf Podlachien auf, das das hauptstädtische Establishment erschüttert. In *Miłość* fährt Albertyna auf die Beerdigung ihres Großvaters auf Podlachien. Weil der retrofuturistische autoritäre Staat, in dem sie lebt, religiöse und sexuelle Minderheiten verfolgt und ein medizinisches Geheimprogramm führt, das alle Bürgerinnen und Bürger zu katholischen und heterosexuellen *Polinnen und Polen* macht, betritt Albertina eine der wenig gebliebenen orthodoxen Kirche zum ersten Mal. Die Begegnung mit einer *Ikone* und mit der ostslawischen Sprache des Gottesdienstes offenbart Albertyna Wahrheiten über sie, die ihr Leben für immer verändern werden.
In Anlehnung an Emmanuel Lévinas Philosophie des Anderen geht der Beitrag auf die philosophischen Implikationen der Begegnung mit dem/der Anderen und schlägt dadurch eine neue Interpretation von Karpowiczs Geopoetik vor.

Performative implizite Leserschaft. Belarussische Miłosz-Umkodierungen

Heinrich **KIRSCHBAUM** (Freiburg i. Br.)

Heinrich Kirschbaum ist seit 2019 Professor für Slavische Literatur- und Kulturwissenschaft an der der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören west-osteuropäische Literaturbeziehungen (mit Fokus auf Russland, Polen, Belarus und die Ukraine), Formalismus, Rhetorik und Parömiologie, Melancholie und Ekphrasis, ostslavische Gegenwartsdichtung. Ausgewählte Publikationen: *„Valgally beloe vino..." Nemeckaja tema v poėzii O. Mandel'štama.* [„Walhallas weißer Wein..." Das deutsche Thema in der Dichtung Osip Mandel'štams], Moskva: Novoe Literaturnoe Obozrenie 2010; *Im intertextuellen Schlangennest. Adam Mickiewicz und polnisch-russisches (anti-)imperiales Schreiben.* Frankfurt am Main et al.: Peter Lang 2016; (Hg.): *Wiedergänger, Pilger, Indianer. Polen-Metonymien im langen 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main et al.: Peter Lang 2017.

In meinem Vortrag werde ich zunächst kurz einige Besonderheiten des polnisch-belarussischen Kultur- und Übersetzungstransfers der letzten Jahre im Zeichen der mitteleuropäischen Selbstverortung skizzieren. Im Weiteren soll in einem minimalistischen Close-Reading, anhand eines einzelnen Gedichts von Czesław Miłosz – *Trwoga-sen (1918)* [1985] – und seiner Übersetzung ins Belarussische (Andrėj Chadanovič) gezeigt werden, wie die belarussischen Rezeptionshorizonte die geopoetischen und geokulturellen Koordinaten von Miłosz' poetischen Selbstbefragungen nicht nur verschieben, sondern sie auch gleichzeitig durch eigene landesspezifische Erfahrungen antikolonialer Affekte anreichern und fortschreiben. Entscheidend wird dabei die auf der Agenda belarussischer Identitätsdiskurse stehenden mitteleuropäischen Selbstbestimmungen, die ihrerseits Aufhebungen und Markierungen von Grenzen voraussetzen. Während die Grenze nach Westen programmatisch offen ist, muss die östliche klar definiert werden: Das ist die mental-kartographische Grenze zu Russland. Genau hier werden die jahrhundertealten polnischen Erfahrungen einer solchen, für Miłosz zentralen Abgrenzung von besonderer Relevanz, zumal sie kulturhistorisch Belarus einschließen. Daher kann man Nachdichtungen eines fremden und zugleich indirekt eigenen, „hiesigen" Autors und einer „hiesigen" Autorität wie Miłosz kaum überschätzen. Sie erweisen sich als Translationsgesten der belarussischen emanzipierend-partizipierenden (Re-)Integration in das antiimperiale Projekt. Der Vortrag geht der Frage nach, warum und wie sich der heutige belarussische Leser zum impliziten Miłosz-Leser erklärt.

Kommentar: Michał **MRUGALSKI** (Berlin)

Michał Mrugalski ist Slawist und Komparatist, der zurzeit als Gastprofessor am Institut für Slawistik an der HU Berlin tätig ist; zuvor promovierte er an der Universität Warschau und habilitierte an der Uni Tübingen. Der Fokus seiner Forschung liegt auf dem interkulturellen und dem intermedialen Transfer von Werten, Motiven und Figuren. Die betreffenden Kulturen sind vor allem polnisch-, russisch- und deutschsprachige, die mit ständiger Rücksicht auf frankofone und englischsprachige Milieus und mit Blick auf die Beziehungen von Literatur und anderen Künsten betrachtet werden.

VI.7 PLÜNDERUNGEN UND PHYSISCHE GEWALT ALS „VOLKSGERECHTIGKEIT“? – GEWALT ALS RESSOURCE ZUR LEGITIMATION UND REPRÄSENTATION VON NACHKRIEGSORDNUNGEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

Leitung: Sebastian **PAUL** (Dresden)

Betrachtet man aktuelle Forschungstrends zum Ende des Ersten Weltkriegs im östlichen Europa, dann lassen sich darin zwei offenbar konträr verlaufende Stränge identifizieren. Während die Umbruchsphase nach Kriegsende einerseits als ein Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit gedeutet wird, betonen andere die gewaltsamen Konflikte in dieser Transformationsphase. Von den Aufständen in Posen und Oberschlesien, den territorialen Konflikten im polnisch-tschechoslowakisch-polnischen Grenzgebiet, aber auch in Ostgalizien oder dem heutigen westlichen Belarus bis hinauf zum Baltikum erscheint der polnische Staatsbildungsprozess von 1918 bis 1923 geradezu in Gewalterfahrungen eingebettet gewesen zu sein. Dabei wurde die Rolle von Gewalt bereits von Zeitgenossen kontrovers diskutiert und instrumentalisiert. Dass diese Gewalt über das physische Element hinaus auch als Ressource zur Legitimation und Repräsentation politischer und gesellschaftlicher Ordnungen verwendet wurde, zeigt deren vielschichtige Rolle in den Nachkriegsjahren. Die Nationalräte in den von einer polnisch- sowie slowakischsprachigen Bevölkerung besiedelten Dörfern der Orava verwendeten zur Legitimation von verübten Gewalttaten gegen jüdische Nachbarn gar den positiv konnotierten Begriff der „Volksgerechtigkeit". Plünderungen sollten als Notwenigkeit gegen den vorherrschenden Mangel, aber auch als Akt der Sühne für die scheinbare Unterdrückung bestimmter Gruppen durch andere umgedeutet werden. Umgekehrt wurde die Gewalt der Kontrahenten zur Legitimation der eigenen politischen Ziele – etwa die Erlangung nationalstaatlicher Unabhängigkeit – instrumentalisiert.
In dieser Sektion sollen anhand von Einzelstudien sowie vergleichenden Beiträgen Repräsentationen sowie Legitimationsstrategien von sowie durch Gewalt mit Schwerpunkt der auf lokalen und regionalen Ebene nach dem Ersten Weltkrieg beleuchtet werden.

„Gerechtigkeit für das Volk". Landaneignung und bäuerliche Ordnung in Galizien 1918–1920

Tim **BUCHEN** (TU Dresden)

Tim Buchen ist BKM-Juniorprofessor für Ökonomische und soziale Netzwerke der Deutschen im östlichen Europa im 19. und 20. Jahrhundert an der TU Dresden. Zuvor war er DAAD-Fachlektor für Moderne Europäische Geschichte an der University of Edinburgh und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien der Europa-Universität Viadrina.

Der Vortrag untersucht, wie im Westen des habsburgischen Kronlands Galizien der Zusammenbruch staatlicher Ordnung von Bauern verstanden und genutzt wurde. Im Mittelpunkt stehen Praktiken der Landaneignung, Plünderungen und Gewalt und ihre Rationalisierung und Legitimation. Der Einfluss der bolschewistischen Revolution und der russischen Bürgerkriege, die viele ehemalige Kriegsgefangene des Zarenreiches aus eigener Anschauung kannten, fanden darin ebenso ihren Niederschlag wie Schlagworte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker oder lokale Traditionen bäuerlicher Gewalt gegen Juden und Grundbesitzer. In Genese und Verlauf der ausgerufenen Republika Tarnobrzeska und der Rhetorik ihrer Vertreter zeigen sich zudem zentrale Vorstellungen einer gerechten Ordnung und ihre Begründung im Interesse des Volkes (lud), auf die sich noch nach dem Zweiten Weltkrieg die kommunistische Führung zur Legitimation ihrer Herrschaft und Agrarreformen berufen konnten.

Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit durch Gewalt? Diskursive Legitimationsstrategien von Gewalt im Teschener Schlesien und der Orava 1918–1920

Sebastian **PAUL** (Dresden)

Sebastian Paul (M.A.) hat in Gießen, Brno und Pécs Osteuropäische Geschichte studiert, war von 2014 bis 2017 am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung (Marburg) als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilprojekts A06 „Versicherheitlichung und Diskurse über Rechte von Minderheiten und Mehrheiten in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert" im Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit. Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive" tätig und ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden.

Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in vielen Regionen Zentraleuropas die schlechte Lebensmittelversorgung mit noch nicht demobilisierten, also nach wie vor bewaffneten Kriegsheimkehrern zusammentraf, sorgte dies für eine explosive Gemengelage. Dies gilt umso mehr für Peripherien, in denen nach dem Waffenstillstand die staatlichen Institutionen erodierten und sich damit ein Machtvakuum offenbarte, in das „Grüne Kader" ebenso vordrangen wie reguläre Truppen der neuen Nationalstaaten. Im Vortrag soll argumentiert werden, dass im Teschener Schlesien und der Orava, also zwei 1918 bis 1920 territorial umstrittenen Regionen im polnisch-tschechoslowakischen Grenzgebiet, sich drei Typen von Gewaltlegitimationsstrategien ausmachen lassen.
1) Der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung nationalstaatlicher Territorialforderungen galt dann als probates Mittel, wenn diese Ansprüche von den Siegermächten sanktioniert wurden. Hierfür beriefen sich die Akteure auf „die Nation" als Souverän, der hinter diesen Forderungen stehen würde.
2) Zum anderen wurden selbst Plünderungen und physische Gewalt von irregulären oder regulären Truppen, aber auch von Zivilisten selbst legitimiert, indem sie als Ausdruck des „Volkswillens" verklärt wurden.
3) Umgekehrt konnte die tatsächliche oder vermeintliche Gewalt der gegnerischen Partei zur Legitimierung der eigenen politischen Ziele instrumentalisiert werden, wogegen nur ein starker Nationalstaat nach einer bestimmten Grenzziehung Schutz bieten würde.
Diesen drei Legitimationsstrategien ist gemein, dass mit ihnen der Versuch unternommen wurde, Gewaltanwendungen in Einklang mit demokratischen Prinzipien zu bringen: der gerechten Verwirklichung des Volkswillens im Rahmen eines Nationalstaats. Der Vortrag soll vergleichend zeigen, dass hinter diesen mitunter äußerst winkelzügigen Argumentationsmustern letztlich geostrategische Gründe standen sowie die Ausnutzung der Abwesenheit staatlicher Sicherheitsorgane durch lokale Bauern und Kriegsheimkehrer, die die Gunst der Stunde für persönliche Bereicherungen nutzen.

Abwesenheit und Import von Gewalt als (de-)stabilisierender Faktor in Oberschlesien 1918–1921

Matthäus **WEHOWSKI** (Dresden)

Matthäus Wehowski (M.A.) hat in Tübingen Geschichtswissenschaften studiert und sich dort 2018 promoviert. Seit Mai 2018 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Seine Forschungsinteressen umfassen vergleichende Geschichte Ostmitteleuropas, Nationalismus und Religion, Mediengeschichte.

In der Historiographie nehmen die drei Aufstände in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg einen prominenten Platz ein, auch wenn das Konfliktnarrativ durch Studien zu den deutsch-polnisch-schlesischen Beziehungen bereits fundiert hinterfragt wurde. Dennoch verleiten die von Gewaltexzessen überfrachteten Quellen der zeitgenössischen Lokalpresse sowie deren dankbare Verwertung durch die deutschen und polnischen Behörden als Ressource für die Legitimierung der eigenen territorialen Ziele nach wie vor zu einer Überbetonung von Gewalt. Der Vortrag soll stattdessen die Abwesenheit von Gewalt in der entscheidenden, unmittelbaren Zeit nach dem Waffenstillstand thematisieren, als während der Rätebewegung ab November 1918 die lokalen Akteure der meisten politischen Lager auf Kompromiss statt Konflikt und vor allem auf Gewaltverzicht setzten. Dieser Konsens wurde dann im Laufe des Jahres 1919 durch externe Akteure aufgekündigt, was das bis heute prägende Narrativ der gewaltsamen Umbruchszeit Oberschlesiens prägte. Daher soll die Abwesenheit und der Import von Gewalt als Faktor der politischen Prozesse in Oberschlesien als (de-)stabilisierender Faktor analysiert und hiermit lokale Handlungsmuster und externe Einflussnahmen problematisiert werden.

Gewaltpornographie für das Vaterland. Bildrepräsentationen der Gewalt im Dienste der Unabhängigkeit im östlichen Europa

Maciej **GÓRNY** (Warszawa)

Dr. hab. Maciej Górny, Prof. IH PAN ist seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Forschungsschwerpunkte: Historiographiegeschichte, Erster Weltkrieg in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert. Auf Deutsch erschien von ihm u. a. *„Die Wahrheit ist auf unserer Seite". Nation, Marxismus und Geschichte im Ostblock* (2011) sowie (zusammen mit Włodzimierz Borodziej) *Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912*–1923 (2018).

Die sogenannte Gräuelpropaganda wurde schon während des Ersten Weltkriegs kritisch kommentiert und manchmal belächelt. Ihre oft krankhaft sexualisierten Vorstellungen blieben der schlichten Tragik der Gewalt fremd, sagen aber viel über ihre Autoren und Teilnehmer dieser Kommunikationsgemeinschaft aus. Die Geschmackslosigkeit mancher Narrative sowie logische Lücken änderten nichts an der Popularität ähnlicher Geschichten in der Nachkriegszeit. Ostmitteleuropa als eine erweiterte Kriegszone lieferte dazu fruchtbaren Boden und, vielleicht überraschender, auch einige erfahrene Spezialisten. Der Beitrag wird anhand einiger Beispiele die Inhalte, diskursiven Praktiken und die Technik dieser Propaganda besprechen. Es wird nach der Modernität und Tradition solcher Narrative gefragt, sowie (und vor allem) nach der Rolle bildlicher Repräsentationen der Gewalt in den ersten Nachkriegsjahren im Ostmitteleuropa.

Kommentar: Agnieszka **ZAGAŃCZYK-NEUFELD** (Bochum)

Dr. Agnieszka Zaganczyk-Neufeld ist seit 2015 Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität (Bochum). Sie hat Politik- und Kulturwissenschaften an der Universität Warschau und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/O. studiert und danach in Bochum promoviert. Ihre Dissertation *Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976-1997* erschien 2014.

VI.8 GERECHTIGKEIT UND GERECHTER HERRSCHER IN DER FRÜHEN NEUZEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(Justice and Just Ruler in Early Modernity in Comparative Perspective)

Section language: German

Leitung: Stefan **PLAGGENBORG** (Bochum)

Challenges of the Interdisciplinary and Comparative History of Justice

Stefan **PLAGGENBORG** (Bochum)

Stefan Plaggenborg, Dr. phil., Professor of Eastern European History at Ruhr-University Bochum. Main research areas: Comparative History of authoritarian regimes in the 20th century, rule in early-modern Russia, history of justice. Publications: (Ed.) *Gerechtigkeit und gerechte Herrschaft vom 15. bis zum 17. Jahrhundert. Beiträge zur historischen Gerechtigkeitsforschung* (2020); *Pravda. Gerechtigkeit, Herrschaft und sakrale Ordnung in* Altrussland (2018); *Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus* (2012). E-Mail: stefan.plaggenborg@rub.de

The concept of Justice seems to be universal, and it holds a prominent place in all societies, both historical and contemporary. The meanings that societies attribute to the term extend far beyond its narrow usage in law and jurisdiction, and embrace notions of truth, divine ordinance, wisdom and rightful action. In history, the attainment of Justice has, above all, been bound to the figure of the Ruler. Research on the various *Mirrors for Princes* and *Admonitions to Rulers* has shown this clearly. Alongside such practical guides, more abstract theories of Justice have sought to design ideal institutional systems. For historians, matters become much more complicated when the focus of enquiry moves outside Western Europe. It becomes plain that historiography should talk about multiple "Justices". This paper outlines ten key areas that the research on historical Justice ought to explore. Among these are: non-Eurocentric concepts of Justice; socially fluid, rather than normative, ideas of what Justice entails; Justice as a product of conflict; the effects on subjects of suffering injustice; the importance of religious teaching on ideas of Justice within the cultural history of state-building; and societal acceptance of "Just Orders". Thus, in chronologically and spatially different contexts, the history of Justice examines a plurality of "Justices". In doing so, it opens up extra dimensions of this universal ideal or aspiration in which ideas of world order, religion, philosophy, social and political relations, domination and subjectivation are all interwoven.

Justice, Just Rule, and the Legitimation of Reign in Early-Modern Poland-Lithuania

Hans-Jürgen **BÖMELBURG** (Gießen)

Hans-Jürgen Bömelburg, Dr. phil., Professor of Eastern European History at Justus-Liebig-University. Main research areas: History of East-Central Europe, in particular Poland 15th-20th centuries. Publications: *Zwischen polnischer Ständegesellschaft und preußischem Obrigkeitsstaat. Vom Königlichen Preußen zu Westpreußen (1756–1806)* (1995); *Frühneuzeitliche Nationen im östlichen Europa. Das polnische Geschichtsdenken und die Reichweite einer humanistischen Nationalgeschichte (1500–1700)* (2006). E-Mail: hans-juergen.boemelburg@geschichte.uni-giessen.de

Early modern Poland-Lithuania was a multi-confessional region and it stood at the crossroads of diverse European discourses concerning Justice. There, discussions about Justice and just rule brought up a key point of conflict between the Ruler and the powerful nobles. While, as in other parts of contemporary Europe, natural law remained the implicit higher authority and positive law was intrinsically connected with politics, the main nub of concern in this region was not so much the ideal of the just Ruler, but how power should be distributed and how this could be legitimated in the long term. This issue was debated from different angles in the proto-parliamentary assemblies. This paper portrays several aspects of the discourses on Justice and just rule that emerged in 16th- and early 17th-century Poland-Lithuania. First the paper explores the juridical and theoretical-political positions taken, and, to do this, focuses on collections of laws and drafts of legal systems, as well as political ideas of just rule and tyranny which sought to achieve a balance between the

monarch and the noble estates. Secondly, the paper examines understandings of Justice, as they were coloured by the differing religious outlooks in this multiconfessional society where Catholic, Protestant and Orthodox influences all met. Finally, the author shows how the concept of Justice was constructed, represented and utilized in cases of conflict. Here, in the run-up to Zebrzydowski's rebellion, they take the *rokosz* of 1606/7 against King Sigismund III Vasa as an example. The article concludes with a short review of the range of Polish-Lithuanian discourses on Justice that penetrated Eastern Europe in general, and especially Russia. Contrary to the impression given in several general accounts of law and constitution in European history, Russia was not cut off from other parts of Europe, as Poland-Lithuania was an important channel of contact and the source of many diverse theories of Justice and just rule that found their way both to the East and to the West.

The Ottoman Sultan and the Question of Justice

Hans-Georg **MAJER** (München)

Hans Georg Majer, Dr. phil., Professor em. of History and Culture of the Near East and Turkish Studies. Main research areas: History and culture of the early-modern Ottoman Empire; diplomatics, religion, and law in the Ottoman Empire. Publications: *Vorstudien zur Geschichte der İlmiye im Osmanischen Reich,* I: *Zu Uşakîzade, seiner Familie und seinem Zeyl-i Şakayık* (1978); *Das osmanische Registerbuch der Beschwerden (Sikayet defteri) vom Jahre 1675* (1984); (Ed.) *Osmane und Islam in Südosteuropa* (2013). E-Mail: hg.majer@noi.fak12.uni-muenchen.de

In the Ottoman tradition, the sultan had to be the fountain of Justice. The people expected this of him, and it was this that gave his rule legitimacy. As a Muslim ruler, his highest, most noble task was to uphold the *Sharia*, as the just order willed by God. In the network of administrative districts covering his empire, he delegated this authority to the learned theologians and jurists who were his *Qadi*s (judges). Additionally, in the multi-ethnic Ottoman empire, with its diverse religions, languages and traditions, it was necessary to create further legal regulations to maintain an economic and social co-existence of peoples that was both just and well under control. This was achieved through the *Kanun* – statutes enacted by the sultan – which made the Ottomans important legislators. In framing these statutes, they often drew on Muslim, and even Christian, laws from states they had superseded. *Kanun-name*s (books of laws) were made for the whole empire, for individual provinces, and for specific state institutions. The sultan's role in dispensing justice was to prevent, eliminate and punish all wrong-doing. The *Qadi*s had to make their decisions according to the *Sharia* or the *Kanun.* All segments of the population – Muslims, Christians and Jews – could turn to the *Qadi*s, although, in the first instance, Christians and Jews had their own courts of law. Moreover, the right to make a petition direct to the sultan was open to all (or it could be done indirectly via the *Qadi*s). This was a recourse people took to over and over again if they were suffering from injustice – especially arbitrary actions and any stepping over the mark by office-holders. It was not every sultan who lived up to the ideal, and Justice had to be defended. Nevertheless, the flood of petitions the sultan received testifies to the trust the people ultimately had in his upholding of Justice. It also shows that having a direct way in which the people could communicate with the sultan in the *arz-i-hal* (petition) enhanced his Justice-keeping.

Symphonia, Cosmic Harmony, and Moral. The Discourse about Just Rule in Moscovia in the 16th and 17th Centuries

Alfons **BRÜNING** (Nijmegen)

Alfons Brüning, Dr. phil., Professor of Orthodoxy and Peace Studies in Europe at University of Amsterdam and Senior Lecturer of Eastern Christianity at Radboud University Nijmegen. Main research areas: History of religion in Eastern Europe since the 16th century, Theological Anthropology, and Ethics of Peace. Publications: *„Unio non est unitas – Polen-Litauens Weg im Konfessionellen Zeitalter (1569-1648)* (2008); (Ed.) *Orthodox Christianity and Human Rights* (2012); (Ed.), *Handboek Oosters Christendom* (2018). E-Mail: a.bruening@ivoc.ru.nl

In the period that extended roughly between the end of Mongol rule and the time of Peter the Great, the key Muscovite/Russian term for everything related to Justice and just rule was *pravda.* It is a difficult term to translate as semantically it combines ideas of "truth" with ideas of "Justice". Like the Byzantine synonyms from which it is derived,

pravda denotes a mediated manifestation of the pristine order of Creation, appearing in the social structures and norms maintained under a righteous Ruler. Even more than in Byzantine thinking, the Old Russian tradition saw the Ruler as the main vessel of God's law. The concept of *pravda*, therefore, and all ideas about the legitimacy of the Ruler had highly religious and moral connotations. Justice was seen far more as a virtue of the Ruler than as anything that could characterize a social or political system. This means that experiences of crisis, such as those that occurred under the despotic regime of Ivan the Terrible and the time of troubles that followed, were met with moral reflections only. Contemporary commentators lamented the moral decay of the elite and the tsar, but since the system itself was perceived as having its basis in sacred order, it was not questioned. From around the second half of the 17th century this way of thinking gradually but inexorably began to change. This followed the growth of institutional bureaucracy and the reception in Russia of Western European political theories. The concept of *pravda*, however, has retained some of its basic meaning ever since, and the word still appears in political discourse today.

Commentary: Karin **FRIEDRICH** (Aberdeen)

Karin Friedrich, PhD., Professor of Early-modern Eastern European History at the University of Aberdeen. Main research areas: German-Polish borderlands in the context of early modern Europe and issues of cultural transfer, citizenship, religious and political identities, and the constitution of early modern commonwealths. Publications: *Die Erschließung des Raumes: Konstruktion, Imagination und Darstellung von Räumen und Grenzen im Barockzeitalter*. Vol. 2 (2014); *The Other Prussia: Poland, Prussia and Liberty, 1569–1772* (2000); *Brandenburg-Prussia, 1466–1806: The Rise of a Composite* State (2012); (Ed.) T*he Cultivation of Monarchy and the Rise of Berlin. Brandenburg-Prussia 1700* (2010). E-Mail: k.friedrich@abdn.ac.uk

VI.9 „IS JUSTICE A LEGAL CATEGORY?" PART II

Chair: Anna **TARNOWSKA** (Toruń)

PhD (2007), is assistant professor of Law and Administration Faculty at the Nicolaus Copernicus University in Toruń, was also wissenschaftliche Mitarbeiterin at Passau University (2014–2018). Her research focuses on the history of Polish and European constitutionalism since late 18th century till interwar times as well as the history of administration / administrative law in Prussia and Poland in 19th and 20th centuries. Her last monograph (2019) was devoted to the Prussian-German rule of law and legal situation of the Polish minority in the eastern Prussian provinces (1850–1914).

Symbolic Legislation

Agnieszka **BIEŃ-KACAŁA** (Toruń)

Agnieszka Bień-Kacała (prof. UMK, ORCID 0000-0002-9559-3130, abien@umk.pl) is a Professor within the Department of Constitutional Law, Faculty of Law and Administration at Nicolaus Copernicus University in Toruń, Poland. Professor Bień-Kacała has been a visiting professor in law schools in Athens, Prague, and Maastricht. She has published many books, papers and other contributions in Poland and in Europe. Professor Bień-Kacała has presented papers at several conferences all over Europe, and in Hong Kong and Santiago de Chile.

The paper explores Polish cases of symbolic legislation. Symbolic statute is defined as the act of Parliament that has two purposes: declared and undisclosed. The declared purpose of the act does not coincide with a publicly undisclosed political purpose. Three instances of such a legislation are analysed: the demotion act, the social security bill, and cyclical assemblies act. The author asks questions about the cause for such a legislative activity. She comes to the conclusion that possible reasons are: deficient process of transition to a democracy, or past negative time perspective. Both reasons disrupt sustainable development of the Polish society. As a possible solution, the author considers a proper educational system. However, the system is regulated by an act of Parliament that may be symbolic as well.

Impact of Taxable Person's Knowledge on Existence and Amount of Tax Liability

Krzysztof **LASIŃSKI-SULECKI** (Toruń)

Krzysztof Lasiński-Sulecki holds post-doctoral degree (habilitacja) and doctoral degree in law, head of the Centre of Fiscal Studies at Nicolaus Copernicus University in Torun, associate professor at the Department of Public Finance of this university, from 2011 to 2012 senior visiting tax researcher at the Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht, Wirtschaftsuniversität Wien; tax advisor, legal counsel, in the years 2012–2014 a member the VAT Expert Group of the European Commission, from 2014 to 2016 a member of the Consultative Council on Tax Law advising the Ministry of Finance; author of over 250 papers in the field of tax and customs law, member of the management board of International Fiscal Association (Polish Branch). kls@umk.pl

In the field of value added taxation the Court of Justice often uses the terms "good faith" or "due diligence". It indicates that it is not possible to accept a situation where the taxpayer would suffer the negative tax consequences of a transaction with an entity acting to defraud a tax refund when the said taxpayer does not know that such an entity is a fraudster and possessing such knowledge cannot reasonably be required from this taxpayer. Making the liability of the taxpayer absolute would lead to a conflict with the general principles of EU law – primarily with the principle of proportionality. Incorrect tax settlements arising from economic relations with dishonest suppliers and buyers may also occur in the field of excise duties. It seems to me that also in the field of this tax the principle of proportionality should delimit acceptable framework of taxation, although this assertion has not yet found strong support in the case law of the Court of Justice or the Constitutional Tribunal. Also, in areas less obvious than those mentioned above the taxpayer's knowledge of facts should not be indifferent to the arising of tax liability and its amount. There are tax regulations in force, which link tax consequences with certain open market behaviours (e.g. transfer pricing regulations). Statement that the taxpayer should not suffer any adverse tax consequences, if he in fact incorrectly determined market behaviour, but

acted with due diligence, seems to be justified. The taxpayer's awareness regarding facts, assuming that the taxpayer acts with due diligence in determining this condition is important both for the arising of tax liabilities and for their amount due to the principles inherent in the legal systems of democratic countries.

Legal Limitations between the Political and Ideological. Historical Evolution of Freedom of Assembly in Poland

Tomasz **BRZEZICKI** (Toruń), Anna **TARNOWSKA** (Toruń)

The authors put into consideration one of the key liberal freedoms, the pillars of the democratic society – freedom of assembly and the regulations limiting the scope of this specific freedom. Looking from the historical perspective of XX ct. and first decades of XXI ct. the researcher can evaluate how the content of this specific freedom was changing in Poland. This legal evolution reflects simultaneously the axiology of the law-maker and even the evolving political will. The special attention will be paid to the restrictive regulations concerning material circumstances as: subjects and their special obligations (participants of the assembly, representatives of the authorities), forms (regulations concerning specific places), exclusions from the common regulation (for assemblies organized by the state authorities, by religious associations). The authors would like to contribute to a better understanding how the clauses which serve as a basis for prohibiting decisions of authorities, as "public safety" or "thread for life or health or property", are being used in the administrative practice and interpreted in the judicial sentences.

Commentary: Armin **HÖLAND** (Halle)

Armin Höland, *1948, is a law professor emeritus at the Faculty of Law and Economics of the Martin-Luther-University in Halle-Wittenberg. Between 1999 and 2014 he held the chair of Civil Law, Labour Law, and Social Security Law at this Faculty and continued his empirical socio-legal research in different areas of "Law & Society".

POSTER

Ramona **BECHAUF** (Göttingen)

Das migrierende Foto.

Erinnerungsfiguren in Holocaustausstellungen und ihre Netzwerke

Johanna **HIEBL** (Frankfurt/O.)

Communication Strategies in Migration:

Care Chains from UA to PL and PL to GER

(Arbeitstitel)

Martin **ROHDE** (Innsbruck)

„Nationale Wissenschaft“ zwischen zwei Imperien.

Die Ševčenko-Gesellschaft der Wissenschaften, 1892–1918

AUSSTELLER

PolenMobil (mit Angebot „Sprachanimation Polnisch“)

Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Deutsches Polen-Institut

Deutsches Historisches Institut Warschau

Dioscuri-Programm der Max-Planck-Gesellschaft

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)

Double-Degree-Masterstudiengang „Interkulturelle Studien: Polen und Deutsche in Europa“ der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und der Adam-Mickiewicz-Universität (UAM) in Poznań (Polen)

Frank & Timme GmbH – Verlag für wissenschaftliche Literatur

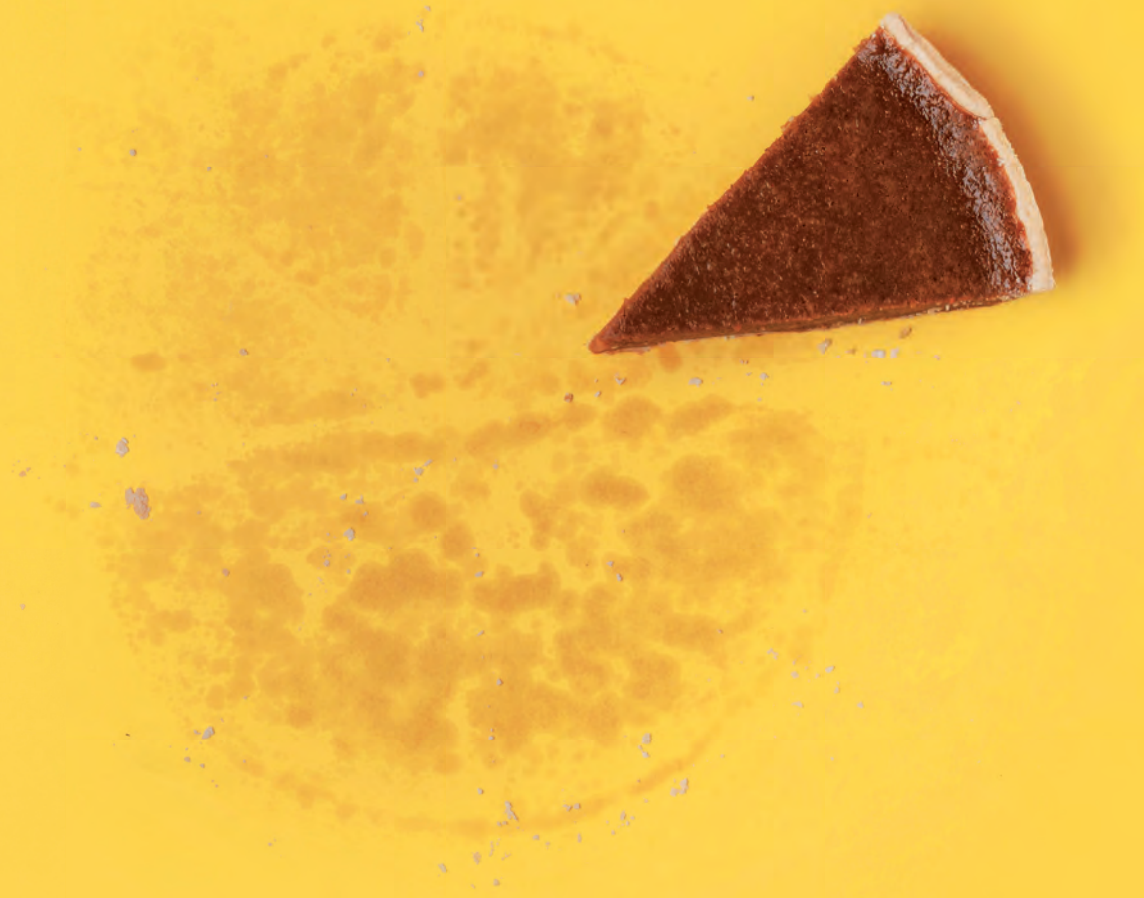
Verlag Ferdinand Schöningh

Harrassowitz Verlag

fibre Verlag

Fundacja Instytut Fotografii proFotografia

Wissenschaftliche Online-Plattform Pol-Int



Organisiert von

DEUTSCHES POLEN INSTITUT

ALEKSANDER-BRÜCKNER-ZENTRUM FÜR POLENSTUDIEN

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Kooperationspartner und Förderer

DEUTSCH POLNISCHE WISSENSCHAFTS STIFTUNG | POLSKO NIEMIECKA FUNDACJA NA RZECZ NAUKI

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

SACHSEN-ANHALT
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung